G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Achim Maske
Abrüstung – Gefahr oder Chance für Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und technologischen Fortschritt?

Klopp/Körner/Saloch/Walden
Verdeckter Rüstungstransfer – Beiträge der BRD zur militärischen Stärkung der Republik Südafrika

Günter Wallraff
Die Aufdeckung einer Verschwörung und ihre Folgen

Reinhard Kühnl
Aspekte der Faschismusdiskussion
Für Wolfgang Abendroth zum 70. Geburtstag

Wolfgang Pfaffenberger
Preiskontrolle bei marktbeherrschenden Unternehmen

Manohar L. Sarin
Zur Entwicklung Indiens seit 1947

Menschik/Hervé/v. Holt
Drei Beiträge zum Thema „Gleichberechtigung – aber wie?"

5'76

Mai 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1976

CHRONIK DES MONATS APRIL 1976 481

KOMMENTARE UND BERICHTE

EG — Ungleichgewicht und Stagnation . . . . . *Wolfram Elsner* 484

Afrika: Vor dem Schlußakt der Entkolonisierung . . . . *Volker Weyel* 486

HAUPTAUFSÄTZE

Abrüstung — Gefahr oder Chance für Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und technologischen Fortschritt? . . *Achim Maske* 490

Verdeckter Rüstungstransfer — Beiträge der BRD zur militärischen Stärkung der Republik Südafrika *Jens Klopp, Peter Körner, Reinhard Saloch und Hans Walden* 502

Die Aufdeckung einer Verschwörung und ihre Folgen. Weitere Tonbandprotokolle und Dokumente über Pläne der Rechtskräfte in Portugal und ihre Hintergründe . . *Günter Wallraff* 511

Aspekte der Faschismusdiskussion. Historische Aufarbeitung und aktuelle Bedeutung. Für Wolfgang Abendroth zum 70. Geburtstag . . . . . *Reinhard Kühnl* 531

Preiskontrolle bei marktbeherrschenden Unternehmen. Zur Diskussion des Memorandums „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" . . . . . *Wolfgang Pfaffenberger* 550

Zur Entwicklung Indiens seit 1947 . . . . . *Manohar L. Sarin* 559

Drei Beiträge zum Thema „Gleichberechtigung — aber wie?" *Jutta Menschik, Florence Hervé und Anita v. Holt* 573

BÜCHER

Ein Durchbruch in der „Kommunismusforschung" — nicht weniger, aber auch nicht mehr. Zu Klaus v. Beymes „Ökonomie und Politik im Sozialismus" . . . . . *Rainer Rilling* 582

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 590

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wirtschaftsdeklaration und Elemente der Strategie zur Stärkung der Einheit und Solidarität der blockfreien Länder und zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, verabschiedet von der Ministertagung der Blockfreien vom 25. bis 30. August 1975 in Lima (Wortlaut) 593

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 5/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÜRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats April 1976

1. 4. — U N O. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verurteilt die Aggression der Republik Südafrika in Angola. In einer mit neun Stimmen bei fünf Enthaltungen (darunter die USA) und in Abwesenheit des Vertreters der VR China angenommenen Entschließung fordert der Rat für Angola volle Entschädigung für die von südafrikanischen Soldaten angerichteten Schäden.

1.—2. 4. — E G. Unter Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten Gaston Thorn befaßt sich der Europäische Rat der Regierungschefs auf einer Tagung in Luxemburg mit den Vorbereitungen der für Mai/Juni 1978 geplanten ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Großbritannien und Dänemark lehnen es ab, bindende Verpflichtungen für diesen Termin einzugehen. Über die Zusammensetzung des Parlaments wird ebenfalls keine Einigung erzielt.

2. 4. — P o r t u g a l. Die am 25. April 1975 gewählte Verfassungsgebende Versammlung (250 Abgeordnete; vgl. „Blätter" 5/1975, S. 483) beendet mit der Annahme einer neuen Verfassung ihre Tätigkeit. Für das Dokument stimmen die Fraktionen der Sozialistischen Partei (PSP), der Demokratischen Volkspartei (PPD), der Kommunistischen Partei (PCP), der Portugiesischen Demokratischen Bewegung (MDP) und der Volksdemokratischen Union (UDP). Gegenstimmen kommen nur von der Fraktion des Demokratisch-Sozialen Zentrums (CDS). — Am 25. 4. finden Parlamentswahlen statt.

Die am 26. 4. in Lissabon veröffentlichte Stimmen- und Sitzverteilung lautet: PSP 35,1 Prozent (106 Sitze), PPD 24,0 (71), CDS 15,9 (41), PCP 14,5 (40), UDP 1,7 (1). Vier der 263 Abgeordneten werden von den Portugiesen im Ausland gewählt.

4. 4. — Baden-Württemberg. Bei den Wahlen zum Landesparlament kann die regierende Christlich-Demokratische Union unter Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger ihre absolute Mehrheit ausbauen; Sozialdemokraten und Freie Demokraten verzeichnen Stimmenverluste. Es entfallen auf CDU 56,7 (1972: 52,9), SPD 33,3 (37,6), FDP/DVP 7,8 (8,9), DKP 0,4 (0,5), NPD 0,9 (—) Prozent. Zusammensetzung des Landtages (121 Abgeordnete; 1972: 120 Abgeordnete): CDU 71 (1972: 65), SPD 41 (45), FDP 9 (10) Mandate (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 2. April 1972 in „Blätter", 1/1973, S. 100).

— AVP. In Bonn findet der 1. Ordentliche Parteitag der Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP) statt. Zum Parteivorsitzenden wird Dietrich Bahner gewählt, der vor den Delegierten erklärt, die AVP identifiziere sich mit den politischen Zielen der CSU und werde sich an den bevorstehenden Bundestagswahlen beteiligen.

— Kambodscha. Die Regierung nimmt das Rücktrittsgesuch von Prinz (Samdech) Sihanouk vom 2. 4. an. In einer Erklärung, die Radio Phnom Penh verbreitet, heißt es, der Ministerrat erkenne an, daß „Samdech Norodom Sihanouk ein Monarch mit einer hohen patriotischen Gesinnung ist, der einen aktiven Beitrag zum nationalen Befreiungskampf ... geleistet hat." — Am 6. 4. tritt auch die bisherige Regierung zurück. — Vom 11.—13. 4. findet die 1. Sitzung der Versammlung der kambodschanischen Volksvertreter (CPRA) statt. Zum Vorsitzenden des Präsidiums (Staatsoberhaupt) wird Khieu Samphan, zum Ministerpräsidenten wird Pol Pot ernannt.

5. 4. — Großbritannien. Die Parlamentsgruppe der Labour Party wählt den bisherigen Außenminister James Callaghan zum Nachfolger von Premierminister Harold Wilson. In einem dritten Wahlgang (vgl. „Blätter", 4/1976, S. 358) erhält Callaghan 176 Stimmen; sein Gegenkandidat Michael Foot unterliegt mit 137 Stimmen. Das Außenministerium in der umgebildeten Regierung übernimmt der bisherige Umweltminister Anthony Crosland.

6.—9. 4. — BRD/Polen. Der polnische Außenminister Olszowski hält sich auf Einladung von Bundesaußenminister Genscher in der Bundesrepublik auf. Die Verhandlungen gelten der weiteren Zusammenarbeit und der Vorbereitung des für Juni 1976 geplanten Besuches von Parteisekretär Gierek in Bonn. Olszowski trifft während seines Aufenthaltes auch mit Bundeskanzler Schmidt zusammen.

7. 4. — China. Die Nachrichtenagentur „Neues China" veröffentlicht zwei Kommuniqués des Zentralkomitees der KP Chinas. Auf Vorschlag des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung, so heißt es, habe das Politbüro einstimmig beschlossen, Hua Kuo-feng zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh und zum Ministerpräsidenten der VR China zu ernennen und Teng Hsiao-ping (amtierender Regierungschef unter Ministerpräsident Tschou En-lai) aus allen Funktionen in Partei und Regierung zu entfernen. An den Vortagen war es in Peking aus Anlaß des Tsching Ming-Festes (Gräberfest) zu Trauerkundgebungen für den verstorbenen Ministerpräsidenten Tschou En-lai (vgl. „Blätter", 3/1976, S. 234) gekommen, die in dem Beschluß des Politbüros als „konterrevolutionäre Zwischenfälle" und in einem Bericht von Radio Peking als Angriff auf den Parteivorsitzenden Mao bezeichnet werden.

— Zypern. Der Verhandlungsführer der griechischen Volksgruppe bei den Zypern-Gesprächen, Glafkos Klerides, legt sein Mandat nieder und richtet ein entsprechendes Schreiben an Präsident Makarios. In Nikosia wird bekannt, Klerides habe bei der letzten Zusammenkunft mit dem Verhandlungsführer der türkischen Volksgruppe, Rauf Denktasch, in Wien eine geheime Absprache über die Modalitäten der künftigen Verhandlungen getroffen und diese vor Makarios geheim gehalten. Zum Nachfolger von Klerides, der sein Amt als Vorsitzender des zypriotischen Abgeordnetenhauses behält, wird der Vizepräsident des Parlaments, Tassos Papadopoulos, bestimmt. Papadopoulos übermittelt im Auftrage von Makarios an Denktasch einen neuen Plan, der die Teilung Zyperns nach der Formel 80 : 20 sowie das Recht auf freien Verkehr und die freie Wahl des Wohn- und Arbeitsortes für alle Zyprioten vorsieht. Denktasch und die türkische Regierung lehnen den Plan ab.

8. 4. — Abrüstung. Die achte Verhandlungsrunde der Gespräche über einen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa in Wien wird beendet. Der niederländische Botschafter van Steenwijk (als Sprecher der NATO) und der tschechoslowakische Botschafter Lahoda (Warschauer Vertrag) legen vor der Presse noch einmal die unterschiedlichen Standpunkte beider Seiten dar (vgl. „Blätter", 1/1976, S. 3 und 3/1976, S. 235). — Am 9. 4. werden in Moskau sowjetisch-amerikanische Verhandlungen zur Vorbereitung eines Abkommens über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken erfolgreich abgeschlossen. Der amerikanische Delegationschef, Botschafter Stoessel, erklärt in der sowjetischen Hauptstadt, das Verhandlungsergebnis müsse noch durch die Regierungen bestätigt und ratifiziert werden. Außenminister Kissinger teilt in Washington mit, das neue Abkommen sehe erstmalig gegenseitige Inspektionen an Ort und Stelle vor. Die Art und Weise dieser Inspektionen sei in allen Details festgelegt worden. — Am 22. 4. vertagt sich die Genfer Abrüstungskonferenz bis zum 22. Juni 1976.

10. 4. — Libanon. Das Parlament verabschiedet auf einer Sondersitzung eine Verfassungsänderung, die die vorzeitige Neuwahl eines neuen Staatspräsidenten ermöglicht. — Am 24. 4. unterzeichnet Staatspräsident Suleiman Frangie das Dokument; der Präsident war von allen politischen Gruppierungen des Landes mehrfach zum Rücktritt aufgefordert worden.

15. 4. — USA/Griechenland. Die Außenminister Kissinger (USA) und Bitsios (Griechenland) unterzeichnen in Washington eine Vereinbarung über die Grundsätze eines neuen Verteidigungsabkommens, das einen Vertrag aus dem Jahre 1953 ablösen soll. Die Vereinigten Staaten gewähren Griechenland während der Vertragsdauer (vier Jahre) eine Militärhilfe in Höhe von 700 Mio. Dollar und erhalten das Recht, vier Militärbasen auf griechischem Territorium unter griechischer Oberhoheit weiterhin zu benutzen.

16. 4. — Griechenland/Türkei. Der griechische Ministerpräsident Karamanlis schlägt in einer Rede vor dem Parlament der Türkei den Abschluß eines Nichtangriffsvertrags und einer Vereinbarung über gegenseitige Rüstungsbegrenzung vor. — Am 19. 4. antwortet der türkische Außenminister Caglayangil, er sei zu entsprechenden Verhandlungen mit seinem griechischen Kollegen bereit.

18. 4. — China/Ägypten. Der ägyptische Vizepräsident Hosni Moubarak trifft an der Spitze einer Regierungsdelegation zu Verhandlungen in Peking ein. Moubarak führt am 20. 4. ein längeres Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Mao Tse-tung, an dem auch Ministerpräsident Hua Kuo-feng teilnimmt. — Am 21. 4. unterzeichnen der ägyptische Staatsminister für die Rüstungsproduktion, Gamal Eddin Sidky, und der stellvertretende chinesische Generalstabschef, Tschang Tsai-tschien, ein Militärabkommen, das u. a. die verstärkte Lieferung von Rüstungsmaterial an Ägypten durch die VR China vorsieht. Der Text des Abkommens wird nicht veröffentlicht.

19.—22. — Afrika. In Dakar (Senegal) findet die erste Außenministerkonferenz der afrikanisch-arabischen Staaten statt. Die Minister stellen den Entwurf für eine gemeinsame Erklärung und den Entwurf eines Aktionsprogramms für afrikanisch-arabische Zusammenarbeit fertig. Beide Texte sollen Anfang 1977 einer Gipfelkonferenz der beteiligten Staaten vorgelegt werden.

25. 4. — Vietnam. In beiden Teilen des Landes wird die Nationalversammlung für das wiedervereinigte Vietnam gewählt, die sich aus 492 Abgeordneten (nominiert von den Partei- und Massenorganisationen) zusammensetzt, darunter 243 aus Süd- und 249 aus Nordvietnam. Das Parlament soll Namen, Flagge und Nationalhymne des Staates bestimmen und eine neue Verfassung in Kraft setzen.

28. 4. — Rhodesien. Regierungschef Smith nimmt sieben Schwarzafrikaner, vier Minister und drei Staatssekretäre, in sein Kabinett auf, die bereits dem Senat oder dem Repräsentantenhaus angehörten. Die britische Regierung bezeichnet den überraschenden Entschluß von Ian Smith als ein „Täuschungsmanöver". Es handele sich nicht um echte Vertreter der Bevölkerungsmehrheit.

30. 4. — Italien. Das christlich-demokratische Minderheitskabinett unter Ministerpräsident Aldo Moro demissioniert. Moro hatte darauf verzichtet, wie angekündigt, die Vertrauensfrage im Parlament zu stellen.

EG – Ungleichgewicht und Stagnation

Die tiefe zyklische Krise, die fast alle Mitgliedsländer der EG und ihre wichtigsten kapitalistischen Handelspartner (USA, Japan) 1974/75 betroffen hat, hat die wirtschaftlichen Rivalitäten zwischen den größten Ländern der EG erneut scharf aufbrechen und den ohnehin lethargischen Integrationsprozeß erneut ins Stocken kommen lassen. Die Interessenwidersprüche betreffen nicht nur die unmittelbaren ökonomischen Fragen (Handel und Währung), sondern auch die politischen Konzeptionen für die weitere Entwicklung der EG.

Charakteristisch für die gegenwärtige Lage in der EG ist die verschärfte ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Mitgliedstaaten, von der vor allem die BRD auf Kosten der meisten anderen EG-Mitglieder profitiert. Die BRD hat auch in der Abschwungphase ihre ökonomische Stellung durch eine beispiellose Exportoffensive und eine auf den Export setzende Restriktionspolitik in der Krise außerordentlich gestärkt. Die Rekord-Exportüberschüsse der BRD von 33,0 Mrd. DM (1973) und 50,8 Mrd. DM (1974) (prozentuale Steigerungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr von 62,6 und 53,9 %!) führten im zyklischen Abschwung zu akuten Handels- und Währungsschwierigkeiten ihrer Handelspartner. So war es unmöglich, den Exporterfolg von 1974 in 1975 zu wiederholen. Der Exportüberschuß ging 1975 um 26,8 % gegenüber 1974 zurück. Dennoch ist es der BRD auch 1975 gelungen, den Außenhandel mit einem Exportüberschuß von absolut 37,2 Mrd. DM zu einem stützenden Moment der Konjunktur zu machen — im Gegensatz zu fast allen anderen „Partnern". Die Schwäche der anderen zeigte sich zum Jahreswechsel in erneut zurückgehenden Aufträgen aus dem kapitalistischen Ausland. Der Franc-Kurs zeigte akute Schwächen und mußte durch Franc-Käufe der Bundesbank abgefangen werden. Die Lira wurde stark abgewertet. Großbritannien und Italien haben zum Jahresende Importrestriktionen eingeführt. Derartige Maßnahmen, die die EG-Zollunion in Frage stellen, hat Italien zum wiederholten Male ergreifen müssen. Derzeit befinden sich noch fast alle EG-Mitglieder außer der BRD, wo der Aufschwung aber ebenfalls noch mit großen Fragezeichen versehen ist, mitten in der zyklischen Krise. Der Aufschwung in den USA und Japan verläuft ausgesprochen schleppend.

Eine zweite Ursache für den Ausbau der BRD-Vormachtstellung während der jetzigen Krise liegt in der relativen sozialen Stabilität. Im Gegensatz zu den wichtigsten anderen EG-Mitgliedern ist es in der BRD bisher weitgehend gelungen, das Krisenprogramm der Reallohnsenkung, Einschränkung der öffentlichen Leistungen und Gewinnexpansion ohne größere soziale Erschütterungen durchzusetzen. Die beispiellose Steigerung der Rüstungslasten, die verstärkte außenpolitische und außenwirtschaftspolitische Aktivität und entsprechende Aussagen führender Politiker, die eine zunehmende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder zeigen, lassen immer deutlicher erkennen, daß die BRD als klare Vormacht in Westeuropa und neue Ordnungsmacht aus der Krise hervorgehen will. Entsprechende Verhaltensweisen werden im verbündeten Ausland und auch bei Verhandlungen auf EG-Ebene zunehmend mit Unwillen registriert. Die gewachsene Stärke nach außen auf der Grundlage relativer Ruhe im Innern steht im Gegensatz zur Ent-

wicklung bei den wichtigsten EG-Partnern. Die zyklische Krise hat hier zu einem deutlichen Aufschwung der ökonomischen Abwehrkämpfe der Arbeitnehmer geführt. Massenaktionen gegen Reallohnabbau, Arbeitslosigkeit, versuchte Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte und soziale Restriktionspolitik sind häufiger. Betriebsbesetzungen und Formen betrieblicher Selbstorganisation haben in Frankreich erheblich zugenommen. Die konservative Regierung muß in der derzeitigen Phase bei Wahlen erhebliche Verluste hinnehmen (Linksrutsch bei den Kantonalwahlen) und hätte bei Präsidentschaftswahlen z. Z. keine Mehrheit mehr. In Italien haben die Kämpfe gegen Lohnabbau, Entlassungen und für grundlegende soziale Reformen sowie die inzwischen gefestigte Einheit in der Gewerkschaftsbewegung das gesellschaftiche Klima stark verändert. Die letzten Wahlen haben den Arbeiterparteien beachtliche Vertrauenszuwächse gebracht. Die Politik der Abwälzung der Krisenlasten kann in beiden Ländern nur unter Inkaufnahme größerer gesellschaftlicher Konflikte durchgeführt werden.

Vor diesem Hintergrund müssen die derzeitigen Auseinandersetzungen und Stagnationserscheinungen in der EG gesehen werden. Jeder weitere Integrationsschritt, vor allem die zunächst notwendige Wiederherstellung der wirtschafts- und währungspolitischen Gemeinsamkeiten (u. a. das Wiedereinscheren des Franc in die Währungsschlange), wird von Frankreich und anderen Ländern von Schritten zur Wiederherstellung des handelspolitischen Gleichgewichts abhängig gemacht, was zunächst wenigstens die fühlbare Aufwertung der DM voraussetzen würde. Da die BRD dies gerade aus handelspolitischen Gründen nicht in Betracht zieht, drängt man auf Ausgleichsleistungen der BRD in Form von Devisenhilfen. Die BRD hat dies in letzter Zeit kategorisch abgelehnt und verlangt ihrerseits zunächst drastische Krisenmaßnahmen in diesen Ländern aus deren eigener Kraft, vor allem Sozialabbau, Reallohnkürzungen, Maßnahmen gegen Streiks u. ä., um die wirtschaftliche und soziale Stabilität nach deutschem Vorbild herzustellen. Etwaige finanzielle Unterstützungsleistungen der BRD werden noch stärker als bereits bei früheren Zahlungen an Italien von der Durchsetzung eines solchen innenpolitischen Programms abhängig gemacht. Dies ist den schwachen konservativen Regierungen bisher aber noch nicht gelungen.

An dieser grundsätzlichen Interessendivergenz ist die Luxemburger EG-Gipfelkonferenz von Anfang April gescheitert, was in der ausländischen Presse teilweise sehr deutlich als Erpressungsversuch der BRD gewertet und mit Hinweisen auf mögliche eigene protektionistische Handelsmaßnahmen gegen BRD-Exporte beantwortet wurde.

Der Interessenwiderspruch in der EG brach nur wenige Tage nach dem Luxemburger Gipfel mit gleicher Intensität bei der Konferenz der EG-Finanzminister auf. Die Bundesregierung verlangte, ihre Krisenpolitik der Einschränkung öffentlicher Leistungen auch auf die Gemeinschaft zu übertragen und die geplante Steigerungsrate des EG-Haushalts drastisch zu kürzen. Wegen der starken Unterbewertung der DM trägt die BRD statt der nominellen 27,6 % faktisch etwa 35 % des EG-Haushalts. Sie zahlt so „freiwillig" etwa 1 Mrd. DM mehr, als notwendig wäre („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 5. 4. 1976). Die BRD-Forderung sollte aber nicht nur das Bonner Antikrisenprogramm auf die EG übertragen, sondern stellte auch das „Grundgeschäft", auf dem die ganze EWG seit ihrer Gründung stillschweigend beruht, in Frage. Dieses „Grundgeschäft" besteht darin, daß die BRD als die stärkste EG-Handelsmacht die Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs in der EG mit der Übernahme ihrer

Rolle als Netto-Zahler beim EG-Haushalt, vor allem beim Agrarmarkt, dessen Kosten 70 % des Haushalts ausmachen, erkauft. Die BRD zahlt derzeit faktisch ca. 80 % der Netto-Empfänge der anderen Länder beim EG-Agrarhaushalt. In 15 Jahren EWG hat die BRD dennoch von diesem Grundgeschäft profitiert. Deswegen sind die anderen EG-Mitglieder derzeit auch nicht bereit, die BRD aus der Zahlerrolle, der einen Seite des Geschäftes, zu entlassen, da sie über den Mechanismus des EG-Haushalts wenigstens eine teilweise Rückverteilung der Handelsvorteile der BRD gesichert sehen. Die BRD konnte sich deshalb auf der Ratstagung der Finanzminister nicht durchsetzen. Da die Finanzfrage auch in diesem Fall Kristallisationskern der gesamten Integrationskonzepte ist, stagniert die EG derzeit auf breiter Front. In einigen Mitgliedsländern ist zudem die Lage z. Z. in ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht so labil, daß von dort kaum eigene Integrationsinitiativen oder Zustimmung zu Initiativen anderer erwartet werden können.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Vorschlag zu sehen für eine Aufspaltung der EG in die Länder mit relativer Stabilität (im Kern BRD und Benelux), die weitere Integrationsschritte vollziehen sollen, und die schwächeren Länder, die vorerst zurückgelassen werden sollen, bis sie ihre Schwierigkeiten überwunden haben (Brandt-Vorschlag, neuerdings im Tindemans-Bericht wiederholt). Da die nachfolgenden Länder später die von der Führungsgruppe getroffenen Integrationsmaßnahmen faktisch zu übernehmen hätten, würde dies einen weiteren Ausbau der Vorrangstellung der BRD bedeuten.

Der zum Jahresbeginn veröffentlichte Tindemans-Bericht, der ursprünglich als großes EG-Dokument dem Integrationsprozeß neuen Antrieb und Perspektive verleihen sollte, spiegelt in seiner Ratlosigkeit, Vagheit und seinem Konservatismus deutlich die derzeitige Lage der EG wider. In einer Kritik dieses Dokuments auf einer Exekutivausschuß-Tagung der EG-Metallgewerkschaften im März wurde deutlich gesagt, daß das von Kapitalisten beherrschte Europa (EG) nur über eine „neue Alternative" zu einem sozialen und unabhängigen Europa werden könne, die sich auf die „Mobilisierung der Kräfte der Linken" stützen müsse. Diese Feststellung macht die gesellschaftlichen Veränderungen deutlich, die sich trotz Krise in einigen wichtigen Ländern der EG vollzogen und die grundlegenden Alternativen zur Politik der Krisenabwälzung der Realisierung ein gutes Stück näher gebracht haben.

Wolfram Elsner

Afrika: Vor dem Schlußakt der Entkolonisierung

Der zweite Jahrestag des Sturzes des Caetano-Regimes bietet Anlaß, sich die Konsequenzen des Endes des afrikanischen Kolonialreiches Portugals zu vergegenwärtigen. In der Tat hat der Prozeß der Dekolonisierung Afrikas in den letzten ein bis zwei Jahren Fortschritte gemacht, die allenfalls mit dem „Jahr Afrikas", 1960, verglichen werden können, das zahlreichen Kolonien die (häufig vorerst formale) Unabhängigkeit brachte. Doch markiert das Ende der portugiesischen Diktatur nur äußerlich den Beginn der neuen Dekolonisierungsphase: der Sturz Caetanos selbst war letztlich eine Folge des

jahrelangen zähen Befreiungskampfes der Kolonisierten. Einen Höhepunkt hatte er bereits mit der Proklamation der Unabhängigkeit Guinea-Bissaus durch die PAIGC am 24. September 1973 erreicht; ein knappes Jahr später, am 10. September 1974, mußte sie auch von der einstigen Kolonialmacht anerkannt werden.

1975 wurden auch die übrigen portugiesischen Afrikakolonien unabhängig: die von der FRELIMO und Präsident Samora Machel geführte Volksrepublik Moçambique am 25. Juni; die Republik Kapverden, mit deren künftiger Vereinigung mit Guinea-Bissau zu rechnen ist, unter Führung der PAIGC und ihres Generalsekretärs Aristides Pereira als Staatspräsidenten am 5. Juli; die Demokratische Republik Sao Tomé und Principe, geführt von der Befreiungsbewegung von Sao Tomé und Principe, MLSTP, und Präsident Manuel Pinto da Costa, am 12. Juli; die Volksrepublik Angola unter Führung von MPLA und Präsident Agostinho Neto schließlich am 11. November — in einem „zweiten Befreiungskrieg" verhinderte sie dann, daß die Unabhängigkeit lediglich Fassade blieb.

Im gleichen Jahr erfolgte auch die Liquidierung weiterer Restbestände des Kolonialsystems oder zeichnete sich zumindest ab. So erfolgte auf den Komoren die einseitige Unabhängigkeitserklärung der Regierung Ahmed Abdallah am 6. Juli, nachdem sich im Dezember 1974 94,6 % der Bevölkerung der Inselgruppe für die Trennung von Frankreich ausgesprochen hatten. Die Regierung wurde durch einen Putsch der Oppositionsparteien am 3. August gestürzt; an die Spitze gelangte Mohamed Jaffar, dem Anfang Januar 1976 Ali Soilih folgte. Der neue Staat wurde in OAU und UNO aufgenommen — das Verhältnis der einstigen Kolonialmacht zu ihm blieb ambivalent. Frankreich hält noch die Insel Mayotte besetzt, deren Bevölkerung im Gegensatz zu der der übrigen Komoren sich gegen die Unabhängigkeit ausgesprochen hatte und dieses Votum auch im Februar 1976 (freilich unter französischer Aufsicht) wiederholte.

Für die Seychellen stellten eine Konferenz in London im März 1975 und eine neuerliche Verfassungskonferenz am gleichen Ort im Januar 1976 die Weichen der Entwicklung dieser bisher britischen Inselgruppe zur Unabhängigkeit. Als Datum ist der 25. Juni 1976 vorgesehen. Unter anderem war die Frage einiger früher zu den Seychellen gehörender Inseln zu klären, die Großbritannien mit der früher mauritischen Insel Diego Garcia, in den letzten Jahren zum amerikanisch-britischen Marinestützpunkt ausgebaut, 1965 zum „British Indian Ocean Territory" zusammengefaßt hatte.

Ende 1975 schien auch für Spanisch-Sahara das Ende der Kolonialzeit in greifbare Nähe zu rücken. Freilich handelte es sich dann um eine Dekolonisierung sehr eigener Art: Spanien übergab, ohne eine von ihm selbst in Aussicht gestellte Volksabstimmung über die Zukunft des Gebiets abzuwarten, dieses nordwestafrikanische Territorium an Marokko und Mauretanien, die es am 14. April 1976 mit einem Grenzabkommen auch formell untereinander aufteilten. Mauretanien erhält weniger als ein Drittel des Territoriums; es wird zudem — neben der einstigen Kolonialmacht Spanien — von Marokko am Ertrag der Phosphatminen im Norden beteiligt. Eine „Lösung", die westliche Mächte der Kontrolle dieser Vorkommen durch einen antiimperialistisch und sozialistisch orientierten unabhängigen Westsahara-Staat vorzogen. Doch wurde dieser Staat bereits gegründet: am 27. Februar dieses Jahres proklamierte die „Frente POLISARIO", die Front für die Befreiung von Segiet el Hamra und Rio de Oro, die „Arabische Demokratische Republik Sahara". Sie wurde mittlerweile von einer Anzahl afrikanischer

Staaten und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik anerkannt. Den bewaffneten Kampf gegen die neuen Besatzer Marokko und Mauretanien hatte die Befreiungsfront Ende 1975 aufgenommen.

Ein anderes Überbleibsel des klassischen Kolonialismus stellt das „Französische Afar- und Issa-Territorium" mit der Hauptstadt Djibouti dar. Frankreich hat sich nach langem Zögern bereiterklärt, diesem seinem letzten Besitz auf dem afrikanischen Festland die Unabhängigkeit zu gewähren, einen genauen Termin aber offengelassen. Das Gebiet, welches die Kolonialmacht zu einem der deprimierendsten Armenhäuser des Kontinents verkommen ließ, ist nicht von wirtschaftlichem Interesse, sehr wohl aber von strategischem. Somit überrascht es nicht, daß Frankreich eine neokoloniale Lösung ins Auge faßt: die Macht soll in den Händen des jetzigen Chefministers Ali Aref Bourhan und seiner Gefolgschaft bleiben. Ob dieses Kalkül aufgehen wird, das nicht zuletzt auf der Schürung von Gegensätzen zwischen den ethnischen Gruppen — teils mit äthiopischen, teils mit somalischen Nachbarn verwandt — beruht, erscheint jedoch fraglich.

Während hier die Unabhängigkeit selbst nicht mehr strittig ist — wohl aber ihre Inhalte und ihr Datum —, widersetzt sich im Süden des Kontinents eine herrschende Minderheit immer noch jedem Gedanken an afrikanische Selbstbestimmung. Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß auch für Rhodesien der Übergang der Macht an die afrikanische Bevölkerungsmehrheit bevorsteht: Südafrika und andere Stützen des Siedlerregimes haben sich längst zu einer Frontbegradigung an dieser Stelle entschlossen und werden im Konfliktfall nicht unbedingt zur Rettung des Systems eilen. Offen sind bislang noch die Modalitäten der Entstehung des neuen Zimbabwe: durch den Befreiungskrieg oder, wohl zum letztenmal, durch eine „klassische" Dekolonisierung unter Beteiligung der einstigen und formal noch immer verantwortlichen Kolonialmacht Großbritannien (bei der die Siedler-Minderheit unter Umständen auch noch aus ihren Privilegien ein letztes Mal Nutzen ziehen könnte: durch Kompensationen für ihre Aufgabe). Im übrigen richtet man sich anderorts schon auf ein unabhängiges Zimbabwe ein, wie nicht nur die spektakuläre Kissinger-Reise nach Afrika, sondern z. B. auch die Haltung des Lonrho-Konzerns, einer in London ansässigen Unternehmensgruppe mit vielfältigen Interessen in Afrika, zeigt: sie versucht alte Kontakte zu afrikanischen Politikern dieses Landes zu aktivieren. Ob sie — und andere an einem neokolonialen Ausgang Interessierte — wie in Angola, als sie mit dem sambischen Präsidenten Kaunda gemeinsam auf die UNITA setzte, falsch kalkuliert hat, kann sich schon recht bald herausstellen.

Trotz der Ermahnungen Südafrikas an die Adresse der rhodesischen Siedler zu konzilianterer Haltung hat sich die von Vorster versprochene Neuorientierung der eigenen Politik als trügerisch erwiesen. Erst recht unglaubwürdig wurde sie durch die militärische Einmischung in Angola. Auch den Plänen für die Vorbereitung einer „Unabhängigkeit" Südwestafrikas unter ergebenen Stammeshäuptlingen war international wie auch an Ort und Stelle nicht die gewünschte Resonanz beschieden, und die Position der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO hat sich in letzter Zeit beträchtlich verbessert.

Blieben nach einer Unabhängigkeit Zimbabwes neben Namibia an Restbeständen des Kolonialsystems noch einige Inseln wie St. Helena (Großbritanniens älteste verbliebene Kolonie) und Réunion. Doch nicht auf sie wird sich künftig die gesamtafrikanische und internationale Aufmerksamkeit in erster Linie richten, sondern auf das dann übriggebliebene Schlußstück des

Dekolonisierungsprozesses: auf die Insel rassistischer Herrschaft, auf Südafrika selbst.

Auch im Falle Südafrikas beginnt sich allmählich die historische Frage nach den Modalitäten des Übergangs zu einer Gesellschaft ohne privilegierte Stellung einer Rasse abzuzeichnen. Mehr noch als bisher wird in Zukunft daher die Haltung der ausländischen Handels- und politischen Partner des Apartheid-Regimes zu beobachten sein. Ein Prüfstein ist die Haltung zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Südafrikas, die nicht zuletzt von seinen erhöhten Rüstungsausgaben herrühren. Im Inneren hat sich die Opposition als stärker, denn von den Herrschenden erwartet, erwiesen; selbst der Bantustan-Führer Gutsha Buthelezi hat — gemeinsam mit C. F. Beyers Naudé, dem Direktor des Christlichen Instituts im Südlichen Afrika — gegen ausländische Investitionen Front gemacht, da sie nur der Aufrechterhaltung des Systems dienten. Schon scheint das wachsende Emanzipationsbedürfnis der afrikanischen Bevölkerung eine neue Art imperialistischer Gegenstrategie auf den Plan zu rufen: die Förderung partikularistischer, nur-schwarzer Gruppen als, wie man es sieht, „gemäßigtes" Gegengewicht gegen Organisationen, die allen Rassen offenstehen und nicht nur das System der Rassenherrschaft stürzen wollen, sondern darüber hinaus die Klassenverhältnisse insgesamt in Frage stellen. Es gilt also nicht nur, die externe Stützung des Apartheid-Regimes durch Investitionen und politische Hilfestellung, möglicherweise sogar durch eine bewußte Hochhaltung des Goldpreises (von der die Zahlungsbilanz des Apartheid-Staates profitieren würde), aufzudecken, sondern auch, Versuche der Einflußnahme auf die Befreiungsbewegungen im Inneren Südafrikas sorgfältig zu beobachten.

Volker Weyel

Neuerscheinungen

Udo Mayer/Gerhard Stuby (Hrsg.)

Die Entstehung des Grundgesetzes

Beiträge und Dokumente

Kleine Bibliothek Bd. 66

338 Seiten, DM 14,80

Weitere Beiträge von B. Gromoll und W. Leschmann sowie 30 Dokumente
Der Schwerpunkt dieses Sammelbandes liegt auf der historischen Aufarbeitung der Beratungen des Parlamentarischen Rates zu den verfassungsrechtlichen Schlüsselfragen.

Schutz oder Beugung der Verfassung?

Mit Beiträgen von W. Abendroth / A. Azzola / K. Böwer / K. Grimmer / H. Hannover / W. Krause / H. Mertens / N. Paech / W. Piepenstock / P. Römer / I. Staff / H. Stein / R. Utikal / M. Kutscha / G. Stuby / R. Wahsner.

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 25

95 Seiten, Doppelband DM 6,—

Stellungnahmen von Juristen zur Entscheldung des Bundesverwaltungsgerichts vom 6. Februar 1975 und zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 in Sachen Berufsverbot.

Deutschland im zweiten Weltkrieg

Vier Bände, Je Band DM 42,—, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, Großformat.

Band 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur Gegenoffensive bei Stalingrad, 616 Seiten.

(Bd. 1 *Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941* lieferbar)

B. M. Kedrow

Klassifizierung der Wissenschaften

Zwei Bände

Band 1: Vormarxistische Konzeptionen

517 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 17,80

(Bd. 2 erscheint Ende 1976)

Pahl-Rugenstein

Abrüstung – Gefahr oder Chance für Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und technologischen Fortschritt?

Von Achim Maske

Im Zusammenhang mit den Entscheidungen über die Entwicklung, den Bau und den Ankauf des Mehrzweck-Kampfflugzeuges (MRCA) „Tornado" — nach Helmut Schmidt „das größte technologische Projekt seit Christi Geburt" —, dessen Gesamtkosten sich auf schätzungsweise 15 bis 20 Mrd. DM belaufen werden, ist vielfach von interessierter Seite das Argument ins Feld geführt worden, derartige Rüstungsprojekte schüfen sichere Arbeitsplätze. Außerdem würden hochentwickelte militärtechnologische Projekte der bundesdeutschen Industrie die Beherrschung modernster technischer Verfahren ermöglichen. Dies würde auch in der zivilen Produktion den technischen Fortschritt beschleunigen und die Konkurrenzfähigkeit der BRD auf den Märkten der Zukunft verbessern und somit die Arbeitsplätze von morgen sicherer machen. Wenn auch stutzig macht, daß derartige Argumente vor allem in Zeitungen und Zeitschriften verbreitet werden, denen ansonsten die Sorgen und Nöte der Arbeiter und Angestellten unseres Landes recht gleichgültig sind, so scheinen sie doch auf den ersten Blick plausibel. Wenn der Staat 15 bis 20 Mrd. DM ausgibt, können dafür neue Werke gebaut werden, Arbeiter und Ingenieure werden benötigt, modernste technische Verfahren eingeführt; also Rüstungsproduktion hin, Rüstungsproduktion her, immerhin bringt sie Arbeit und technischen Fortschritt. Doch stimmen diese Argumente? Ist Abrüstung, die heute durch die Fortschritte der Entspannungspolitik in den Bereich des Möglichen gerückt ist, wirklich aus wirtschaftlichen und technischen Gründen problematisch?

I

Nach den Angaben des Bundesverteidigungsministeriums [1]) gibt die Bundesrepublik im Jahre 1976 47,6 Mrd. DM für „Verteidigung" aus. 31,8 Mrd., das sind 66,8 %, kommen aus dem eigentlichen „Verteidigungshaushalt", 4,1 Mrd. (8,6 %) werden für Ruhegehälter und Pensionen aufgewandt, 1,2 Mrd. (2,5 %) sind an Personalverstärkungsmitteln vorgesehen, 10,5 Mrd. (22,1 %) entfallen auf den NATO-Zivilhaushalt, Militärhilfe, Stationierungskosten und Westberlin-Ausgaben. Gegenüber 1975 steigt der „Verteidigungshaushalt" um 2,6 %, die gesamten Verteidigungsausgaben dagegen um 3,0 %.

Pro Kopf der Bevölkerung gibt die Bundesrepublik damit offiziell 264 Dollar oder 660 DM für „Verteidigung" aus, das sind nach den USA und vor Frankreich, Großbritannien und Italien die zweithöchsten Prokopfausgaben in der NATO [2]). (dabei sind die in anderen Haushaltstiteln versteckten Kosten — militärrelevante

1) Zahlenangaben aus: Weißbuch 1975/76. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung im Auftrag der Bundesregierung, Bonn, Januar 1976, S. 207 ff. Nach Angaben der Bundesregierung setzen sich die „Verteidigungsausgaben" wie folgt zusammen: Haushaltsplan des Verteidigungsministeriums („Verteidigungshaushalt") plus NATO-Zivilhaushalt, Militärhilfe, Stationierungskosten, Berlin-Ausgaben plus Militärpensionen plus Personalverstärkungsmittel, u. a. Von den 47,6 Mrd. DM Verteidigungsausgaben sind nur 31,8 Mrd. (66,8 %) im eigentlichen „Verteidigungshaushalt" aufgeführt.

2) Diese verborgenen Aufwendungen können zum Teil nur geschätzt werden, zum Teil sind sie relativ einfach zu ermitteln (z. B. Kriegsopferrenten). Sie bleiben bei den angestellten Berechnungen unberücksichtigt.

Forschung, militärstrategischer Straßenbau, Steuersubventionen für Rüstungskonzerne, Kriegsfolgelasten u. a. — natürlich noch nicht enthalten.)

10,3 Mrd. (32,5 % des Verteidigungshaushaltes) sind für Investitionen vorgesehen, davon allein 8,0 Mrd. für Rüstungsgüter, militärische Forschung, Entwicklung und Erprobung, die restlichen 2,3 Mrd. entfallen auf militärische Bauten; 3,0 Mrd. (9,6 %) entfallen auf Materialerhaltung (Ersatzteile, Wartung), 4,7 Mrd. (15,2 %) entfallen auf Betriebsstoffe (Treibstoffe, Munition), 13,5 Mrd. (42,5 %) auf Personalausgaben. Der Anteil der Investitionen, also der Neuanschaffungen von Waffen und Gerät und der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen für neue Waffensysteme ist damit von 6,7 Mrd. im Jahre 1970 um über 49 % bis 1976 gewachsen [3]).

Investitionen ohne volkswirtschaftlichen Nutzen

Welchen wirtschaftlichen Nutzen hat unser Volk von diesen gewaltigen Ausgaben, die aus den allgemeinen Steuern finanziert werden?

Von den 18,2 Mrd. (52,8 % des eigentlichen „Verteidigungshaushaltes"), die für Waffen und Geräte, Ersatzteile, Munition und Treibstoffe ausgegeben werden, fließen ca. 56—60 % (knapp 11 Mrd.) als Löhne und Gehälter (und damit als Kaufkraft) für die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure der Rüstungs-, Rohstoff-, Investitionsgüter- und sonstige Zulieferungsindustrie zurück in den wirtschaftlichen Kreislauf. Über 7 Mrd. DM bringen keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, ökonomisch betrachtet sind sie verschwendet.

Für diese 7 Mrd. DM sind Bomber, Panzer, Kriegsschiffe, Kasernen, Rüstungsfabriken, Rüstungsforschungslaboratorien, Sprengstoffe, Treibstoffe u. a. zum Zwecke der „Verteidigung" angeschafft, betrieben oder verbraucht worden, ohne daß ein einziger Arbeiter, Angestellter oder Wissenschaftler etwas davon konsumieren konnte, sieht man einmal von den allerdings nicht unbeträchtlichen Gewinnen ab, die die Eigentümer, Manager oder Aktionäre der beteiligten Konzerne sich angeeignet und konsumiert haben.

Zur gleichen Zeit gibt die Bundesregierung 13,5 Mrd. für den Sold der Offiziere und Mannschaften und die Löhne und Gehälter der Zivilangestellten, weitere 4,1 Mrd. für Militärpensionen und 1,2 Mrd. für weitere Personalverstärkungen aus. Ohne die in den Etatposten NATO-Zivilhaushalt, Militärhilfe und Stationierungskosten enthaltenen Personalaufwendungen von ca. 4 Mrd. DM und ohne die Anteile an Personalkosten, die ohnehin in anderen „zivilen" Teilen des Bundeshaushalts versteckt sind, werden also mindestens über 19 Mrd. DM, realistisch gerechnet ca. 24 Mrd. DM an Gehältern, Löhnen und Pensionen gezahlt, ohne daß die von diesem Geld lebenden Mitbürger volkswirtschaftlich nützliche und produktive Güter oder Dienstleistungen erwirtschafteten.

Motor der Inflation

Dieser Betrag ist in unserer Volkswirtschaft im Jahre 1976 als Kaufkraft und Nachfrage vorhanden, er wird also zu einem großen Teil verbraucht, ohne daß die Personen, die ihn ausgeben, in ihrer Arbeitszeit Waren hergestellt hätten, die verbraucht werden können. Im Unterschied zu den Renten der zivilen Arbeiter und Angestellten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist dabei bei den Militärpensionen in Höhe von 4,1 Mrd. Mark zu berücksichtigen, daß ihre Emp-

3) Weißbuch 1975/76, S. 210.

fänger während ihrer Dienstzeit ebenfalls keine verbrauchbaren Waren oder Dienstleistungen erwirtschaftet haben.

1976 müssen demnach die produktiv tätigen Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Wissenschaftler, also diejenigen, die durch ihre Arbeit Waren oder Dienstleistungen schaffen, die unser Volk verbrauchen kann, nicht nur auf den Konsum von 7 Mrd. DM verzichten, die für die Rüstungsproduktion ausgegeben werden, sondern auch noch rund 24 Mrd. DM aufbringen, um rund eineinhalb Millionen Menschen zu unterhalten, die nichts volkswirtschaftlich Nützliches tun.

Der dadurch entstehende Überhang an Kaufkraft trägt ohne Zweifel in starkem Maße zur Geldentwertung bei. Er ist ein wesentlicher Antrieb der Inflation.

Volkswirtschaftlicher Schaden

Der volkswirtschaftliche Schaden ist mit diesen einfachen Berechnungen aber bei weitem noch nicht erfaßt. Könnten die 1,2—1,5 Millionen Menschen, die 1976 als Offiziere, Soldaten, Zivilangestellte und Rüstungsarbeiter, -angestellte, -ingenieure und -wissenschaftler im zivilen Teil unserer Volkswirtschaft arbeiten, so würden sie Waren und Dienstleistungen für unser Volk im Werte von ca. 30—50 Mrd. DM erwirtschaften. Dadurch, daß 1,2—1,5 Millionen Menschen der zivilen Produktion nicht zur Verfügung stehen, werden also Güter und Dienstleistungen im Werte von ca. 30—50 Mrd. DM gar nicht erst erzeugt, können also auch nicht verbraucht werden.

Der Lohnsumme von ca. 11 Mrd. DM, die 1976 durch die Rüstungsproduktion und die Versorgung der Streitkräfte entsteht, die aber auch bei Umstellung auf zivile Produktion erzielt werden könnte, steht ein Schaden von rund 30—50 Mrd. DM entgegen (wobei noch berücksichtigt werden muß, daß ein allerdings sinkender Teil der Rüstungsgüter im Ausland, vor allem den USA, Frankreich und Großbritannien, beschafft wird, also die Lohnsumme von 11 Mrd. nicht voll in der Bundesrepublik verbleibt).

Daß diese volkswirtschaftlich äußerst negativen Auswirkungen der Milliardenaufwendungen für Militär und Rüstung auch denen nicht unbekannt sind, die der Öffentlichkeit verstärkte Rüstungsanstrengungen aufschwatzen und dabei auch auf die angeblich positiven wirtschaftlichen und technologischen Wirkungen der Rüstungsproduktion verweisen, belegt eine Äußerung von Franz Josef Strauß aus dem Jahre 1958. Strauß erklärte damals vor einem internen Arbeitskreis seiner Partei: „Sicherlich ist Rüstung, rein volkswirtschaftlich als Bedarfsdeckung gesehen, unproduktiv. Darüber gibt es keinen Zweifel. Diese Betrachtungsweise wäre jedoch zu eng. Natürlich versteht man unter Produktivität Methoden der Bedarfsdeckung, steigende Produktivität bringt bessere Methoden der Bedarfsdeckung. Natürlich wirft jede Aufrüstung das Problem auf, daß Kaufkraft geschaffen wird, der auf der anderen Seite nicht unbedingt ein güterwirtschaftliches Korrelat gegenübersteht ... Rein produktivitätstechnisch gesehen käme es dann dem Sinn einer Rüstung gleich, wenn man die rüstungsbeanspruchten Rohstoffe in das Meer werfen ... würde ..." [4]).

Wir können also festhalten, daß Rüstungsproduktion volkswirtschaftlich unproduktiv ist und einen „Luxus" darstellt, dessen Kosten unser Volk mit einem Verzicht auf Gebrauchsgüter, Dienstleistungen und zivile Zukunftsinvestitionen in Höhe von mindestens 30—50 Mrd. DM allein im Jahre 1976 zu tragen hat. Dabei

4) Zit. nach Rainer Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970.

muß noch berücksichtigt werden, daß Rüstungsproduktion wegen ihres extrem hohen technischen Niveaus besonders kapitalintensiv ist. Im Rüstungsbereich können bei gleichem Kapitalaufwand erheblich weniger Arbeitsplätze geschaffen werden als in zivilen Bereichen der Produktion. Nach US-amerikanischen Berechnungen aus den Jahren 1974 und 1975 konnten in den USA mit dem Einsatz von 1 Mrd. Dollar im Rüstungsbereich 35 000, beim Bau von Schulen oder Wohnungen dagegen 50 000 und im nichtmilitärischen Staatsdienst sogar 132 000 Arbeitsplätze geschaffen werden [5]). (Es ist sehr wahrscheinlich, daß ähnliche Verhältniszahlen auch für die Bundesrepublik gelten.)

Unsichere Arbeitsplätze

Wie sicher sind aber die Arbeitsplätze in der Rüstung?

Die Krauss-Maffei AG in München-Allach (Flick-Konzern) produziert u. a. den Kampfpanzer „Leopard" und den Flakpanzer „Gepard" für die Bundeswehr und andere NATO-Armeen. Aus einem Bericht des Vorstandsvorsitzenden Hans-Heinz Griesmeier vom Oktober 1975 [6]) ging hervor, daß von den 5700 Beschäftigten 1975 ca. 1000 kurzarbeiten mußten. 500 Beschäftigte wurden im gleichen Jahr entlassen. „Der Gruppenumsatz, der im vergangenen Jahr (1974, d. Verf.) 722,6 Mio. DM betragen hatte, wird diesmal auf ungefähr 500 Mio. abrutschen, und im kommenden Jahr wird nur wenig mehr herausspringen. Im Jahr 1978 können es aber bereits 1,6 bis 1,7 Mrd. DM sein. Die starken Schwankungen erklären sich vor allem aus dem Einfluß des Panzergeschäfts ..." Zur Zeit ist in der Panzerfertigung, die jetzt vom etwas verschämten „Sonderprogramm" in die klare Bezeichnung „Wehrtechnik" umgetauft wurde, eine Pause zu „überstehen" heißt es in einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Eine im Grundsatz ähnliche Situation gibt es in beinahe allen Bereichen der Rüstungsindustrie. Die Waffensysteme veralten rasch. Bei kontinuierlicher Forschung und Entwicklung werden etwa alle 10 bis 12 Jahre neue Waffensysteme eingeführt. Die Militärführung drängt auf eine rasche Auslieferung der neuen Waffensysteme an die Streitkräfte. Diese ist nach drei bis vier Jahren abgeschlossen. Mögliche Anschlußaufträge werden erst in einigen Jahren akut. In der Zwischenzeit werden vor allem Ersatzteile produziert, womit die geschaffenen Produktionsstätten natürlich nicht ausgelastet sind. Es werden Beschäftigte entlassen, andere müssen kurzarbeiten. Im Gegensatz zur zivilen Fertigung, in der die Produktion von der technologischen Entwicklung her relativ kontinuierlich verläuft und sich Schwankungen aus dem Zyklus von Konjunktur und Krise und der Konkurrenz um Marktanteile ergeben, verläuft die Produktion im Rüstungsbereich aus den oben genannten Gründen besonders ungleichmäßig. Entsprechend unsicher sind auch die Arbeitsplätze. Entgegen der landläufig verbreiteten Meinung, daß staatliche Rüstungsaufträge kontinuierliche Auslastung der vorhandenen Kapazitäten und sichere Arbeitsplätze bedeuteten, stimmt das genaue Gegenteil. Die rasche Entwicklung der militärischen Forschung und Entwicklung führt zur schnellen Veralterung der Waffensysteme. Diese können nicht schrittweise modernisiert werden. Es werden vielmehr ganz neue Systeme entwickelt, oft in anderen Bereichen der Rüstungsindustrie (Raketen statt Panzer und Flugzeuge usw.), wodurch ganze Betriebe überflüssig werden. Ein Beispiel für die Unsicherheit der Arbeitsplätze im Rüstungsbereich ist der Kampf der Arbeiter der VFW-

[5]) Zit. nach ungedruckten Materialien einer Tagung des Komitees für Abrüstungsprobleme der „Weltföderation der Wissenschaftler" in Berlin (DDR) v. 25. und 26. 1. 1976.
[6]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 21. 10. 1975.

Fokker Zweigwerkes in Speyer: VFW-Fokker, das in seinem Speyrer Werk in der Vergangenheit Militärhubschrauber warten ließ, deren Produktion ausgelaufen ist, „beabsichtigt, im Zusammenhang mit dem Grüner-Bericht der Bundesregierung zur Situation in der Luft- und Raumfahrtindustrie, die Belegschaft in Speyer von jetzt noch 1300 auf etwa 400 Beschäftigte abzubauen und wesentliche Teile der Speyrer Fertigung in andere Produktionsbetriebe des Unternehmens in Norddeutschland und Holland zu verlagern. Nach dieser Maßnahme würde die Arbeitslosenquote in Speyer, das in den letzten Jahren rund 1400 industrielle Arbeitsplätze verloren hat, von jetzt 5,7 auf 8,5 Prozent steigen. Die Absicht des Bremer Unternehmens, das sich von einer Konzentration der Fertigung Kostenersparnisse verspricht, hat viele Gegner auf den Plan gerufen ... Beim Betriebsrat des Speyrer Zweigwerks sind am Dienstag die ersten 32 Kündigungsanträge der Unternehmensleitung eingegangen. Die Produktionsverlagerung hat eingesetzt; VFW, deren Hauptauftraggeber die Bundesregierung ist, fertigt in Speyer Teile des MRCA-Programms, sowie Teile anderer Luftfahrzeuge, darunter des Airbus" [7]).

Die Unsicherheit der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie wurde im März 1976 erneut deutlich, als 16 Betriebsratsvorsitzende bzw. Stellvertreter von 9 großen deutschen Rüstungsunternehmen von der Bundesregierung die Lockerung der Exportbestimmungen für Rüstungsgüter forderten. Die Betriebsräte wiesen in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Schmidt [8]) darauf hin, daß die beim Aufbau der Bundeswehr errichteten Kapazitäten für Rüstungsproduktion heute, da nur noch „normale" Erneuerungen des militärischen Geräts vorgenommen werden, unausgelastet sind. Daß der Rüstungsexport allerdings keine brauchbare Lösung für die Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Bereich ist, ist bekannt. Die Industriegewerkschaft Metall distanzierte sich daher auch von der Forderung der Betriebsräte und erklärte, „die Ausfuhr deutscher Kriegswaffen müsse weiter restriktiv gehandhabt werden. Das gelte vor allem für Lieferungen in Spannungs-

7) FAZ v. 17. 3. 1976; „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 12. 4. 1976. 1974 entfielen folgende Aufträge auf die 22 größten Rüstungsunternehmen (zit. nach „Deutsche Volkszeitung" [DVZ] v. 25. 3. 1976):
1. Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), München-Ottobrunn, 480 Mio. DM. — 2. Siemens AG, Berlin-München, 338 Mio. DM. — 3. VFW-Fokker, Bremen, 233 Mio. DM. — 4. AEG Berlin-Frankfurt, 220 Mio. DM. — 5. Rheinstahl AG Essen, 121 Mio. DM. — 6. Motoren- und Turbinen Union, München, 111 Mio. DM. — 7. Faun-Werke, Nürnberg, 105 Mio. DM. — 8. IWK, Karlsruhe, 104 Mio. DM. — 9. Dornier, Reparaturwerft GmbH, Oberpfaffenhofen, 97 Mio. DM. — 10. Krauss-Maffei, München, 95 Mio. DM. — 11. Diehl AG, Nürnberg, 85 Mio. DM. — 12. Daimler-Benz AG, Stuttgart, 85 Mio. DM. — 13. Rheinmetall GmbH, Düsseldorf, 84 Mio. DM. — 14. Blohm und Voss, Hamburg, 77 Mio. DM. — 15. Dynamit Nobel AG, Liebenau, 62 Mio. DM. — 16. Esso AG, Hamburg, 62 Mio. DM. — 17. Elektronik System (ESG), München, 60 Mio. DM. — 18. Motoren- und Turbinen Union, Friedrichshafen, 58 Mio. DM. — 19. Aral AG, Bochum, 58 Mio. DM. — 20. Telefon-Normalzeit, Frankfurt, 54 Mio. DM. — 21. SEL, Stuttgart, 54 Mio. DM. — 22. Qaumbusch KG, Hessisch-Lichtenau, 52 Mio. DM.

8) „Die Welt" v. 17. 3. 1976; dort heißt es: „Die dem Kanzler übermittelte ‚Stellungnahme' ist von 16 Betriebsratsvorsitzenden und Stellvertretern der neun großen deutschen Rüstungsunternehmen unterzeichnet. Dazu gehören Werner Knödler von Blohm und Voss AG, Kurt Fischer und Karl Weber von Rheinstahl AG, Kurt Flor und Willi Heß von Rheinmetall AG, Georg Buckley und Karl Königer von Diehl, Ludwig Roth und Paul-Heinz Fischer von MTU-Motoren & Turbinen Union GmbH, Hermann Pfeil von IWKA, Georg Deiselmann und Heinrich Bettinghausen von Wegmann und Co, Paul Rodewald und Georg Lott von MaK Maschinenbau GmbH und Hubert Kolondet und Erich Fischer von Krauss-Maffei AG.
In dem Schreiben der Betriebsräte heißt es: „Für den Aufbau der Bundeswehr wurden seinerzeit unbedingt erforderliche Kapazitäten mit Hilfe der Belegschaften der derzeitigen Rüstungsindustrie aufgebaut. Diese Kapazitäten wurden inzwischen — nachdem die Bundeswehr steht — bis an die Grenze der Wirtschaftlichkeit reduziert. Wenn die Kapazitäten noch weiter zurückgeschraubt werden, ist damit die begrenzte, aber für die gesamte Technologie nicht unbedeutende, deutsche Rüstungsindustrie praktisch gestorben und die Arbeitsplätze der dort beschäftigten Kollegen verloren. Diese Kollegen haben bisher immer ihr Bestes getan und auch zu schweren Zeiten, als es unpopulär war, in der Rüstungsindustrie zu arbeiten, ihre Pflicht gegenüber dem Staat erfüllt."
Zuvor wird festgestellt: „Genau wie die Soldaten haben auch die Arbeiter und Angestellten dieser Rüstungsindustrie ein Anrecht auf soziale Sicherheit, d. h auf einen gesicherten Arbeitsplatz. Daraus erwächst dem einzigen Nachfrager Bund auch eine Fürsorgepflicht. Wenn der Bund vorübergehend die Kapazitäten nicht auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füllaufträgen aus Nichtspannungsgebieten zulassen, wobei der Begriff ‚Nichtspannungsgebiete' nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfte wie in der Vergangenheit."
Die Betriebsräte schlagen vor: „Um die Sicherung der Arbeitsplätze auch praktikabel zu gestalten, wäre es sinnvoll, daß für sogenannte Füllaufträge aus dem Ausland der Bund die Koordination übernimmt, damit von vornherein sichergestellt wird, daß mit dem Export kein Mißbrauch getrieben wird."
Vorab begrüßen die Betriebsräte die ablehnende Haltung der Bundesregierung hinsichtlich des Aufbaus neuer Kapazitäten in der Rüstungsindustrie. Die Betriebsräte fühlten sich bei der Einhaltung dieser grundsätzlichen Politik mitverantwortlich."

gebiete" [9]). Bei dem Export von Rüstungsgütern muß man die Abhängigkeit berücksichtigen, die zu der allgemeinen Auslandsnachfrage nach zivilen Gütern besteht. Angesichts der geringen finanziellen Mittel, über die die Entwicklungsländer verfügen, die als Abnehmer vor allem in Frage kommen, geht militärischer Export zwangsläufig zu Lasten der zivilen Exporte in diese Länder, einfach weil ein wesentlicher Teil der vorhandenen Devisen in den Entwicklungsländern für Rüstungskäufe aufgebraucht wird. Dadurch verringern sich in diesen Ländern die Möglichkeiten zur Industrialisierung. Statt aufnahmefähiger Märkte entstehen so in der Dritten Welt neue Waffenarsenale. Zudem gilt für diese Länder und damit für den Rüstungsexport genau das gleiche, was für die Lieferung von Rüstungsgütern an Streitkräfte unseres Landes gilt, nämlich, daß die Lieferung stoßweise abgewickelt wird. Die Käufer wollen in der Regel die Waffensysteme schnellstmöglich haben. Durch die Konkurrenz mit den Rüstungsindustrien anderer Länder ist es somit fast unvermeidlich, daß Überkapazitäten geschaffen werden, für die dann innerhalb kürzester Zeit Anschlußaufträge fehlen [10]).

Rüstungsproduktion — Hemmschuh wirtschaftlicher Entwicklung

Rüstungsproduktion hat aber noch weitere für unsere Volkswirtschaft negative Auswirkungen. Rund 5 bis 10 % der Rohstoffe, die in die Bundesrepublik importiert werden müssen, darunter auch solche Rohstoffe wie Erdöl, fließen in den Betrieb der Bundeswehr und die Rüstungsproduktion. Dabei ist es vor allen Dingen nötig, besonders hochwertige und seltene Metalle und ähnliches für die Rüstungstechnik zu importieren. Für diese Rohstoffe, die volkswirtschaftlich gesehen verschwendet werden, müssen Milliardenbeträge aufgebracht werden. Gleichzeitig tragen diese massiven Importe zur Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe bei und stellen somit einen Faktor dar, der die Inflation fördert.

Nach Schätzungen der UNO arbeiten in den industriell hochentwickelten Staaten ca. 40 % der Wissenschaftler und Techniker in der Rüstungsforschung. Entsprechend hoch ist auch der für Rüstungsforschung verwandte Anteil der Steuermittel [11]). Dabei muß gesehen werden, daß in der Rüstungsforschung zwangsläufig die qualifiziertesten Wissenschaftler und Techniker arbeiten. Daraus ergibt sich, daß für die zivile Forschung dieses hochqualifizierte Personal nicht zur Verfügung steht, woraus folgt, daß die Konzentration auf die Rüstungsforschung notwendigerweise zu einer Verlangsamung des technischen Fortschritts im zivilen Bereich führt.

Das Beispiel der japanischen Wirtschaft macht deutlich, welch ein Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung die Rüstungsproduktion ist. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat die japanische Regierung nur sehr geringe Summen für den Unterhalt der Streitkräfte und die Rüstungsproduktion aufgewandt. Daher war die japanische Wirtschaft in der Lage, jährlich über 30 % ihres Sozialproduktes in die Zivilproduktion zu investieren. Diese modernen, zivilen Fertigungskapazitäten erwiesen sich als ein wirksames Mittel im internationalen Konkurrenzkampf. Japanische Produkte konnten auf zahlreichen Märkten die Produkte anderer Länder verdrängen und erhebliche Marktanteile auf Auslandsmärkten erzielen. Rüstungsproduktion ist eben kein Mittel, um im Konkurrenzkampf auf den internationalen Exportmärkten bestehen zu können [12]).

---

9) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 18. 3. 1976, „IG Metall contra Betriebsräte".
10) DVZ v. 22. 4. 1976, „Rüstung macht Arbeitsplätze unsicher".
11) Economic and Social Consequences of Disarmament, New York 1962, Übersetzung in: „Blätter", 6/1962; und: Economic and Social Consequences of the Arms Race and of Military Expenditures, New York 1972.
12) Fritz Baade, Der Wettlauf zum Jahr 2000, Berlin (West) 1966.

Gerade die Entwicklung der US-amerikanischen Wirtschaft während des Vietnamkrieges beweist ja ausdrücklich, daß die Konzentration auf Rüstungsproduktion zum Verlust von Exportmärkten führt. Auf die Dauer gesehen, kann also eine forcierte Rüstungspolitik die nachlassende Konjunktur nicht beleben und die Talfahrt nicht aufhalten. Rüstung sichert auf längere Zeit keine Arbeitsplätze, sondern führt eine Situation herauf, in der Arbeitsplätze verlorengehen.

II

Wissenschaftliche und technische Forschung sind heute zentrale Faktoren für das ökonomische Wachstum und die Sicherung der Arbeitsplätze von morgen. Die Mittel, die heute für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden, und die Art dieser Forschung (ob sie militärisch oder zivil ist) haben unmittelbare Bedeutung dafür, wie schnell neue Produktionstechnologien in der Industrie eingeführt werden können. Dabei wird vielfach angenommen, daß, je höher die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sind, desto größer auch die ökonomischen Fortschritte und das Wachstum der Produktivität der Industrie. Tatsächlich aber haben die USA mit dem relativ und absolut höchsten Forschungsaufwand in den Nachkriegsjahren die geringsten wirtschaftlichen Zuwachsraten erzielt. Diese Tatsache kann nur verwundern, wenn man dem naiven Glauben anhängt, daß sich die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen im militärischen Bereich automatisch auch auf das technologische Niveau der zivilen Produktion auswirken. Tatsächlich aber gibt es diese Folgewirkung militärischer Forschung und Entwicklung für den Zivilbereich praktisch nicht.

Kriegsforschung auf Kosten des Fortschritts ziviler Technologie und des Wirtschaftswachstums

Der amerikanische Wissenschaftler Robert A. Solo [13]) hat diese Zusammenhänge für die USA im Jahre 1962 untersucht. Damals gaben die USA rund 90 % der gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben für militärische Zwecke, Raumfahrt und Atomforschung aus. Er kommt zu dem Schluß, „das Wachstum der Weltraum- und Kriegsforschung dürfte auf Kosten derjenigen Forschung und Entwicklung gehen, die auf ökonomisches Wachstum einzielt". Und obwohl der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben am Nationaleinkommen seit 1953 ungeheuer zugenommen hat, scheint der Anteil der wachstumsorientierten Forschung und Entwicklung gefallen zu sein. Nach den Angaben des gleichen Wissenschaftlers ging in der Zeit ab 1953 der Anteil der auf ziviles Wachstum zielenden Forschung und Entwicklung leicht zurück, während sich die militärische Forschung mehr als verdoppelte. Während des stürmischen Anstiegs der Forschungsausgaben für die Rüstung fiel die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität scharf ab. Die Konzentration der staatlichen Forschungsaufwendungen und wissenschaftlichen Laboratorien auf militärische Zwecke wirkten sich also wachstumshemmend aus. „Die große Anzahl von Arbeitskräften, die mit Forschungsaufgaben für die Rüstungswirtschaft beschäftigt ist, belastet die Wachstumsrate des Nationaleinkommens und die Arbeitsproduktivität in negativer Hinsicht" [14]).

„Spin off" — Fortschritt durch „Abfallprodukte" der Rüstung?

Die Befürworter großer Aufwendungen für militärische Forschung und Entwicklung sind nicht müde geworden, das Gegenteil zu behaupten. Rüstungsforschung

[13]) Robert A. Solo, zit. nach: Rainer Rilling, a.a.O., S. 191, Anm. 463.
[14]) Ders., a.a.O., S. 192, Anm. 466.

bringe einen hohen zivilen Nutzeffekt, ergebe zahlreiche „Abfallprodukte" für die zivile Industrie, und das auf vielen Gebieten, bei der Elektronik, bei neuen Metallverbindungen, bei der Entwicklung von Treibstoffen, der Keramik, Kunststoffen, Textilien, bei der Optik, der Wärme- und Kältetechnik usw. Dies läge daran, daß für die Rüstung extreme technologische Forderungen aufgestellt werden, Rüstungstechnologie sei also Spitzentechnologie, was zur Folge habe, daß Wissenschaft und Industrie Höchstleistungen erbrächten. Bedeutende Hemmnisse verhindern aber diesen technologischen „Spin off" auf die Zivilproduktion. Zunächst einmal ist nicht einzusehen, wieso nicht eine direkte Förderung der auf wirtschaftliches Wachstum gerichteten Forschung und Entwicklung viel schneller, billiger und effektiver die entsprechenden Ergebnisse erbringen sollte als auf dem Umweg über die Rüstungsforschung. Es leuchtet unmittelbar ein, daß, wenn man ein modernes Nahverkehrssystem entwickeln will, eine darauf gerichtete Forschung viel eher in der Produktion angewendet werden kann, als wenn man sich Abfallprodukte aus der militärischen Elektronik, Erfahrungen aus dem Panzerbau zunutzemachen muß. Hinzu kommt aber noch, daß die gesamte militärische Forschung unter strengen Geheimhaltungsbestimmungen vollzogen wird. Wegen der Geheimhaltung gerade der fortgeschrittensten Technologien können diese Forschungsergebnisse aber gerade auch nicht in anderen Bereichen der Industrie angewandt werden. Zudem neigen die Rüstungskonzerne nicht dazu, ihre Forschungsergebnisse selbst in zivile Produktion umzusetzen, und zwar sowohl wegen der Geheimhaltung, die weit über das hinausgeht, was im zivilen Bereich an Monopolisierung von Patenten und Forschungsergebnissen aus Konkurrenzgründen üblich ist, teils auch weil die Rüstungsproduktion in aller Regel weitaus gewinnträchtiger ist.

Im Rüstungsbereich werden alle anfallenden Kosten durch den Staat übernommen. Der Absatz der produzierten Waren ist gesichert; die Unternehmen haben also eine staatliche Gewinngarantie. Rainer Rilling zitiert in seinem Buch „Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD" interessante Zahlen aus den USA, für die Bundesrepublik liegen detaillierte Untersuchungen über diese Frage nicht vor [15])

Bis zum 31. Juni 1973 waren bei der amerikanischen Weltraumbehörde NASA 1885 Erfindungen angemeldet worden, von denen 328 als Patente registriert wurden. 16 % der angemeldeten Patente waren nach Angaben der NASA kommerziell verwertbar. Eine Umfrage eines Unterausschusses des amerikanischen Senats vom Sommer 1960 ergab, daß nur 23 % der Interessenten zur zivilen Auswertung von Patenten, die sich im Besitz des US-Verteidigungsministeriums befanden, diese Erfindungen tatsächlich in Anspruch nahmen. Es wurde geschätzt, daß nur knapp 10 bis 15 % der Patente, die im Regierungsbesitz sind, kommerziell verwertet werden. Eine weitere Umfrage des oben genannten Senatsausschusses ergab, daß bei 78 Unternehmen, die im Zeitraum von 1949 bis 1959 insgesamt 61 300 Patente angemeldet hatten, ganze 7988 Patente aus Aufträgen des Pentagon für militärische Forschung stammten, dabei wurden nur 7 % dieser 7988 Patente kommerziell verwertet. Gleichzeitig wurden in den USA im zivilen Bereich zwischen 54 und 60 % aller angemeldeten Patente kommerziell verwertet. Die amerikanische Rüstungsfirma North American Aviation Company, die von 1949 bis 1959 fast ihren gesamten Umsatz durch Aufträge des Pentagon bestritt und zugleich die größten Zuwendungen für militärische Forschung und Entwicklung enthalten hatte, hat in diesem Zeitraum 172 Patente angemeldet, die aus deut-

15) Rainer Rilling, a.a.O., S. 202 f.

schen Regierungsaufträgen stammten. 1961 wurden nur noch 2,3 % dieser 172 Patente kommerziell verwendet. Der Konzern, der die zweitgrößten militärischen Forschungs- und Entwicklungsaufträge des Pentagon erhielt, war in dieser Periode General Electric mit einem firmeneigenen Rüstungsanteil von 25 % seines Umsatzes. Von den 471 Patenten, die General Electric in dieser Phase anmeldete, wurden 1961 noch 8,4 % kommerziell verwertet. Aber auch bei solchen gemischten Konzernen, die sowohl für den zivilen Markt als auch für die Rüstung produzieren, müssen nicht unbedingt Forschungsergebnisse aus dem militärischen Bereich stärker zivil genutzt werden. Der amerikanische Konzern Western Electric mit ungefähr 24 % Rüstungsumsatz nutzte noch 1961 von 247 angemeldeten Patenten nur 1,2 % im zivilen Bereich. Große wissenschaftliche Entdeckungen und Entwicklungen, wie beispielsweise der Transistor, wurden in der zivilen Forschung entwickelt. Bei dem heutigen Stand von Forschung und Technik ist es möglich, technische Neuerungen durch planmäßige und gezielte Forschung zu entwickeln, bestehende wissenschaftliche Probleme also direkt anzugehen und nicht den Umweg über Bomben oder Raketen zu wählen.

Aufgrund zahlreicher kritischer Stellungnahmen aus der Industrie erklärte der Präsident der Deutschen Forschungsgesellschaft, Speer, 1968: „Die zivile Forschung teilt ja ihre ganzen Arbeiten sofort mit, ... während die Erkenntnisse der Wehrforschung nicht ohne weiteres der Technik nutzbar gemacht werden können" [16]). Daher wurden in den 70er Jahren verstärkt Forschungsmittel für sogenannte zivile Spitzentechnologie, vor allen Dingen im Bereich der Datenverarbeitung, bereitgestellt. Doch auch in diesen angeblich zivilen Schwerpunktprogrammen der Bundesregierung wird zunehmend militärisch verwertbares Grundlagenwissen erarbeitet [17]).

Aufgrund der getroffenen Überlegungen und zitierten Untersuchungen kann man also sagen, daß der zivile Nutzen von militärischer Forschung und Entwicklung und militärischer Spitzentechnologie sehr gering ist und daß sich ein Vielfaches an zivil verwertbaren Forschungsergebnissen durch einen gezielten Einsatz dieser Mittel in zivilen Bereichen erzielen ließe.

III

Wie wir gesehen haben, trägt die Rüstungsproduktion keineswegs zu einer langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze bei und trägt auch nicht in nennenswertem Maß zur Modernisierung der technologischen Verfahren in der zivilen Industrie bei.

Probleme der Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion

Abgesehen von geringfügigen und kurzfristigen Auswirkungen, stellt sowohl die Rüstungsproduktion als auch die Rüstungsforschung eine Vergeudung dringend benötigter Kapazitäten und Ressourcen dar; sie gefährdet die Sicherung der Arbeitsplätze und verlangsamt den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der Zivilproduktion. Nicht nur zur Festigung des Vertrauens zwischen den Völkern und Staaten und der internationalen Sicherheit und zur Verhinderung einer atomaren Katastrophe ist es daher sinnvoll und nötig, wirksame Abrüstungsmaßnahmen einzuleiten, sondern auch aus ökonomischen Gründen. Dabei kann aber nicht übersehen werden, daß die jahrzehntelange Konzentration auf Rüstungsproduktion und Rüstungsforschung unsere Volkswirtschaft stark deformiert hat und daß bei der Umstellung auf zivile Produktion Probleme auftreten werden.

16) Zit. nach Rainer Rilling, a.a.O., S. 209, Anm. 512.
17) Rainer Rilling, a.a.O., S. 212.

Sicher ist, daß, je frühzeitiger und umfassender die Umstellung der Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion vorbereitet und geplant wird, desto geringer die Probleme und Schwierigkeiten sein werden, die bei dieser Umstellung auftreten. Die Verwendung der heute für Militär und Rüstung aufgewandten Mittel für andere Zwecke kann prinzipiell auf zwei verschiedene Arten geschehen. Einmal könnten bedeutsame Steuererleichterungen vorgenommen werden, mit dem Ziel, die Massenkaufkraft so zu erhöhen, daß dadurch die allgemeine Wirtschaftstätigkeit nachhaltig angeregt wird, also in vielen Bereichen der Volkswirtschaft aufgrund der Nachfrage des Marktes neue Arbeitsplätze entstehen.

Zum anderen können aber auch die im Rüstungsbereich eingesparten Mittel für gezielte zivile Regierungsprogramme verwandt werden. Dieser zweiten Alternative ist generell der Vorzug zu geben.

Zwar sollten Abrüstungsmaßnahmen immer auch einhergehen mit der Erhöhung der Massenkaufkraft, um die allgemeine Wirtschaftstätigkeit zu beleben, doch kann die Umstellung auf zivile Technologien bei möglichst geringen wirtschaftlichen Störungen und ohne große Arbeitsplatzverluste nur durch genau geplante und gezielte Programme erreicht werden. Für die unterschiedlichen Bereiche der Rüstungsindustrie bieten sich verschiedene zivile Technologien an. So ist die Umstellung des militärischen Hochbaus — Kasernen usw. — auf die zivile Bautätigkeit (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Altstadtsanierung usw.) problemlos. Das gleiche gilt für den militärischen Tief- und Straßenbau. Die elektronische Industrie könnte Sicherheits- und Steuerungseinrichtungen für die gesamte Zivilproduktion, den Straßen-, Schienen- und Luftverkehr sowie für die verbesserte technische Ausstattung des Gesundheitswesens liefern, die Panzerproduktion und ähnliches schwere Erdbewegungsfahrzeuge, neue Nahverkehrs- und Schnellbahnsysteme beim Fernverkehr u. ä. herstellen.

Für den Teil der Arbeitskräfte, die nicht unmittelbar in die zivile Produktion übernommen werden können, müßten großzügig und gezielt Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme entwickelt werden. Daß eine rasche Umstellung der Rüstungsindustrie auf Zivilproduktion möglich ist, zeigt das Beispiel der Umstellung der US-Rüstungsindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg. Innerhalb kürzester Frist konnten die entlassenen Soldaten und die in der Rüstungsproduktion beschäftigten Arbeitskräfte in zivilen Bereichen eingesetzt werden, ohne daß sich eine merkliche Erhöhung der Arbeitslosenzahlen ergeben hätte. Diese Umstellung ist auch in der zitierten Studie der Vereinten Nationen untersucht worden und wird als Beispiel dafür gewertet, daß keine größeren technologischen und ökonomischen Probleme bei der Umstellung der Rüstung auf Zivilproduktion aufzutreten brauchen. Die Möglichkeit der Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Aufgaben wird auch durch die Vorschläge belegt, die eine Gruppe von Shop Stewards dem Forum zur Beendigung des Wettrüstens und für Abrüstung in der englischen Universitätsstadt York Ende März 1976 vorgelegt hat.

Eine Gruppe britischer Shop Stewards (von den Belegschaften gewählte Vertrauensmänner, deren Funktion etwa einer Mischung aus Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten entspricht) der großen britischen Rüstungsfirmen Vickers Armstrong, Rolls Royce, Hawker Siddeley und Lucas Aerospace Company haben einen Bericht veröffentlicht, in dem sie den Nachweis führen, daß ihre Konzerne sofort zur Friedensproduktion übergehen könnten.

Ihre Vorschläge sehen die Produktion von Zivilflugzeugen vor, die nur kurze Startbahnen benötigen, von Autos, Lastwagen und Bussen mit Batterieantrieb,

die Entwicklung der Gezeitenenergie, den Bau von düsengetriebenen Schiffen, Maschinenanlagen für die Erdölindustrie und medizinische Apparaturen von höchster Vollendung, wie z. B. fehlende künstliche Nieren, die viele Patienten retten könnten. Nicht weniger als 150 konkrete Beispiele sind aufgezählt, die eine Alternative zur Rüstungsproduktion bieten. Dabei handelt es sich nicht nur um Vorschläge. Jedes Projekt ist bis in die letzte Einzelheit ausgearbeitet, einschließlich Konstruktionsplänen, die eine sofortige Aufnahme der Produktion ermöglichen würden [18]).

Daß auch in der Rüstungsindustrie solche Möglichkeiten gesehen werden, beweisen die bereits vorgestellten zivilen Projekte verschiedener Rüstungskonzerne. Dabei kann nicht übersehen werden, daß die Propagierung solcher zivilen Technologien heute von den Rüstungskonzernen eigentlich nur zur Aufpolierung ihres Images in der Öffentlichkeit betrieben wird.

Im Mai 1971 stellte Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) das Projekt einer Magnetkissenschnellbahn vor, die nach Fertigstellung Geschwindigkeiten bis zu 500 Stundenkilometer erreichen soll. Krauss-Maffei ließ im Herbst 1971 auf einer Teststrecke das Magnetkissenfahrzeug transrapid vorführen. Beide Fahrzeuge würden übrigens zu mehr als 50 % von der Bundesregierung finanziert. An derartigen Systemen arbeiten auch die Konzerne AEG, BBC, Siemens, MAN, Dornier, Krupp und Rheinstahl-Henschel.

Im Winter 1970 gab Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) bekannt, daß es zusammen mit Bosch und VARTA ein Elektro-Fahrzeug für den Stadtverkehr entwickele, das ohne Schädigung der Umwelt arbeite.

Im März 1971 trat MBB zusammen mit dem Atomkonzern Demag an die Öffentlichkeit mit dem Modell eines elektronisch gesteuerten Kabinentaxis, das das Auto im innerstädtischen Verkehr ersetzen könnte.

Krauss-Maffei entwarf Modelle für ein städtisches Massenverkehrsmittel nach dem Förderbandprinzip.

Insgesamt würde die Umorientierung der Wirtschaft auf Zivilproduktion zu einer Festigung des internationalen Vertrauens und der internationalen Sicherheit beitragen und die Gefahr der thermonuklearen Vernichtung der Menschheit verringern. Gleichzeitig könnte die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Zwecke und die Beschäftigung von mehr als einer Million Arbeitskräften in der Zivilproduktion dazu führen, heute kaum lösbare Aufgaben im Bereich der Zukunftsinvestitionen und der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse zu lösen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Umstellung auf Friedensproduktion keinesfalls in einem Schritt notwendig sein wird. Der bisherige Verlauf der internationalen Verhandlungen über die Begrenzung des Wettrüstens und die Einleitung von Abrüstungsmaßnahmen legt vielmehr den Schluß nahe, daß diese Umstellung ebenso wie die Abrüstung selbst schrittweise erfolgen würde, so daß die auftretenden organisatorischen und ökonomischen Probleme überschaubar blieben. Die von einer Reihe von Autoren geäußerte Meinung, daß im Kapitalismus eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Zwecke nicht möglich sei, scheint wenig realistisch. Zwar haben diese Autoren recht, wenn sie darauf verweisen, daß innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems nur äußerst geringe Interessen und Antriebskräfte für eine derartige Umorientierung der Wirtschaft bestehen. Solche Interessen und Antriebe ergeben sich zwar aus den langfristigen,

[18]) DVZ v. 22. 4. 1976, „Friedensproduktion ist sofort möglich".

wirtschaftlichen Erwartungen, Planungen und den Exporthoffnungen der zivilen Industrie, und diese Interessen können durchaus politische Wirkungen hervorrufen, wie die Auseinandersetzungen innerhalb der US-amerikanischen Großindustrie um die Beendigung des Vietnamkrieges beweisen. aber alle Erfahrungen deuten darauf hin, daß sich diese Kreise allzu leicht von der Rüstungsindustrie für eine Fortsetzung der Rüstungsproduktion überzeugen lassen, da Rüstung neben den ökonomischen Auswirkungen auch noch tiefgreifende politische Auswirkungen hat. So geht mit der forcierten Rüstungsproduktion eine Verstärkung der Bedrohungsvorstellungen und Feindbilder bei der Bevölkerung einher, was massive innenpolitische Auswirkungen hat. Ständige Beschwörung außenpolitischer Gefahren, denen man durch verstärkte Rüstungsproduktion und Vergrößerung der militärischen Stärke begegnen müsse, trägt wesentlich dazu bei, ein Klima zu schaffen, in dem die Arbeiter und Angestellten weniger energisch ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen vertreten. Die Durchsetzung von Abrüstungsmaßnahmen wird sich daher immer auf die Aktivitäten einer engagierten Öffentlichkeit stützen müssen. Abrüstung vollzieht sich nicht aufgrund eines im kapitalistischen Wirtschaftssystem vorhandenen Automatismus, sondern nur durch politische Mobilisierung und politischen Druck der Bevölkerungsmehrheit, die dadurch ihre grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen besser befriedigen kann. Die Durchsetzung der Umstellung der Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion ist deshalb eine politische Machtfrage und eben deswegen keine Unmöglichkeit. Im Prinzip kann auch die Verwendung der heute für Rüstung und Militär aufgewandten Mittel in anderen Bereichen staatlicher Politik vergleichbare ökonomische Funktionen für ein kapitalistisches Wirtschaftssystem haben. Es ist also unrichtig, davon auszugehen, daß eine Voraussetzung für die Abrüstung und Umstellung der Rüstungsindustrie auf Zivilproduktion die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist.

Ebenso wie die materielle Produktion auf zivile Zwecke umstellbar ist, läßt sich auch die Rüstungsforschung für gesellschaftlich sinnvollere Zwecke umorientieren. Zwar ist sicherlich richtig, daß bestimmte Spezialkenntnisse, z. B. im Bereich der Atomsprengköpfe oder der konventionellen Sprengmittel, nicht benötigt werden. Angesichts der hohen Qualifizierung der in diesem Bereich beschäftigten Wissenschaftler und Ingenieure stellt die Umorientierung dieser Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf zivile Spitzentechnologien aber kein ernstes Problem dar. Allerdings ist auch in diesem Bereich eine gezielte staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik notwendig, die sich auf die Lösung der gesellschaftlich dringendsten Aufgaben konzentriert. Wenn solche Pläne zur Umorientierung der Forschung und Entwicklung nicht bestehen, können allerdings die heute vorhandenen Zivilforschungsinstitutionen die große Armee der Rüstungsforscher nicht aufnehmen. Auch hier gilt, daß die bisherige Orientierung auf Rüstungsforschung schwere Disproportionalitäten geschaffen hat, die Schritt für Schritt und planmäßig beseitigt werden müssen. Auch hier ist richtig, daß ein frühzeitiger Beginn dieser Umstellung ein Unterpfand dafür ist, daß diese Umstellung ohne Nachteile für die beteiligten Wissenschaftler vollzogen werden kann.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die Rüstungsproduktion keineswegs sichere Arbeitsplätze schafft und einen stabilisierenden Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung hat. Unrichtig ist auch, daß die militärische Forschung in einem hohen Maße den technischen Fortschritt in der Zivilindustrie fördert. Von beiden Behauptungen, die gegenwärtig zur propagandistischen Absicherung von Aufrüstungsbestrebungen in die Öffentlichkeit getragen werden, stimmt das ge-

naue Gegenteil. Bei langfristiger Planung, in die die Gewerkschaften, die Betriebsbelegschaften und die beteiligten Ingenieure und Wissenschaftler einbezogen sind, ist es möglich, Rüstungsproduktion und Rüstungsforschung auf zivile Aufgaben umzustellen und dadurch erhebliche Beiträge zur Erhöhung des Volkswohlstandes zu leisten. Solche Umstellungen können Mittel freimachen für die Entwicklung der industriell wenig entwickelten Länder der Dritten Welt, tragen also zur Schaffung langfristiger und sicherer Absatzmärkte bei und stellen bei der Entwicklung eines gerechten Systems der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten der Erde, das vom allseitigen Vorteil ausgeht, einen Beitrag zu einer menschenwürdigeren, sichereren und friedlichen Zukunft dar.

Verdeckter Rüstungstransfer – Beiträge der BRD zur militärischen Stärkung der Republik Südafrika*)

Von Jens Klopp, Peter Körner, Reinhard Saloch und Hans Walden

Für die weitere Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent ist die Stärke und Einsatzfähigkeit des militärischen Droh- und Kampfpotentials der Republik Südafrika (RSA) von ausschlagebender Bedeutung. Das rassistische Regime in der RSA muß angesichts der einschneidenden Veränderungen in Moçambique und Angola und angesichts der brisanten Lage in Rhodesien eine Verschlechterung seiner strategischen Position feststellen. Südafrikas Reaktion schwankt zwischen Annäherungsversuchen an schwarzafrikanische Staaten (Détente-Politik) und einem harten Kurs, der sich in enorm forcierten Aufrüstungsanstrengungen niederschlägt [1]) und bei der Intervention regulärer südafrikanischer Truppen in Angola konkrete Züge annahm.

Große Anstrengungen unternahm die RSA in den letzten Jahren beim Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie [2]). Weitgehende Autarkie hat sie in der Produktion von Waffen mittleren technologischen Niveaus erreicht; aber auch technisch komplizierte Rüstungsgüter können dank Lizenz- und Know-how-Transfers über joint ventures (Gemeinschaftsfirmen), an denen unter anderem Konzerne aus der BRD beteiligt sind, im Lande hergestellt werden. Dennoch ist die RSA bisher nicht ohne militärische Unterstützung durch westliche (NATO-)Staaten

*) Dieser Aufsatz stellt den überarbeiteten Teil einer kollektiven Seminararbeit dar. Umfangreiches Material wurde uns aus dem Archiv der Arbeitsgruppe Rüstung und Unterentwicklung, Hamburg, zur Verfügung gestellt. D. Verf.

1) Der Wehretat der RSA, der im Haushaltsjahr 1975/76 die enorm hohe Summe von 1160 Mio. US-Dollar erreichte, soll für 1976/77 um rund 50 % erhöht werden. Vgl. „afrika heute", 11/12 November 1974 — Februar 1975, S. 5, und „Internationales Afrika-Forum", 1/1976, S. 36.

2) Vgl. Ernst Friedrich Lauppe, Rüstungswirtschaftliche Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Südlichen Afrika, unveröffentlichtes Manuskript, Gauting 1974, S. 51 ff.

ausgekommen. Am wenigsten hat sich bisher Frankreich um das von der UNO 1963 gegen Südafrika verhängte Waffenembargo gekümmert: einen großen Teil seines Militärpotentials — u. a. Mirage-Bomber, U-Boote und Panzerwagen — hat die RSA Frankreich zu verdanken, sei es durch Direktlieferungen oder durch Lizenzbau.

Aber auch die Bundesregierung und Unternehmen aus der BRD leisten ihren Beitrag zur Stärkung des südafrikanischen Militärapparates, obwohl die Bundesregierung immer wieder verbreiten läßt, daß sie Waffenlieferungen in die RSA weder durchführe noch zulasse. Nur bei Berücksichtigung folgender Tatsachen kollidieren solche Dementis nicht allzu offensichtlich mit der Wahrheit:

1. Die Bundesregierung bedient sich des gesetzlich definierten Begriffs von „Kriegswaffen", die einer Exportbeschränkung unterliegen. Danach sind Kriegswaffen nur solche Rüstungsgüter, die in der sog. Kriegswaffenliste des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) aufgeführt sind. Die Tatsache, daß z. B. Militärlastwagen nicht in dieser Liste enthalten sind, macht es erklärlich, daß 137 schwere Modelle der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) ohne Schwierigkeiten direkt nach Südafrika geliefert wurden [3]).

2. Es ist auffällig, daß mehrere in deutsch-französischer Kooperation produzierte Waffensysteme, die unter den Begriff „Kriegswaffen" fallen, offiziell von Frankreich exportiert werden. Besonders ins Auge sticht die Zusammenarbeit von MBB und dem französischen Konzern Aérospatiale, die ihre gemeinschaftlich hergestellten Rüstungsgüter, z. B. Hubschrauber des Typs BO-105 und Panzerabwehrraketen vom Typ „Milan" über ihre französische Vertriebsfirma „Euromissile" an Südafrika verkauft haben [4]). Die rechtlichen Grundlagen für eine solche Handhabung hat die Bundesregierung selbst geschaffen; sie hat mit Frankreich ein Abkommen geschlossen, demzufolge sie die französische Regierung nicht daran hindern will, „Kriegswaffen oder sonstiges Rüstungsmaterial, das aus einer gemeinsam durchgeführten Entwicklung oder Fertigung hervorgegangen ist, in Drittländer auszuführen oder ausführen zu lassen" [5]).

Neben dem Transfer von „Kriegswaffen" und anderen ausschließlich für militärische Zwecke bestimmten Rüstungsgütern erfolgt aus der BRD auch ein Transfer von rüstungsrelevanten Anlagen und Technologien, die den Deklarationen zufolge nur für zivile Zwecke benötigt werden. Zwei Beispiele dafür sind das „Projekt Advokaat", ein riesiges Nachrichten- und Kommunikationssystem mit weltweiten Verbindungen, und das Engagement der BRD auf dem Gebiet der Kernenergie, speziell der Urananreicherung.

Bevor wir auf diese Beispiele zu sprechen kommen, soll kurz der Begründungszusammenhang des umfassenden Rüstungs- und Technologietransfers aus NATO-Ländern und speziell aus dem NATO-Mitgliedsstaat BRD in die RSA thesenhaft durchleuchtet werden, da erst vor diesem Hintergrund die ganze Tragweite insbesondere des „Projekts Advokaat" deutlich werden kann. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wer warum ein Interesse daran hat, ein in zahlreichen UNO-Resolutionen geächtetes Regierungs- und Gesellschaftssystem durch die Aufrüstung des betreffenden Landes entscheidend zu stabilisieren. Ausschlaggebend sind sowohl ökonomische als auch militärstrategische Motive, wobei die Grenze zwischen ihnen fließend ist.

---

3) Vgl. „afrika heute", a.a.O., S. 84.
4) Vgl. Lauppe, a.a.O., S. 81 und 88.
5) Stichworte zur Wehr- und Sicherheitspolitik, Bonn, Nr. 3/1975, S. 9. — Das Bundesverteidigungsministerium hat dieser Quelle zufolge die deutsche Industrie hinter dem Rücken der Öffentlichkeit in Schreiben v. 31. 8. 1972 über dieses Abkommen, das faktisch eine partielle Aufhebung der bislang angewendeten „Endverbleibsklausel" bedeutet, unterrichtet.

Untersucht man das System der Apartheid auf seine ökonomische Relevanz, so läßt sich folgendes feststellen. Die weiße südafrikanische Bourgeoisie und der sie vertretende Staat haben ein Interesse an der Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo, da er ihnen auf Kosten der nichtweißen Rassen Prosperität und Privilegien sichert. Ein Interesse am Apartheidstaat haben ebenfalls die multinationalen Konzerne (MNK), wobei sich zunehmend westdeutsche Unternehmen hervortun [6]). Das südafrikanische Regime bietet ihnen ein günstiges „Investitionsklima", indem es mittels Apartheidbestimmungen billige, rechtlose Arbeitskräfte bereitstellt und Vergünstigungen anderer Art (z. B. freier Kapitaltransfea, Steuererleichterungen) gewährt. Berücksichtigt man außerdem die kostengünstigen Abbaubedingungen im extraktiven Sektor, so ergibt sich insgesamt für MNK eine Surplusprofitsituation, wie sie sie in der Welt sonst kaum irgendwo vorfinden [7]). Mit der Schutzfunktion, die die jeweiligen Nationalstaaten für „ihre" MNK auch im internationalen Rahmen ausüben (müssen), begründet sich das Interesse kapitalistischer Länder an der Absicherung eines solchen Systems: „Betrachtet man die bestehenden Handels-, Kapital- und politischen Beziehungen, so wird deutlich, daß das gesamte Südliche Afrika zum Einflußbereich des Westens gehört. Daraus ergibt sich für die westlichen Militärs die Aufgabe, Gefährdungen dieses Bereichs unter militärischen Gesichtspunkten zu sehen" [8]).

Die Bedeutung der RSA in ökonomischer Hinsicht findet ihren Ausdruck in den wiederholten Bemühungen, sie in irgendeiner Weise in das westliche militärische Bündnissystem zu integrieren. Hierbei sind folgende strategische Anliegen der NATO-Staaten ausschlaggebend:

1. Die Sicherung der Rohstoffquellen auf dem Territorium der RSA, insbesondere der strategischen Rohstoffe [9]);

2. der Schutz der Kaproute [10]);

3. die Erhaltung der RSA als prowestliche, strikt antikommunistische Macht vor dem Hintergrund der Systemauseinandersetzung Kapitalismus — Sozialismus.

Um das Ziel des Anschlusses Südafrikas an das westliche militärische Bündnissystem zu erreichen, gab es verschiedene Pläne, wovon zwei ein ziemlich weit fortgeschrittenes Stadium der Konkretisierung erreichten, und zwar:

1. die Gründung einer South Atlantic Treaty Organization (SATO); als Mitglieder waren vorgesehen: Argentinien, Südafrika, Australien sowie Portugal und/oder Großbritannien, evtl. Rhodesien;

2. die Ausdehnung des Operationsgebietes der NATO in die südliche Hemisphäre (südlich des Wendekreises des Krebses) [11]).

---

6) Vgl. Ruth First/Jonathan Steele/Christabel Gurney, The African Connection, Western Investment in Apartheid, Harmondsworth 1973, S. 137 ff.
7) 1968 betrug die durchschnittliche Profitrate britischer Direktinvestitionen in der RSA 11,7 % im Vergleich zu 9,0 % im Weltdurchschnitt. US-Direktinvestitionen erzielten dort 1970 eine Profitrate von 16,3 % gegenüber einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate aller US-Direktinvestitionen von 11,0 %. Vgl. First/Steele/Gurney, a.a.O., S. 333 und 336. — Für die BRD liegen uns keine entsprechenden Zahlen vor. Als indirekter Hinweis auf Surplusprofite auch westdeutscher Unternehmen in Südafrika mag stellvertretend eine Äußerung des in der RSA engagierten Unternehmers und SPD-Politikers Philip Rosenthal dienen: „Bei der Firma Rosenthal in Bayern . . . verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Einsparung" (zit. nach: „Der Spiegel", 43/1971, S. 169).
8) Lauppe, a.a.O., S. 17.
9) Vgl. „Südafrika-Post", 10/1972, S. 381: der damalige RSA-Finanzminister Diederichs nannte in einer Rede die strategischen Rohstoffe Platin, Chrom, Mangan, Antimon, Lithium, Uran, Vanadium u.v.a.
10) Über die Kaproute werden 75 % des Öls und 42 % anderer strategischer Rohstoffe für die Streitkräfte der NATO transportiert. Vgl. Signe Landgren-Bäckström, Southern Africa, The Escalation of a Conflict, A politico-military survey, unveröffentlichtes Manuskript v. 16. 1. 1975, S. 77.
11) Sean Gervasi / Larry Bowman / Ellen Frey-Wounters, NATO: Militärpakt mit Südafrika in Vorbereitung, in: „Blätter des iz 3w", 38/1974, S. 40—53.

Bisher hat eine institutionelle Eingliederung der RSA in das westliche Bündnissystem nicht stattgefunden. Doch scheint uns dieses Problem in dem Maße zweitrangig zu werden, wie Südafrika *faktisch* bereits in die NATO-interne Planung so weit integriert ist, daß es irgendwelcher formaler Bindung an den Westen kaum noch bedarf [12]).

„Projekt Advokaat"

Im folgenden soll im einzelnen aufgezeigt werden, welche *technischen* Voraussetzungen in der RSA geschaffen wurden, um diese Einbindung zur Tatsache zu machen.

Hierbei gilt unser Augenmerk insbesondere dem nachrichtentechnischen Aspekt, und dabei wiederum werden wir uns auf ein bestimmtes Projekt konzentrieren, das unter dem Decknamen „Projekt Advokaat" realisiert wurde. Weiterhin wollen wir uns im wesentlichen darauf beschränken, darzustellen, inwieweit deutsche Firmen an der Verwirklichung dieses Vorhabens mitgewirkt haben und welche deutschen und südafrikanischen staatlichen Stellen ihnen dabei geholfen haben.

Es muß bereits jetzt betont werden, daß eine lückenlose Beschreibung des Ablaufs des „Projekts Advokaat" nicht geleistet werden kann, weil dies unter strengster Geheimhaltung stattfand und wir uns nur auf jene Angaben stützen können, die nach der Fertigstellung offiziell bekanntgegeben wurden bzw. die der Öffentlichkeit vor kurzem auf anderem Wege zugänglich gemacht wurden [13]).

Bei unserer Darstellung werden wir so verfahren, daß zunächst (in chronologischer Reihenfolge) beschrieben wird, was bis vor kurzem über das „Projekt Advokaat" an allgemeineren Informationen verfügbar war, d. h. was darüber in der allgemeinen Presse oder in bestimmten allgemein zugänglichen Fachpublikationen zu lesen war [14]). Anschließend sollen jene unlängst bekannt gewordenen weiteren Details damit in Zusammenhang gebracht werden, die gewissen Aufschluß darüber geben können, auf welche Weise militärische Stellen (bei Bundeswehr und NATO) bei der Realisierung des Projekts mitgewirkt haben. Zum Abschluß wird dann aufzuzeigen sein, welche konkrete Bedeutung der im Rahmen des Projektverlaufs zustandegekommenen Verbindung zwischen militärischen und ökonomischen Interessen langfristig zuzumessen ist.

Obwohl in der folgenden Darstellung eine Reihe von wichtigen Fragen offen bleiben wird (z. B. über die Form der Zusammenarbeit zwischen deutschen und südafrikanischen Firmen in der RSA), glauben wir, daß sie dokumentieren kann, auf welche Weise es deutschen Firmen möglich gemacht werden kann, Exportbeschränkungen bestimmter rüstungsrelevanter Güter zu unterlaufen. —

Die früheste Erwähnung jenes Projektes, das kurze Zeit später unter der Bezeichnung „Projekt Advokaat" bekannt werden sollte, fanden wir im von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) herausgegebenen „Blick durch die Wirtschaft" vom 12. April 1969. Hier findet sich in einem Überblicksartikel mit dem Titel „Zunehmende Aktivität deutscher Firmen in Südafrika", der sich mit

12) Der Aspekt der faktischen Eingliederung Südafrikas in die NATO wird auch behandelt bei: Tobias Thomas, Angola, Südafrika und die NATO, in: „Blätter", 2/1976, S. 150 ff.
13) Hiermit sind jene Unterlagen gemeint, die vermutlich (ganz oder teilweise) aus dem Besitz des südafrikanischen Militärattachés in der BRD stammen. Diese Dokumente (bzw. Fotokopien davon) gelangten Anfang Juni 1975 in die Hände sowohl des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid als auch britischer Anti-Apartheid-Bewegungen und wurden der Presse zugänglich gemacht; vgl. „Die Welt" v. 11. 6. 1975.
14) Darunter werden auch solche Informationen verstanden, die zwar nicht das „Projekt Advokaat" direkt erwähnen, dieses jedoch so deutlich beschreiben (Ortsangaben, Aufgabenstellung), daß kaum ein Zweifel möglich ist, daß es gemeint ist.

dem vielfältigen Engagement von BRD-Firmen in allen bedeutenden Wirtschaftsbereichen der RSA befaßt, folgende Meldung:

„Die AEG South Africa (Pty.) Ltd., Johannesburg, die zum Bereich der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft AEG-Telefunken, Berlin/Frankfurt, gehört, erhielt mehrere große Aufträge für den Westen der Kap-Provinz. Bei dem bedeutendsten handelt es sich um die elektro- und funktechnische Ausrüstung für eine Zentrale in Kapstadt, die der Uberwachung der Küstenschiffahrt und des Flugverkehrs dienen wird. Sie soll auch für die Nachrichtenübermittlung verwendet werden. Die AEG South Africa (Pty.) Ltd. führt diesen Auftrag, dessen Wert sich auf 50 Millionen DM beläuft, in Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Firma Fuchs Electrical Industries (Pty.) Ltd. aus" [15]).

Was sich tatsächlich hinter diesem so nüchtern beschriebenen, scheinbar rein zivilen Großauftrag verbirgt, wird deutlich, wenn man dies mit einer weiteren Meldung in Verbindung bringt, die kurz danach von offizieller Stelle in der RSA verbreitet wurde. In dem wöchentlich erscheinenden „South African Digest", der von der Informationsabteilung der südafrikanischen Regierung herausgegeben wird, heißt es in der Ausgabe vom 2. Mai 1969 u. a.:

„Der Verteidigungsminister, Mr. P. Botha, setzte in der vergangenen Woche ein 3-Jahres-Projekt in Gang, das das Marine-Kommando der südafrikanischen Streitkräfte mit einem weltweiten Kommunikations-Netz zur Verteidigung der südlichen Ozeane versorgen wird.

Während der Feierlichkeiten in Westlake bei Kapstadt startete er mit einem Knopfdruck den Bau einer neuen Marine-Befehlszentrale im Wert von 12 Millionen Rand, die über die modernsten fernmeldetechnischen Einrichtungen verfügen wird.

Die Anlage wird es den Streitkräften ermöglichen, jederzeit mit Flugzeugen, Schiffen und U-Booten in Kontakt zu bleiben in einem Gebiet von Südamerika bis zum Indischen Ozean und im Süden bis zur Antarktis. (. . .)

Etwa 50 % des Auftrags, der an die südafrikanische Firma Fuchs Electronics erteilt wurde, werde aus einheimischer Produktion (local content) bestritten, sagte Mr. Botha.

Das Projekt wurde von der Rüstungsbehörde (Armaments Board) und den Streitkräften organisiert. Es wird den Bedürfnissen der Seeverteidigung für die voraussehbare Zukunft genügen" [16]).

Dieses Startsignal zur Verwirklichung eines militärischen und nachrichtentechnischen Großprojektes erhält seine besondere Bedeutung, wenn es im Zusammenhang mit weitergehenden militärpolitisch-strategischen Überlegungen gesehen wird, die die südafrikanische Regierung seinerzeit anstellte.

Mit dem Datum vom 6. Mai 1969 berichtete das „Handelsblatt", daß die südafrikanische Regierung mit anderen Regierungen Kontakte angeknüpft habe, um die Verteidigung des Indischen Ozeans zu gewährleisten, falls es zu einem Rückzug Großbritanniens aus jenem Gebiet kommen sollte. Weiterhin werden

15) „Blick durch die Wirtschaft" (FAZ) v. 12. 4. 1969.
16) „South African Digest" v. 2. 5. 1969, S. 1. — Die erwähnte Firma „Fuchs Electronics" ist ebenso wie die weiter oben genannte „Fuchs Electrical Industries (Pty.) Ltd." (vermutlich handelt es sich hierbei um Holding und Produktionsfirma) in öffentlichem Besitz (public company); beide gehören zur Fuchs-Firmengruppe, die in einer großen Anzahl von Produktionsstätten eine Reihe verschiedenartigster Erzeugnisse herstellt; vgl. Beerman's Financial Year Book of Southern Africa, vol. II, Johannesburg 1974, S. 176 f.

die Bemühungen zur Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit im Gebiet des südlichen Atlantik erwähnt, die Südafrika seit längerer Zeit unternommen habe; eine Verteidigungsgemeinschaft zum Schutz der südlichen Ozeane zeichne sich ab. Weiter heißt es dort:

„Südafrikas Planer sind bereits damit beschäftigt, Grundlagen für ein solches Verteidigungsnetz zu schaffen. (...) Vor kurzem wurde ein militärischer Fünfjahresplan bekanntgegeben, der den Ausbau der Marine und Luftwaffe vorsieht. Kernstück des Planes ist das ‚Projekt Advokaat', der Bau eines großen Radio-Verbindungsnetzes in Westlake bei Kapstadt" [17]).

Faßt man das bisher Dargestellte zusammen, so läßt sich folgendes sagen: Bereits Mitte 1969 hätte man erkennen können, worum es sich bei diesem deutsch-südafrikanischen Projekt mit dem harmlosen Namen „Advokaat" in Wirklichkeit handelt. Nicht nur um irgendeine jener heutzutage nicht mehr allzu spektakulären nachrichtentechnischen Großanlagen, wie sie in vielen Teilen der Welt installiert werden, um dem zunehmenden Schiffs- und Luftverkehr größere Sicherheit zu verleihen, sondern um ein militärisch-strategisches Kommunikationszentrum von höchster Bedeutung in einem Land, das in mehreren UNO-Resolutionen wegen seiner rassistischen Politik verurteilt wurde. Doch eine Informationspolitik, die immer nur einen Teil der Wahrheit in völlig verschiedenen Zusammenhängen verlauten ließ, verhinderte diesen Erkenntnisstand.

Verfolgen wir die Meldungen über den Fortgang der Arbeiten am Projekt weiter. Die nächsten Informationen kamen erst, nachdem ein großer Teil der Anlagen bereits fertiggestellt war. Anfang 1972 berichtete ein britischer Militärexperte — er war gerade von einem Südafrika-Besuch zurückgekehrt — im Rahmen eines Seminars über die Bedeutung Südafrikas für den Schutz der südlichen Ozeane: „Sie (gemeint ist die südafrikanische Marine, d. Verf.) haben ein großes neues bombensicheres Hauptquartier bei Simonstown gebaut mit direkt angeschlossener Chiffrier-Einrichtung. Die Anlagen sind während der Amtszeit der letzten britischen Regierung (die Labour-Regierung, die bis 1970 im Amt war, d. Verf.) vernachlässigt worden, und nun ist die Ausrüstung im neuen Hauptquartier *deutschen Ursprungs*" [18]).

Dieser kurze Hinweis auf die Fertigstellung der Marine-Befehlszentrale unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Firmen fand erst mehr als ein Jahr später eine offizielle Bestätigung durch die RSA.

Zunächst erschien im „South African Digest" vom 16. März 1973 eine kurze Meldung über die Übergabe- und Einweihungsfeierlichkeiten der soeben fertiggestellten Anlage, die bei Silvermine, Westlake nahe Kapstadt errichtet worden war [19]).

Eine ausführlichere Beschreibung der technischen Ausstattung und des Aufgabenbereichs der Anlage wurde einige Zeit später verbreitet. In der von der Südafrikanischen Botschaft in Köln verbreiteten Propaganda-Zeitschrift „Journal Südafrika" findet sich in der Ausgabe vom August 1973 folgende Darstellung:

„Tief in den Felsen der Kaphalbinsel in Silvermine bei Kapstadt liegt das neue Hauptquartier der südafrikanischen Marine, das kürzlich von Premierminister

17) „Handelsblatt" v. 6. 5. 1969.
18) Royal United Services Institute for Defence Studies (RUSI): The Security of the Southern Oceans — Southern Africa the Key, London 1972, S. 4 (Hervorhebung durch d. Verf.). Das Seminar fand am 16. 2. 1972 statt.
19) „South African Digest" v. 16. 3. 1973, S. 1.

B. J. Vorster im Beisein zahlreicher ausländischer Gäste seiner Bestimmung übergeben wurde. Die Baukosten betrugen rund 65 Mio. DM.

Ein wesentlicher Teil der Anlage ist ein mit den modernsten technischen Einrichtungen ausgestattetes Kommunikationszentrum, mit dessen Hilfe in Zukunft unter anderem über die Sicherheit Südafrikas von See her gewacht wird. Es ist das einzige Kommunikationssystem seiner Art auf der südlichen Hemisphäre.

Mit einem komplizierten Computersystem und modernen Wiedergabetechniken werden Informationen verarbeitet und gespeichert und stehen bei Bedarf sofort zur Verfügung. Diese Möglichkeiten, zusammen mit den Fernmeldeeinrichtungen, versetzen den Führungsstab in die Lage, eine ständige Kontrolle über die südafrikanischen Gewässer auszuüben. Der Einzugsbereich der Station umfaßt den Atlantischen Ozean vom Südpol bis nach Nordafrika und Südamerika und den gesamten Indischen Ozean. (. . .)

Die Station unterhält ständigen Kontakt mit den südafrikanischen Häfen und der südafrikanischen Flotte, aber auch mit ausländischen Flotteneinheiten und der Handelsschiffahrt.

Feste Funkverbindungen bestehen mit Whitehall (Sitz wichtiger brit. Regierungsstellen in London, d. Verf.), Mauritius, Luanda, Lourenço Marques, Buenos Aires, Dakar, Diego-Suarez (französische Marinebasis auf Madagaskar, d. Verf.), San Juan (Kommunikationszentrale der US-Marine auf Puerto Rico, d. Verf.) und Lagos, während mit jedem anderen Punkt auf der Erde innerhalb kürzester Zeit Funkkontakt hergestellt werden kann. (. . .)

Eine wichtige Aufgabe der Station auf internationaler Ebene liegt in der Zusammenarbeit mit der Internationalen Such- und Rettungsorganisation AMVER (Automated Merchant Vessel Report System, d. Verf.) bei Hilfeleistungen für Handelsschiffe und zivile Flugzeuge. Aber auch im militärischen Bereich dürfte die Anlage international von großer Bedeutung sein" [20]).

Aus dieser quasi regierungsamtlichen Verlautbarung wird ersichtlich, in wie vielfältiger Weise Südafrika mittels dieser Einrichtung mit westlichen (und damit auch NATO-relevanten) militärischen Stellen verbunden ist, ob diese nun wie im Falle Großbritanniens vertragsmäßig (qua Simonstown-Abkommen) festgelegt sind oder nicht. Entscheidend ist für uns die *Tatsache,* daß die Silvermine-Anlage damit ein Bestandteil eines weltweiten militärischen Nachrichten- und Überwachungssystems geworden ist, ein Glied in einer Kette, das nicht mehr leicht herausgebrochen werden kann [21]).

Nach dieser etwas ausführlicheren Beschreibung der technischen Einzelheiten und der daraus ableitbaren großen Bedeutung der Anlage müssen wir wieder auf die Beteiligung deutscher Firmen zu sprechen kommen. Hierüber wird in der oben wiedergegebenen offiziellen Darstellung zwar kein Wort gesagt, doch gibt es dafür einen Hinweis anderer Art. Dem Bericht sind zwei Fotos beigefügt, die Teile der Computeranlage zeigen und auf denen der Name „Telefunken" mehrfach zu finden ist [22]).

---

[20]) „Journal Südafrika", 4/1973, August 1973, S. 4.
[21]) Vgl. dazu die Karte „Military Facilities in the Indian Ocean Region" des U.S. Center for Defense Information, in „Africa Report", vol. 20, No. 1, Januar/Februar 1975 (innere Umschlagseiten), und die Aufstellung „U.S. Bases in the Third World", in: U.S. Military and Police Operations in the Third World, hrsg. v. North American Congress on Latin America, New York/Berkeley o. J. (ca. 1970), S. 25 ff.
[22]) „Journal Südafrika", a.a.O., S. 4. — Es läßt sich sogar der dort eingesetzte Computertyp erkennen: AEG-Telefunken TR 86, ein sogenannter Prozeßrechner, der u. a. bei der Automatisierung der Nachrichtenübermittlung Verwendung findet.

Anfang Dezember 1974 konnten sich ausländische Journalisten, denen man die Gelegenheit gab, die Silvermine-Anlage zu besichtigen, durch eigenen Augenschein von der Herkunft der Einrichtungen überzeugen. Einer von ihnen beschrieb kurz darauf mit kaum verhohlenem Nationalstolz seinen Eindruck:

„Es triumphiert modernste deutsche Technik. Alle Daten, die in einem ständigen Strom aus allen Himmelsrichtungen und aus vielen Quellen sich überdeckend in der Silbermine (Silvermine; die Anlage wurde in einer ehemaligen Silbermine installiert, d. Verf.) einlaufen, werden ausschließlich mit Hilfe deutscher Technik geortet, ausgewertet, in Beziehung zueinander gebracht und gespeichert. Vom hochgezüchteten Computer über die Funkpeilung bis zum einfachen Fernschreiber ist alles ‚made in Germany' " [23]).

Andere Teilnehmer an dieser Besichtigung (unter ihnen auch ein Fernseh-Team des ZDF) berichteten, daß man von seiten der südafrikanischen Regierung erwähnt habe, daß die Einrichtungen ausschließlich von den Firmen Siemens, AEG und MAN geliefert worden seien [24]).

Nachdem ein so weitgehendes Engagement deutscher Firmen bei einem südafrikanischen militärischen Großprojekt offenkundig wurde, stellt sich die Frage, ob dies ohne die Hilfe staatlicher Stellen in der BRD hatte vor sich gehen können. Noch kurz zuvor hatte die Bundesregierung durch ihren UNO-Botschafter offiziell erklären lassen, daß es keine militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Republik Südafrika gebe. Obwohl mehrfach Dokumentationen vorgelegt wurden, durch die u. a. belegt werden sollte, daß auch die Bundeswehr an militärischen Kontakten mit der RSA beteiligt sei, wurden diese Behauptungen als „bewußte Unwahrheit" bezeichnet [25]).

Erst kürzlich bekanntgewordene neue Dokumente, deren Authentizität nicht mehr in Zweifel gezogen werden kann, beweisen jedoch, daß diese Beschuldigungen nicht aus der Luft gegriffen waren [26]). Der durch sie belegte Sachverhalt ist recht komplex und läßt sich in etwa wie folgt zusammenfassen [27]):

Die RSA erhielt den Zugang zum NATO-Codification System, einem einheitlichen System für die Materialkatalogisierung von Rüstungsmaterial [28]).

Mehrere NATO-Länder lieferten im Rahmen des „Projekts Advokaat" hochwertiges Material zur Ausrüstung der Silvermine-Anlage unter Verwendung von NATO-Formularen und entsprechender Codierung des Materials und des Herkunftslandes (Länder-Code); diese Länder sind: Großbritannien, Dänemark, Holland, USA, Frankreich und die BRD.

Als Hauptauftraggeber des „Projekts Advookat" wird die Firma AEG-Telefunken genannt, während andere deutsche Firmen (Siemens, MAN) und Firmen aus den erwähnten anderen Ländern Zulieferer waren.

Die AEG-Telefunken arbeitete eng mit dem Materialamt der Bundeswehr zusammen, bei dem die Codierung von Ersatzteillisten vorgenommen wurde [29]).

23) So ein dpa-Journalist im „Pinneberger Tageblatt" v. 5. 12. 1974.
24) Vgl. Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Berlin (West) (AAB). Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika, Bonn, Februar 1975.
25) Pressemitteilung der AAB v. 20. 5. 1975.
26) Über den vermutlichen Ursprung der Dokumente vgl. Anm. 13.
27) Vgl. zum folgenden den „Guardin" v. 10. und 11. 6. 1975.
28) Dies wird von der RSA selbst zugegeben; vgl. Republic of South Africa. Department of Defence: White Paper on Defence and Armament Production 1973, Cape Town 1973, S. 14: „. . . die Einführung des NATO Codification System hat sich als sehr sinnvoll erwiesen."
29) Zum folgenden vgl. speziell die „daab-press documentation" v. 13. 6. 1975, die Fotokopien enthält, die diesen Sachverhalt belegen.

Bei dieser Bundeswehr-Stelle erhielten bereits 1970 zwei Mitarbeiter der Südafrikanischen Botschaft in der BRD eine Schulung über die Anwendung des NATO-Codierungssystems.

Anfragen bei der NATO ergaben eine Bestätigung, daß man Südafrika den Zugang zum Codification System gewährt habe. Jedoch betonte man, daß dieses System nicht geheim sei und jedem Land außerhalb der NATO prinzipiell zugänglich gemacht werden könne. Man betonte weiter, daß man nach Vergabe solcher „NATO-Nummern" (jeder Teilnehmer am System erhält eine Länder-Code-Nr.) keine weitere Kontrolle über die Verwendung des Codierungssystems ausüben würde, dies sei dann eine nationale Angelegenheit geworden [30]).

Hierzu ist zu sagen, daß in offiziellem Informationsmaterial der NATO tatsächlich der nicht-geheime Charakter des Systems an sich bestätigt wird, daß es sich dabei jedoch nur um das *allgemeine* Klassifizierungssystem handelt. Es gibt jedoch auch sog. NATO-Stock-Nrn., deren Verwendung nur NATO-Mitgliedern vorbehalten ist und die auf eine Integration in das interne Versorgungssystem der NATO hinweisen. Das bedeutet, daß Bestellungen, die mit der Stock-Nr. versehen sind, direkt aus den Versorgungsdepots der NATO geliefert werden [31]).

Diese Nato-Stock-Nrn. fanden sich auf einigen der erwähnten Dokumente [32]), wodurch bewiesen scheint, daß Südafrika nunmehr auf dieser Ebene voll in as Materialversorgungssystem der NATO einbezogen ist. Dies war vermutlich nicht zuletzt durch massive Hilfestellung seitens deutscher Firmen und staatlicher Stellen der BRD möglich. Insbesondere für die Firmen ergibt sich daraus der „Vorteil", Lieferungen an die RSA nicht mehr direkt durchführen zu müssen und dadurch bei Rüstungslieferungen gegen Exportrestriktionen zu verstoßen, sondern man liefert an die NATO-Depots, und alles weitere geht „automatisch".

(Zweiter Teil folgt)

30) Vgl. „Times" v. 11. 6. 1975, „Guardian" v. 11. und 19. 6. 1975.
31) Vgl. NATO — Facts and Figures, Brüssel 1971, S. 135 f.
32) z. B. auf einem Schreiben der südafrikanischen Codierungsstelle an den Militärattaché bei der Botschaft der RSA in Bonn; siehe „daab-press documentation", a.a.O.

Neuerscheinung

Frank Deppe (Hrsg.)

Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration

Mit Beiträgen von Detlev Albers, Heinz-Jürgen Axt, Manfred Boni, Frank Deppe, Werner Goldschmidt, Franz Holzberger, Joachim Lau, Wolfgang Müller, Paul Oehlke, Klaus Ruhwedel und Ulrich Wacker.

Kleine Bibliothek, Bd. 53, 383 Seiten, DM 14,80

Aus dem Inhalt: Integration als Krisenprozeß — Klassenkämpfe und die Perspektive der Mitbestimmung — Westeuropäische Integration. Nationalstaat und Arbeiterbewegung — Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen seit dem Ende der sechziger Jahre — Der Europäische Gewerkschaftsbund und die westeuropäische Integration — Zur „Europapolitik" der französischen Gewerkschaft C.G.T. — Investitionskontrolle und monopolistischer Wettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft — Proletarischer Internationalismus und nationaler Klassenkampf. Zur Europapolitik der Kommunistischen Parteien.

Pahl-Rugenstein

Die Aufdeckung einer Verschwörung und ihre Folgen

Weitere Tonbandprotokolle und Dokumente über Pläne der Rechtskräfte in Portugal und ihre Hintergründe

Von Günter Wallraff

Seit die „Blätter" in ihrem Aprilheft mit dem Abdruck des Originalberichts von Günter Wallraff über seine Gespräche mit General Spinola und anderen begannen, ist dessen Authentizität und politische Tragweite durch die Reaktionen der Betroffenen und weitere Recherchen eindrucksvoll bestätigt worden. Nicht in der von vielen erwarteten Weise haben sich dagegen die von Spinola und anderen auf die Parlamentswahlen vom 25. April 1976 in Portugal gesetzten Hoffnungen erfüllt: der Erdrutsch nach rechts fand — bei den Wählern — nicht statt. Indessen haben die portugiesischen Wahlen die parlamentarischen Voraussetzungen für eine Koalitionsregierung aus Sozialisten und Kommunisten geschaffen, die sich auf eine deutliche linke Mehrheit stützen könnte, bisher allerdings von der sozialistischen Parteiführung unter Mario Soares abgelehnt wird. Sollte die Bildung einer Mehrheitsregierung ausbleiben und der Eindruck der „Regierungsunfähigkeit" der Parteien und Kräfte des 25. April 1974 aufkommen, so könnte das politische Klima in Portugal entstehen, das die Rechte zum Eingreifen braucht. Aus den nachfolgend veröffentlichten Äußerungen und Informationen, die Günter Wallraff bei der weiteren Auswertung der Tonbandprotokolle über seine Gespräche mit Spinola thematisch geordnet zusammengestellt hat, geht unmißverständlich hervor, daß die Rechtskräfte sich auf verschiedene Varianten der Machtergreifung vorbereiten und neben Spinola über weitere Protagonisten in z. T. einflußreichen Stellungen verfügen. D. Red.

Abschlußgespräch mit Dr. Luis Dias und Dr. Jose Figuereido

(Am 26. 3. 1976 im italienischen Restaurant „Bobino" am Burgplatz in Düsseldorf).

Luis: „Im Augenblick ist unsere ganze Exil-Regierung dabei, nach Portugal zurückzukehren."

Jose: „Von diesem Sonntag an." (Pause) „Ich fahre übrigens auch zurück — und der Bruder des Präsidenten, Francesco, der ihm zum Verwechseln ähnlich sieht ..." (Deutsche Zeitungen berichteten bereits am 25. 3., daß Spinola nach Portugal zurückgekehrt sei.)

Wallraff: „Fing dieser Rückzug nach Portugal bereits mit dem Grenzübertritt von Sanchez Osorio an?"

Luis: „Nein, das war ein individueller Akt, Osorio sagte zum General in Paris, er könne es nicht mehr aushalten, er gehe nach Hause. Und wenn der General nach Portugal zurückkehrt, wird er höchst wahrscheinlich offiziell das Ende der Aktivitäten der MDLP verkünden. Wir haben im letzten Monat viel darüber geredet, daß das das Beste ist."

*) Fortsetzung der im Aprilheft der „Blätter" begonnenen Erstveröffentlichung des vollständigen Originalberichts von Günter Wallraff über seine Gespräche mit General Spinola und anderen: „Portugal — Aufdeckung einer Verschwörung", in: „Blätter", 4/1976, S. 383—419.
Über „die Re-Aktion der bundesdeutschen Presse" auf seine Veröffentlichung bereitet Günter Wallraff einen dokumentarischen und analytischen Beitrag vor. D. Red.

Jose: „Der General wird sein Buch zu Ende schreiben und offiziell nichts weiter sein als der Direktor unseres ‚Instituts des Nationalen Wiederaufbaus'."
Luis: „Auch wir beide werden dann nicht mehr zur MDLP gehören. Offiziell natürlich. Der General und wir wollen uns dann nur noch innerhalb legaler Organisationen bewegen. Offiziell."
Wallraff: „Wer von den wichtigen Leuten wird alles zurückkommen?"
Luis: „Alle, die im Ausland sind und als letzter der General. Ich gehe schon übernächste Woche. Ich werde noch einige Monate meine Wohnungen in Genf behalten. Jose und ich sind in Portugal dann verantwortlich für die Koordinierung von Auslands- und Inlandsinteressen. In erster Linie geht es uns natürlich um die Interessen unseres Instituts, das seinen Hauptsitz in Lissabon haben wird, in der Nähe der Regierung. Zweigstellen solle es in Porto, Braga, Braganza und in anderen Städten geben, Kurse sollen im ganzen Land abgehalten werden."

Wallraff: „Welche internationalen Beziehungen hat eigentlich der General?"
Luis: „Sehr viele und sehr gute. Vor allem in letzter Zeit wird er von sehr vielen Stellen angegangen. Darunter viele, die wir für entschieden zu demokratisch halten. Deshalb lassen wir ihn auch nicht allein entscheiden. Er hat einen großen Fehler, er vertraut den Leuten zu leicht."

Wallraff: „Was der General gestern sagte, über die bessere Organisation der MDLP im Süden Portugals im Gegensatz zum Norden, scheint mir doch eher ein Wunschtraum zu sein."
Luis: „Nein, nein, da hat er völlig recht, weil es im Süden tatsächlich viel schwieriger ist, unsere Bewegung aufzubauen. Ständig von Kommunisten umgeben, sind unsere Leute vorsichtiger geworden und haben sich sorgfältiger organisiert. Im Norden ist das ganze für uns ja ein Kinderspiel."
Wallraff: „In welchen Städten des Alentejo ist die MDLP am stärksten?"
Jose: „Vor allem in den Bezirken Portalegre und Estremoz."

Luis: „Trotz der zwei PC-Abgeordneten in Beja gibt es ein starkes antikommunistisches Potential, was sich in der Wahl von drei PS-Abgeordneten gezeigt hat. Wer in Beja PS wählte, der hat nicht sozialistisch, sondern antikommunistisch gewählt. Im Alentejo ist deshalb die PS für uns wichtig."
Jose: „Außerdem haben wir noch Mitglieder unserer früheren Fortschrittspartei an der Hand, denen wir raten, was sie bei der nächsten Wahl wählen sollen. Das ist regional verschieden, das geht von CDS über PPD zur PS. Und in einzelnen Bezirken des Alentejo empfehlen wir sogar die PS. Meiner Ansicht nach macht nicht das Proletariat die Revolution, sondern das Kleinbürgertum. Und das portugieische Kleinbürgertum hat die PS gewählt, weil es antikommunistisch ist. Dieses Kleinbürgertum müssen wir zu uns herüberziehen. Ganz unter uns — und auch das können wir offiziell nicht sagen — die PS hat uns sehr dabei geholfen. Die PS hat nämlich die soziale Kritik des Kleinbürgertums gegen das Caetano-Regime und seinen Antikommunismus geschickt kanalisiert."

Wallraff: „Die MFA segelte ja schließlich auch unter der Flagge des Sozialismus."
Luis: „Wenn ich ‚MFA' höre, bekomme ich sofort Bauchschmerzen. — Ausdruck der veränderten Meinung des portugiesischen Volkes sind die geänderten Wandinschriften. Zuerst hieß es, ‚das Volk ist mit der MFA', dann ‚das Volk ist nicht mehr mit der MFA' und neulich habe ich gesehen ‚Das Volk ist gegen die MFA'. Und so ist die Situation im Augenblick. Überhaupt finde ich die Anarchisten gut. Sie haben so schöne Wortschöpfungen. Vor allem wenn sie übertreiben. Und wenn ihre Sprüche schon wieder lächerlich wirken, dann ist es ein Sieg für uns. Sie haben so komische Einfälle gehabt wie an eine Friedhofsmauer zu schrei-

ben: ‚Die Erde dem, der sie bearbeitet', oder an ein Irrenhaus: ‚Vasco wird zurückkommen.' Der Grund dafür ist, daß die Linke keinen Sinn für Humor hat (allgemeine Heiterkeit). Oder ein anderes Beispiel: Da hieß es, ‚Kauft kein Klo-Papier, kauft lieber Zeitungen', und zu dieser Zeit waren alle Zeitungen kommunistisch."

Wallraff (an Luis): „Sie sind doch Zivilist, wo haben sie denn ihre militärische Ausbildung erhalten?"
Luis: „In Paris, auf einer 6monatigen Nato-Schulung, 1958. Ich habe mit Auszeichnung bestanden, in der selben Zeit ist Costa Gomes durchgefallen. Er ist inzwischen Staatspräsident, und ich lebe im Exil. Das ist die Ironie des Schicksals. Auf diesen Nato-Schulen waren entweder Militärs ab dem Grad Colonel (Oberst) oder amtierende Außenminister. Ich war der Jüngste dort, weil ich ein Vertrauensmann der Salazar-Regierung war. Meine Frau war immer mit den Töchtern der übrigen Teilnehmer befreundet, nicht mit deren Frauen."
Wallraff: „Waren dort auch Deutsche in ihrem Kurs?"
Luis: „Ich entsinne mich an zwei Zivilisten, der eine hieß, glaube ich, Dr. Hansen, und war aus dem Innenministerium, der andere hieß Hubert Schmidt und war aus dem Außenministerium. Sonst gab es sechs Militärs, Obersten und einen 2-Sterne-General. In Diskussionen wurde ich damals als Vertreter der portugiesischen Regierung stark angegriffen. Nur die deutschen und die italienischen Militärs hielten immer zu mir. Jeden Tag von 9—11 Uhr gab's einen Vortrag von einem der besten Referenten der 15 Nato-Länder über finanzielle, militärische oder politische Probleme. Von 11—13 Uhr Diskussion mit dem Referenten. Dann kam das Mittagessen. Nachmittags waren wir in Arbeitsgruppen eingeteilt. Von den Obersten hieß einer Klein und der andere van der Brügge."
Jose: „Bei einer Studienreise, die von der Nato organisiert war und nach Berlin ging, waren Freitas do Amaral (jetziger Führer der CDS) und ich die einzigen, die nach Ost-Berlin fuhren."
Wallraff: „Und was haben sie dort gesehen?"
Jose: „Die totale Verzweiflung. Den großen Unterschied zum Westen. Das war im Jahr 1963, als de Gaulle an die Regierung kam, der Leiter unser Exkursion hieß General Valouis (?), und er sagte uns beiden über de Gaulle: ein großer aber doch nur ein sehr kleiner Mann. Als Algerien fiel, hatten wir dasselbe schreckliche Gefühl, wie als unsere Kolonien verrloren gingen. Dieser Herr de Gaulle hat Algerien verraten. Aber seine Offiziere haben ihn dazu gezwungen . . ."

Wallraff: „Kennen Sie übrigens Solschenizyn?"
Luis: „Er wohnt in Zürich, wir werden ihn nächste Woche treffen und wenn unser Gespräch positiv verläuft, werden wir ihn dem General vorstellen. Vor drei Wochen war Solschenizyn ja in Madrid und hat eine ausgezeichnete Presseerklärung rausgegeben. Ganz in unserem Sinn."
Wallraff: „Was könnte Solschenizyn für die Bewegung tun?"
Luis: „Er hat sehr viele Kontakte und diese Kontakte könnten uns nützen. Sonst könnte er in der Zeitschrift ‚Kontinent' etwas Positives über uns veröffentlichen."

Wallraff: „Kennen Sie eigentlich Carlucci, den amerikanischen Botschafter in Portugal?"
Luis: „Ich habe ihn in Brasilien kennengelernt durch meinen Freund, einen Professor am Institut ‚Rio Branco', Marcelo Marques Moureiro (2), der ihm die Slums in Rio zeigen wollte. Carlucci ist sehr intelligent und sehr schnell, aber nicht sehr gebildet."

Jose: „Kein Wunder bei seiner Herkunft."
Luis: „Genau, die Familie kommt aus Sizilien, das sind doch alles Mafiosi. Sein Vater war auch nur ein kleiner Landarbeiter. Um ihn zu trösten, habe ich ihm einmal gesagt: Doch lieber arm in Brasilien als reich in New York. In Brasilien sind die Armen wenigstens frei, in New York sind es nicht einmal die Reichen."
Wallraff: „Und was für eine Rolle hat er in Portugal gespielt?"
Jose: „Zuerst eine ganz schlechte. Inzwischen ist er dabei, die verlorene Zeit wieder einzufangen. Die Amerikaner sind seltsam, sie handeln oft genau so impulsiv wie Alboim Galvao. Carlucci hat die ELP finanziert."
Luis: „Die Amerikaner meinen eben, sie können alles mit Geld kaufen. Wie der jugoslawische Dissident Djilas in der ‚Welt' vom 26. März feststellt, sind die Amerikaner in der Außenpolitik Pokerspieler."
Jose: „Sie sind in ihrer Außenpolitik einfach dumm und unsensibel. Nur von ökonomischen Interessen geleitet."

Luis: „Was halten Sie davon, mit Nixon Kontakt aufzunehmen?"
Wallraff: „Es kann sicher nichts schaden. Nach seinem Besuch in China verfügt er über weit bessere Möglichkeiten zur Unterstützung befreundeter Organisationen."
Luis: „Der General und Nixon kennen sich aus der Zeit, als beide Präsidenten waren. Da haben sie sich auf den Azoren getroffen. Und wir glauben, daß es im Augenblick sehr wichtig wäre, diese Kontakte zu erneuern. Wir haben schon einen Brief abgefaßt, der in der nächsten Woche abgeschickt werden soll. Es geht um ein neues Treffen."
Luis: „Wir haben auch gute Verbindungen zu arabischen Ländern."
Wallraff: „Gibt es noch Hoffnung für die Kapverden? Und wie steht es auf Madeira und den Azoren?"
Luis: „Was die Azoren und Madeira angeht, da sind wir unbesorgt, die Sache ist gelaufen."
Jose: „Die Zukunft der Kapverden entscheidet sich in Guinea-Bissau." ...

Jose: „Vielleicht sollten wir Ihnen noch etwas über die Freimaurer in Portugal erzählen. Salazar pflegte zu sagen, daß Portugal nicht gegen den Willen der Freimaurer regiert werden kann. Es gibt in Portugal zwei Logen, die Loge ‚Frankreich' und die Loge ‚Schottland', die sich gegenseitig bekämpfen. Die Loge ‚Schottland', die aristokratischer und konservativer ist als die andere, hat Salazar zur Macht verholfen. Salazar war geschickt genug, während seiner Regierungszeit die Differenzen zwischen den beiden Logen zum eigenen Vorteil auszunützen. Übrigens sind Costa Gomes, Azevedo und viele Leute innerhalb der Marine Freimaurer.."

Luis: „Es wäre in dieser Situation seltsam, Ihnen danken zu wollen, die Geschichte wird Ihnen danken. Besonders beeindruckt waren wir von dem warmen Empfang. So etwas haben wir während der ganzen Zeit unseres Exils noch nicht erlebt. Da merkt man, daß man nicht alleine kämpft. Wir sind lange Zeit verschiedene Wege gegangen, bis wir uns endlich getroffen haben. Wenn unser Treffen früher stattgefunden hätte, wäre es vielleicht nicht einmal so gut gewesen. Die Vorsehung hat es gut mit uns gemeint."
Wallraff: „Auch wir haben daraus gelernt. Wir werden unseren Kampf jetzt viel gezielter führen können!"

Mythos Spinola

Luis (am 24. 3.): „Ich glaube, wir sollten noch einige Worte verlieren über die politische Einschätzung des Generals. Dann sind Sie schon vorinformiert, wenn

er morgen kommt. Auch wohlmeinende Rechte haben immer wieder Zweifel, was die Rolle des Generals innerhalb der portugiesischen Revolution betrifft. Zwar stimme ich mit ihm nicht in allen Punkten überein, aber er ist wirklich ein Mann des Vertrauens. Er hatte auch das volle Vertrauen Salazars. Und als 1961 Marcelo Caetano und Costa Gomes versucht hatten, Salazar zu stürzen, hat das Regiment des Generals diesen Staatsstreich verhindert. Spinolas Vater war der erste Kabinettschef Salazars. Danach konzentrierte sich Spinola auf die militärische Lösung des Problems Guinea-Bissau, und darüber trennten sich die Geister Caetanos und Spinolas. 1971 machte Spinola mit seinem Buch, das zunächst ein geheimer Bericht für Caetano war, Vorschläge zur Lösung des Kolonialproblems. Und als vierzehn Tage vor der Revolution die Revolutionäre zum General kamen, um ihn zu bitten, die Führung zu übernehmen, hat er zunächst abgelehnt. Aber das wird er Ihnen morgen alles selber erzählen."

Wallraff: „Wie kam es eigentlich dazu, daß der General aus Spanien ausgewiesen wurde?"
Jose: „Dazu sage ich nur, daß eine Woche zuvor der Vertrag über die amerikanischen Basen in Spanien ratifiziert wurde. Was ihnen einige Millionen Dollar verschaffen wird."

Wallraff: „Wie schätzen Sie die politischen und militärischen Fähigkeiten des Generals sein?"
Jose: „Seine militärischen Fähigkeiten sind ausgezeichnet, weil er nicht in den Kategorien des klassischen Krieges denkt. Im Kampf gegen die afrikanische Befreiungsbewegung hat er ihre Guerilla-Taktiken erkannt und übernommen. Das Problem ist nur, daß er als Politiker nicht das machen konnte, was er als Militär machen wollte. Die Armee hat man leichter unter Kontrolle als die Politik."
Wallraff: „Welche aktuellen politischen oder historischen Vorbilder hat der General eigentlich?"
Luis: „Der General ist ein guter Schüler von Clausewitz. Die Hauptcharakterzüge des Generals sind Mut, Vertrauensseligkeit und ein starker Antikommunismus. Was uns an ihm letztlich überzeugt, ist, daß die positiven Eigenschaften die negativen überdecken. Was ihn von allen anderen unterscheidet, ist, daß der General den ganzen Tag an Portugal denkt, während alle anderen den ganzen Tag nur an sich selber denken."
Wallraff: „Hat er denn jetzt ein Vorbild oder nicht?"
Luis: „Er ist eitel genug, nur sich selber als Vorbild zu akzeptieren."
Jose: „Die Frage nach dem Vorbild stellt sich für ihn überhaupt nicht. Aber er ist nicht sehr einfach im Umgang."

Zur Abrundung des Persönlichkeitsbildes ist vielleicht interessant, wie General Spinola zum Hitler-Krieg und seiner Rolle dabei heute steht. Wallraff: „Wie stehen Sie zur Kriegsschuldfrage, Herr General? Und wie stehen Sie zur Niederlage des deutschen Heeres im Zweiten Weltkrieg?"

Spinola: „Ich habe großes Interesse daran, die Situation der deutschen Generale in Stalingrad aufzuklären. Auch was den ganzen Rußlandfeldzug betrifft. Ich war während des Feldzuges Beobachter. Als die portugiesischen Oberbefehlshaber der Streitkräfte vom Fall Stalingrads erfuhren, waren sie sehr erstaunt. Aber ich habe Dokumente zu Hause, die beweisen, daß die deutsche Generalität zu diesem Zeitpunkt den Krieg schon für verloren hielt. Sie hatten eine tiefgreifende Analyse darüber angefertigt. Die ganze übrige Welt war davon überzeugt, daß Deutschland nach seinen Kriegserfolgen nun auch Rußland erobern würde. Das wäre nicht unmöglich gewesen, das war nur zu diesem Zeitpunkt im Winter sehr unklug. Ein Jahr mehr an Vorbereitung wäre möglich gewesen, dann

hätte die Sache geklappt. Das Problem war schließlich nicht Stalingrad, sondern Moskau."

Zur Einschätzung der innenpolitischen Situation

Luis: „Sie haben die Wahlen als entscheidenden Zeitabschnitt genannt, wir glauben nicht, daß das so wichtig ist. Es besteht ja immerhin die Möglichkeit, daß es gar nicht zu Wahlen kommt. Und wenn, wird sich zunächst noch überhaupt nichts ändern, die Bezahlung der Staatsbeamten und die Subventionierung der verstaatlichten Betriebe wird weitergehen. Bis zu den Wahlen sind alle daran interessiert, Ruhe zu bewahren, danach kommt dann die Überschwemmung. Und um irgendeinmal Dämme gegen diese Sturmflut errichten zu können, müssen wir jetzt schon mit den Vorbereitungen beginnen. Theoretisch und praktisch."

Wallraff: „Wann wird der General denn endlich nach Portugal zurückkehren?"

Luis: „Nach den Wahlen und dann sicher auf Einladung der neuen Regierung, die hauptsächlich aus PPD und CDS bestehen wird. Es gibt nämlich einen Trend innerhalb der Konservativen, die früher PS gewählt haben und die jetzt zur CDS überwechseln werden."

Wallraff: „Welchen Leuten innerhalb der PPD kann man Vertrauen schenken?"

Jose: „Da gibt es einen unser berühmtesten Wirtschaftswissenschaftler, Alfredo de Sousa, ein guter Mann, der absolut nicht mit der offiziellen PPD-Politik einig ist. Wahrscheinlich können PPD und CDS die nächst Regierung allein nicht stellen. Sie werden wohl oder übel die PS miteinbeziehen müssen. Übrigens gibt es mehr Verbundenheit zwischen PS und CDS als zwischen CDS und PPD oder PPD und PS."

Wallraff: „Wie verlief eigentlich die CDS-Großversammlung in Elvas?"

Luis: „Es war ein großer Erfolg, 35 000 Leute waren da, bei der Gegendemonstration der PC in Beja waren es nur 5000. In Elvas waren mehr Leute bei der Versammlung als kurz vorher in Lissabon. Und in Erwartung von Unruhen, die dann ausblieben, wollte Costa Gomes den Belagerungszustand verhängen. Das gab aber einen Aufstand im Revolutionsrat. Und ab jetzt können Sie und Ihre Freunde auch im Alentejo ruhig spazieren gehen. Die PS hat in ihrer Agrarpolitik nämlich einen riesigen Fehler begangen: Sie hat die kleinen Bauern und die Pächter der Großgrundbesitzer bei der Landverteilung unberücksichtigt gelassen. Der große Teil der Großgrundbesitzer sind ins Ausland gefahren, aber die Pächter sind dageblieben und leiden."

Einschätzungen portugiesischer Politiker und Militärs — Die Freunde und die Gegner

Wallraff: „Wer wird jetzt der nächste Staatspräsident? Azevedo?"

Luis: „Möglich. Soll er ruhig. Auf alle Fälle wird der nächste Präsident auf dem Scheiterhaufen enden."

Jose: „Meiner Ansicht nach wird es ein Militär sein."

Wallraff: „Hat Kaulza de Arriaga eine Chance?"

Luis: „Noch nicht bei den nächsten Wahlen. Er ist auch nicht bereit, sich jetzt zu opfern. Aber er ist ein guter Freund von mir, wir verbringen oft die Ferien zusammen. Im Augenblick ist er in Paris. Spinola und er verstehen sich ausgezeichnet. Auch wenn Arriaga nicht zur MDLP gehört. Keiner der beiden macht etwas, ohne den anderen zu informieren. Unser Hauptproblem ist, daß einer Staatspräsident wird, der mit uns sympathisiert, daß wir aber andererseits nicht gezwungen werden, unsere besten Männer wie Eanes und Firmino Miguel jetzt schon zu verheizen."

Wallraff: „Und wer wird jetzt der nächste Staatspräsident?"
Luis: „Halten Sie das für so wichtig? Was wir schon gesagt haben, der nächste Staatspräsident wird auf alle Fälle verheizt werden. Deshalb wollen wir nicht, daß das ein guter Mann von uns ist. Anderseits sollte der nächste Staatspräsident uns trotzdem politisch recht nahe stehen. Das ist unser Dilemma im Augenblick."
Jose: „Ideal wäre Ramalho Eanes, doch der wäre uns noch zu schade. Noch idealer wäre allerdings Firmino Miguel, aber auch den wollen wir noch nicht opfern. Wenn es wirklich niemand anderes geben wird, dann wird sich wohl oder übel Eanes zur Wahl stellen. Obwohl beide im Augenblick an ihrem Platz unersetzbar sind. Wenn sich Silva Cardoso, der vorletzte Gouverneur von Moçambique, stellen würde, glaube ich, daß er auch gewählt werden könnte. Die Hauptfrage ist für uns, ob wir uns überhaupt mit dem Problem befassen wollen, weil sie sich nach unserem Putsch im Mai oder Juni überhaupt nicht mehr stellen wird."

Wallraff: Wie viele der Angolaflüchtlinge sind bereit, innerhalb der MDLP aktiv mitzuarbeiten?"
Luis: „Von fünfen vier. Mitglieder innerhalb der Bewegung sind es bisher nur wenige."
Wallraff: „Sie sind doch schließlich gute Kämpfer . . ."
Jose: „Es gibt bessere. Zum Beispiel die, die innerhalb des Verbandes der alten Kämpfer organisiert sind. Das sind um die 800 000. Gute Verbindung haben wir auch zu 20 000 Leuten innerhalb der ‚Commandos' von Jaime Neves. Der General war selber Mitglied des Verbandes der alten Kämpfer, ich bin es auch."
Luis: „Zum 11. März haben diese beiden Verbände, die ‚Commandos' und die ‚alten Kämpfer', sehr viel beigetragen."

Wallraff: „Wie steht es mit Caetano? Wird er zurückkommen?"
Luis: „Auf derartige Patrioten können wir nicht verzichten. Er lebt zur Zeit noch in Brasilien, ist Professor für Verwaltungsrecht und etwas verbittert. Er wird sicher nach dem Erdrutsch gern nach Portugal zurückkommen. Es gibt andere, die dafür des Landes verwiesen werden müssen, Verbrecher, die eigentlich nicht das Recht haben, sich Portugiesen zu nennen, wie zum Beispiel Costa Gomes, der ‚Korken'."

Wallraff: „Hatte Spinola denn mit Caetano im brasilianischen Exil Kontakt?"
Jose: „Nein, eigentlich nicht, zumindest keinen direkten. Sie wissen doch, daß durch Intervention von Spinola Staatspräsident Amerigo Tomaz und Caetano nach dem 25. April Portugal verlassen mußten. Mit Tomaz stand Spinola immer in Verbindung."
Luis: „Die portugiesische Kolonie in Brasilien ist ja zu 150 % salazaristisch. Nur durch den persönlichen Einsatz von Tomaz war es möglich, daß Spinola in diese Kolonie aufgenommen wurde. Tomaz steht nämlich sehr viel weiter rechts als Caetano. Als der 25. April kam, war Caetano in Portugal völlig isoliert. Weder die äußerste Rechte noch die äußerste Linke haben auch nur einen Finger für ihn gerührt. Marcelo ist außerdem ein Angsthase. Er hatte sich am 25. April im Karmeliterkloster, das innen als Festung ausgebaut war, verschanzt. Außerdem hat er den Ausbruch der Revolution nicht als gegen sich gerichtet betrachtet. Er war der Meinung, daß alles sich nur gegen Amerigo Tomaz richten würde. Er hat nie gerne Verantwortung übernommen. Er war nicht unfroh, als der 25. April losging, denn er wollte erklären, daß er schon lange etwas Neues gewollt habe, nur Tomaz hätte ihn daran gehindert. Was die Kolonialpolitik anging, war Caetano schon immer der Meinung Spinolas. Er hat sich nur nie ge-

traut, das zuzugeben. Bevor ich den General persönlich kannte, habe ich einmal zu Marcelo gesagt, daß der General wahrscheinlich mehr Marcelist ist, als er selber."
Luis: „Einige Tage vor dem 25. April wurde Caetano von der DGS („nationale Sicherheitsorganisation", Nachfolgerin der PIDE) darüber informiert, daß ein Putsch droht und wie sie sich verhalten sollten. Caetano antwortete: ‚Das kann nichts mit mir zu tun haben! Überwachen Sie vor allem die extreme Rechte.' So naiv war er. Er dachte, es richte sich gegen Tomaz."
Jose: „Ich habe sogar von einem Freund in der DGS erfahren, daß ich vor dem 25. April unter Caetano hätte verhaftet werden sollen. Stellen Sie sich vor! Wir hatten nämlich eine Opposition von rechts gegen Caetano organisiert."

Wallraff: „Wie haben Sie eigentlich von unserem Hilfsangebot erfahren?"
Jose: „Erst vor zwei Wochen, als Hauptmann Duarte von den ‚Commandos' aus dem Norden in den Alentejo fuhr zu einem unserer Spezialkommandanten, einem aktiven Offizier in der Armee. Der ist einer der beiden operationellen Adjudanten des Generals; der andere ist Alboim Galvao, der zur Zeit in Paris ist. Dieser Adjudant aus dem Alentejo hat mich in Madrid benachrichtigt, und ich bin dann sofort, Samstag, am letzten Samstag, nach Genf geflogen zum General."

Wallraff: „Welche Rolle spielt denn Galvao de Melo im Augenblick?"
Luis: „Er ist ein anständiger Mensch, Kavalier und Antikommunist. Unabkömmlich zum Wiederaufbau des Landes."
Wallraff: „Und wie ist es um Vasco Lourenco bestellt?"
Jose: „Jetzt kokettiert er mit den Neun."

Wallraff: „Auf wen ist im Revolutionsrat am meisten Verlaß?"
Luis: „Ich glaube, auf die Oberbefehlshaber der Armee und der Luftwaffe, Eanes und Neves. Dann auf den Befehlshaber der Region Porto, allgemein auf die Offiziere der Luftwaffe und schließlich auf Canto e Castro."

Wallraff: „Wie stark ist der kommunistische Einfluß im Revolutionsrat noch?"
Jose: „Noch groß genug, noch mindestens zwei Leute stehen den Kommunisten mehr als nahe. Außerdem spielt die Gruppe der Neun gerade den Part der Kommunisten. Melo Antunes, Vasco Lourenco und Costa Gomes sind ihre Repräsentanten. Das hat sich deutlich gezeigt, als es um die Anerkennung Angolas ging, da waren es 8 gegen 8 Stimmen, bis die von Costa Gomes dann den Ausschlag gegeben hat. Melo Antunes hat mir einmal selber gesagt, daß er linker stehe als die PC, eher in der Nähe der M.E.S. Von Costa Gomes wird gesagt, daß er sich um 1956 herum in die PC eingeschrieben hat. Das erklärt vieles. Er ist eine Art U-Boot."
Wallraff: „Aber hat er politisch noch Zukunft?"
Luis: „Man sollte ihn nicht unterschätzen, er ist ziemlich intelligent, nicht ganz so wie Melo Antunes, aber immerhin. Er war sous-sécrétaire bei Salazar, und hat ihn verraten, Oberbefehlshaber unter Marcelo und unter Spinola — und beide hat er verraten. Er ist ein professioneller Verräter."

Organisation, Taktik und Aktionen der MDLP

Luis: „Stellen Sie sich vor, in den letzten zweieinhalb Monaten hatte ich 25 verschiedene Adressen, wo ich wohnte. Wir hatten auch schon sehr viel verschiedene Namen, nicht wahr Jose, wir haben schon das ganze Alphabet durchgemacht. Im Augenblick tragen wir unsere echten Namen, weil jeder meint, es seien gefälschte." (Heiterkeit)

Jose: „Nächste Woche Donnerstag treffe ich übrigens Teixeira de Melo, den Domherrn des Erzbischofs von Braga in Guimaraes. Er arbeitet die Statuten für das Institut des nationalen Wiederaufbaus aus und hat auch die besten Verbindungen zur portugiesischen Industrie."
Wallraff: „Dann richten Sie ganz herzliche Grüße von mir aus — auch an den Erzbischof — und sagen Sie ihm, daß er bald von mir hören wird."
Jose: „Wir wären dankbar, wenn Sie uns Leute vermitteln könnten, die uns im Institut des nationalen Wiederaufbaus und bei der Propaganda helfen können, und die uns in technischen und administrativen Dingen zur Hand gehen können."
Luis: „Gibt es in Deutschland ein Institut, das ähnlich aufgebaut ist wie das von uns projektierte? Wir würden gerne sehen, wie so etwas in der Praxis funktioniert."
Wallraff: „In dieser Richtung gibt es bei uns die Katholische Akademie in Bayern und die Hanns-Seidel-Stiftung."
Jose: „Was uns vor allem interessiert, sind Disziplinen wie die Verhaltensforschung von Konrad Lorenz und die neuen Thesen zur Vererbungslehre aus den USA." (Nach dieser Theorie sollen angeblich bis zu 80 % der Intelligenz durch Vererbung bedingt sein) . . .

Wallraff: „Könnten Sie Ihre Organisation im Süden Portugals noch etwas präzisieren?"
Luis: „Offiziell treten wir dort noch nicht in Erscheinung. Aber wir dirigieren die Aktionen der Bauernverbände von Rio Maior, die Aktionen in Coruche, Santarem und Elvas waren von uns initiiert."
Wallraff: „Haben Sie auch im Zentrum des Alentejo Waffenlager?"
Luis: (Lacht) „Natürlich. Und zwar seit dem 28. September 1975."
Jose: „Was den Algarve angeht, haben wir sie in den Bergen versteckt. Im Alentejo natürlich in der Ebene. Die meisten davon sind in Privatwohnungen. Depots können schließlich entdeckt und zerstört werden."

Wallraff: „Wie sind denn Ihre Kader in Portugal organisiert?"
Jose: „Darüber sind nur drei oder vier Mann überhaupt orientiert. Mit diesen Leuten werden wir Sie in Portugal zusammen bringen, damit Sie sich selbst ein Bild machen können. Neben der Kavallerieschule von Santarem gibt es ein Regiment, auf das wir uns voll verlassen können, das ist das Regiment von Estremoz. Sie waren es, die seit dem 25. November den Vormarsch der Kommunisten auf Lissabon gestoppt haben. Sie kontrollieren die Region Setubal, die tief kommunistisch ist. In diesem Regiment ist vom obersten Chef bis zum einfachsten Soldaten jeder auf der Seite des Generals."
Jose: „Wenn Sie übrigens in nächster Zeit nach Portugal fahren, wird es für Sie überhaupt keine Schwierigkeiten geben, vor allem beim Grenzübertritt in Elvas. Das ist der direkte Weg von Madrid nach Lissabon über Badajoz. In Elvas haben wir unsere Leute, ganz offiziell, dann bekommen Sie kein Visum in den Paß und können solange wie Sie wollen in Portugal bleiben. Wir schleusen ständig unsere Leute dort ein und aus. Aber auch an anderen Grenzorten haben wir unsere Verbindungen."
Luis: „Vielleicht können Sie beim nächsten Treffen im Norden mit Teixeira de Melo und Duarte schon teilnehmen. Das würde die Sache sehr vereinfachen."
Jose: „Auch im Süden im Algarve müssen Sie sich persönlich von der Organisation unserer Geheimkader überzeugen. Wir haben dort einen guten Hauptmann, der Kommandant der Region, in Faro stationiert, ein junger Mann, der Kriegserfahrung in Afrika gesammelt hat und sehr bedächtig spricht. Das ist ein guter

Mann. Wir wollen seinen Namen nicht nennen, weil er noch in der Armee aktiv ist."

Walraff: „Und wie sieht es in der Marine aus?"
Jose: „Da besteht allerdings noch eine kleine von Rosa Coutinho indoktrinierte Gruppe. Aber auch die Rechte ist dort sehr aktiv. Vor allem unter den Marinefüsilieren haben wir viele Freunde."
Luis: „Wir haben übrigens zwei Vertreter der Marine im Revolutionsrat."
Jose: „Am wichtigsten innerhalb der Marine sind aber die operationellen Verbände, zum Beispiel die Marinefüsiliere."

Wallraff: „Wie hieß da noch unser Freund aus Povoa?"
Luis: „Das ist Leutnant Pedro Menezes, er trägt gerne Jeansanzüge."

Wallraff: „Und wie hieß der freundliche ältere Herr, den unsere Freunde aus Povoa als Finanzier vorstellten?"
Luis: „Vielleicht Caracdelos (?). Sein Sohn ist Marinefüsilier."

Wallraff: „Welchen Anteil hatte eigentlich die ELP an den gelungenen Aufräumaktionen im Norden?"
Jose: „Nur einen sehr kleinen. Wir befinden uns aber im Augenblick in einer Phase, in der wir nach außen hin nicht zugeben dürfen, daß wir militärische Aktionen befürworten und ausführen. Nach außen hin müssen wir friedlich erscheinen. Deshalb dürfen wir niemals zugeben, daß diese Aktionen von uns sind. Und da alle Welt meint, daß derartige Anschläge nur von der ELP stammen können, lassen wir sie dabei. So heimst allerdings die ELP die Blumen für unsere Aktivitäten ein. Aber inzwischen sind einige unserer Leute aus dem Norden im Gefängnis wegen dieser Aktionen."
Wallraff: „Was da im Norden geschehen ist, in Braga und Famalicao, das waren ja sehr souveräne Aktionen. Alle Welt meinte, der gesunde Volkszorn hätte sich entladen."
Jose: „Wissen Sie übrigens, daß viele der Angolaflüchtlinge, wenn sie in Lissabon auf dem Flughafen ankommen, gleich fragen, wo das Büro der ELP ist, um sich einschreiben zu können? So sind sie von diesen Aktionen im Norden beeindruckt."

Wallraff: „In Famalicao war das die Geschichte mit dem Textilfabrikanten Manuel Goncalves?"
Jose: „Genau, und in Braga war es die Sprengung des PC-Büros."
Luis: „Manuel ist übrigens ein sehr guter Freund von mir."
Jose: „Es hat wirklich so ausgesehen, als ob die Unruhen in der Textilfabrik Goncalves von den Arbeitern organisiert worden wären."
Luis: „Vor kurzer Zeit war Manuel Goncalves in Kanada, als ich auch dort war, wir haben uns aber leider verfehlt."
Jose: „Das gute an der augenblicklichen Situation ist, daß es auf der ganzen Welt Portugiesen gibt, die unserer Meinung sind. Mit diesem internationalen Netz in Lateinamerka und in Afrika läßt es sich gut arbeiten."

Jose: „Nun einmal zu den Waffen."
Luis: „Sind die wirklich als Geschenk gedacht?"
Wallraff: „Klar. Was uns interessiert ist, in welchem Zeitraum die Fische geliefert werden sollen."
Jose: „Das steht alles im Papier des Generals, das wir Ihnen schicken werden."
Luis: „Das hängt natürlich davon ab, ob die Waffen auf dem Luft- oder Seeweg kommen. Darüber hat sich der General schon sehr viel Gedanken gemacht... Was die Liste der Fische angeht: da müßten wir eigentlich vorsichtiger sein.

Unsere Partei wurde dadurch kaputt gemacht, daß am 28. September 1974 eine Liste von Waffen vom COPCON in unserem Parteibüro entdeckt wurde. Und die wurde dann sofort von den Medien veröffentlicht."
Jose: „Als sie mich danach inhaftierten, wurde ich die ganze Nacht nach dieser Liste gefragt."

Wallraff: „Wieviel Leute sollen bewaffnet werden? Und in welchem Zeitraum?"
Jose: „Wir haben für die Anfangsphase an eine Kerntruppe von 5000 Mann gedacht für den Kampf in den Städten. Das sind natürlich militärische Experten."
Wallraff: „Wieviel von Ihren Leuten sind denn schon bewaffnet?"
Jose: „Exakte Zahlen kann ich Ihnen natürlich nicht nennen. Aber es sind ungefähr 10 000. Sie sind in kleinen Kadern organisiert."
Wallraff: „Wie viele davon im Süden und wie viele im Norden?"
Jose: „Die meisten sind natürlich im Norden, aber die besten sind im Süden, ungefähr 4000. Die genauen Zahlen werde ich Ihnen noch schicken."
Wallraff: „Zivilisten oder Militärs?"
Luis: „Wir sprechen nur von Zivilisten, die Armee ist eine andere Sache. Innerhalb der Kommandos haben wir 1000 Mann. Sie haben die ‚alten Kämpfer' (Soldatenverband) aufgefordert, sich ihnen anzuschließen. Inzwischen sind sie auf 5000 angewachsen. Diese Zahlen kennt bisher noch niemand außer Ihnen."

Die deutschen Freunde der Spinola-Putschisten — „Ein echter Leidensweg"

(Vorgespräch mit Dr. Luis Dias und Dr. Jose Figueiredo am Mittwoch, dem 24. März, im Düsseldorfer Restaurant „Schnellenburg", Rheinsaal.)
Noch bevor wir zu den Einzelheiten „unserer Finanz- und Waffenhilfe" kommen, stellt Dr. Luis Dias die unerwartete Frage: „Ist Dr. Strauß über unser Treffen unterrichtet? Ist er auf dem laufenden, was unser Gespräch angeht?"
Wallraff: „Er weiß nicht, daß wir in diesem Moment hier zusammensitzen, aber Sie können sicher sein, er wird darüber informiert."
Luis: „Ich habe gestern noch vom Bayerischen Hof (München) aus mit seiner Sekretärin Frau Haase telefoniert und ihm ausrichten lassen, daß wir da sind und weiter nach Düsseldorf fliegen ... Immer, wenn ich die Adresse gewechselt habe, habe ich Frau Haase angerufen und ihr gesagt, meine neue Telefonnummer ist so und so. Dr. Strauß bereitet sich zur Zeit auf seine Reise in den Norden Portugals vor, wo er in Povoa de Varzim Gespräche mit der CDS führen wird ... Als ich mit dem General noch vor einem Monat bei Strauß war, habe ich mir auch nicht vorgestellt, daß ich so schnell wieder in Verbindung mit ihm treten würde."
Jose: „Leute aus der gleichen politischen Richtung treffen eben immer wieder aufeinander."
Wallraff: (Ich blättere in meinem Terminkalender, als ob ich es da auch festgehalten hätte) „Was war noch mal der Anlaß für dieses Gespräch?"
Luis: „Vor vier Wochen hatten wir mit Dr. Strauß in München konferiert, ob es Möglichkeiten gibt, daß der General in Deutschland leben könne, falls es in der Schweiz Schwierigkeiten gäbe. Strauß hat ihm versprochen, daß es möglich sei, in Bayern zu leben und sich dort auch politisch zu betätigen. Im selben Augenblick, in dem in der Schweiz Probleme entstehen, werden wir nach München übersiedeln. Wir haben aber auch Angebote aus Österreich."
Wallraff: „Haben Sie bei Strauß hinterlassen, daß Sie mit uns Kontakt aufnehmen?"
Luis: „Vor etwa drei Wochen trafen Jose und ich im Bonner CSU-Büro Dr. Voss (Anmerkung: persönlicher Referent von Strauß), dem haben wir auch unsere Strategie-Pläne gegeben. Er ließ uns von Strauß ausrichten, daß sofort gehandelt wer-

den müsse und daß wir von diesem Moment an mit anderen nicht mehr über diese Sache reden und mit niemand außer ihm selbst Kontakt aufnehmen sollten. Das war zur Zeit des Karnevals. Er wird sich in Portugal jetzt erst mal selbst ein Bild zu machen, wie Sie es ja auch getan haben (Dr. Strauß unterstützt ja auch die CDS). Danach werden wir wieder Kontakt aufnehmen."
Wallraff: „Wir werden überlegen, ob wir da nicht einiges koordinieren können."
Luis: „Ich finde es irrsinnig, daß ich im Augenblick hiersitze. Dr. Strauß hat mich nämlich neulich in Genf angerufen, und ich war nicht da. Wird sich eigentlich die CSU auf Bundesgebiet an den nächsten Wahlen beteiligen? Das Problem ist doch für die CDU, daß sie keinen international anerkannten Führer zu bieten hat."

Walraff: „Allerdings, aber Strauß ist fähig, beide zu führen."

Die Beziehungen zu Strauß scheinen mir zwar folgerichtig, aber gleichzeitig so unfaßbar, daß ich am nächsten Tag abends in dem Düsseldorfer Feinschmeckerlokal „Orangerie" nochmal das Gespräch darauf bringe.
Luis präzisiert: „Dr. Strauß wurde zuerst in Spanien kontaktiert und hat uns sofort zum Abendessen eingeladen. Wir haben einen ganzen Abend lang gesprochen und sind in ausgezeichneter Stimmung auseinandergegangen. Ich fand ihn so unheimlich sympathisch bei unserem Gespräch. Eine Woche später waren wir bei Dr. Voss und haben ihm das Projekt gezeigt."
Jose: „Die Analyse auch."
Luis: „Er war sehr freundlich. Nachher hat er uns erzählt, daß er auch mit Dr. Strauß darüber geredet hat, weil ich ihn gebeten hatte, es gleich zu tun. Es war in der Zeit des Faschings ... Wir haben mit Dr. Strauß auch das Problem zur Sprache gebracht, in Deutschland zu wohnen, wenn es in der Schweiz nicht mehr möglich sein sollte. Hier in Bayern, sagte er, wäre es schon möglich, und sogar ein gewisses politisches Leben mit Interviews usw."

Nachdem ich die Strauß—Spinola-Beziehungen auf der Pressekonferenz in Bonn bekanntgegeben hatte, erfolgte zuerst ein Dementi des persönlichen Strauß-Referenten Dr. Voss. Zwei Stunden später gestand Strauß dpa gegenüber sein Zusammentreffen mit dieser „Figur der Zeitgeschichte" ein und Voss gab nunmehr auch seine Kontakte mit diesem „Helden der demokratischen Befreiung Portugals" zu.
Und plötzlich wird aus dem einst so willkommenen Gast ein „Hemmnis für die demokratische Entwicklung Portugals" (Strauß). „Deshalb habe ich es abgelehnt (Anmerkung: nach dem Februar-Treffen), mit ihm weiter in Verbindung zu bleiben."
Dieses unsolidarische Abrücken scheint unter dem Druck der augenblicklichen öffentlichen Meinung zustande gekommen zu sein, da man laut Dias nach diesem Treffen weiterhin in Kontakt stand. Hochverrat oder Beteiligung an einer Verschwörung ist eben eine Frage des Datums!
Unfreiwillig hart ging selbst Herbert Kremp, Chefredakteur der „Welt", in einem Kommentar vom 9. April mit dem CSU-Vorsitzenden ins Gericht: „... Aber er (Spinola) gehört sicher nicht zu den Autoritäten, mit denen man sich an einen Tisch setzt. Berater, die dies empfehlen, sollte man entlassen."

An einem Tisch im chinesischen Restaurant Macau in Lissabon saß jede Woche ein höherer Beamter der Deutschen Botschaft, Dr. Karl-Heinrich Oberacker mit Freunden und engsten Vertrauten Spinolas zusammen. Dr. Jose Figueiredo, der zweite persönliche Adjudant des Generals, war mit von der Partie.
Jose: „Unsere Kontakte zur Deutschen Botschaft liefen über Dr. Oberacker, den wir schon aus Brasilien gut kennen."

(Dr. Oberacker, Verbindungsmann zwischen deutscher und brasilianischer Industrie, verstand sich immer als Wahrer deutsch-nationaler Interessen. 1955 verfaßte er ein Buch mit dem Titel: „Der deutsche Beitrag beim Aufbau der brasilianischen Nation", worin selbst Schweden als dem Großdeutschen Reich zugehörig gerechnet wird. In Portugal hielt Oberacker ständigen Kontakt zu einem Verbindungsmann der PIDE im staatlichen Rundfunk, Beckert d'Assumpcao, der unter Salazar und Caetano für die staatliche Rundfunkzensur zuständig war.)
Die Kontakte zu Oberacker erwiesen sich für Jose F. besonders nach seiner Inhaftierung bei dem mißlungenen ersten Spinola-Putsch am 28. September 1974 als nützlich. (COPCON, der damalige portugiesische Sicherheitsdienst, hatte im Parteibüro der von Jose und Luis gegründeten „Fortschrittspartei" Waffenlisten und Umsturzpläne gefunden und Jose wurde daraufhin zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.)
Jose: „Als ich im Gefängnis war, hat er (Oberacker) über Kontaktleute ständig Verbindung zu mir gehalten und mir Hilfe zukommen lassen. Er hat sogar diplomatische Schritte unternommen, die schließlich zu meiner vorzeitigen Freilassung führten. Auch als sich unsere vier Offiziere nach dem zweiten mißlungenen Coup in die deutsche Botschaft flüchtete, hat Oberacker ihnen geholfen, wo er konnte ... Ihm ist es mit zu verdanken, daß dem Direktor des Deutschen Instituts in Lissabon, der schon unter Marcelo seine zersetzende Kulturpolitik betrieben hat, nun endlich das Handwerk gelegt ist."

Curt Meyer-Clason, bekannter Übersetzer lateinamerikanischer Werke, u. a. Nerudas, hatte sich in der Diktatur Salazars und Caetanos durch eine liberale, fortschrittliche Kulturpolitik — Aufführungen von Brecht, Hochhuth, Weiss u. a. — ausgezeichnet, und wurde von den Intellektuellen des portugiesischen Widerstandes als atypische Erscheinung bundesdeutscher Auslandsinteressen geschätzt.
Ab Ende Juli 1976 ist er seines Postens enthoben (offizielle Begründung: „aus Altersgründen"), nachdem von seiten der deutschen Botschaft ständig gegen ihn intrigiert wurde.

Jose: „Unser Freund Oberacker war es, der im September 1973 den Kontakt zu Kurt Ziesel und zur Deutschlandstiftung herstellte. Seitdem bekomme ich auch regelmäßig das ‚Deutschland-Magazin' zugeschickt. Da gibt es ein schönes Foto am Chiemsee, ich in der Mitte zwischen Kurt Ziesel und Georg (?) von Studnitz, dem Salazar als letztem vor seinem Tode noch ein Interview gewährte." (Beleg: Foto „Deutschland-Magazin", Oktober/November 1973.) Ob Oberacker es war, der der MDLP Kontakte zum BND [Bundesnachrichtendienst] herstellte, läßt sich nicht beweisen.)
Luis: „Ganz im Vertrauen, die CIA arbeitet ja eng mit deutschen Geheimdiensten zusammen. Wir haben über einen guten Freund Kontakte mit dem BND aufgenommen, der bei der Bundesregierung anfragte, ob es Unterstützungsmöglichkeiten für uns gäbe. Das war in der Zeit als Galvao de Melo in Paris war. Die SPD/FDP-Koalition hat abgelehnt. Das war ein echter Leidensweg für uns."

Exkurs: Rechtfertigungsversuche des persönlichen Referenten F. J. Strauß' Dr. Voss zu den Spinola—Strauß-Beziehungen.

Was wohl als ein Dementi gedacht war, enthält in Wirklichkeit weitere Eingeständnisse. Die Antworten von Dr. Voss erfolgten fernschriftlich auf eine Anfrage des Fernsehmagazins „Panorama":

Frage 1: „Laut dpa vom 7. 4. haben Sie erklärt, Herr Strauß sei ‚von verschiedenen

Seiten' gebeten worden, General Spinola zu empfangen. Von welchen Seiten ist Herr Strauß gebeten worden?"
Dr. Voss zu 1): „Aufgrund des offiziellen Staatsbesuches von Dr. Strauß in Portugal im Jahre 1960 war eine Reihe von Personen bekannt, daß sich Herr Spinola, der damals den Rang eines Majors bekleidete, in der Nähe von Herrn Dr. Strauß aufgehalten hatte. Herr Strauß ist daher sowohl von ausländischen als auch von inländischen Politikern und Diplomaten gebeten worden, Herrn Spinola zu einem Gespräch zu empfangen."

Frage 2: „Wieviel persönliche Kontakte gab es zwischen Herrn Strauß und General Spinola bzw. dessen Bevollmächtigten und zwischen Ihnen und General Spinola bzw. dessen Bevollmächtigten?"
Dr. Voss zu 2): „Es gab einen persönlichen Kontakt zwischen Herrn Strauß und Herrn Spinola, und zwar am 15. Februar 1976 in München, an dem auch Herr Dias teilnahm. Die von Herrn Spinola bei diesem Gespräch dargelegten Ansichten haben Herrn Strauß zu der Überzeggung gebracht, daß Spinola für die weitere demokratische Entwicklung Portugals keinerlei Bedeutung hat und nur ein Hemmnis darstellt. Daraufhin hat Herr Strauß es abgelehnt, mit ihm weiter in Verbindung zu bleiben.
Ich habe zwei persönliche Kontakte mit Herrn Dias gehabt. Bei dem letzten wurde Dr. Dias von Dr. Figueiredo begleitet."

Frage 3: „Wie oft gab es telefonische Kontakte zwischen Ihnen und den genannten Personen?"
Dr. Voss zu 3): ... „15. Februar 1976 zwischen Dr. Strauß und Herrn Spinola, dem auch mein erstes Treffen mit Dr. Dias diente, gab es einige telefonische Kontakte; ebenso zur Absprache meines letzten Treffens mit Dr. Dias. Weitere telefonische Kontaktversuche des Dr. Dias blieben erfolglos."

Frage 4: „Sie haben einige Kontakte mit Dr. Dias eingeräumt. Hatten Sie auch Kontakte mit Dr. Figueiredo?"
Dr. Voss zu 4): „Bei dem zweiten und letzten persönlichen Kontakt zwischen mir und Dr. Dias wurde letzterer von Dr. Figueiredo begleitet."

Frage 5: „Wann hatten Sie den ersten und wann den letzten Kontakt mit einer der genannten Personen?"
Dr. Voss zu 5): „Den ersten Kontakt mit Dr. Dias hatte ich am 13. Februar 1976 und den letzten am 27. Februar 1976."

Frage 6: „Woher wußten Sie, daß Dr. Dias und Dr. Figueiredo Bevollmächtigte General Spinolas sind?"
Dr. Voss zu 6): „Dr. Dias machte mir einige Angaben, deren Bestätigung aufgrund meiner Nachprüfung ergab, daß er Mitarbeiter von Herrn Spinola war."

Frage 7: „Haben die Herren Ihnen eine schriftliche Vollmacht vorgelegt und haben Sie sich gegebenenfalls eine Ablichtung der Vollmacht gemacht?"
Dr. Voss zu 7): „Nein, dies war aufgrund des in Antwort 6) geschilderten Tatbestandes nicht notwendig."

Frage 8: „Haben Sie von Spinolas Bevollmächtigten (oder von Spinola selbst) irgendwelche Papiere, Listen, Analysen erhalten?"
Dr. Voss zu 8): „Die Analyse der politischen Lage Portugals, die Herr Spinola Herrn Dr. Strauß gegeben hatte und die Dr. Dias mir gegenüber am 27. 2. 1976 wiederholte, wurde schriftlich niedergelegt und diente als Arbeitspapier für den Kurzbesuch von Herrn Dr. Strauß in Portugal, wo er anläßlich des Parteitages in Porto am 26. März 1976 mit Führern der europäischen Schwesterparteien zusammentraf. Auch der Verlauf dieses Gesprächs bestätigte Dr. Strauß in seinem Urteil über die politische Bedeutungslosigkeit Spinolas."

Frage 9: „Sie haben dementiert, daß es mit Spinola oder dessen Bevollmächtigten jemals Gespräche gegeben hätte, die sich auf einen beabsichtigten Putsch oder das Interesse an Waffenlieferungen bezogen hätten. Bleiben Sie bei diesem Dementi?"
Dr. Voss zu 9): „Ich bleibe hundert Prozent bei dieser Aussage. Im übrigen gibt es keine Spinola-Terroristen, sondern nach übereinstimmender Information aller Nachrichtendienste etwa 100 Kubaner und Angehörige verschiedener internationaler Terrororganisationen — auch aus der Bundesrepublik Deutschland —, die Terroranschläge planen, um die bevorstehenden Wahlen in Portugal zu verhindern. Von diesen wurden bereits öffentlich Mord- und Terroranschläge auf rechtsgerichtete Politiker angekündigt."

Frage 10: „Sie haben ebenfalls dementiert, daß Herr Strauß General Spinola auf dessen Frage erklärt hat, er (Strauß) halte es für möglich, General Spinola zu der Möglichkeit zu verhelfen, in der Bundesrepublik (in Bayern) politisches Asyl zu finden (zu leben). Wird dieses Dementi aufrecht erhalten?"
Dr. Voss zu 10): „Ich habe erklärt, daß Herr Dr. Strauß Herrn Spinola auf seine Frage nach politischem Asyl in der Bundesrepublik Deutschland gesagt habe, wie hätten eine völlig liberale Ausländergesetzgebung, wie z. B. der Kampf der griechischen Gastarbeiter gegen die Militärjunta, die Aktivitäten von Türken und persischen Studenten usw. beweisen würden. Für Spinola würde nicht weniger gelten als für diese."

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich Voss
Büro Dr. h. c. F. J. Strauß MdB, Bonn

Am Tage nach der Bonner Pressekonferenz, auf der ich über die Pläne Spinolas und die Aussagen über Kontakte zu Strauß berichtet hatte, am 8. April, äußerte sich Strauß selbst im Bundestag:

Strauß: „... Der Bundeskanzler hat ferner sozusagen am Rande seiner heutigen Ausführungen auch einige Worte über Europapolitik gesagt. (Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Sagen Sie jetzt etwas über Spinola?)
— Ich habe nicht zu denen gehört, die Herrn Spinola als den großen Helden, den Retter des Vaterlandes und Einführer der Demokratie verehrt haben, wie es anderswo der Fall war. (Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Corterier [SPD]: Sie haben Salazar verehrt! — Weitere Zurufe von der SPD) Aber wenn eine Figur der Zeitgeschichte — und das muß ja nicht immer Herr Breschnew (Beifall bei der CDU/CSU) oder Herr Tito sein, Herr Wehner; Sie haben ja hier einschlägige Erfahrungen —, (Wehner [SPD]: Große Ehre!) die ihre historische Chance versäumt hat, was ich ihm gesagt habe (Wehner [SPD]: Mit dem Monokel! — Heiterkeit bei der SPD) — ach, Sie haben ihn doch vor zwei Jahren bewundert und verehrt, ausgerechnet Sie —, (Dr. Jenninger [CDU/CSU]: So war es doch!) mich um eine Unterredung bittet, habe ich keinen Grund, diese Unterredung zu verweigern. (Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Was wollte er denn von Ihnen? — Gegenrufe von der CDUCSU) — Ich bin gerne bereit, im Rahmen einer Pressekonferenz darüber Auskunft zu geben. Bloß haben wir hier keine Nachhilfestunde für Sie. (Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Über Europa!) Aber wenn Sie schon hier etwas abseits vom Thema — angesichts der Bandbreite des Bundeskanzlers muß man sich ja vieles gefaßt machen; (Wehner [SPD]: Ja!)
darum habe ich mich in meinen Unterlagen auf manches eingerichtet —
(Heiterkeit bei der CDU/CSU — Wehner [SPD]: Hört! Hört!)
das Thema Portugal anschneiden: ja, ich war bei einer öffentlichen Veranstaltung, wo hundert Journalisten aus ganz Europa sowie Rundfunk und Fernsehen beisammen waren, bei dem ersten offiziellen Parteitag der CDS — das ist die Christlich-Demokratische Partei Portugals — in Portugal, und dort habe ich gemeinsam mit Vertretern der Democrazia Cristiana, christlich-demokratischen Vertretern aus Holland, einem Vertreter der Konservativen Großbritanniens und anderen — — (Wehner [SPD]: Einen ‚historischen Kompromiß' gemacht!) — Vorsicht, Herr Wehner, Sie werden jetzt ‚rasiert'! (Lachen bei der SPD) Vorsicht, Herr Wehner! (Zuruf des Abg. Dr. Marx [CDU/CSU]) Ich habe dort etwas gesagt, was ich hier gern wiederhole, nämlich daß bis jetzt die Wiederherstellung der Demokratie in Portugal nach der Änderung des Systems im April 1974 nicht durch die Militärs und nicht durch die Politiker erfolgt ist, sondern durch den Mut des Volkes, das einen marxistischen Putsch verhindert hat. (Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege Strauß, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Graf Lambsdorff?

Strauß (CDU/CSU): Jetzt bitte nicht! Sie sind nicht der richtige Partner, Graf Lambsdorff. (Lachen bei der SPD) — Ach, Sie werden doch nicht glauben, daß ich einer Frage ausweichen will. (Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Dann lassen Sie ihn sie doch stellen!) — Nein, ich will jetzt das sagen, was Ihnen nicht paßt; das will ich Ihnen jetzt sagen, und dabei darf ich mich an den Kollegen Brandt wenden. Sie, Herr Brandt, haben nämlich in Portugal die Sozialdemokratische Partei, die PPD, desavouiert und sind zu Ihrem Gesinnungsfreund Soares gegangen, den Sie mit Bruderkuß und Umarmung in Portugal wie in Bonn begrüßt haben. (Stücklen [CDU/CSU]: So ist es!) Ist denn nicht Soares der Mann der Volksfront in Portugal? (Beifall bei der CDU/CSU — Wehner [SPD]: Was brauchen Sie noch für Blitzableiter? — Weitere Zurufe von der SPD) Ich kann meine

Gesprächspartner, Herrn Professor Amaral, den Vorsitzenden der CDS in Portugal, seinen Stellvertreter Costa — es gibt manche hier, die diese Politiker kennen — oder General Melo sehr wohl vorzeigen. (Dr. Marx [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Ich brauche mich dieser Gesellschaft weder zu schämen noch für sie zu entschuldigen. Ob aber Herr Soares, der bei den letzten Regionalwahlen in Italien auf einem Marktplatz in Rom zur Wahl der Kommunisten aufgerufen hat (Stücklen [CDU/CSU]: Hört! Hört!) — ein neuer Volksfrontpartner —, das gleiche für sich beanspruchen kann, ist eine andere Frage. (Beifall bei der CDU/CSU) ... war er in einem Kabinett mit Herrn Cunhal zusammen, und darum hat er — sicherlich ohne das Ende so zu wollen — der kommunistischen Machtergreifung in Portugal substantiellen Vorschub geleistet. (Wehner [SPD]: Sie waren doch sogar in einem Kabinett mit dem ‚Kommunisten' Wehner zusammen!) — Ich hätte darüber ja nicht gesprochen. Aber wenn Sie mich nach Spinola fragen, muß ich Sie nach Soares fragen. Ich habe mit dem einen nicht das gemeinsam, was Sie mit dem anderen gemeinsam haben. Das ist der Unterschied zwischen uns." ...

Der SPD-Vorsitzende nahm in der gleichen Sitzung zu den Äußerungen von Strauß Stellung.

Brandt: „Meine dritte Frage, die ich vorhin angekündigt hatte und die sich aus der Rede von Herrn Strauß ableitete, war: Mit wem will jemand mit seiner Einstellung, mit wem wollen diejenigen, die sich mit ihm politisch eng verbunden fühlen, eigentlich Europa bauen? Die Obristen in Athen sind nicht mehr dran, Herr Strauß. (Heiterkeit und Beifall bei der SPD) Die Hausnummern haben sich geändert: (Dr. Hauser [Sasbach] [CDU/CSU]: Eine Unverschämtheit! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU) Franco ist nicht mehr dran; Spinola — ich will auf ihn keine Steine werfen — ist außerhalb des eigentlichen politischen Geschehens. (Fortgesetzte Zurufe von der CDU/CSU) — Warum denn so nervös? Ich sage nur: mit extremen Rechten und Halbfaschisten ist in Europa kein Staat zu machen. (Beifall bei der SPD und der FDP — Weitere Zurufe von der CDU/CSU) Mehr sage ich gar nicht."

Reaktionen und Folgen

Aus dem internen Bericht eines Botschaftsangehörigen in Lissabon

Die „Affäre Spinola" erreichte das betroffene Land mit Verzögerung und nur etappenweise. Am Mittwoch machte der Putschversuch des Ex-Präsidenten in Portugal zwar erstmals Schlagzeilen, aber es wurden nur Bruchteile des Textes bekannt. Die Hintermänner reagierten eher kühl. Nur die extreme Linke nahm die Geschichte für bare Münze und frohlockte, daß der Mann mit dem Monokel, der schon einmal vergeblich gegen die Revolutionäre des 25. April geputscht hatte, bei neuen Putschplänen in eine so plumpe Falle gegangen sein sollte. Für die wieder erstarkte Rechte war die Affäre Spinola ganz einfach ein Machwerk des internationalen Kommunismus. Als Ministerpräsident Azevedo, auf Staatsbesuch in Wien, bereits erklärte, er halte die „stern"-Veröffentlichung für zutreffend, gab man sie in Lissabon noch als eine Erfindung aus. Präsident Costa Gomes lehnte eine Stellungnahme grundsätzlich ab.

Wie eine Bombe schlägt deshalb am Donnerstag gegen 15 Uhr in Lissabon die Nachricht ein, Spinola solle aus der Schweiz ausgewiesen werden. Für die Redaktion der Zeitung „O Jornal" der Beweis, daß Wallraff recht hat. Und am nächsten Tag druckte das unabhängige liberale Blatt den „stern"-Bericht nach — in vollem Wortlaut. Gleichzeitig veröffentlicht die linke Tageszeitung „O Diario" den „stern"-Bericht als Fortsetzungsgeschichte. Erst vier Tage nach den ersten Meldungen erfahren die Lissabonner das ganze Ausmaß des „Skandals Spinola".

Der Polit-Krimi wird zum Bestseller an den Kiosken. An den Zeitungsständen bilden sich Menschentrauben und in den Cafés lesen Männer wie Frauen fasziniert den fast vier Zeitungsseiten langen Bericht und er wird zum heißen Diskussionsstoff. Auch hier scheiden sich wieder die Geister, extreme Beurteilung

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

96 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (II) / Ausbildung

Editorial

H. Jeske: Das Weltbild von Biologie-Schulbüchern

F. Rieß: Technik und Naturwissenschaften im Unterricht

U. Schagen: Gesellschaftliche Zielsetzungen ärztlicher Ausbildung

G. Lau: Computersysteme und menschliche Sprechtätigkeit

W. Köhler, J.-W. Landsberg, Ch. Pulvermacher: Ist Intelligenz erblich?

* * *

Ch. Kievenheim: Zur Diskussion der Klassenstruktur

Fidel Castro: Von der persönlichen Führung zur sozialistischen Massenkultur

Bund demokratischer Wissenschaftler: Fachtagung „Umwelt und industrielle Entwicklung"

Besprechungen: Historisches Wörterbuch der Philosophie; Industriesoziologie; Gesundheitswesen; Probleme der Entwicklungsländer; Jura; Sozialistische Ökonomie; Mathematik und Naturwissenschaften

18. Jahrgang März/April 1976 Doppelheft

Einzelpreis 9,– DM, im Abo 7,50 DM; Schüler/Studenten 7,– DM, im Abo 6,– DM

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1

Editorial: U. Schagen: Warum kritisches Jahrbuch?

Die Praxis der Medizin als Gegenstand der Kritik

H. Lax: Zur Problematik heutiger Vorsorgeuntersuchungen; H.-H. Abholz, J. Buschmann, W. Dissmann, J.-H. Schäfer, W. Thimme: Organisation der Schwerkrankenversorgung; G. Elsner: Neuere Methoden in der Arbeitsmedizin; W. Jantzen: Berufliche und gesellschaftliche Eingliederung Behinderter; E. Wulff: Therapeutische Gemeinschaft und Sektorprinzip; Arezzo-Gruppe: „Demokratische Psychiatrie" in Italien; G. Rudnitzki u. R. Huber: Familientherapeutische Rehabilitationspraxis; H. Petri: Forensische Psychiatrie und Kindesmißhandlung

* * *

H.-U. Deppe: Medizinische Soziologie; H. Kaupen-Haas: Gesundheitsverhalten und Krankheitsverhalten; F. Hartmann: Arzt-Patient-Verhältnis; B. Hontschick: Inhaltsanalyse medizinischer Lehrbücher; I. K. Zola: Sozialpolitische Konsequenzen des medizinischen Einflusses

Kritik an der Planung im Gesundheitssektor

R. Gensch: Forschung für die Alten? Ch. Gaedt: Der Bericht über die Lage der Psychiatrie in der BRD; I. Knoblich u. H. Rohrmoser: Planungsdaten als Voraussetzung für Gesundheitspolitik; H. See: Epidemiologische Daten und Kostenentwicklung im Gesundheitswesen; H. Kühn: Statistische Überlegungen zur Kostenentwicklung; F. Naschold: Strukturelle Bestimmungsfaktoren für die Kostenentwicklung; V. Navarro: Bedeutung des monopolistischen Sektors für das Gesundheitswesen; H. Stein: Computeranwendung im Gesundheitswesen; V. Volkholz: Rationalisierung ärztlicher Tätigkeit; P. Frör, I. Haag, D. Kirsch: Mitbestimmungsformen in einem Großkrankenhaus; G. Adler-Karlsson: Gesundheitsversorgung in der Dritten Welt; H. Vallejos: Kennzeichen des chilenischen Gesundheitswesens

Einzelpreis 15,50 DM, im Abo 12,– DM, Schüler/Studenten 11,– DM, im Abo 9,– DM

Argument-Verlag Postfach 21 07 30 7500 Karlsruhe 21

herrscht vor. Ein Taxifahrer: „Dem Kerl, der Spinola so feige reingelegt hat, würde ich die Gurgel durchschneiden, wenn ich ihn erwischen könnte. Denn Spinola ist ein Ehrenmann. Er hat die Portugiesen nie verraten. Wenn er heute Kandidat wäre, würde ich ihn wählen." Und ein linker Student, der seinen Namen nicht sagen will: „Mit diesem gigantischen Putschplan haben die Rechten ... verspielt. Auch der Dümmste muß nun in Portugal merken, daß die Rechten Faschisten sind."

Die Veröffentlichung wird auch zum Diskussionsstoff im Wahlkampf, in einem Land, in dem fünfzig Jahre nach der letzten Wahl die Bürger erstmals wieder ein Parlament wählen sollen und — laut Umfragen — bis zu fünfzig Prozent noch unentschlossen zwischen den Fronten schwanken. Der „stern" wolle die extreme Rechte diffamieren, heißt es, und der extremen Linken, vor allem den Kommunisten Beihilfe leisten. Der journalistische Coup sei als Wahlmanöver „in einer perfekten und untadeligen Weise teuflisch vorbereitet" und „die Folgen seien unabsehbar", so die rechte Zeitung „O Comercio do Porto". General Ramalho Eanes, Oberbefehlshaber des Heeres, einer der vier Mitglieder des 17köpfigen Revolutionsrates, der laut Spinola Kontakte zu ihrer Organisation unterhalte, bringt es auf die Kurzformel: „Eine gewisse Partei will verhindern, daß Wahlen stattfinden."

Weniger als die Spekulanten, wer was mit dem „stern"-Bericht erreichen wollte, beschäftigte viele Lissabonner, die Drohung, daß angeblich bis zu Hunderttausende ihrer Landsleute bereit wären, zusammen mit Spinola „Kommunisten auszurotten". Dabei bekennen sich in Lissabon die Rechtsradikalen bereits wieder offen zu ihren Absichten. Ein Hotelbesitzer, der vor kurzem aus Angola zurückkehrte: „Was wir brauchen, ist ein neuer Hitler."

Ein der PS nahestehendes Mitglied des Revolutionsrates in einer inoffiziellen Stellungnahme: „Ich glaube nicht, daß die Bewegung über 100 000 Mann verfügt, weil sie nur davon sprechen, zunächst 10 000 Leute bewaffnen zu wollen und weil das aus der Wunschliste hervorgeht, daß sie nur Waffen für 5000 Mann bei Wallraff bestellen wollen."

Zu der Frage, wie stark die MDLP sei, sagt er: „Wir wissen, daß sie im Norden stark verwurzelt ist, dennoch hat sie der Revolutionsrat nicht ausdrücklich für illegal erklärt, aber sie ist natürlich illegal, weil sie seit dem ersten März gegen die Regierung arbeitet und sich sehr bemüht hat, sich als Terroristen-Organisation zu profilieren. Allerdings hat unser Ministerium für Inneres den Verkauf von Abzeichen der MDLP und der ELP nunmehr verboten. Das steht heute gerade in der Zeitung."

Er sagte, es könne natürlich sein, daß es Beziehungen gäbe zwischen den MDLP-Leuten und dem Revolutionsrat. Das sei natürlich, denn viele ... seien ... Kameraden gewesen, beispielsweise in Guinea oder Angola. Etwas anderes ist es, ob diese kameradschaftlichen Beziehungen jetzt noch als politische Beziehungen weiterbestehen.

Zu Wallraffs leichter Infiltration in die MDLP sagte er: „Das könnte noch zu größeren Untersuchungen führen. Die Art wie Wallraff an die Verschwörer herangekommen ist, ist unglaublich. Unsere Polizei, unsere Kripo versucht das auch. Aber sie stoßen dabei immer wieder auf große Schwierigkeiten. Und einen richtgien Geheimdienst haben wir nicht. Denn mit diesen Leuten wollten wir nach der Revolution nicht mehr arbeiten. Das ist ein echtes Problem, neue Leute zu

finden. Der ‚stern'-Artikel war insofern sehr nützlich, als er uns auf dieses Problem aufmerksam gemacht hat."

... über Spinola: „Um ihn hat sich ein Mythos gebildet wie um viele andere Militärs auch. Dabei hat man manche seiner Tugenden mit Sicherheit stark überbewertet und andere Untugenden vergessen. In Wirklichkeit hat Spinola eine ganz normale Karriere gemacht und ist auch ganz normal befördert worden, so hat ihn beispielsweise Costa Gomes überholt, der viel jünger war und schneller befördert worden war. Er und auch Calvao, sein Statthalter in Madrid, haben sehr große militärische Fehler gemacht. Geredet aber wird nur von den Heldentaten."

Er sagt: „Natürlich haben die bereits Waffen, z. B. solche die bei der Entkolonialisierung in Moçambique und auch in Angola verschwunden sind, und diese Waffen sind in privaten Händen ... Die Rechte und die MDLP suggeriert den starkbewaffneten Feind auf der linken Seite als Vorwand, sich selbst stark bewaffnen zu können.

Unsere Streitkräfte haben jedenfalls noch keine Waffenlager der Linken gefunden. Wenn die Rechte von so vielen Waffenlagern der Linken weiß, wie sie auf der Karte angegeben sind, dann hätten sie ja ihre Freunde in den Streitkräften warnen können. Dann hätten wir sie ausgehoben."

Zur Putschgefahr von rechts sagt er folgendes: „Nicht alle unsere politischen Kräfte sind zum demokratischen Spiel bereit. Es gibt immer noch rechte Kräfte im Land, die von einer gewaltsamen Lösung träumen. Und so lange unsere Streitkräfte nicht endgültig neu strukturiert sind und wir keine gute Polizei haben, und keinen funktionierenden Geheimdienst, ist die Chance eines Putsches durchaus vorhanden."

Aus einem Bericht des französischen Geheimdienstes

Spinola und Dias wurden vom Innenministerium und der Police während ihres Aufenthaltes in Paris observiert. Spinola und Dias trafen im Hotel „George V" häufig mit spanischen und portugiesischen Extremisten zusammen ... Eine Telefonüberwachung ergab, daß der Sekretär Dias unter Falschnamen wiederholt Kontakt zur US-Botschaft in Paris suchte. Ein Treffen mit Angehörigen der Botschaft fand in der Rue de la Boutiee am 29. 1. 1976 statt. Spinola und Gefolge benutzten die brasilianische Gesandtschaft in Paris als Hauptquartier. Als Spinola von den französischen Sicherheitsbehörden aufgefordert wurde, Frankreich innerhalb von 48 Stunden freiwillig zu verlassen, versuchte der Sekretär Dias wiederholt, deutsche Behörden in Bonn und zwei Rufnummern in München zu kontaktieren *).

Abschiebung aus Frankreich. Am 7. 2. 1976 wurde Spinola und Gefolge aus Frankreich abgeschoben. Spinola wollte sich nicht freiwillig außer Landes begeben. Zwei Beamte des Innenministeriums und des SBIC [des französischen Nachrichtendienstes] überwachten den Flug in die Schweiz. In der Schweiz wurde Spinola erst arretiert und man versuchte ihn wieder nach Paris abzusetzen. Dies verhinderten jedoch die französischen Beamten ...

Spniola äußerte während der Protokollierung: „Ich bin kein politischer Flüchtling und suche kein Asyl. Ich bin das Opfer von Intrigen, die die Franzosen unterstützt haben. Ich möchte hier den Status des Touristen deklariert wissen, der in der Schweiz seine Krankheit kuriert." (Dieses Zitat ist aus der Protokollierung).

*) Allem Anschein nach handelt es sich hier um die Strauß-Kontakte.

Dias, sein Sekretär, gab während der Vernehmung an: „Die Franzosen behandelten den General wie einen Terroristen." Der Zielort von Spinola und seinem Gefolge war Genf. Seit diesem Tag verschwand Spinola aus den Augen der Schweizer Behörden.

Die deutschen Behörden, das BFI, hat von der Abschiebung Spinolas aus Frankreich eine Information erhalten und natürlich die deutschen Paßkontrollstellen des BGS bereits am 6. 2. 1976 davon unterrichtet.

Bewachung Spinolas in der Schweiz. Die Bewachung Spinolas in Genf startete erstmals am 26. 3. 1976 aufgrund einer Information aus der BRD. Quelle: das BFU in Köln *).

Zwei Beamte des Sicherheitsbüros Genf unter der Leitung von Herrn Kabuzar tappten tagelang im Dunkeln. Die Sicherheitsbeamten konnten Spinola und Gefolge in Genf nicht ausmachen. Adjudant Figuereido beschwerte sich bei den Sicherheitsbehörden in Genf über eine angebliche Bewachung des Generals Spinola. Der Anwalt Spinolas aus Lausanne erhob offiziell Einspruch. Nach dem Geheimbesuch in Deutschland vom 25. 3. 1976 tauchte Spinola nicht mehr im Hotel Reserve auf, seine amtlich gemeldete Adresse. Dias und Figuereido besorgten täglich portugiesische und deutsche Tageszeitungen sowie die „Herald Tribune" in diversen Läden.

Am 7. 4. 1976 vormittags gingen aus Baden weitere Informationen ein. Die Bundesanwaltschaft informierte sofort den Leiter des Polizeireviers, ... Departement Genf, den Justizminister Furgler und den Bundesrat. Furgler verlangte Einzelheiten: „Wenn in Portugal die Rechten an die Macht kommen und wir Spinola jetzt abschieben, dann gibt das Komplikationen für die Schweiz."

Die Bundesanwaltschaft leitete die Ermittlungen gegen Spinola wegen Verdacht des Verstoßes gegen Artikel 229 des Schweizer Strafgesetzbuches ein. Ein Vorgang Spinola existierte bereits seit August 1975, nachdem Spinola in die Schweiz eingereist war und eine Anfrage im Bundesrat erfolgte, warum sich Spinola in der Schweiz aufhalten dürfe. Aus dem Ermittlungsbericht vom 15. 9. 1975: „Nach Abklärung der Bundesanwaltschaft und der zuständigen Sicherheitsbehörden hat Spinola keine politischen Aktivitäten in der Schweiz entwickelt."

*

Nachbemerkung: Am Donnerstag, dem 8. April 1976, einen Tag nach der Bonner Pressekonferenz Günter Wallraffs, sahen die Schweizer Behörden sich veranlaßt, General Spinola nach Brasilien abzuschieben.

*) Wallraffs Telefon war überwacht worden. Am 25. 3. 1976, einige Stunden vor dem Eintreffen Spinolas, als W. sich noch verzweifelt telefonisch um einen „Gegenpräsidenten" bemühte, wurde die Leitung abgeschaltet.

Aspekte der Faschismusdiskussion
Historische Aufarbeitung und aktuelle Bedeutung
Für Wolfgang Abendroth zum 70. Geburtstag

Von Reinhard Kühnl

Das Problem

Die Diskussion über den deutschen Faschismus der Vergangenheit ist, wie schon die Heftigkeit der Kontroversen und die massive Behinderung kritischer Ansätze in Wissenschaft und Publizistik zeigen, keineswegs nur von akademisch-historischem Interesse. Ihre Aktualität liegt schon darin, daß hier die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus und das Wesen seiner Politik und damit die historische Legitimität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Diskussion stehen. In einer Periode, in der einerseits in Griechenland, Portugal und Spanien die reaktionären Diktaturen zusammenbrechen und andererseits in Chile eine solche Diktatur neu errichtet und von der herrschenden Klasse in der BRD und in anderen kapitalistischen Ländern beifällig begrüßt wird, ist die Aktualität des Faschismusproblems schon den Tageszeitungen zu entnehmen. Die schweren Krisenerscheinungen des gegenwärtigen Gesellschaftssystems zwingen die herrschende Klasse dazu, alle Möglichkeiten politischer Herrschaftsformen in Betracht zu ziehen, die Stabilisierung versprechen könnten. Und zugleich können diese Krisen auch ein gewisses Potential für faschistische Kräfte in den Massen produzieren, das für die herrschende Klasse verwertbar ist.

Die historische Analyse kann also Ursachen, Entfaltungsbedingungen und Wesen des Faschismus aufzeigen und die historischen Erfahrungen, die die demokratische Bewegung im Kampf gegen den Faschismus gemacht hat, aufarbeiten und für die Gegenwart nutzbar machen. Sie kann die Legenden zerstören, die von interessierter Seite über den Faschismus verbreitet werden, und sie kann zugleich vereinfachte, mechanistische und irreführende Auffassungen über den Faschismus innerhalb der Linken korrigieren und also dazu beitragen, daß der aktuelle Kampf gegen Rechts richtig, d. h. dem Gegenstand angemessen, geführt werden kann.

In der wissenschaftlichen Diskussion über den Faschismus haben sich in der BRD in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren bemerkenswerte Veränderungen vollzogen. Während zu Beginn der 60er Jahre die Atmosphäre des Kalten Krieges noch stark nachwirkte und die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus in Gestalt der Totalitarismustheorie auch die wissenschaftliche Publizistik noch weithin beherrschte, steht heute die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus im Zentrum der Diskussion. Die Materialien und Argumente, die seit der Mitte der 60er Jahre besonders von jüngeren, oft am Marxismus orientierten Wissenschaftlern der BRD und von den Historikern der DDR dargelegt wurden, haben die herkömmlichen Faschismusinterpretationen in die Defensive gedrängt. Während man vorher die ohnehin nur ganz vereinzelt geäußerten Ansätze marxistischer Wissenschaftler einfach ignorieren oder als wissenschaftlich völlig belanglos beiseite schieben konnte, ist die traditionelle Wissenschaft seither in wachsendem Maße genötigt, auf deren Fragestellungen und Argumente explizit und ausführlich einzugehen — obwohl natürlich die Methode der Diffamierung als „unwissenschaftlich" und der informellen Erledi-

gung durch Ignorierung besonders gegenüber jüngeren, im Wissenschaftsbetrieb noch nicht etablierten Historikern durchaus noch fortgesetzt wird, wo sie möglich ist.

Die Folgen dieser veränderten Kräftekonstellation sind vielfältig und widersprüchlich. Einerseits kamen wirkliche Diskussionen zwischen den verschiedenen Richtungen in Gang, die neue Anstöße und Erkenntnisse vor allem in Hinsicht auf die soziologischen und ökonomischen Aspekte des Faschismus auch in der nichtmarxistischen Forschung brachten; Erkenntnisse darüber, wer den Faschismus unterstützt und wem er genützt hat, haben weitere Verbreitung gefunden. Besonders für die jüngere Generation der Wissenschaftler und Lehrer und für Studenten haben sich diese Diskussionen als fruchtbar und folgenreich erwiesen. Andererseits wurden von der herrschenden Geschichtswissenschaft neue Anstrengungen unternommen, um die Substanz ihrer Positionen doch zu halten, d. h. jeden strukturellen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus, zwischen Gesellschaftsordnung und politischem Herrschaftssystem zu negieren. Neben den seit Jahrzehnten verbreiteten Varianten (Schuld war eine Verkettung unglücklicher Umstände oder der Versailler Vertrag oder die unwiderstehliche Rhetorik und dämonische Gewalt Hitlers oder das Volk selbst, das die NSDAP ja gewählt habe) wurden subtilere entwickelt, die auch gewisse „sozialwissenschaftliche" Bedürfnisse befriedigen: Der Faschismus werde von vorkapitalistischen Verhältnissen hervorgebracht und von vorbürgerlichen Kräften unterstützt; die volle Durchsetzung des Kapitalismus biete so die sicherste Gewähr für die Verhinderung des Faschismus; die faschistische Diktatur selbst habe — wider Willen — modernisierend gewirkt, d. h. die sozialen Bedingungen geschaffen, die einer modernen Industriegesellschaft und also auch einer stabilen parlamentarischen Demokratie zum Durchbruch verhalfen. Die politische Funktion dieser Theorien ist eindeutig. Und die folgenden Ausführungen werden auch zeigen, daß damit der Kern der Sache verfehlt und verfälscht wird (obwohl diese Theorien natürlich an einzelne richtige Elemente anknüpfen) [1]).

Entwicklung und Charakter des Faschismus — Gesamtdarstellungen

Was 1933 geschah, war das Resultat einer langen und komplizierten Vorgeschichte, in der eine ganze Reihe von Vorbedingungen sich entwickelt hatten. Diese sind wesentlich, weil sie die faschistische Diktatur *ermöglicht* haben — nicht etwa, weil sie sie zwangsläufig hervorgebracht hätten. (Bis zuletzt hätte eine andere, realistischere Strategie der Arbeiterbewegung den Sieg des Faschismus verhindern können. Auch für deren Fehler können natürlich Ursachen aufgezeigt werden, ohne daß dies aber etwas an der Verantwortung der Handelnden ändert, weil eine Erkenntnis des Wesens des Faschismus damals bereits *real möglich* war und von vielen auch tatsächlich vollzogen und formuliert wurde.) Zu diesen Vorbedingungen gehören insbesondere: die Stärke, Interessenlage und Strategie der herrschenden Klasse, der Bewußtseinsstand, der Organisationsgrad und die politische Strategie der Arbeiterklasse, die ideologische Struktur und Entwicklung der Mittelschichten, das sich daraus ergebende gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis und die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen, die all dies hervorgebracht und geformt haben und von den politischen und sozialen Kämpfen ihrerseits beeinflußt wurden.

[1]) Eine genauere Einordnung und Kritik dieser Theorien hat R. Opitz geliefert: „Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus", in: „Das Argument" 87; auf einige Mißverständnisse und Pauschalurteile dieses Aufsatzes werde ich gelegentlich eingehen.

Eine Darstellung solch größerer historischer Zusammenhänge strebt das Buch von *Hallgarten* und *Radkau* an[2]). Die Autoren wollen für Laien wie für Fachleute „eine knappe geschichtliche Darstellung des Hochkommens und Wachstums der deutschen Industrie und ihrer politischen Meinungen und Wirkungen" bieten (S. 13). Den ersten Teil, der von der Bismarckzeit bis zum Ende der Weimarer Republik reicht, hat der in München geborene, nach 1933 emigrierte und jetzt in den USA lehrende Historiker George W. F. Hallgarten verfaßt, dessen Schriften über den „Imperialismus vor 1914" und „Hitler, Reichswehr und Industrie" schon in den 50er Jahren kritische, die politischen Folgen des Kapitalismus thematisierende Fragen aufwarfen. Den zweiten Teil, der von der „nationalsozialistischen Machtergreifung bis zur Gegenwart" reicht, verfaßte Joachim Radkau, der aus der Hamburger Schule Fritz Fischers stammt und jetzt in Bielefeld Geschichte lehrt.

Die Verfasser begreifen ihr Buch als Kritik und Gegenposition gegenüber gewissen Kräften in der Geschichtswissenschaft, die aufs neue die „politische Impotenz des Geldes", d. h. der Industrie und der Banken, gerade für den Erfolg und die Politik des deutschen Faschismus beweisen wollen. Diese gegen die Nürnberger Prozesse und ihre Resultate gerichtete „Gegenbewegung", als deren profiliertester Repräsentant ihnen der US-Historiker H. A. Turner gilt[3]), zeige methodisch „die typischen Schwächen der traditionellen Historie", die Konzentration auf punktuelle Probleme, die Unfähigkeit, strukturelle Zusammenhänge zu begreifen, und die damit verbundene Willkür bei der Auswahl und Interpretation der Fakten, die bei Turner zum „apologetischen Jonglieren" gerate (11 f.).

In Hinsicht auf das Faschismusproblem führt die Untersuchung Hallgartens, der sich dabei überwiegend auf schon bekanntes Material stützt, zu dem Ergebnis: „Die Junker und die Schwerindustrie wirkten vereint" (219). Freilich sei es „ebenso naiv wie absurd" zu erwarten, daß „die großen Unternehmer persönlich in die Intrigen der letzten Januarwochen hätten eingreifen müssen"; gegen das Argument Turners und anderer, daß ein solches Eingreifen nicht zu beweisen sei (was übrigens, wie Stegmann in dem genannten Aufsatz zeigt, gar nicht stimmt), stellt Hallgarten klar: „Für das zu vollbringende Schmutzwerk brauchte man nicht sie, sondern ihre Vertrauensleute, einen Hugenberg und vor allem einen Papen" (217). Es ist prinzipiell ein sehr richtiges und sehr notwendiges Argument, „daß die Industriellen als solche mit einigen wenigen Ausnahmen nie persönlich politisch tätig werden, sondern dies den Berufspolitikern überlassen, die sie hierfür unterstützen und oft auch finanzieren". Dies gilt nicht nur für den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus, sondern generell für die bürgerliche Gesellschaft und ihre politischen Herrschaftsformen.

Radkau wirft der punktuellen Forschung der herkömmlichen Historie vor, sie „vermag nicht zu untersuchen, ob sich nicht vielleicht wesentliche ‚Einflüsse' des Kapitals auf die Politik weniger auf kurzfristig-direktem als auf langfristig-‚strukturellem' Wege vollziehen oder zumindest nur auf diesem letzteren Wege zu erfassen sind (da sich kurzfristig-direkte Einflüsse, zumal im Zeitalter des Telefons, nicht im Archivgut zu dokumentieren pflegen)" (12, vgl. auch 440). Es war die große Krise des kapitalistischen Systems, die einerseits die Massen

2) G. W. F. Hallgarten/J. Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. und Köln 1974, 574 S., 58,— DM (Ln. 70,— DM).
3) H. A. Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1973; vgl. die präzise Untersuchung von D. Stegmann „Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930—1933, die zugleich eine vernichtende Kritik an Turner darstellt („Archiv für Sozialgeschichte", Bd. XIII, Hannover 1973, S. 399 ff.), Radkau in: „Neue Politische Literatur", 2/1973.

ins Elend stürzte und so das Potential für die faschistische Bewegung schuf, andererseits aber die Hoffnung des Kapitals „auf Errichtung von Wirtschaftsimperien durch Kapitalexport", durch „ökonomische Initiativen", zerstörte. So konnte die Krise vom Kapital genutzt werden, die „sozialstaatlichen Ansätze der Weimarer Zeit" abzubauen, den Reichstag auszuschalten und die politischen Voraussetzungen für „imperialistische Expansionskonzepte" zu schaffen (231 f.). Um das zu bewerkstelligen, war allerdings aktives, resolutes und zielbewußtes Eingreifen des Großkapitals in den politischen Prozeß erforderlich. Die „strukturellen" Momente hatten die Voraussetzungen geschaffen, setzten sich aber natürlich nicht von selbst in politische Entscheidungen um.

Mit der Weimarer Republik und also den Voraussetzungen des deutschen Faschismus befaßten sich auch die *Verhandlungen des internationalen Symposiums,* die im Juni 1973 in Bochum stattfanden [4]). Siebzig Historiker aus der BRD, England und den USA diskutierten Probleme der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik, der Stifterverband der deutschen Wirtschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft stellten die finanzielle Förderung sicher. Bei der Zusammensetzung fällt erstens auf, daß der romanische und westeuropäische Bereich gänzlich fehlt, und zweitens, daß die Teilnehmer aus der Bundesrepublik nur einen bestimmten Ausschnitt des wissenschaftlichen und politischen Spektrums repräsentieren: Es dominiert die „Mitte" mit einem gewissen Akzent auf der „linken Mitte"; politisch gesprochen: die der Sozialdemokratie nahestehende Wissenschaft. Extrem reaktionäre Positionen fehlen ebenso wie marxistische.

Das Spektrum erwies sich jedoch als hinreichend breit, um nicht nur Nuancierungen, sondern wirkliche Kontroversen zu ermöglichen. (Die Sozialdemokratie vereinigt eben sehr heterogene Positionen unter ihrem Dach.) Für das Faschismusproblem sind die Abschnitte „Die Einflußnahme wirtschaftlicher Interessengruppen" und „Staatlicher Interventionismus und Interessenpolitik in der Krise" von besonderer Bedeutung. Der oben schon genannte US-Historiker Turner hatte dabei eine Schlüsselstellung erhalten: Er fungierte in der einen Arbeitsgruppe als Berichterstatter und in der anderen als der einzige Referent, der sich mit der Zentralfrage, nämlich dem „Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP", befaßte, und außerdem gehörte er noch dem Vorbereitungskuratorium an. Trotz dieser Schlüsselstellung ist Turner mit seinen auf Reinwaschung des Großkapitals gerichteten Thesen auf ziemlich breiten Widerstand gestoßen.

Die Hauptthese Turners lautete, die Industrie sei in dem Faschisierungsprozeß bis 1933 „eher als Mitläufer" zu bezeichnen, sie habe „kein Programm, kein Konzept, keinen Mann" gehabt, ihr Vorgehen sei weder planmäßig noch erfolgreich gewesen (bes. 943 und 946). Demgegenüber betonten besonders Stegmann (Lüneburg), Döhn (Kassel), Spiller (FU Berlin [West]), H. Mommsen (Bochum) und Mason (Oxford): Die deutsche Industrie habe die Weimarer Republik nie wirklich akzeptiert, habe seit der Mitte der 20er Jahre ein „neoimperialistisches Modell der Außenhandelspolitik" (Stegmann) verfolgt, um verlorene Märkte wiederzugewinnen und den politischen Herrschaftsbereich auszuweiten, habe seit 1928 ganz eindeutig auf die „Beseitigung des parlamentarischen Systems" hingearbeitet (Döhn) und habe den „Klassenkampf von oben" verschärft (Spiller). Dies alles lief nicht automatisch auf die „Installierung des Nationalsozialismus" hinaus, wohl aber auf die Errichtung „eines autoritären Systems, welcher Art

4) Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. v. H. Mommsen/D. Petzina und B. Weisbrod, Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 1017 S., 87,— DM.

auch immer" (Döhn) und die Liquidierung des „Gewerkschaftsstaates". Nach der „Lösung der Klassenfrage" 1933 (Mason) konnte dann ein den Unternehmern entsprechendes Arbeitsbeschaffungsprogramm in Angriff genommen werden (935—947).

Der Band enthält neben den teils kritischen, teils apologetischen Interpretationen zum Faschisierungsprozeß eine Fülle empirischer Materialien über die verschiedensten Bereiche des Sozial- und Wirtschaftssystems der Weimarer Republik, die für die weiteren Diskussionen über die Ursachen der Zerstörung dieser Republik von erheblicher Bedeutung sind.

Welchen sozialen Inhalt die Errichtung des faschistischen Systems hatte, zeigt sich auch sehr deutlich in der Herrschaftsstruktur und der realen Politik des Faschismus nach 1933. Diesem Komplex ist der zweite Teil des oben schon genannten Buches von Hallgarten/Radkau gewidmet. Radkau zeigt dort, daß nach 1933 die Wünsche der Industrie „in geradezu hemmungsloser Weise erfüllt" wurden (239) — von der Zerschlagung der Gewerkschaften über das Kartellgesetz bis zum „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", daß dabei die „Nöte und Erbitterungen der kleinbürgerlichen Schichten, denen die Masse der ‚alten Kämpfer' entstammte", rigoros hintangestellt und nötigenfalls unterdrückt wurden (236), daß die „Belebung der Wirtschaft durch eine fast schrankenlose Begünstigung der Unternehmer" erzielt wurde (244), daß die Machtposition der Großindustrie „in erheblichem Maße strukturell verankert war" (269) und daß auch beim Wirtschaftsimperium der SS entgegen weitverbreiteten Legenden keine Rede davon sein kann, daß es „eine Spitze gegen die Privatindustrie besaß" (273 f.). Natürlich gab es Konkurrenzkämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen des Großkapitals (die dann nach 1945 als „Widerstand" ausgegeben wurden), doch gerade die Ausbeutung der enormen Eroberungen begünstigte „breitangelegte Konsortien" (299). Ideologisch fungierte der Unternehmer als Vorbild des neuen Herrenmenschen und die kapitalistische Fabrik als Vorbild effektiver Organisation (276). Im Kapitel über die Periode nach 1945 legt Radkau dar, in welch hohem Maße es der Großindustrie gelungen ist, die Kontinuität ihrer Machtpositionen — nach einer kurzen Periode der Gefährdung — auch unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie zu wahren.

Bei der Darstellung Radkaus über das Herrschaftssystem des deutschen Faschismus läßt sich über Einzelheiten, über Nuancen und über einige Probleme der Herrschaftsstruktur (z. B. über das Verhältnis von Staat, Partei und Großkapital) streiten; auch die analytische Durchdringung des ökonomischen Systems, also der Kapitalismusbegriff, ist unzureichend. An den historisch-empirischen Grundaussagen aber ist nichts zu deuteln. Demgegenüber fällt der Anhang, in dem Radkau „einige theoretische Aspekte" in dem Verhältnis von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik klären will, sehr stark ab, denn hier kommen diese theoretisch-begrifflichen Schwächen deutlich zum Vorschein. Die zentralen Kategorien bleiben verschwommen und oberflächlich. Das führt dann zu so abwegigen Folgerungen wie der, daß „die sozialen Zustände NS-Deutschlands ... sich nicht ausreichend mit dem Begriff ‚kapitalistische Gesellschaft' charakterisieren lassen", denn — so die verblüffende Begründung — eine kapitalistische Gesellschaft „müßte auch Gegengewichte gegen die Macht der Konzerne enthalten" (529); oder die Folgerung, es sei durchaus möglich — wenn auch sehr schwer —, „die kapitalistische Wirtschaft wirklich in den Dienst sozialistischer Gesellschaftsformen" zu stellen (538) [5]). Was hier die Begriffe Kapitalismus und Sozialismus noch bedeuten, bleibt gänzlich dunkel. Diese Schwächen in gesellschaftstheore-

[5]) Ähnlich drückt sich H. U. Wehler aus, auf den Radkau sich hier stützt. Wehler spricht allerdings nur von

tischer und politökonomischer Hinsicht ändern aber nichts daran, daß dieses Buch zu den besten nichtmarxistischen Gesamtdarstellungen der Vorgeschichte und der Politik des deutschen Faschismus gehört. Leider wird sich der hohe Preis für die Verbreitung sehr hemmend auswirken.

Entwicklung und Charakter des Faschismus — Einzelprobleme

Die Existenz einer starken *faschistischen Massenbewegung* hat der herrschenden Klasse die Liquidierung der Demokratie wesentlich erleichtert. Der Kapp-Putsch von 1920 hatte gezeigt, daß eine reaktionäre Herrschaft, die keine Massenbasis benutzt, sehr labil ist und durch organisiertes Handeln der Arbeiterklasse wieder gestürzt werden kann. Noch Ende 1932 waren diese Erfahrungen und Überlegungen für die politischen Konzepte der herrschenden Klasse von großem Gewicht. Und als die Reichstagswahlen vom 6. November gezeigt hatten, daß die Präsidialdiktatur weiter ohne Massenbasis blieb, die „Reservekraft" NSDAP bereits wieder im Niedergang begriffen war und andererseits der Anhang der KPD weiter wuchs, als zugleich eine Reichswehrstudie deutlich gemacht hatte, daß eine Militärdiktatur ohne Massenbasis nicht zu etablieren war, fiel die endgültige Entscheidung für die Regierung Hitler.

Die Erforschung der faschistischen Massenbewegung ist deshalb eine wichtige Aufgabe, um den Faschisierungsprozeß voll zu erklären. Mit großen Erwartungen nimmt man daher die fast 1000 Seiten umfassende Studie des Tübinger Historikers *Gerhard Schulz* zur Hand [6]). Die Erwartungen werden leider in jeder Hinsicht enttäuscht. Ernst Nolte rügte in seiner Rezension in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) vom 9. September 1975 den schwer lesbaren Stil, die Unklarheit und Unübersichtlichkeit der Komposition und den irreführenden Titel: das Buch sollte besser heißen: „Materialien und Reflexionen zur Entwicklung des Nationalsozialismus und zu seinem Umkreis". Obwohl meine Auffassungen sonst mit der Faschismusinterpretation von Nolte wenig gemein haben [7]), kann ich diese Kritik voll unterstützen. Hinzu kommt, daß Schulz ganz in der Tradition der herkömmlichen erzählenden, durch ziemlich subjektive Reflexionen unterbrochenen Darstellungsweise des Historismus steht, die historischen Triebkräfte hauptsächlich im ideologischen Bereich, in bestimmten Bewußtseinsformen (und daneben in Führerpersönlichkeiten) sucht und so den Nationalsozialismus reduziert auf eine spezielle Form des „Neuen Nationalismus". Leitfaden der Interpretation ist im übrigen die Totalitarismustheorie, wie sich schon in der schlichten Gegenüberstellung von „demokratischer Staatsform" und „Diktaturen" (6) oder in der Kennzeichnung der faschistischen Gegenrevolution als „Revolution" ausdrückt. Diese Reduzierung politisch-sozialer Prozesse auf deren Form und die Unfähigkeit, den sozialen Inhalt zu analysieren, zeigt sich auch in seinem Argument, die *Propaganda* des Nationalsozialismus, die sich an alle wandte, beweise, daß er keineswegs bestimmte Klasseninteressen vertreten habe (751). „Wahrhaft konservativ" sei jedenfalls nichts an der NSDAP gewesen, und auch die von manchen behauptete Kontinuität gegenüber vorangehenden sozialen Kräften und Interessen sei nur „ein Phantom, ... ein Mißverständnis", denn: „alles, was Potenz besaß ..., schwankte, siechte" oder wechselte die Seiten

„sozialen Kriterien", nicht von Sozialismus: Es sei „nicht einzusehen, warum die Marktwirtschaft nicht wieder nach sozialen Kriterien ein untergeordneter, statt verselbständigter Bereich ... werden soll" (Geschichte und Ökonomie, Köln 1973, S. 27). Dies läuft darauf hinaus, den Kapitalismus für grundsätzlich reformierbar — auf dem Boden des Kapitalismus — zu erklären. Es wäre interessant zu erfahren, welche historischen oder polit-ökonomischen Argumente für eine solche Hoffnung sprechen.

[6]) G. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Propyläen-Verlag, Frankfurt/M.-Berlin (West)-Wien 1975, 921 S., 48,— DM.

[7]) Vergleiche meine ausführliche Kritik in der „Politischen Vierteljahresschrift", 2—3/1970.

(757). Freilich, an der Oberfläche ging es sehr turbulent zu zwischen 1930 und 1933, aber der Inhalt, die Substanz der Klasseninteressen und der Klassenkämpfe hat sich gerade nicht geändert. Von ihnen aus wäre der historische Prozeß sowohl in seiner Kontinuität (was den sozialen Inhalt betrifft) wie in seinen wechselnden Formen analytisch zu fassen. Da Schulz den Faschismus weder historisch erklären noch einordnen kann, bleibt ihm am Ende nur dunkles Raunen. Der letzte Satz der Darstellung lautet: Diese „der Dunkelheit der Kollektive entwachsende" Kraft „kommt aus einer Vergangenheit, die weit zurückliegt, düster, ähnlich einem verhangenen Himmel, und führt zu dunklen, ungeahnten Enden" (752).

Die Schlußfolgerungen des Nachworts drücken einerseits die Position des geängstigten, sich selbst aber über den kämpfenden Parteien wähnenden Intellektuellen aus, der gegenüber der Verschärfung der politischen Kämpfe den „Sieg der besseren Einsichten", des „mehrschichtigen analysierenden Denkens und Verstehens" beschwört und deshalb die „Auslese der besten Köpfe für die Spitzenfunktionen in Staat und Gesellschaft" verlangt, andererseits aber — angesichts wachsender Krisen — nach „zunehmender Integrationskraft" und nach „umfassenden Synthesen" verlangt (758 ff.). Genau danach verlangte das große Kapital auch nach 1930, als die Krisenerscheinungen anwuchsen, und danach verlangen BDI, CDU/CSU und Springer-Presse auch heute. Schulz, der diesen Kräften sicherlich nicht ohne weiteres zugerechnet werden kann, repräsentiert jenen hilflosen Antifaschismus, der ganz bestimmt keinen Schutzwall gegen eine neue Faschisierung aufrichten kann.

Mit einer spezielleren Fragestellung befaßt sich der in Kanada lehrende Historiker M. H. Kater. Er geht der Frage nach, wie sich in der Weimarer Republik die *Studentenschaft* zum *Rechtsradikalismus* verhalten hat [7a]). Diese Frage ist schon deshalb wichtig, weil der Aufstieg der NSDAP zur Massenbewegung sich zuerst in den Studentenschaftswahlen zeigte — noch vor den Erfolgen bei Landtags- und Reichstagswahlen —, weil die Studenten, wie Kater zeigt, 1931 bereits in ihrer Mehrheit auf der Seite der NSDAP standen und weil sie nach 1933 nicht nur „treu zum NS-Regime gehalten" haben (204) — mindestens bis zur Schlacht von Stalingrad —, sondern auch das Rekrutierungsfeld für wichtige Führungspositionen darstellten.

Gestützt auf umfangreiches sozialistisches Material, kann Kater nachweisen, „daß die Studenten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in einem chronischen Zustand ökonomischer und sozialer Existenzgefährdung lebten" (11). (Ob dieser, „gemessen an der Situation anderer deutscher Berufs- oder Sozialgruppen", wirklich „beispiellos" war, erscheint mir allerdings nicht so sicher). Der soziale Abstieg drückte sich relativ gesehen darin aus, daß die Arbeiter nach der November-Revolution „gesellschaftlich aufgewertet worden waren"; absolut gesehen darin, daß die oberen Mittelschichten, aus denen die Studenten sich in besonders starkem Maße rekrutierten, durch den Verlust ihrer Ersparnisse (verlorene Kriegsanleihen, Inflation) verarmt waren, daß die Studenten bei „deprimierenden Wohnverhältnissen und unzureichender Ernährung" zu „zermürbendem Nebenerwerb" genötigt waren, daß die wachsende Arbeitslosigkeit auch diese Möglichkeiten zerstörte und zudem die akademischen Berufswege verstopfte. Hinzu kam, daß die Zahl der Studenten nach 1918 enorm zugenommen und auch die soziale Zusammensetzung sich wesentlich verändert hatte: Kinder aus den unteren Mittelschichten und weibliche Studierende ström-

7a) M. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918—1933, Hoffmann und Campe-Verlag, Hamburg 1975, 361 S., 58,— DM.

ten verstärkt an die Hochschulen, wodurch nicht nur die Studienbedingungen verschlechtert, sondern auch der Konkurrenzkampf um die akademischen Berufspositionen bedeutend verschärft wurde. Ende der zwanziger Jahre war ein „rapide anwachsendes Akademiker-Proletariat" entstanden, dessen reale Lage mit den tradierten, bis 1918 selbstverständlichen Leitbildern und Ansprüchen der Akademiker in grellem Kontrast stand.

Ausgehend von dieser „in erster Linie sozialökonomischen, in zweiter sozialpsychologischen" Verunsicherung (13), erklärt Kater die Wendung der Mehrheit der Studenten zum Rechtsextremismus, zunächst in Gestalt der Korporationen, dann in Gestalt der NSDAP und des NS-Studentenbundes, die Aufnahmebereitschaft gegenüber Eliteideologien und Irrationalismen der verschiedensten Art, besonders auch des Antisemitismus, da die jüdischen Akademiker gerade in den Freien Berufen als starke Konkurrenz fungierten. (Und des Antikommunismus, müßte man hinzufügen, da die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung als Urheber der „nationalen Schmach" wie auch der „sozialen Nivellierung" galt.)

Es kann kein Zweifel bestehen, daß der von Kater konstatierte „Kausalzusammenhang von studentischer Notlage und rechtsradikalem Engagement" (17) bestand. Sehr fraglich ist allerdings, ob dies ein notwendiger Kausalzusammenhang ist. Schon ein Blick auf die Entwicklung der Studentenbewegung in der Bundesrepublik seit 1968 zeigt, daß ähnliche materielle und soziale Veränderungen auch ganz andere politisch-ideologische Folgen haben können. Zu klären wäre also die Frage, unter welchen Bedingungen sozialer Abstieg und materielle Verschlechterung bei den Betroffenen rechtsextreme, unter welchen Bedingungen sie systemkritische, antikapitalistische Tendenzen hervorbringen. Diese Frage stellt sich nicht nur für die Studentenschaft und die Intelligenz, sondern für die Mittelschichten generell und auch für Teile der Arbeiterklasse. Wahrscheinlich müssen — neben den materiellen Lebensverhältnissen — einerseits die politisch-ideologischen Traditionen der jeweiligen Schichten und Klassen wie des jeweiligen Landes insgesamt untersucht werden. (Dies wäre eine wesentliche Komponente einer Erklärung dafür, weshalb die Mittelschichten in Deutschland in der Weltwirtschaftskrise anders reagierten als in Ländern mit längerer, gefestigter bürgerlich-demokratischer Tradition und weshalb heute in der BRD sowohl die Mittelschichten wie die Arbeiterklasse andere Bewußtseinsformen aufweisen als in vergleichbaren kapitalistischen Industrieländern Europas.) Andererseits müßte das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis, insbesondere Stärke, Bewußtseinsgrad und Strategie der Arbeiterorganisationen untersucht werden, um zu verstehen, ob die sozialistischen und kommunistischen Kräfte für die Mittelschichten und die Intelligenz eine starke, glaubhafte und attraktive Alternative repräsentieren oder nicht. (Dies wäre eine zweite wesentliche Komponente, um z. B. verständlich zu machen, weshalb heute die Mittelschichten in Frankreich und Italien sich politisch anders orientieren als in der Bundesrepublik. Um die Linkswendung beträchtlicher Teile der westdeutschen Studenten zu erklären, bedürfte es allerdings zusätzlicher Komponenten.)

Bei den *Industriearbeitern* hatte die Propaganda der NSDAP bis 1933 keine Erfolge. Sie votierten bis zuletzt für die beiden Arbeiterparteien, wobei der Anteil der KPD immer mehr zunahm und bei den letzten freien Wahlen im November 1932 fast den Anteil der SPD erreichte (17 %—20 %). Nach 1933 verstärkte der Faschismus seine Anstrengungen, auch bei der industriellen Arbeiterschaft Sympathien zu gewinnen. Angesichts der terroristischen Zerschlagung der Arbeiter-

bewegung und der brutalen Verfolgung jeder kritischen Aktivität einerseits, dem staatlichen Informations- und Propagandamonopol, der im Zuge der Aufrüstung erfolgenden Abnahme der Arbeitslosigkeit und der „nationalen Erfolge" seit 1935 (Rheinlandbesetzung, Anschluß des Saarlandes, Österreichs, des Sudetenlandes), andererseits waren die politischen und ideologischen Voraussetzungen für den Faschismus jetzt wesentlich günstiger. Tatsächlich ist es durch diese Kombination von Terror, vorübergehender Verbesserung der Lebensbedingungen und ideologischer Indoktrination gelungen, beträchtliche Teile der Arbeiterschaft, die der NSDAP noch im Frühjahr 1934 bei den Vertrauensrätewahlen eine klare Absage erteilt hatte [8]), mindestens zu neutralisieren. Genauere Untersuchungen über diese Entwicklung liegen aber bisher nicht vor.

Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Schrift von *Robert Schwarz,* die sich mit dem Werben des NSDAP-Zentralorgans „Völkischer Beobachter" um die österreichische Arbeiterschaft vom Anschluß Österreichs im März 1938 bis zum Kriegsbeginn befaßt [9]). Der Verfasser zeigt, daß das Argument der Vollbeschäftigung die zentrale Stelle einnahm, daneben der Antiklerikalismus den Versuch darstellte, eine gemeinsame Frontstellung zwischen sozialistischen Arbeitern und NSDAP gegenüber den katholisch-reaktionär-monarchistischen Kräften herauszustellen, und der Antisemitismus den Antikapitalismus ersetzte und den Arbeitern einreden wollte, Marxismus und Kapitalismus seien gleichermaßen Herrschaftsmittel des Judentums. Aus der „wechselnden Art der Propaganda-Strategie" seien ganz vorsichtig „Rückschlüsse auf die Reaktion der Arbeiterschaft" zu ziehen. Schwarz vermutet, daß die faschistischen Propagandaübungen „nur in sehr beschränktem Maße" glückten (135). Die im Dokumentenanhang abgebildeten Plakate und Zeitungsartikel veranschaulichen die Propagandatechnik der NSDAP.

In einer ausführlichen und präzisen Einleitung arbeitet der Linzer Historiker Gerhard Botz den Kontrast zwischen der Ideologie und der sozialen Wirklichkeit des Nationalsozialismus in Österreich heraus. Anhand von amtlichen und parteiinternen Materialien macht er deutlich, daß nur ein sehr kleiner Teil der Wiener Arbeiter NSDAP-Mitglieder wurden (6 % gegenüber 16 % der Angestellten, 17 % der Selbständigen und 23 % der Beamten), daß Jugendliche, Arbeitslose und „proletarische Randschichten mit ‚mittelständischem' Bewußtsein" noch am stärksten von der NSDAP angezogen wurden und daß man bei der Besetzung hoher staatlicher Positionen in den Arbeiterbezirken noch im Juni 1938 intern hinzuweisen genötigt war auf „die auch heute vielfach noch marxistisch und kommunistisch eingestellte Arbeiterschaft". (So das Personalamt der Wiener Stadtverwaltung bei der Bestellung eines neuen Bezirkshauptmanns; zit. S. 38.) *Gerhard Botz* selbst untersucht die „Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik" am Beispiel der Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien von 1938 bis 1945 [10]). Botz kann hier überzeugend nachweisen, daß die antisemitischen Maßnahmen in Wien einen sehr materiellen Inhalt hatten, so daß hier der Hauptakzent des Antisemitismus nicht auf der ideologischen Kompensation lag. Da die sozialen Versprechungen des Faschismus in keinem Bereich — mit Ausnahme der Vollbeschäftigung — eingelöst wurden, bot der Antisemitismus „ein Mittel zur realen Verbesserung der Existenz-

8) Etwa 75 % stimmten gegen die faschistischen Kandidaten oder enthielten sich der Stimme. Das Gesamtergebnis wagten die Nazis gar nicht zu veröffentlichen.
9) R. Schwarz, „Sozialismus" der Propaganda. Das Werben des „Völkischen Beobachters" um die österreichische Arbeiterschaft 1938/39. Mit einer Einleitung von Gerhard Botz, Ludwig Bolzmann, Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Europa Verlag, Wien 1975.
10) G. Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938—1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Geyer-Edition, Wien/Salzburg 1975.

bedingungen von antisemitischen Nicht-Juden", für die „Beseitigung des jüdischen Konkurrenten als Händler und Warenhausbesitzer, als Rechtsanwalt oder Arzt, die Erlangung einer Wohnung oder eines wertvollen Möbelstücks etc." (124). Und selbst bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mußten „die Arbeitsplätze von Juden im privaten und öffentlichen Dienst herhalten" (121).

In einer Stadt, in der seit der großen Einwanderungswelle zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts (wegen der zaristischen Judenpogrome) die Juden fast 10 Prozent der Bevölkerung ausmachten, fiel die Enteignung und Vertreibung der Juden durchaus ins Gewicht — gerade auch im Wohnungssektor, der in Wien in katastrophalem Zustand war. Die NSDAP heizte die Kampagne mit sozialdemagogischen Parolen an: „Die bodenständige arische Wiener Bevölkerung hat ein Recht auf gesunde und schöne Wohnungen" — „Hinaus mit den Juden aus den guten und billigen Wohnungen" (zit. S. 58 f.) [11]). So vollzogen antisemitische Mieter massenhaft „wilde Arisierungen", vertrieben die Juden aus ihren Wohnungen, so daß schon Anfang 1939 44 000 der insgesamt 70 000 Judenwohnungen „arisiert" waren. Die staatlichen Behörden konnten dabei im Hintergrund bleiben und mußten gelegentlich sogar regulierend und bremsend eingreifen. So war mindestens eine gewisse Kompensation dafür geschaffen, daß auch im Wohnungsbau die sozialen Versprechungen des Faschismus uneingelöst blieben. In Österreich ist diese materielle Kompensationsfunktion des Antisemitismus auch deshalb besonders deutlich, weil dieses Land zu einem Zeitpunkt dem Deutschen Reich einverleibt wurde, als die gesamte Wirtschaftskraft schon auf die Kriegsvorbereitung konzentriert wurde und für soziale Investitionen keinerlei Raum mehr war.

Die vorliegende Untersuchung liefert einen wichtigen Beitrag zu der Frage, welche Funktion der Antisemitismus im faschistischen Herrschaftssystem hatte. Der gegenwärtige Forschungsstand ermöglicht es bereits, das Verhältnis von ideologischer und sozialpolitischer Funktion, das regional und zeitlich durchaus differiert, in der Grundstruktur deutlich zu erkennen [12]). Ein besonders schwieriges Problem stellt dabei nach wie vor der systematisch organisierte Massenmord an sechs Millionen europäischen Juden nach 1942 dar. Klar ist jedenfalls, daß diese Form des Antisemitismus nicht als ideologisches Herrschaftsmittel zur Sicherung und Mobilisierung von Massenloyalität erklärt werden kann, weil schon seit der „Reichskristallnacht" 1938 klar war, daß die antisemitischen Ausschreitungen bei der deutschen Bevölkerung keineswegs populär waren, und weil der Massenmord nicht direkt von kapitalistischen Profitinteressen her erklärt werden kann. Die systematische Auspressung der Arbeitskraft bis hin zu physischer Erschöpfung und Tod ist eine Sache, die Vergasung von Millionen Menschen, allein deshalb, weil sie Juden sind, ist eine durchaus andere Sache. An dieser sehr notwendigen Unterscheidung scheitert auch die Argumentation der im übrigen sehr wertvollen Untersuchung von *Peter M. Kaiser* [13]): Sein Material beweist überzeugend die ökonomische Funktion der Enteignung jüdischer Vermögen, der Auspressung der Arbeitskraft der Häftlinge (bis sie — als nicht mehr verwertbar — in den Konzentrationslagern umgebracht wurden), der Ver-

11) Die Parallelen zur sozialdemagogischen Agitation der Rechten in der Bundesrepublik gegen die ausländischen Arbeiter — bis hin zum Vertreibungsprogramm des ehemaligen NS-Marinerichters und jetzigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger — springen ins Auge.

12) Vgl. bes. auch H. Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft des Dritten Reiches, Göttingen 1966; U. D. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972; K. Drobisch u. a., Juden unterm Hakenkreuz, Frankfurt/M. 1973; W. Mohrmann, Antisemitismus, Berlin (West) 1972; der DDR-Historiker K. Paetzold hat eine Untersuchung über die Judenpolitik in den Anfangsjahren des faschistischen Systems im Akademie-Verlag angekündigt.

13) P. M. Kaiser, Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland, in: „Blätter", H. 5/1975, S. 552 ff.

wertung der Leichen und ihrer letzten Habe und natürlich auch der Auspressung der ausländischen Zwangsarbeiter ebenso wie der projektierten (und in Ansätzen auch ausgeführten) physischen Vernichtung der polnischen und russischen Intelligenz. Dies alles zeigt, daß zwischen Profitinteressen, Faschismus und Massenmord in der Tat ein unmittelbarer kausaler Zusammenhang besteht.

Keineswegs aber hat Kaiser damit das bewiesen, was er zu beweisen vermeinte: daß nämlich auch die Ermordung der 6 Millionen Juden — Männer, Frauen, Kinder, Greise — direkt ökonomischen Profitinteressen entsprang (obgleich natürlich unbestritten ist, daß auch daraus noch ein maximaler Profit geschlagen wurde — doch damit ist die *Kausalfrage* nicht beantwortet). Ich sehe auch nach den neuesten Untersuchungen zum Problem der Judenpolitik keine Möglichkeit, bei der Erklärung des Massenmords um die These von einer partiellen Verselbständigung der faschistischen Ideologie und Staatsgewalt sowohl gegenüber den Profitinteressen des Monopolkapitals wie auch gegenüber den Herrschaftssicherungsinteressen des Systems herumzukommen. Selbstverständlich muß die Frage letztlich anhand des empirischen Materials entschieden werden, so daß neue Resultate durch neue Untersuchungen nicht völlig auszuschließen sind. Es muß aber betont werden, daß der bisherige Stand durchaus den bewährten Grundsätzen marxistischer Gesellschaftsanalyse entspricht. Es wäre nämlich ein arges vulgärmaterialistisches und ökonomistisches Mißverständnis (dem Kaiser — und nicht nur er — in der Tat aufsitzt), daß jedes Ereignis und Moment des ideologischen und institutionellen Überbaus der Gesellschaft *direkt* aus der ökonomischen Basis, d. h. den Produktionsverhältnissen, oder sogar *direkt* aus den Profitinteressen der herrschenden Klasse abgeleitet werden müsse, damit eine Analyse die Bezeichnung „materialistisch" verdient. Natürlich wird der ideologische und institutionelle Überbau von der Basis hervorgebracht; er entwickelt aber dann durchaus eine eigene Dynamik, eine relative Selbständigkeit, die ihm ermöglichen, *aktiv* auf den Gesellschaftsprozeß einzuwirken, und die um so größer ist, je weiter die Distanz zum ökonomischen Prozeß ist (also z. B. bei der Kunsttheorie wesentlich größer als in der Volkswirtschaftslehre).

Es besteht also gar kein Anlaß, einen Erfahrungssatz, der sich in einer sechstausendjährigen Geschichte der Klassengesellschaften permanent bestätigt hat, im Falle des Faschismus zurückzuweisen und darin gar eine Kapitulation wissenschaftlicher Erkenntnis vor dem Irrationalismus zu erblicken. Es ist nicht damit getan, die Existenz und die Wirksamkeit des Irrationalismus zu leugnen. Vielmehr kommt es darauf an, die gesellschaftlichen Bedingungen für die Entstehung und die Wirkungsmöglichkeiten des Irrationalismus aufzudecken. Natürlich haben sich die irrationalistischen Ideologien, die im Faschismus ihren konsequentesten Ausdruck fanden (wie jede Form des Irrationalismus in der Menschheitsgeschichte) aus bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt, in diesem Fall aus den monopolkapitalistischen seit dem Ende des 19. Jhs. (Dies bedeutet übrigens keineswegs, daß sie durchgängig aus Profitinteresse bewußt konzipiert und verbreitet wurden; das Ideologieproblem ist, wie Marx in seinen Schriften, besonders in der Deutschen Ideologie und im Kapitel über den Fetischcharakter der Ware im Kapital, dargelegt hat, sehr viel komplizierter.) Und natürlich besteht ihre objektive Funktion darin, die bestehenden Produktionsverhältnisse abzusichern. Aber: ebensowenig wie die noch bestehenden religiösen Bewußtseinsformen (die einst ganz anderen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprangen) oder die bestehenden philosophischen und ästhetischen Theorien *unmittelbar* aus Profitinteressen ableitbar sind, ebensowenig gilt dies z. B. für faschistisch-antisemitische Bewußtseinsformen und Aktivitäten. Dialek-

tische Gesellschaftsanalyse ist mit der Vorstellung einer direkten und einseitigen kausalen Determination des Überbaus durch die Basis unvereinbar.

Der antifaschistische Widerstand

Die nach 1945 einsetzende Verfälschung der jüngsten Geschichte durch die herrschende Ideologie beinhaltete, daß der Kapitalismus als System, das Bürgertum als Klasse und die das faschistische Herrschaftssystem tragenden Führungsschichten als Sozialgruppe von jeder Verantwortung für das, was geschehen war, freigesprochen wurden. Dazu gehörte auch die Verfälschung der antifaschistischen Widerstandsbewegung. Einerseits wurden die bürgerlichen Gruppierungen, die sich meist nur gegen „Auswüchse" des Faschismus richteten oder erst angesichts der bevorstehenden militärischen Niederlage ihr bisheriges Einverständnis mit dem Faschismus preisgaben, groß herausgestellt und in zahllosen Reden und Schriften zum „Aufstand des Gewissens" emporstilisiert. Andererseits wurde der quantitativ sehr viel breitere und qualitativ wirklich antifaschistische, weil von Anfang an gegen das faschistische System kämpfende und gegen die Grundlagen seiner Diktatur gerichtete Widerstand der Arbeiterklasse unterschlagen oder denunziert: als völlig wirkungslos oder sogar als Vaterlandsverrat. So wurde die Widerstandsbewegung weitgehend auf den 20. Juli reduziert, also gerade auf jene Gruppierung, deren führende Kräfte (Beck, Goerdeler usw.) das faschistische System an leitender Stelle unterstützt hatten, solange es Erfolg versprach, und deren Hauptziel darin bestand, möglichst viel von der Substanz des deutschen Imperialismus zu retten: im Innern durch ein autoritäres Gesellschaftssystem, nach außen durch eine europäische Hegemonialstellung und möglichst noch durch ein afrikanisches Kolonialreich [14]). Auch hier haben erst in den letzten Jahren jene Schriften an Boden gewonnen, die die wirklichen Proportionen und die wirklichen Ursachen, Motive und Zielvorstellungen innerhalb der Widerstandsbewegung deutlich machen.

Außerordentlich verdienstvoll ist hier die schon fast dreißig Bände umfassende „Bibliothek des Widerstandes", die der Röderberg-Verlag herausgibt. Durch diese Reihe wurde das schon 1953 entstandene, seit langem aber vergriffene Werk von Günther Weisenborn wieder zugänglich gemacht, das die erste, für lange Zeit einzige und noch heute außerordentlich wichtige kritische Gesamtdarstellung über die Widerstandsbewegung darstellt [15]). Sehr wichtig ist es, auf regionaler und lokaler Ebene die Widerstandsbewegung zu untersuchen, weil hier der alltägliche, gefahrvolle und opferreiche Kampf des einfachen Volkes gegen den Faschismus stattgefunden hat. Bisher sind Untersuchungen über Krefeld, Mannheim, Nürnberg, Hamburg, Solingen, Stuttgart und Hannoversch-Münden erschienen, die ein sehr eindrucksvolles Bild von der Arbeit, den Wirkungsmöglichkeiten und den enormen Schwierigkeiten und Gefahren des Widerstandskampfes vermitteln [16]). Zu diesen regionalen Studien gehört auch der Be-

14) Vgl. zu alledem meinen Band: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975.
15) G. Weisenborn, Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933—1945, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1974, 445 S., 20,— DM.
16) A. Bilstein, Der eine fällt, die anderen rücken nach. Dokumente des Widerstands und der Verfolgung in Krefeld 1933 bis 1945, 343 S., 18,— DM; F. Salm, Im Schatten des Henkers. Vom Arbeiterwiderstand in Mannheim gegen faschistische Diktatur und Krieg, 301 S., 12,— DM; H. Schirmer, Das andere Nürnberg, 255 S., 16,— DM; U. Hochmuth/G. Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933—1945, 650 S., 27,— DM (vergriffen); G. Meyer, Nacht über Hamburg, 366 S., 17,— DM; W. Schumann, Ihr seid den dunklen Weg für uns gegangen. Skizzen aus dem Widerstand in Hannoversch-Münden, 128 S., 8,— DM; I. Sbosny/K. Schabrod, Widerstand in Solingen, 150 S., 10,— DM; geplant sind Bände über Heidelberg und Frankfurt am Main.

richt über Konzentrationslager in Baden und Württemberg [17]). Daneben gibt es Bände, die den Widerstandskampf von Frauen und von Jugendlichen dokumentieren [18]). Die Autoren haben selbst, aus der Arbeiterbewegung kommend, im Widerstand gekämpft und unter den Verfolgungen des faschistischen Terrors gelitten. Sie wissen, wovon sie reden. Das Glanzstück dieser Reihe ist der sehr gut ausgestattete großformatige Bild- und Dokumentenband „Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945" [19]), der alle wesentlichen, in der Vergangenheit vernachlässigten Aspekte des Widerstandes dokumentiert. (Vielleicht könnte man der nächsten Auflage ein Inhaltsverzeichnis anfügen, um die Benutzung zu erleichtern.) Damit liegt eine Fülle von Material bereit, das für die zusammenfassende Analyse und Interpretation bereits eine beachtliche Basis bietet und an dem auch die traditionelle Geschichtswissenschaft nicht mehr vorbeigehen kann.

Außerhalb dieser Reihe hat der gleiche Verlag — als Lizenzausgabe des Militärverlags der DDR — eine Untersuchung über den Anteil der Bewegung „Freies Deutschland" am französischen Widerstand herausgebracht [20]), die aus einer Dissertation hervorging. Mehr als 1000 Deutsche kämpften bewaffnet in der französischen Widerstandsbewegung, mehr als 100 von ihnen haben in diesem Kampf ihr Leben geopfert. Der internationale Charakter des antifaschistischen Kampfes hat den Völkern Europas eine Erfahrung vermittelt, die für die gegenwärtigen und zukünftigen Kämpfe gegen den Imperialismus von größter Bedeutung ist.

Kontinuität und Aktualität: Spanien und Griechenland

Auch den imperialistischen Kräften ist seit langem klar, daß sie zwar in heftigem Konkurrenzkampf miteinander stehen, daß sie aber dort, wo es um die Sicherung des kapitalistischen Systems und die Unterdrückung der antikapitalistischen Kräfte geht, gemeinsame Interessen zu wahren haben. Entsprechend haben die preußischen Besatzungstruppen und die — soeben noch bekriegte — französische Bourgeoisie 1871 gemeinsam gegen die Pariser Commune gekämpft und die ausländischen Interventen gemeinsam mit den zaristischen Offizieren gegen die bolschewistische Revolution. Der Sieg der Putschisten um Franco gegen die spanische Republik wäre gar nicht denkbar gewesen ohne die „Solidarität" des deutschen und italienischen Faschismus und die wohlwollende, de facto gegen die Republik gerichtete Neutralität der britischen und der französischen Regierung .

Wie sich die Beziehungen zwischen der spanischen Diktatur und den faschistischen Mächten in Deutschland und Italien im Zweiten Weltkrieg entwickelten, untersucht die von Andreas Hillgruber (Köln, früher Freiburg) betreute Dissertation von *Klaus-Jörg Ruhl* [21]). Leider verharrt der Autor ganz bei der herkömmlichen personalistischen Betrachtungsweise und konzentriert sich auf das, was Hitler und Franco gedacht, gefühlt, gewollt und getan haben. Die Ahnungslosigkeit gegenüber den sozialen Inhalten politischer Systeme läuft hier — wie so oft — auf die unkritische Übernahme jener Ideologie hinaus, mit der man sich gerade befaßt, also auf blanke Apologie. Franco, der „eine außergewöhnliche poli-

17) J. Schätzle, Stationen zur Hölle, 90 S.
18) G. Zorn/G. Meyer, Frauen gegen Hitler, 162 S., 12,— DM; M. Oppenheimer, Das kämpferische Leben der Johanna Kirchner, 52 S., 3,50 DM; K. H. Jahnke, Entscheidungen. Jugend im Widerstand, 252 S., 13,80 DM.
19) P. Altmann/H. Brüdigam/B. Mausbach-Bromberger/M. Oppenheimer, Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945 in Bildern und Dokumenten, Frankfurt/M. 1975, 334 S., 35,— DM.
20) K. Pech, An der Seite der Résistance, Frankfurt/M. 1974, 387 S., 16,— DM.
21) K. J. Ruhl, Spanien im Zweiten Weltkrieg. Franco, die Falange und das „Dritte Reich", Hoffmann und Campe-Verlag, Hamburg 1975, 414 S., 58,— DM.

tische Befähigung" besessen habe, konnte „die Rolle eines neutralen Patrioten, bei dem das Geschick Spaniens Vorrang vor allen anderen Problemen hatte, glaubwürdig vertreten". Er war, meint Ruhl, „darauf bedacht, die nationalspanischen Belange über alle anderen zu stellen", und habe „das franquistische System durch seine persönliche Autorität zusammengehalten" (252). Es ist klar, daß von einem solchen Ansatz aus für die Erkenntnis des Faschismus nichts herauskommt und auch der im Vorwort der Herausgeber formulierte Anspruch, Geschichte als „historische Sozialwissenschaft" zu betreiben und „Prozesse und Strukturen" zu erforschen (5), nicht eingelöst werden kann.

Interessant sind einige Detailaussagen. Die Hauptthese des Buches ist, daß die Hitlerregierung versucht habe, Spanien nicht nur durch unmittelbaren Druck auf die Franco-Regierung in den Krieg auf ihrer Seite zu ziehen, sondern auch durch Kontakte mit unzufriedenen konkurrierenden Gruppierungen innerhalb der spanischen Führungsschichten. Sowohl die monarchistischen wie auch die altfalangistischen Kräfte waren dazu bereit, weil sie sich davon bessere Chancen für ihre innenpolitische Herrschaftsposition versprachen. Für die Kriegführung des faschistischen Deutschland war Spanien nicht nur wegen der militärstrategischen Lage so wichtig, sondern mehr noch wegen der spanischen Rohstoffe, über die sich die deutsche Wirtschaft nach 1939 gegenüber der bis dahin dominierenden englischen die Vorherrschaft gesichert hatte. Über diese Probleme erfährt man allerdings wesentlich mehr in der Untersuchung von Otfried Dankelmann „Franco zwischen Hitler und den Westmächten" (Berlin [DDR] 1970), dem Ruhl deshalb „Überbetonung des wirtschaftlichen Faktors" (267) vorwirft.

Die Diktaturen in Spanien und Portugal haben den Zusammenbruch der faschistischen Achsenmächte überlebt und wurden dann in das Paktsystem des „freien Westens" integriert. Dies erforderte zwar die Überwindung erheblicher ideologischer Widerstände in den bürgerlichen Demokratien, war aber vom sozialen Inhalt dieser Systeme aus logisch und konsequent. Die herrschende Klasse in den bürgerlichen Demokratien hatte nie grundsätzliche Einwände gegen die Liquidierung der parlamentarischen Demokratie und die Errichtung antikommunistischer Diktaturen, sondern betrieb dies selbst — wenn nötig — sehr aktiv, wie die Errichtung einer Fülle von Diktaturen besonders in Lateinamerika anschaulich zeigt. Auch am italienischen und deutschen Faschismus störte sie keineswegs die terroristische Herrschaftsform, sondern die Tatsache, daß deren Aggressivität sich trotz aller Bemühungen nicht auf die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion beschränken ließ, sondern sich auch gegen die imperialistischen Herrschaftspositionen der Westmächte auf dem Balkan, in Westeuropa und in Afrika richtete.

Der Zusammenhang zwischen den Interessen der imperialistischen Mächte, die im eigenen Land parlamentarisch-demokratische Regierungsformen aufrechterhalten, und der Errichtung von Militärdiktaturen in anderen Ländern im Falle einer „Gefahr von links" wurde in Europa besonders evident, als 1967 in Griechenland auch die Reste der parlamentarischen Demokratie vom Militär liquidiert wurden. Genese, Struktur und Funktion dieser Militärdiktatur sind hinreichend erforscht, um ein Urteil in grundsätzlichen Fragen zu ermöglichen [22]). Die Diktatur wurde errichtet, als die Mittel der Propaganda, der Wahlfälschung, der Korruption und des punktuellen Terrors gegen die Linke nicht mehr aus-

[22]) Vgl. bes. M. Nikolinakos/K. Nikolaou (Hrsg.), Die verhinderte Demokratie, Frankfurt/M. 1969; St. Rousseas, Militärputsch in Griechenland oder Im Hintergrund der CIA, Reinbek bei Hamburg 1968; „Das Argument" 57, Revolution und Konterrevolution in Griechenland; J. P. Sartre (Hrsg.), Griechenland. Der Weg in den Faschismus, Frankfurt/M. 1970.

reichten, um das Anwachsen der demokratischen Kräfte zu verhindern, und als Wahlen bevorstanden, über deren Ergebnis auch die Reaktion keinen Zweifel hatte. Sowohl die herrschende Klasse in Griechenland, die ihre Privilegien bedroht sah, wie die USA, die die Südostflanke der NATO und ihre für die Beherrschung des arabischen Raumes sehr wesentliche Mittelmeerposition bedroht sahen, forcierten die Errichtung der Diktatur, die dann beide Bedürfnisse befriedigte und darüber hinaus dem ausländischen Kapital vorzügliche Bedingungen garantierte. Weniger bekannt ist die Entwicklung der Widerstandsbewegung während der Militärdiktatur, die nun von dem in Westberlin lebenden Politologen *Marios Nikolinakos* untersucht wurde [23]). Während der Drucklegung des Buches brach die Diktatur zusammen, so daß der Verfasser nur noch in einem ausführlichen Nachwort darauf eingehen konnte.

Der Verfasser hat eine Fülle von Materialien über die innere Struktur, die Stärke, die Formen und die Ziele der Widerstandsbewegung zusammengetragen. Sein Anspruch reicht jedoch weiter. Er will am Beispiel des griechischen Widerstands die Möglichkeiten des „Widerstandes in den kapitalistischen Metropolen schlechthin" überprüfen und ein „neues revolutionäres Konzept" ausarbeiten (11). Dies sei möglich, weil „die Lage eines ökonomisch halb-entwickelten Landes wie Griechenland den in den Metropolen herrschenden Umständen mehr als der Situation in den Ländern der Dritten Welt ähnelt". Länder wie „Griechenland, Brasilien, Spanien, Mexiko oder Argentinien" seien nunmehr selbst „Bestandteile der kapitalistischen Metropolen" (17). Die Besonderheit des griechischen Falles gegenüber den entwickelten Metropolen bestehe allerdings darin, daß — trotz der entsprechenden sozioökonomischen Strukturen — das parlamentarische System mit seinen bürgerlichen Freiheiten bisher gefehlt habe (18). In der Tat ähnelt das nach der Zerschlagung der demokratischen Kräfte 1945—1947 errichtete System nur der äußeren Fassade, aber keineswegs der Substanz nach der bürgerlich parlamentarischen Demokratie in den westeuropäischen Ländern. So aufschlußreich die Informationen über den griechischen Widerstand und über die Rolle der USA bei der Zypern-Krise und dem daraus resultierenden Sturz der Diktatur 1974 sind, so widersprüchlich und fragwürdig sind die Interpretationen und theoretischen Folgerungen des Verfassers. Widersprüchlich sind sie z. B. deshalb, weil er einerseits die Politik der „Moskau-treuen" KP mit äußerster Schärfe kritisiert, die bereit war, mit „jeder anti-diktatorischen Kraft" zusammenzuarbeiten, um zunächst die Diktatur zu beseitigen, eine Demokratie mit weitgehenden politischen und sozialen Rechten der Massen herzustellen und erst von dieser Basis aus den Kampf für den Sozialismus zu führen. „Nur ein Widerstand, der nicht nur das Regime, sondern das System schlechthin in Frage stellt", könne Veränderungen erzwingen (19). Andererseits aber stellt er im Nachwort fest, daß der Sturz der Diktatur tatsächlich „den progressiven Kräften einen Spielraum (läßt), um Positionen zu erobern, die sie sonst nie hätten erreichen können" (313); und allgemein formuliert: „Den linken Kräften bleibt nur der legalistische Weg zur Macht. Die Entwicklungen in Frankreich und Italien wie auch den übrigen westeuropäischen Ländern sind in diesem Zusammenhang stichhaltig" (321). Dies hindert ihn aber nicht daran, permanent „die Massen", den „kreativen Ausbruch des Volkes" (322) gegen Organisationen, Apparate, Bürokratien usw. auszuspielen. Darin spiegelt sich das Unvermögen, die spontanen Aktivitäten der Massen und die organisierende und planende Rolle der Partei, die beide gleichermaßen notwendig sind und einander bedingen, miteinander zu vermitteln. Fehlurteile in vielen Fragen sind die notwendige Folge.

[23]) M. Nikolinakos, Widerstand und Opposition in Griechenland. Vom Militärputsch 1967 zur neuen Demokratie, Luchterhand-Verlag, Darmstadt/Neuwied 1974, 330 S., 30,— DM.

Theoretisch gesprochen: Überall dort, wo die dialektische Wechselwirkung zweier oder mehrerer Seiten eines Prozesses herauszuarbeiten wäre, sieht der Verfasser ein schlichtes Entweder-Oder. Entweder es sind die Massen, die die politischen Aktivitäten bestimmen, oder es sind die (bürokratischen) Organisationen; entweder es war das Volk, das die Diktatur gestürzt hat, oder es waren „objektive" Kräfte wie die „inneren Widersprüche" des Systems [24]) — als ob deren Anwachsen sich außerhalb der Aktivität handelnder Menschen vollzogen hätte. Dieses Denken in Entweder-Oder-Kategorien und die mangelnde Fähigkeit, Teilziele und Endziel, Reform und Revolution, Spontaneität und Planung, menschliches Handeln und objektive Gesetzmäßigkeit zusammenzudenken und dialektisch miteinander zu vermitteln, ist ein Element sektiererischer Ideologie, das der Verfasser auch im Nachwort noch nicht gänzlich überwunden hat.

Wo steht die BRD?

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Frage der politischen Herrschaftsform für die herrschende Klasse keine grundsätzliche oder ideologische, sondern eine pragmatische Frage ist, die nach der jeweiligen Interessenlage entschieden wird. In Perioden zunehmender ökonomischer und sozialer Krisen, die den Spielraum für Konzessionen gegenüber den Massen einengen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern oder stagnieren lassen und also auch die Loyalität der Massen zum bestehenden System erschüttern können, wächst die Notwendigkeit für die herrschende Klasse, nach zusätzlichen oder anderen Mitteln zur Stabilisierung des Gesellschaftssystems zu suchen. Ideologisch zielen die Bemühungen darauf, die Unzufriedenheit und latente Protestbereitschaft der Massen gegen die Linke und ihre Organisationen und gegen den äußeren „Feind" und, wenn nötig, auch gegen die parlamentarischen und rechtsstaatlichen Institutionen und ihre (sozialliberalen) Repräsentanten zu lenken, die als zu nachgiebig, zu schlapp, zu wenig effektiv denunziert werden. Politisch zielen sie darauf, die Rechte der Massen einzuschränken, die systemkritische Opposition möglichst auszuschalten und die rechtsstaatlichen Garantien abzubauen. Die extremste und konsequenteste Ausprägung dieser Tendenz ist der Faschismus, bei dem die quantitativen Veränderungen im Herrschaftssystem in eine neue Qualität umschlagen. Er zeichnet sich dadurch aus, daß er die Arbeiterbewegung terroristisch zerschlägt (und nicht nur administrativ behindert), daß er sie in allen ihren — revolutionären und reformistischen — Formen (und nicht nur in Gestalt der KP) illegalisiert, daß er sie auf Dauer (und nicht nur vorübergehend) unterdrückt, daß er alle sozialen Kräfte von der Arbeiterbewegung bis zu den Mittelschichten aus der politischen Willensbildung eliminiert und dem Monopolkapital auch politisch das Monopol einräumt, in Kooperation mit dem Staatsapparat den Kurs des Systems festzulegen, daß er alle bürgerlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Garantien vollständig vernichtet (und nicht nur einschränkt), daß er jede Form der Opposition (nicht nur die antikapitalistische und demokratische, sondern auch die liberal, humanistisch oder religiös begründete) rücksichtslos verfolgt und daß er das staatliche Informations- und Propagandamonopol etabliert, um die ideologische Stabilität des Systems abzusichern [25]).

[24]) „Die Daten für die politischen Entscheidungen wurden objektiv oder von der Diktatur selbst bestimmt" (S. 18); „Ursache waren die inneren Schwächen, nicht etwa der Druck eines inneren oder äußeren Feindes" (S. 301).

[25]) Wissenschaftlich unhaltbar und politisch irreführend ist es, den Faschismusbegriff so weit zu fassen, daß der Faschismus von bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen nicht mehr unterscheidbar ist. Als aktuelles Beispiel vgl. H. Kuhn, Der lange Marsch in den Faschismus. Zur Theorie der Institutionen in der bürgerlichen Gesellschaft, Wagenbach-Verlag, Berlin (West) 1974, 125 S., 6,50 DM. Ärgerlich an diesem Buch ist auch, daß dem Leser im Titel eine allgemeine Faschismusanalyse versprochen wird, während er tatsächlich im wesentlichen nur eine Darstellung der Institutionenlehre Arnold Gehlens erhält.

Daß es in der BRD starke Kräfte gibt, die in diese Richtung drängen, weiß jeder, der auch nur die Tagespresse liest[26]). Besonders deutlich wurde dies in den Reaktionen des Monopolkapitals (Farbwerke Hoechst, Deutsche Bank usw.) und ihrer politischen und ideologischen Interessenvertreter (Bruno Heck und andere CDU/CSU-Führer, Springer-Presse, „Bayernkurier", FAZ usw.) auf den Militärputsch in Chile 1973[27]). Die Liquidierung der Demokratie und die Errichtung der Militärdiktatur wurden als unumgänglich, wenn nicht gar höchst erfreulich dargestellt, und zwar mit deutlich generalisierender Nutzanwendung: Es gebe eben Situationen, in denen nur noch solche Maßnahmen helfen könnten. Diese Kräfte haben damit ganz klargemacht, wozu sie im „Notfall" entschlossen sind und was sie unter „Sicherung der freiheitlichen Ordnung" verstehen.

Ob und inwieweit die herrschende Klasse solche Ziele durchsetzen kann, hängt natürlich nicht nur von ihren eigenen Absichten, sondern ganz wesentlich auch von den demokratischen Gegenkräften in der BRD und von den internationalen Rahmenbedingungen ab. Beide Komponenten zusammengenommen haben bewirkt, daß das Kräfteverhältnis in der BRD in den letzten zehn Jahren sich deutlich zugunsten der demokratischen Bewegung verschoben hat. Die Offensive der reaktionären Kräfte seit 1972 zeigt, wie stark diese Kräfte noch sind, zeigt aber auch die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Ohne hier ausführlichere Begründungen geben zu können, seien doch einige Thesen formuliert, die dies mindestens etwas konkretisieren:

1. Die Wende vom Kalten Krieg zur Politik der Entspannung ist nicht nur der Ausdruck bereits vollzogener Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis, sondern wirkt permanent weiter, schwächt auf die Dauer die ideologische Basis der militaristischen und reaktionären Kräfte und verbessert die Kampfbedingungen für die demokratische Bewegung. Die Politik der Entspannung wurde der herrschenden Klasse der BRD gegen ihren Willen durch die internationalen Realitäten aufgezwungen (wobei sie zugleich von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde). Was bis zum Beginn der 60er Jahre als Landesverrat denunziert und verfolgt wurde, ist heute offizielle Regierungspolitik (Anerkennung der Grenzen, der DDR usw.). So enorm hat sich der Spielraum der herrschenden Klasse verengt.

2. Der Aufschwung der demokratischen Bewegung seit 1967/68 drückte sich in verstärkten Streikbewegungen, in der Wendung beträchtlicher Teile der jungen Intelligenz nach links, in der Neuetablierung marxistischer Theorien in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, der Lehrerausbildung und der innergewerkschaftlichen und innersozialdemokratischen Diskussion aus; sie drückt sich aus in der gesamten „Klima"-Veränderung gegenüber der Periode des Kalten Krieges, die die autoritären Normen in der Erziehung fragwürdig, die Vorzüglichkeit der „freien Marktwirtschaft" problematisch, die schweren sozialen Defekte im Gesundheits- und Erziehungswesen, in der Einkommens- und Vermögensverteilung offensichtlich und Veränderungen unumgänglich erscheinen ließ. In begrenztem Maße konnten strukturelle Reformen auch real durchgesetzt werden, z. B. in Schule und Hochschule, im Strafrecht und Familienrecht. Die demokratische Bewegung gewann neues Selbstbewußtsein, höheres theoretisches Niveau

26) Vgl. u. a. L. Krauß/M. Imhof, Das Rechtskartell in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1972; H. G. Koch/H. D. Bamberg, CDU/CSU. Verhinderte Staatspartei, Starnberg 1974; H. D. Bamberg, Die Deutschlandstiftung, Meisenheim (erscheint demnächst): R. Kühnl, Die von F. J. Strauß repräsentierten Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, Köln 1972; G. Wallraff/B. Kuhlmann, Wie hätten wir's denn gerne? Unternehmerstrategen proben den Klassenkampf, Wuppertal 1975.

27) Vgl. dazu: Ist Chile bei uns möglich? Reaktionen auf den militärfaschistischen Putsch in Chile, Frankfurt/M. 1973.

und einen wesentlich höheren Organisationsgrad, der sich in der Stärkung und Neubildung einer Reihe von demokratischen und marxistischen Organisationen und Initiativen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen ausdrückte.

3. Die Rechte hat seit 1972 ihre Kräfte erneut gesammelt, eine Gegenoffensive begonnen und einen Teil des verlorenen Terrains zurückgewonnen. Aber nur einen Teil. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die demokratische Bewegung auf die Ausgangspositionen in der Mitte der 60er Jahre zurückgeworfen wäre. Die Berufsverbote, so schlimm sie sind, erreichen nicht die Intensität und Effektivität der politischen Verfolgungen nach dem Adenauer-Erlaß 1950 bis zum Beginn der 60er Jahre. Auch ist es diesmal nicht gelungen, sie als etwas Selbstverständliches erscheinen zu lassen. Der Widerstand dagegen hat sich konsolidiert, wächst an, hat jetzt auch die demokratische Öffentlichkeit im westlichen Ausland ergriffen und wirkt von dort aus verstärkt zurück auf die BRD, auch auf die SPD. Die demokratische Bewegung hat durch diese Verfolgungen an den Rändern einige Einbußen erlitten, ist jedoch im Kern nicht getroffen worden.

4. Mit der gegenwärtig praktizierten Form der Repression haben die reaktionären Kräfte den Spielraum, der ihnen verblieben ist, weitgehend ausgenutzt. Die Repression hat eine Schwelle erreicht, die kaum noch wesentlich überschritten werden kann. Eine qualitative Veränderung des politischen Systems, also die Etablierung faschistischer Herrschaftsformen, ist für absehbare Zeit schon deshalb nicht möglich, weil sie die BRD in Europa total isolieren und so nicht nur die ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse (nach Westen wie nach Osten) wesentlich beeinträchtigen, sondern auch die politischen Einwirkungsmöglichkeiten der BRD auf die übrigen kapitalistischen Staaten Europas zerstören würde. Diese Einwirkungen auf Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Frankreich usw. zum Zwecke der Hemmung und Störung der Volksfrontbewegung, bei denen der rechte Flügel der SPD eine besonders große Rolle spielt, haben zur notwendigen Voraussetzung, daß im Innern der BRD ein Minimum an liberal-demokratischen und rechtsstaatlichen Verkehrsformen aufrechterhalten bleibt. (Beide Faktoren würden ihre Bedeutung für die herrschende Klasse nur dann verlieren, wenn in der BRD die Existenz des Kapitalismus akut bedroht wäre; dann hätte die Beseitigung dieser Bedrohung für sie natürlich absoluten Vorrang vor allen anderen Aufgaben. Mit einer solchen Lage aber ist für absehbare Zeit absolut nicht zu rechnen.) Nach meiner Ansicht ist unter diesen Bedingungen die Errichtung einer terroristischen Diktatur nicht möglich; wahrscheinlich nicht einmal ein Verbot der Kommunistischen Partei, das 1956 noch — einschließlich der nachfolgenden Massenverfolgungen — ziemlich reibungslos durchgeführt werden konnte; selbst dann nicht, wenn nach den Bundestagswahlen eine CDU-Regierung gebildet werden sollte.

Wenn diese Einschätzung der gegenwärtigen Lage und Entwicklungstendenzen richtig ist, dann wird der Vormarsch der Rechten in absehbarer Zeit gestoppt werden können, wird sich die demokratische Bewegung mittelfristig weiter konsolidieren und die reaktionären Kräfte allmählich wieder zurückdrängen können. Die weiter anhaltende ökonomische Krise, die Arbeitslosigkeit und Inflation zur Dauererscheinung macht, wird die jetzt in der BRD noch dominierenden Illusionen der Lohnabhängigen, daß die Krise nur ein momentaner und einmaliger Betriebsunfall sei und dann eine neue lange Konjunkturperiode mit hoher sozialer Sicherheit für alle wiederkehre, allmählich auflösen und mehr realistische Einschätzungen des Kapitalismus hervorbringen, wie sie bei der Arbeiterklasse in den übrigen kapitalistischen Ländern Europas schon länger verbreitet sind.

(Diese hat die zyklisch wiederkehrenden Krisen schon seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfahren, war nicht, wie die deutsche, zwölf Jahre lang dem faschistischen Propagandamonopol ausgesetzt und hat nicht ihre besten Kader durch den faschistischen Massenmord verloren; all dies hat natürlich starke ideologische Nachwirkungen, die durch die im Vergleich zu den anderen kapitalistischen Staaten immer noch deutlich besseren Lebensbedingungen und sozialen Sicherungen bestärkt werden.) Der Prozeß der Entspannung wird sich fortsetzen, auf die inneren Verhältnisse der kapitalistischen Länder einwirken; die Entwicklung im übrigen Europa geht — alles in allem — deutlich nach links. (Vom Weltprozeß soll hier nicht die Rede sein, weil die Ereignisse in Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola, Rhodesien usw. zwar welthistorisch von gewaltiger Bedeutung sind, aber keine direkte positive Einwirkung auf die Kampfbedingungen der demokratischen Bewegung in der BRD haben.) Diese Faktoren bleiben auch in der Bundesrepublik nicht ohne Auswirkungen; sie erleichtern und unterstützen den Kampf der demokratischen Bewegung. Kurzfristige durchschlagende Erfolge sind allerdings nicht zu erwarten, langer Atem ist notwendig.

Reinhard Kühnl

Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten

Kleine Bibliothek, Bd. 62

320 Dokumente, 512 Seiten, DM 9,80

„Eine handliche und dennoch den ganzen deutschen Faschismus erfassende Dokumentensammlung fehlte bisher, wenn man von Walter Hofers schon 1957 erschienenem Dokumentenband absieht. ... Es handelt sich hier um eine insgesamt abgerundete auf wissenschaftlich aktuellem Stand beruhende und politisch progressive Dokumentation des Nationalsozialismus, die jedem Studenten, Lehrer, Erwachsenenbildner und politischen Aktivsten nur wärmstens empfohlen werden kann."

Die Zukunft, Wien

„... Man findet sich in dem Buch wie im Schlaf zurecht. Wer schnell eine Quelle oder ein Dokument sucht, hat es umgehend bei der Hand. ..."

Deutsche Volkszeitung

Preiskontrolle bei marktbeherrschenden Unternehmen

Zur Diskussion des Memorandums „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" *)

Von Wolfgang Pfaffenberger

Konjunktur und Preise

Der traditionelle Konjunkturzyklus — intensivierte Konkurrenz, fallende Presie und reduzierte Produktion im Abschwung; nachlassende Wettbewerbsspannung bei steigenden Preisen und steigender Produktion im Aufschwung — will nicht mehr so recht leben. Entsprechend ist der Optimismus über die Möglichkeiten der Steuerung der Wirtschaft durch globale Maßnahmen erheblich zurückgegangen.

Weit verbreitet ist die Ansicht, die Krise sei durch überhöhte Löhne verursacht, die durch die Reduzierung der Gewinne den Investitionsspielraum der Unternehmen eingeengt hätten. Daß diese Ansicht nicht haltbar ist, zeigen neue Untersuchungen, aus denen sich eindeutig ergibt, daß wesentlich höhere Investitionen zu finanzieren gewesen wären [1]).

Ohnehin ist die Argumentation, daß Investitionen aufgrund fehlender Gewinne unterbleiben, immer zirkulär: schon der Anfänger des volkswirtschaftlichen Studiums lernt das alte Puzzle, daß die Investitionen die Gewinne hervorbringen, die zu ihrer Finanzierung gebraucht werden, sofern überhaupt welche vorgenommen werden sollen. Die reduzierte Investitionsbereitschaft verlangt dann nach einer eigenen Erklärung: die These von Hauff und Scharpf [2]), daß sich der Kapitalismus derzeit auf einem langfristig abwärts gerichteten Trend befindet, der durch die relativ geringen Innovationsmöglichkeiten verursacht ist, ist in diesem Zusammenhang jedenfalls ernster zu nehmen als das Klagen über mangelnde Gewinne. Jedoch sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch Veränderungen im Funktionsgefüge des Kapitalismus sein können, die die Übertragung konjunktureller Impulse zwischen den Unternehmen verändern und damit die Durchsetzung von Entwicklungen in besonderer Weise hemmen. Dies würde auch die gegenwärtige Konjunkturpolitik in Frage stellen.

Die verschiedenen mit der Wirtschaftspolitik befaßten Institutionen (wie Bundesregierung, Bundesbank, Sachverständigenrat) waren sich in der letzten Zeit weitgehend einig, wie eine aus der Krise hinausweisende Wirtschaftspolitik zu konzipieren sei: die Gewinne müßten durch Lohnsenkungen gestärkt, staatliche Ausgaben müßten reduziert werden und die geldpolitische Steuerung müßte in den Vordergrund treten. Die Stimme derjenigen Institution, die in diesen Chor nicht ganz einzustimmen bereit war, blieb fast ungehört: „Der Erfolg der vereinten Bemühungen von Bundesregierung und Bundesbank, mit den Mitteln der Nachfragesteuerung die Preissteigerungen einzudämmen, kann jedoch auch

*) Wortlaut siehe „Blätter", 11/1975, S. 1287 ff. Vgl. auch die Beiträge von Gerhard Leithäuser und Herbert Schui in Heft 3/1976.

1) So wies das DIW darauf hin, daß die privat entnommenen Gewinne erheblich angestiegen sind und daß in den Abschreibungen erhöhte Finanzierungsmittel zur Verfügung gestanden hätten. Aus den jüngsten Zahlen der Deutschen Bundesbank ergibt sich überdies, daß die Eigenfinanzierungsquote der Unternehmen im Laufe der Wirtschaftskrise erheblich angestiegen ist: 1973: 74,1 % — 1974: 79,7 % — 1975: 91,7 %.

2) Volker Hauff und Fritz W. Scharpf, Modernisierung der Volkswirtschaft, Frankfurt/M. 1975.

durch die zunehmende Vermachtung der Märkte in Frage gestellt werden. Es ist eine empirisch belegbare Erkenntnis, daß sich privat administrierte Preise auf oligopolistisch strukturierten Märkten, auf denen wesentlicher Anbieterwettbewerb fehlt, gegenüber der Anwendung des traditionellen konjunkturpolitischen Instrumentariums als resistent erweisen. Unter diesen Umständen kann die Einschränkung der monetären Gesamtnachfrage im Hinblick auf das Stabilitätsziel ein wenig geeignetes Mittel sein. Da die Preise auf vermachteten Märkten durch einen hohen Grad von Starrheit nach unten gekennzeichnet sind ... führt eine konsequent restriktive Geldpolitik hier möglicherweise nur zu einem Rückgang der Beschäftigung. Zunehmende Konzentration läßt folglich die sozialen Kosten der Inflationsbekämpfung steigen" [3]).

Die in der Ölkrise deutlich demonstrierte Konzernmacht führte zu einer insbesondere von den Gewerkschaften vertretenen Forderung nach weitgehenden Preiskontrollen. Daß daraus auch trotz gewisser Ansätze seitens des Kartellamtes nichts wurde, ist sicherlich eines der Ergebnisse des neuen Bündnisses zwischen der sozialliberalen Regierung und der Großindustrie. Staatliche Preiskontrollen treffen in der Tat wegen ihrer vielfältigen Implikationen eine empfindliche Stelle unseres Wirtschaftssystems. Denn in unabhängigen Preisfestsetzungen drückt sich, quasi auf einen Punkt gebracht, die unternehmerische Dispositionsfreiheit aus. Insbesondere wird durch die Preise über die dem Unternehmen zur Verfügung stehende Masse für zukünftige Expansionen entschieden. Gerade weil aber auf monopolistischen Märkten damit immer eine gewisse Umverteilung von Profit verbunden ist, ist der Versuch, die Diskussion über Preiskontollen zu tabuisieren, nur zu erklärlich.

In dem Memorandum der 41 Wirtschaftswissenschaftler vom 4. November 1975 wurde dagegen u. a. eine Preiskontrolle für marktbeherrschende Unternehmen gefordert. Mit den Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Preiskontrolle will sich dieser Aufsatz auseinandersetzen.

Preiskontrollen und Verfassung

Die Verfassung der BRD erwähnt explizit Preise nicht. Man könnte indirekt nur aus der Einräumung der Tarifautonomie schließen, daß mindestens der Preis der Arbeitskraft der Regelung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften überlassen bleibt. Daß aber gerade die Löhne der gesellschaftlichen Kontrolle wie kein anderer Preis unterliegen, steht dem offenbar nicht entgegen. Die Gegner von Preiskontrollen könnten sich nun auf das Eigentumsrecht beziehen und daraus die Unmöglichkeit von Preiskontrollen herleiten. Allerdings würde dabei der Kompromißcharakter des Grundgesetzes vergessen, in dem sich potentiell sozialistische Momente mit liberalen Elementen mischen. Zwar wird die Freiheit der Preisgestaltung durch das Eigentumsrecht geschützt, jedoch ist das Eigentum kein vorgesellschaftliches Recht und unterliegt der Sozialbindung. Der Verweis auf die Mietpreisbindung reicht in diesem Zusammenhang aus.

Somit findet aber das immer wieder von liberaler Seite mit großer Intensität vorgetragene Argument gegen staatliche Preiskontrollen, daß hier staatliche Wertentscheidungen an die Stelle privater gesetzt werden und deshalb ein willkürliches Element in die Preisbildung Eingang findet, durch die Verfassung der BRD keine Stütze. Dahinter steht eine spezifische Theorie über den marktwirt-

[3]) Bericht des Bundeskartellamts 1972, Bundestagsdrucksache 7/986, S. 6.

schaftlichen Prozeß, nach der Preise als Teil eines außerstaatlichen ökonomischen Interaktionsprozesses sozusagen in sich selbst begründet bleiben müssen, damit der ökonomische Wettbewerb funktionieren kann. Maßstab für das Funktionieren sind dann also nicht etwa die Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern der Prozeß ist nur an sich selbst zu messen. Funktioniert der Wettbewerb aber aufgrund durch ihn selbst erzeugter Hemmnisse (wie Kartelle, Monopolstellungen etc.) nicht, so helfen nach dieser „radikalen" Theorie auch keine Preiskontrollen, sondern nur die Wiederherstellung einer den Wettbewerb ermöglichenden Struktur; d. h. Entfusionierung, Dekartellisierung und Dekonzentration. Während in der Praxis die Konzentration kräftig gefördert wurde, bildete diese Konzeption lange Jahre hindurch das ideologische Fundament der Wirtschaftspolitik in der BRD. Dementsprechend ist sie auch als Grundlage eines wirtschaftspolitischen „Wortes zum Sonntag" besser geeignet als für eine realistische Politk im gegenwärtigen Kapitalismus. Denn der Konzentrationsprozeß schreitet unaufhaltsam voran: die 7 umsatzgrößten Unternehmen der BRD (Thyssen, BASF, Hoechst, Siemens, VW, Bayer, Daimler-Benz) beschäftigen bereits über 13 % aller Industriebeschäftigten, die 46 umsatzgrößten Unternehmen über 30 % [4]). Wie dem letzten Bericht des Bundeskartellamts (KA) zu entnehmen ist, hat die Konzentration in allen Industriebranchen zugenommen. In den vom KA als hochkonzentriert bezeichneten Branchen arbeiteten 1973 etwa 65 % aller Industriebeschäftigten, während es 1950 in diesen Branchen noch 33 % waren [5]).

Bei einer nach Warengruppen gestaffelten Liste, die noch nicht einmal alle Wirtschaftsbereiche einbezieht, fand das KA etwa 1000 marktbeherrschende Stellungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen [6]).

Betrachtet man den Konzentrationsprozeß und darin impliziert die Entwicklung marktbeherrschender Stellungen als notwendige Voraussetzung für eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte, so müssen daraus ganz andere Konsequenzen gezogen werden. Denn während der Monopolisierungsprozeß einerseits Voraussetzungen weiterer Entwicklung durch die Möglichkeit der Wahrnehmung der Vorteile externen Unternehmenswachstums schafft, so hat dies andererseits Konsequenzen für die Struktur der Märkte. Aus alledem ergeben sich aber wiederum Rückwirkungen auf den Ablauf des Konjunkturzyklus.

Der Sinn von Preiskontrollen kann also, das läßt sich aus dem bisher Gesagten folgern, nicht darin liegen, eine Marktstruktur anzuzielen, die dem Austausch kleiner Warenproduzenten angemessen wäre.

Die Bedeutung monopolistischer Preise

Nach der klassischen Lehrbuchweisheit regelt sich über den Preis jedes einzelnen Produkts durch dessen verschiedene Gewinnträchtigkeit die Expansion aller Märkte einer Volkswirtschaft. Freilich setzt dieses Modell voraus, daß es keine Marktschranken gibt, die den ungehinderten Fluß des Kapitals in jene Bereiche stören, wo die höchsten Gewinne erzielt werden.

Unabhängig von der Frage, ob dieses Modell jemals Wirklichkeit gewesen ist, läßt sich feststellen, daß es den wesentlichen Kern der Preisbildung und Preiswirkung auf hochmonopilisierten Märkten nicht mehr trifft. In der starken Mono-

4) Nach den Angaben in: „Fortune", World Business Directory, Ausgabe 1975.
5) Bundeskartellamt Jahresbericht 1974, Bundestagsdrucksache, 7/3791, S. 29. Die Zahlen wurden nach der Industriestatistik des Statistischen Bundesamts berechnet. Das Kartellamt stützt seine Angaben über den Konzentrationsgrad auf die Umsatzsteuerstatistik, in der allerdings Verschachtelungen etc. nicht berücksichtigt sind.
6) Bundeskartellamt Jahresbericht 1973, Bundestagsdrucksache 7/250, S. 14 ff.

polisierung der Märkte und in der vielfältigen Verflechtung und Verschachtelung der Unternehmen drückt sich der steigende Grad von gesellschaftlicher Interdependenz der wirtschaftlichen Einheiten aus. Andererseits vermag sich diese so lange nicht herzustellen, wie die Rentabilität, an der schließlich alles gemessen wird, eine einzelwirtschaftliche Größe bleibt. Unterliegt aber die Anlage von Kapital heute nicht mehr dem Ausgleichsprozeß, den die traditionelle Wettbewerbstheorie im Sinn hat, so bedeutet dies auf der anderen Seite, daß die monopolisierten Preise das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht richtig regeln können.

Durch die Monopolisierung bilden sich Marktschranken, innerhalb derer häufig genug anstelle von Konkurrenz eine abgestimmte Marktaufteilung erfolgt. Die Preise werden damit zum Instrument der Beherrschung bestimmter Produktionsbereiche ebenso, wie sie Instrument der Verkaufspolitik auf dem Markt des jeweiligen Produkts sind. Aus dem Zusammenhang von Gewinn und Expansion der Produktion eines *Produkts* im klassischen Modell wird jedoch nun ein Zusammenhang von Gewinn und Expansion eines *Unternehmens*. Denn daß die Gewinne eines Unternehmens immer genau in *dem* Produktbereich investiert werden, in dem sie erzielt wurden, ist eine naive Vorstellung. Vielmehr bilden die Gewinne die Masse, mit deren Hilfe das Unternehmen seine gesamte Expansionsstrategie betreibt, d. h. in neue Märkte vorstößt, neue Produktionen an sich zieht und sich andere Unternehmen anzugliedern versucht.

Somit kommt in die Preispolitik großer monopolistischer Unternehmen — gemessen am einzelnen Produktmarkt — ein Element der Beliebigkeit; insbesondere wird auch die Möglichkeit von Preissenkungen eliminiert. An die Stelle der Marktpreise treten privat administrierte Preise. Daß diese Preise jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen sind, bedeutet jedoch andererseits, daß das Wachstum der großen monopolisierten Unternehmen ebenfalls außerhalb der gesellschaftlichen Kontrolle bleibt.

Im Zuge dieser ungezügelten Expansion entstehen immer wieder übergroße Kapazitäten, die dann die bekannten konjunkturellen Probleme verursachen.

Insofern bedeutet eine Kontrolle der Preispolitik solcher Unternehmen auch keine Willkür, wie oft behauptet wird. Auch das häufig angeführte Argument, Eingriffe in die Preise müßten dann weitere Eingriffe in den jeweiligen Markt nach sich ziehen, weil durch den Eingriff das Verhältnis von Angebot und Nachfrage gestört werde, ist in diesem Zusammenhang nicht richtig, da die Verzerrung ja gerade durch den monopolisierten Preis hervorgerufen wird .Eine Kontrolle der Preispolitik marktbeherrschender Unternehmen bildet im Gegenteil die Voraussetzung für eine weniger willkürliche Expansionspolitik der Industrie. Da heute Großunternehmen gegen Zusammenbrüche faktisch durch staatliche Unterstützungen im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten geschützt sind, ist die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der gesellschaftlichen Kontrolle gegenüber diesen Unternehmen notwendig.

In diesem Zusammenhang ist damit nicht eine zentral administrierte — im Gegensatz zu einer privat administrierten — Preispolitik gemeint. Aufgabe der Preiskontrolle ist es vielmehr, Preisbildungsprozesse insgesamt gesellschaftlich transparenter zu machen. Wie wenig Transparenz hier besteht, soll an einem Beispiel gezeigt werden. Die gegenwärtigen Publizitätsvorschriften reichen keineswegs aus, um die Preis- und Gewinnsituation großer Unternehmen zu überprüfen. Es

ist eine bekannte Tatsache, daß zur Veröffentlichung von Bilanzen verpflichtete Unternehmen in diesen Bilanzen große Manipulationen vornehmen, um ihre tatsächliche Gewinnsituation zu verschleiern. Einer der wichtigsten Posten in diesem Zusammenhang sind die Abschreibungen. Wie das „Handelsblatt" kürzlich ehrlich zugab: „Die Grenzen zwischen Abschreibungen und Gewinn sind in den Handelsbilanzen fließend" [7]). Aus der folgenden Tabelle läßt sich anhand einiger Beispiele entnehmen, um welche Größenordnungen es sich dabei handelt. Es zeigt sich auch, welche gewaltigen Finanzierungsmöglichkeiten den Unternehmen durch eine solche Abschreibungspolitik erwachsen, da erhebliche Teile der Investitionen jeweils schon durch die Abschreibungen abgedeckt sind.

Abschreibung und Gewinn bei einigen marktbeherrschenden Unternehmen [8])

Unternehmen	*Zeitraum*	*Als Abschreibung ausgewiesener Gewinn in Mrd. DM*	*Gewinnanteil der Abschreibungen in %*	*Verhältnis von ausgewiesenen (a) und gerechtfertigten (b) Abschreibungen zu Investitionen in %*	
				a	*b*
BASF	*1953—1972*	*2,9*	*49*	*78*	*38*
Bayer	*1953—1972*	*3,3*	*50*	*74*	*37*
BBC	*1950—1973*	*0,44*	*53*	*73*	*35*
Ford	*1950—1973*	*1,8*	*50*	*74*	*37*
Hoechst	*1953—1973*	*3,2*	*50*	*70*	*35*
Opel	*1950—1973*	*2,2*	*44*	*79*	*44*
Thyssen	*1953—1971*	*0,7*	*35*	*58*	*38*

Zu einem ganz erheblichen Teil werden also die Expansionspläne der Unternehmen über die Preise aus solchen Mitteln finanziert. In ungünstigen Konjunkturlagen ergibt sich so häufig, daß die im Unternehmen entstehenden Finanzierungsmittel die Investitionen bei weitem übersteigen. Statt der im klassischen Modell für diesen Fall vorgesehenen Preissenkung, die dies verhindern würde, findet unter den gegenwärtigen Bedingungen im Fall der Krise nur eine weitere Monopolisierung statt. Bedarf es noch eines weiteren Beweises, daß der traditionelle Marktmechanismus insoweit außer Kraft gesetzt ist und alternative gesellschaftliche Steuerungsmechanismen gefunden werden müssen?

Aus der Tatsache, daß Preise heute den traditionellen Marktgesetzen nicht mehr gehorchen, ergeben sich zwei Gesichtspunkte:

1. Verhindert die monopolistische Preisstruktur Anpassungsprozesse, so bedeutet dies, daß eine keynesianische Konjunkturpolitik immer dann auf Grenzen stößt, wenn sie dementsprechende Anpassungsprozesse voraussetzt. Das traditionelle Instrumentarium der Globalsteuerung ist folglich für solche Märkte ungeeignet. Die Notwendigkeit zu Nachfrageausweitungen zieht monopolistisch bedingte Preissteigerungen nach sich. Diese Wirkungskette kann aber durch direkt auf die Preise zielende Maßnahmen unterbrochen werden.

2. Eine im Konjunkturtief eingesetzte Preiskontrolle bleibt jedoch wegen des Zusammenhangs von Preisen und Expansionsspielraum unwirksam, wenn sie sich ausschließlich an konjunkturellen Erfordernissen orientiert. Die konjunk-

7) „Handelsblatt" v. 5./6. 3. 1976.
8) Die Zahlen sind aus den Bilanzangaben der jeweiligen Unternehmen errechnet worden. Die als Abschreibungen ausgewiesenen Gewinne wurden geschätzt, indem für jedes Unternehmen eine Vermögensrechnung durchgeführt wurde. Dabei wurden die in der volkswirtschaftlichen Vermögensrechnung üblichen Annahmen gemacht.

turelle Krise ist Ergebnis der im Aufschwung erzeugten Überkapazitäten. Diese wiederum sind Ergebnis einer systematischen Fehlplanung, wie sie unvermeidbar ist, wenn sich die Planung nicht an gesamtwirtschaftlichen Größen orientiert. Eine Preiskontrolle ist also nur sinnvoll, insoweit sie sich an der anzuzielenden Expansion orientiert. Daraus ergeben sich die Grenzen einer am einzelnen Markt orientierten Preiskontrolle.

Mögliche Ansatzpunkte der Preiskontrolle

Wie gezeigt wurde, gibt es kein verfassungsmäßiges Hemmnis gegen Preiskontrollen. Vielmehr steht in dem 1973 novellierten Kartellgesetz sogar ein Instrument zur Überwachung der Preise marktbeherrschender Unternehmen zur Verfügung. Danach kann das Kartellamt (KA) in die Preispolitik solcher Unternehmen eingreifen, wenn diese ihre marktbeherrschende Stellung mißbräuchlich dazu ausnutzen, überhöhte Preise zu fordern.

Bei einer solchen Preisüberwachung muß allerdings dem tatsächlichen Preis jeweils ein „angemessener" Preis gegenübergestellt werden können. In der Bestimmung eines solchen angemessenen Preises besteht eines der wesentlichen praktischen Probleme der Preiskontrolle. Es läßt sich sich grundsätzlich auf zweierlei Weise angehen:

1. Man versucht, für den Preis eines marktbeherrschenden Unternehmens auf einem ähnlichen Markt einen Wettbewerbspreis als Vergleichspreis zu finden. Größere Abweichungen zwischen beiden legen dann den Verdacht einer mißbräuchlichen Überhöhung nahe. Der Wettbewerbspreis kann bei dem preispolitischen Eingriff als Richtschnur dienen.

2. Eine Untersuchung der Preise kann an den Kosten ansetzen. Anstelle eines angemessenen Preises wäre dann eine angemessene Gewinnspanne zu bestimmen. Damit eine solche Methode jedoch überhaupt Anwendung finden kann, müßte eine Reihe von Voraussetzungen gegeben sein, die praktisch oft kaum vorliegen:

a) Die innerhalb eines Unternehmens ausgewiesenen Kosten müssen den tatsächlich angefallenen Kosten entsprechen. Wie sich aus den oben angeführten Beispielen ergibt, verfügen jedoch nicht nur multinationale Unternehmen über große Dispositionsspielräume (z. B. durch Bewertungen) und können so das Ergebnis beeinflussen.

b) Weiterhin muß vorausgesetzt werden, daß die Kosten den Produkten klar zugerechnet werden können. Diese Voraussetzung verursacht nicht nur bei jenen Produkten Schwierigkeiten, bei denen aus der Natur des Produktionsprozesses eine Zurechnung nicht abzuleiten ist, sondern ebenso bei allen anderen, weil es auch hier wieder Dispositionsspielräume für die Unternehmen gibt, die aufzudecken eine vollständige Vertrautheit mit dem Abrechnungssystem der jeweiligen Unternehmung voraussetzen würde.

c) Schließlich müßte in jedem Falle vorausgesetzt werden, daß der mit der Preiskontrolle betrauten Institution alle relevanten Daten vorgelegt werden müssen. Preiskontrollen, die rechtsstaatlichen Ansprüchen genügen sollen, erfordern also, daß der über das kapitalistische Rechnungswesen gebreitete Schleier der Geheimhaltung gelüftet wird. Aus alledem ergibt sich, daß die Preiskontrolle nach der ersten Methode die bequemere ist. Denn läßt sich für ein Produkt ein Wettbewerbspreis finden und dem Preis eines marktbeherrschenden Unterneh-

mens gegenüberstellen, so liegt es nun bei diesem Unternehmen nachzuweisen, daß dieser Wettbewerbspreis keine Relevanz besitzt.

Aus der Natur des Monopolisierungsprozesses folgt aber gerade, daß diese Methode sehr häufig nicht angewandt werden kann, weil vergleichbare Wettbewerbspreise gar nicht mehr existieren. Eine wirksame Preiskontrolle muß deshalb auch auf die zweite Methode zurückgreifen können.

Dann stellt sich freilich die Frage, wo die preiskontrollierende Institution die Kriterien hernimmt, um im Falle der zweiten Methode die Höhe der „zulässigen" Gewinnspanne zu bestimmen. Ehe wir uns dieser Frage wieder zuwenden, werfen wir einen Blick auf die Praxis des Kartellamtes.

Die Mißbrauchsaufsicht des Kartellamts

Die gegenwärtige Praxis der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen läßt sich am besten an einem Beispiel beleuchten. In einem sehr bekannt gewordenen Verfahren gegen die Fa. Merck verlangte das KA eine Senkung der Preise von Vitaminpräparaten zwischen 60 und 70 % [9]). Die Höhe der vorgeschlagenen Preissenkung ergab sich aus dem Vergleich der Preise von Merck mit denen anderer Anbieter und ließ noch Spielraum für Kostenerhöhungen.

Dieser Fall wurde einer gerichtlichen Prüfung unterzogen. Auch das Gericht bestätigte die Anordnung von Preissenkungen, setzte sich jedoch erheblich herab. Wegen der allgemeinen Ausführungen in dem Gerichtsurteil lohnt es sich, darauf einzugehen. Das Gericht stellte zunächst fest, daß eine Preiskontrolle nicht generell mit der Vertrags- und Wettbewerbsfreiheit kollidiert: „Der Vorwurf des Preisdirigismus oder Preisinterventionismus ist gegenüber der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen vom Standpunkt der Privatrechtsordnung aus genausowenig begründet wie der früher gegenüber dem Kartellverbot und der Zusammenschlußkontrolle zu hörende Vorwurf des Marktstrukturinterventionismus" [10]).

Auf der anderen Seite schränkt das Gericht ein: „... ist klargestellt, daß es sich bei der Mißbrauchsaufsicht, die dem BKartA gemäß § 22 GWB zugewiesen ist, nicht um eine generelle präskriptive Steuerung des Unternehmensverhaltens nach Maßgabe eines hypothetischen, unter gedachten Wettbewerbsbedingungen ablaufenden ‚Als-Ob-Prozesses' geht, sondern lediglich um die Untersagung machtbedingten, mißbräuchlichen Verhaltens im Einzelfall" [11]).

Als machtbedingt wird dabei ein Preis bezeichnet, der eine bestimmte Obergrenze, die noch als Wettbewerbspreis bezeichnet werden könnte, übersteigt. Dann ist er „ ‚machtbedingt', nicht ‚marktbedingt' " [12]).

Hier wird ein Dilemma dieser Art von staatlicher Preisüberwachung deutlich: Die „marktbedingten" Überhöhungen sollen geschützt werden, da die so zustandekommenden „Knappheitsgewinne" eine Ausweitung des Angebots herbeiführen sollen. Somit werden aber Wettbewerbsvoraussetzungen zugrundegelegt,

9) Beschluß des Bundeskartellamts v. 21. 3. 1974, veröffentlicht in: „Wirtschaft und Wettbewerb", 1974, S. 560 ff.
10) Beschluß des Kammergerichts v. 19. 3. 1975, veröffentlicht in: „Wirtschaft und Wettbewerb", 1975, S. 657
11) Kammergericht, a.a.O., S. 659.
12) Kammergericht, a.a.O., S. 659.

deren Fehlen gerade erst die Notwendigkeit von Preiskontrollen hervorgerufen hat. Die Unterscheidung von markt- und machtbedingten Preissteigerungen erweist sich dann als eine Formel, mit deren Hilfe monopolistische Preise in beliebiger Weise gerechtfertigt werden können. So kam das Gericht im vorliegenden Fall zu dem Ergebnis, man müsse der Fa. Merck deren „intensive Bemühungen um Forschung und Entwicklung neuer Präparate, um eine gute Ärzteinformation und um eine modernen medizinischen Standards gemäße Produktqualität" [13]) zugutehalten, und folgerte daraus, daß ein Aufschlag von 50 % auf den Wettbewerbspreis zulässig sei.

Die von Liberalen befürchtete Willkür der Preiskontrolle tritt damit tatsächlich ein: Denn der dem Unternehmen für Forschung und Entwicklung zugestandene Aufschlag, der sich ja gar nicht auf das Produkt bezieht, dessen Preis beanstandet wurde, könnte dementsprechend genausogut 5 % oder 100 % lauten. Im konkreten Fall handelte es sich offensichtlich um eine politische Größe, mit deren Hilfe dem Kartellamt grundsätzlich recht gegeben werden konnte, während andererseits das Unternehmen weitgehend ungerupft blieb. Durch die Hintertür wurde damit freilich die private Tabuzone wieder anerkannt. Jedoch gibt es dafür eine objektive Ursache: Die der Fa. Merck zugestandene Überhöhungsspanne bezieht sich auf die Expansion und Entwicklung des Unternehmens. Das Gericht kann tatsächlich im GWB keine Kriterien finden, anhand derer es hier eine Entscheidung hätte vornehmen können. Darin zeigen sich Grenzen einer rein am Wettbewerbspreis ausgerichteten Preiskontrolle, auf die zurückzukommen sein wird.

Die Bundesregierung hat ihre grundsätzliche Haltung zur Preiskontrolle von diesem Urteil abgeleitet. Mit einer demagogischen Umdrehung wurde dabei aber aus der vom Gericht vorgesehenen Überprüfung von Preisüberhöhungen im *Einzelfall,* die Überprüfung in *Ausnahmefällen:*

„Die Überprüfung einzelner Preishöhen und ihrer Schwankungen kann demgegenüber nur in Ausnahmefällen, d. h. wenn der Preis eindeutig nicht durch Erhöhungsspielräume des Marktes, sondern durch Marktmacht bedingt ist, zu sachgerechten Ergebnissen führen" [14]).

Diese Haltung entspricht nun zweifellos nicht mehr den Intentionen der Kartellgesetznovelle von 1973. Die Definition von Marktbeherrschung wurde in diesem Gesetz erheblich erweitert, und wenn dies nicht mehr als ein optischer Trick sein soll, so muß es als Auftrag an das Kartellamt verstanden werden, alle marktbeherrschenden Stellungen zu untersuchen, und in *jedem Einzelfall* [15]) natürlich auch die Frage nach mißbräuchlichen Preisstellungen aufzudecken.

Daß eine solche Politik zur Zeit nicht in die politische Landschaft paßt, zeigt deutlich, welche Interessen die Regierungspolitik dominieren. Denn eine breitere Preiskontrolle könnte ergeben, wie wenig Grund heute besteht, der privaten Marktsteuerung als Wundermittel zur Lösung aller wirtschaftlichen Probleme zu vertrauen. Welche Schwierigkeiten sich einer Preiskontrolle jedoch entgegenstellen, zeigt ein anderes Beispiel eines mißglückten Versuchs des KA, in die

13) Kammergericht, a.a.O., S. 664.
14) Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht des Bundeskartellamts 1974, a.a.O., S. II. Dabei kann sich die Bundesregierung auch hinter dem von ihr in Auftrag gegebenen Sondergutachten der Monopolkommission (besprochen in „Blätter", 3/1976, S 322 ff.) verschanzen, das eine ähnliche Position vertreten hat.
15) Daß es sich bei solchen marktbeherrschenden Stellungen nicht um Einzelfälle handelt, darauf wurde oben schon hingewiesen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß vom Kartellamt die Frage der Marktbeherrschung zunächst immer am einzelnen Markt geprüft wird, ohne daß eigentumsmäßige Verflechtungen einbezogen werden.

Preispolitik großer Konzerne einzugreifen. Der erfolgreiche Eingriff im Bereich der Pharmaindustrie ist ja letztlich darauf zurückzuführen, daß aufgrund der Besonderheiten dieses Marktes ein überhöhter Preis und ein niedriger Wettbewerbspreis nebeneinander existieren. In der Regel treffen diese Voraussetzungen jedoch nicht zu. So versuchte das KA, anläßlich der Benzinpreiserhöhungen durch die großen Konzerne während der „Ölkrise" nachzuweisen, daß diese Preissteigerungen durch entsprechende Kostensteigerungen nicht gedeckt waren. Wurde von vornherein gar nicht der Versuch gemacht, Preise und Kosten generell zu vergleichen, so mißglückte dieses Verfahren doch, weil der Nachweis der mißbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung nicht geführt werden konnte. Trotz der erheblichen Gewinnsteigerungen bei den Konzernen gelang es diesen, entsprechende Kostensteigerungen nachzuweisen.

An diesem Fall zeigen sich deutlich die Grenzen fehlender Information, die sich jeder nach dieser Methode vorgehenden Preiskontrolle entgegenstellen. Auf der anderen Seite hat die Ankündigung des Verfahrens gegen diese Konzerne eine öffentliche Diskussion entfacht, deren Wirkung nicht unterschätzt werden sollte. Durch solche Verfahren kann ein öffentliches Bewußtsein über Preisbildungsprozesse entstehen, während sonst die Inflation immer als Ergebnis von Lohnsteigerungen dargestellt wird. Bei den Löhnen ist es gerade die starke Zentralisierung der Lohnverhandlungen, die es erlaubt, sie einer gesellschaftlichen Kontrolle und Diskussion zu unterziehen. Die Vielzahl der Warenpreise bietet demgegenüber keinen rechten Ansatzpunkt für eine breite öffentliche Diskussion, weil die einzelnen Preise anonym bleiben.

Insofern läßt sich aber gerade an dem mißglückten Versuch ein wichtiger Aspekt von Preiskontrollen herausarbeiten. Stellen sich dem Einfluß auf die tatsächliche Preishöhe Hindernisse in Form des manipulierten Rechnungswesens entgegen, so kann doch die Aufdeckung des Machtmißbrauchs der Diskussion über die weitere Demokratisierung der Gesellschaft wichtiges Material liefern. Ein wichtiger Beitrag der Preiskontrolle könnte es sein, eine neue Form von Preisindices zu entwickeln, anhand deren die Preispolitik von Konzernen insgesamt öffentlich bekanntgemacht werden könnte. Die amtliche Statistik liefert bisher waren-, bzw. branchenbezogene Preisindices. Da Konzerne häufig Branchen übergreifen, sind solche Preisindices zur Beurteilung der Preispolitik der tatsächlichen Entscheidungseinheiten wenig aussagekräftig. Deshalb sollten in Zukunft Konzernpreisindices aufgestellt werden, anhand derer die Preispolitik der großen Unternehmen transparenter gemacht werden könnte.

Preiskontrolle und Wirtschaftslenkung

Wie oben gezeigt wurde, besteht das Problem jeder Preiskontrolle darin, eine „richtige" Gewinnspanne zu bestimmen. Da es nicht Ziel der Preiskontrolle sein kann, erwünschtes Wachstum zu unterdrücken, läßt sich diese Frage nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Steuerung des Investitionsvolumens diskutieren. Privat administrierte Preise und gesellschaftlich interdependente Produktion führen, wie gezeigt, zu konjunkturellen Fehlentwicklungen, die eine Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen darstellen.

Wie der Sachverständigenrat kürzlich feststellte, ist „die soziale Legitimation der Unternehmensgewinne nicht eindrucksvoll". Das einzige rationale Argument, das zu ihrer Legitimation aber angeführt werden kann, ist das der durch Investitionen zu schaffenden Expansionsfähigkeit. So liegt es auf der Hand, Preis-

kontrolle und Investitionen zu verbinden. Durch ihre Preispolitik erzielen monopolisierte Unternehmen große Finanzierungsspielräume für Investitionen. Werden diese aber nicht im gesellschaftlich erwünschten Sinne vorgenommen, so verlieren sie ihre Legitimation. Somit kann eine Preiskontrolle nur in Zusammenhang mit der Investitionslenkung sinnvolle Kriterien für die Angemessenheit von Gewinnen entwickeln. Der Zusammenhang von Preiskontrolle und Investitionslenkung ergibt sich notwendigerweise aus der Tatsache, daß privatwirtschaftliche Preise unter Monopolbedingungen gesamtwirtschaftliche Erfordernisse nicht richtig reflektieren.

Aus der Untersuchung der Möglichkeiten und Grenzen von Preiskontrollen dürfte klargeworden sein, daß eine den gegenwärtigen Problemen unseres Wirtschaftssystems adäquate Wirtschaftspolitik nicht entwickelt werden kann, wenn in immer gleichbleibender Sterilität alle wirtschaftspolitischen Diskussionen unter dem Gegensatzpaar „Zentralverwaltungswirtschaft" gegen „Marktwirtschaft" geführt werden und damit alle Reformen in unserem Wirtschaftssystem blockiert werden. Soll die Wirtschaftspolitik in den Dienst der Demokratisierung der Gesellschaft gestellt werden, sind Reformen unumgänglich, die es möglich machen, die wirtschaftliche Entwicklung in einen gesamtwirtschaftlichen Rahmen einzubinden.

Zur Entwicklung Indiens seit 1947*)

Von Manohar L. Sarin

III

Am 15. August 1947 erlangte der indische Subkontinent die politische Unabhängigkeit vom britischen Kolonialismus. Die gesamtnationalen Interessen Indiens wurden jedoch nicht berücksichtigt. Es gelang dem britischen Imperialismus, die nationale Befreiungsbewegung zu spalten, was zur Folge hatte, daß zwei Dominien, Indien und Pakistan, entstanden. Die Teilung des Subkontinents bedeutete für die zukünftige Entwicklung beider Staaten eine permanente Belastung, die noch heute fortbesteht [69]).

*) Fortsetzung des Aufsatzes „Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975" in Heft 12/1975, S. 1367 ff.

69) Vgl. M. Brecher, India and World Politics, London 1968, S. 195 ff. und 317 ff.; S. M. Burke, Pakistan's Foreign Policy, London 1973, S. 3 ff. und 219 ff.

Vor der Unabhängigkeit war die Politik Großbritanniens auf die Spaltung und innere Schwächung der nationalen Befreiungsbewegung gerichtet. Zu diesem Zweck förderte es bewußt die reaktionären Elemente der indischen Gesellschaft, insbesondere die Großbourgeoisie, die Großgrundbesitzer und das Wucherkapital und ermutigte sie zur Formierung ihrer verschiedenen politischen Interessenorganisationen. So wurde im Jahre 1906 die Moslem-Liga (ML) und im Jahre 1918 die Liberale Föderation gegründet. Indem Großbritannien die Selbständigkeit der 562 Fürstenstaaten, die durch direkte Verträge Vasallen der britischen Krone geworden waren, betonte, versuchte es ferner, einer Einheit Indiens entgegenzuwirken. Die Verfassungspolitik des britischen Kolonialregimes verfolgte ebenfalls diese Ziele. Föderalismus und Schutz der Minderheiten dienten als Mittel gegen den indischen Befreiungskampf und zur Schürung innerer Konflikte. Dies zeigen besonders deutlich die Verfassungsdokumente wie „Government of India Act, 1935", „Cripps Proposals" (1942) und verschiedene Erklärungen der Labour-Regierung, 1945—1947 [70]).

Das Minderheitenproblem ist in Südasien ein akutes Problem. Seine Hauptursache war und ist die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit. Die Kolonialregierung betrachtete dieses Problem aber weder als ein soziales noch als ein nationales, sondern als ein konfessionelles. Es lag in ihrem Interesse, daß sich verschiedene konfessionelle Freiheitsbewegungen herausbildeten, die sie gegeneinander ausspielen konnte. Deshalb unterstützte Großbritannien immer häufiger die These der ML, daß der Allindische Nationalkongreß (INC) keine nationale Repräsentation Indiens, sondern primär eine Hindu-Organisation sei. Es förderte bewußt die partikularistische, antinationale und sezessionistische ML, um eine zukünftige staatliche Einheit Indiens zu verhindern. Auf der Grundlage dieser Politik wurde Pakistan aus den Provinzen mit überwiegender Moslem-Bevölkerung geschaffen [71]). Durch den „Mountbatten Award" vom 3. Juni 1947 wurden am 14./15. August 1947 auf dem Boden Britisch-Indiens die Dominien Indien und Pakistan errichtet. Die Fürstenstaaten sollten sich einem der beiden Dominien anschließen oder mit ihnen über einen Sonderstatus verhandeln [72]). Die Teilung des Subkontinents war also das Resultat britischer Kolonialpolitik, der Politik der ML und von Machtkämpfen zwischen INC und ML. Der Hindu-Moslem Konflikt war kein ausschließlich religiöser Konflikt, sondern ein aus hauptsächlich sozialen und ökonomischen Gründen geführter politischer Kampf [73]).

Seit dem Ende des 19. Jhs. hatte sich in Indien trotz des Widerstands der Kolonialmacht der indische Kapitalismus stark entwickelt. Hierbei spielten die Hindus und andere nichtmoslemische Gruppen, insbesondere die Parsen, eine bedeutende Rolle. Dagegen bestand die islamische Oberschicht hauptsächlich aus Großgrundbesitzern, die sich gegen die Entstehung des Kapitalismus und eines bürgerlichen Bildungswesens wehrten. Bei ihnen wuchs die Furcht vor einer Beherrschung durch die Hindus im Bereich des kulturellen, politischen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebens [74]). Zur Verteidigung ihrer Rechte gründeten sie die ML [75]). Dies führte vor allem zu einer Schwächung der antikolonialen Befreiungsbewegung. Verantwortlich für diese Entwicklung war jedoch nicht nur die ML, die ein antinationales und reaktionäres Programm verfolgte, sondern

70) Vgl. R. P. Dutt, Indien heute, Berlin (DDR) 1951, S. 112 ff.; C. H. Philips/H. L. Singh/B. N. Pandey (Hrsg.), Select Documents on the History of India and Pakistan, Bd. IV, The Evolution of India and Pakistan 1857—1947, London 1962, S. 391 ff.
71) Vgl. D. Weidemann, Die Entstehung des Staates Pakistan, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 2/1974, S. 243 ff.
72) Vgl. C. Schrenck-Notzing, Hundert Jahre Indien, Stuttgart 1961, S. 125 ff.
73) Vgl. H. Alexander, India since Cripps, New York 1944, S. 54 ff.; D. Weidemann, a.a.O., S. 244 ff.
74) Vgl. R. Blackburn (Hrsg.), Explosion in a Subcontinent, Harmondsworth 1975, S. 51 ff.
75) Siehe C. Schrenck-Notzing, a.a.O., S. 109 ff.

auch der INC. Dieser war zwar eine gesamtnationale und antikoloniale Organisation, stellte aber die politische Interessenvertretung der indischen Bourgeoisie dar. Er wollte die alleinige politische Macht und sah sich als Vertreter Gesamtindiens, einschließlich der Moslems an. Im Kampf gegen den Kommunalismus der ML machte der INC jedoch Konzessionen an orthodoxe Kreise der Hindus (Hindu-Kommunalismus) [76]) und förderte damit die reaktionären Kräfte in beiden Teilen der indischen Bourgeoisie und verpaßte hierdurch in den Jahren 1937 bis 1938 die Gelegenheit, eine gesamtnationale und antikoloniale gemeinsame Front aufzubauen [77]). Die ML sah die Interessen der Moslems als durch den INC nicht vertreten an und versuchte daher seit 1940, die Klassenherrschaft des islamischen Teils der indischen Bourgeoisie mindestens in einem Teil Indiens zu errichten. Sie benutzte die „Zwei-Nationen-Theorie" [78]) zur Durchsetzung der Klasseninteressen der islamischen Oberschichten und zur ideologischen Rechtfertigung ihrer sezessionistischen Bestrebungen [79]). Die „Zwei-Nationen-Theorie" geht auf eine enge Interpretation der Arbeiten von Iqbal und die 1931 von Rahmat Ali in Cambridge propagierte Idee eines Moslemstaates Pakistan zurück. Iqbal idealisierte in seinen Schriften die Periode der Moslemherrschaft in Indien und stellte dabei die rassische Überlegenheit der Moslems in den Vordergrund [80]). Die „Zwei-Nationen-Theorie" forderte für die 90 Mio. Moslems in Indien einen unabhängigen Staat, der reiner und höherwertiger als der der Hindus sein sollte. Sie dehnte damit das Selbstbestimmungsrecht auf Religionsgemeinschaften aus und machte aus den Indern islamischer Konfession Nicht-Inder [81]).

Die Nichtanerkennung der Teilung des indischen Subkontinents durch große Kreise der indischen Bevölkerung belastete die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan von Anfang an. Die willkürliche Aufteilung des Landes durch Großbritannien im Jahre 1947 schuf territoriale Fragen und ökonomische Probleme und führte zu einem Fortdauern des Kampfes zwischen ML und INC auf staatlicher Ebene. Die Teilung hatte große Flüchtlingsströme und blutige Kämpfe zwischen Angehörigen beider Religionen zur Folge. Zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan kam es in Kaschmir, in Pandschab, in Bengalen und in Kutch [82]). Das gespannte Verhältnis zwischen Indien und Pakistan leitete eine neue militärische Situation auf dem südasiatischen Subkontinent ein. Es veranlaßte ferner beide Staaten, stark aufzurüsten, und machte sie von Waffenimporten aus Drittländern abhängig, was ihren außenpolitischen Spielraum einschränkte. Die Aufrüstung erfolgte darüber hinaus auf Kosten ihrer sozio-ökonomischen Entwicklung [83]).

Wenn die 1947 erlangte Unabhängigkeit somit auch nicht dem gesamtnationalen Interesse Indiens entsprach, so gab sie doch der Bevölkerung Indiens und Pakistans die Möglichkeit, ihren Entwicklungsweg und ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Die Staatsmacht in Indien ging am 15. August 1947 von der Kolonialmacht an die indische nationale Bourgeoisie über. Ihre Partei, der INC, der den Freiheits-

---

76) Siehe W. H. Moreland und A. C. Chatterjee, A Short History of India, London 1953, S. 436 ff.
77) Siehe D. Weidemann, a.a.O., S. 245 ff.
78) Vgl. M. Brecher, a.a.O., S. 196 ff.
79) Vgl. L. Bahadur, The Muslim League, Agra 1954, S. 10 ff.
80) Vgl. J. L. Nehru, Entdeckung Indiens, Berlin (DDR) 1959, S. 460 ff.; H. Alexander, a.a.O., S. 57 ff.
81) Vgl. M. Brecher, a.a.O., S. 197 ff.; D. Weidemann, a.a.O., S. 245—146.
82) Siehe M. Brecher, Nehru, London 1959, S. 350—359; K. Davis, India and Pakistan: The Demography of Partition, in: „Pacific Affairs", September 1949, S. 259; Z. A. Bhutto, The Myth of Independence, London 1969.
83) Vgl. A. M. Djakov, Indien und Pakistan, Berlin (DDR) 1958, S. 10 ff.; R. Symonds, State-Making in Pakistan, in: „Far Eastern Survey" v. 8. 3. 1950, S. 45 ff.; G. E. Jones, India Today, in: „Far Eastern Survey" v. 26. 11. 1947, S. 229 ff.; C. D. Deshmukh, Economic Development in India 1947—1956, Bombay 1957; L. A. Sherwani, The Basis of Economic Development in Pakistan, in: „Pacific Affairs", Dezember 1949, S. 381 ff.

kampf des Volkes geführt hatte, wurde Regierungspartei und hielt sich bis heute an der Macht.

Bis zur Erringung der politischen Unabhängigkeit hatte der im Jahre 1885 gegründete INC eine wechselvolle Entwicklung mitgemacht. Am Anfang seines Bestehens war er ein exklusiver Klub reicher Schichten, speziell von Geldverleihern und Händlern — den Vorvätern der indischen Bourgeoisie. Er übte sehr milde Kritik an der Kolonialmacht in Form von Resolutionen und Petitionen an das britische Unterhaus und gab zahlreiche Loyalitätsbekundungen gegenüber der britischen Krone ab. Später wurde der INC von der sich herausbildenden einheimischen Kapitalistenklasse beherrscht, die mit Hilfe dieser Organisation die von der Kolonialherrschaft gegen eine eigene kapitalistische Entwicklung in Indien errichteten Hindernisse bekämpfen wollte [84]). Erst nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich der INC, auch beeinflußt von der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland, zu einer Massenbewegung mit demokratischer und antiimperialistischer Richtung [85]). Es war aber vor allem das Verdienst Mahatma Gandhis, der weder zum Parteiflügel der „Extremists" noch dem der „Moderates" gehörte, daß der INC seinen Charakter als „Salon-Partei" verlor und zu einer Volkspartei wurde [86]).

Nach Gandhis Vorstellungen sollte das unabhängige Indien ein moralisch vervollkommnetes altes Indien auf der Grundlage der verbesserten Dorfgemeinde werden. Der INC sollte aufgelöst werden und nur als humanitäre Organisation fortbestehen. Es sollten neue politische Parteien gegründet werden. Diese Ideen stießen bei der an die Macht gekommenen indischen Bourgeoisie auf starke Ablehnung [87]). Insbesondere J. L. Nehru (1889—1964) trat, obgleich er Schüler Gandhis war, für den Fortschritt und die Industrialisierung des unabhängigen Indiens ein. Die revolutionäre Massenbewegung in der Zeit von 1928 bis 1934 führte zur Formierung eines linken Flügels im INC. Damit bildete sich neben dem Gandhismus als der in dieser Periode dominierenden ideologischen Richtung eine zweite Strömung der bürgerlichen Ideologie, deren Entwicklung hauptsächlich von Nehru bestimmt wurde [88]).

Nehru sah einen engen Zusammenhang zwischen der Lösung der nationalen und sozialen Frage und vertrat ein sozialistisch geprägtes Gesellschaftsmodell für das unabhängige Indien. Hierbei erhielt Nehru viele Anregungen durch seine Mitwirkung bei der Gründung der „Anti-imperialistischen Liga" in Brüssel im Februar 1927 und durch seinen Besuch in der Sowjetunion im November 1927 [89]). Das Studium von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin beeinflußte zwar stark sein Bewußtsein und befähigte ihn, wie er selbst sagte, die Geschichte und die gesellschaftlichen Probleme in einem neuen Lichte zu sehen [90]), er identifizierte sich aber niemals ganz mit den philosophischen Positionen des Marxismus-Leninismus. Nach der Unabhängigkeit Indiens rückte er weiter vom Marxismus ab. Im Jahre 1954 ließ er verlauten, daß er die kommunistische Philo-

84) Vgl. G. Freitag und A. Krause, Ideologische Grundkonzeptionen im Indischen Nationalkongreß, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 3/1974, S. 379 ff.; B. Pattabhi Sitaramayya, The History of Indian National Congress, 2 Bde., Bombay 1946/1947.
85) M. Sen, The Indian Revolution — Review and Perspectives, New Delhi 1970, S. 8 ff.
86) Vgl. R. P. Dutt, Indien heute und morgen, Berlin (DDR) 1958, S. 144 ff.; M. L. Sarin, Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975 (I), in: „Blätter", 12/1975, S. 1367 ff.; R. C. Majumdar, History of Freedom Movement in India, Bd. II, Calcutta 1963, S. 157 ff.
87) Vgl. M. K. Gandhi, My Picture of Free India, Bombay 1965, S. 187; W. Rubin, Periodisierung der Geschichte Indiens, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 1/1973, S. 125—126.
88) Vgl. H. Rüstau, Die philosophischen Anschauungen Jawahar Lal Nehrus, in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", S. 1472 ff.; G. Freitag und A. Krause, a.a.O., S. 382 ff.
89) Vgl. J. L. Nehru, Indiens Weg zur Freiheit, Berlin (DDR) 1957, S. 186 ff.; H. Pizza, Jawahar Lal Nehru und die Antiimperialistische Liga, in: „Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig" (Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe), 3/1970, S. 397 ff.
90) J. L. Nehru, Entdeckung Indiens, a.a.O., S. 27 ff.

sophie nicht akzeptiere [91]), und erteilte im Jahre 1958 dem Marxismus eine deutliche Absage [92]).

Nehrus Ideen wurden auch von rechtssozialistischen und nichtmarxistischen Sozialismusauffassungen und bürgerlichen und religiösen Anschauungen geprägt. Hier sind insbesondere Elemente des Hinduismus, Buddhismus, des Fabianismus, speziell in der von G. B. Shaw vertretenen Richtung, der irischen Sinn-Fein-Bewegung und Einflüsse von M. K. Gandhi, S. Radhakrishnan, R. Tagore, A. Comte, J. St. Mill, Ch. Darwin, J. M. Keynes und W. W. Rostow zu nennen. Diese vielfältigen Einflüsse mit ihren einander sich zum Teil ausschließenden Elementen formten Nehru unterschiedlich, entsprechend seiner jeweiligen Entwicklungsphase und dem Stand des indischen Freiheitskampfes. Aus der Veränderung seines ideologischen Standpunkts erklärt sich, daß er im Laufe seiner politischen Tätigkeit einander widersprechende ideologische Aussagen machte [93]).

Seit dem Ende der 20er Jahre bestimmte Nehru maßgeblich das Programm des INC im sozialen und wirtschaftlichen Bereich für das unabhängige Indien mit. Auf der Jahrestagung des INC in Karatschi im Jahre 1931 setzte der linke Flügel, geführt von ihm und S. C. Bose, ein Programm über die Wirtschaftspolitik und die Grundrechte durch. Es enthielt die Nationalisierung der Schlüsselindustrien und des Verkehrswesens, die Durchführung von Agrarreformen und die Gewährleistung von sozialen und politischen Rechten der Werktätigen. Auf seiner Tagung in Faizpur im Jahre 1936 erweiterte der INC dieses Programm durch ein ergänztes Agrarprogramm, das wichtige Forderungen der bäuerlichen Massen wie Abschaffung feudaler Abgaben, Schuldentilgung und Reduzierung der Pacht enthielt [94]).

Der INC gewann mit der Unabhängigkeit die Macht zu einem Zeitpunkt, als die Klassendifferenzierung der indischen Gesellschaft relativ entwickelt war und die während der Fremdherrschaft gesammelten sozialen Widersprüche auf eine Lösung drängten. Die Bourgeoisie versuchte jedoch, lediglich ihre eigenen Interessen innerhalb des INC wahrzunehmen. Die später im INC entstehende politische Polarisierung führte seit Beginn der 50er Jahre schließlich zur Formierung eines differenzierten Parteiensystems. Es entstanden nach und nach u. a. folgende Parteien: Bharatiya Jana Sangh, kleinbürgerliche sozialistische Parteien und später die Swatantra Partei. Die Kommunistische Partei Indiens (KPI) existierte bereits seit 1925 [95]).

Die sozialpolitischen Vorstellungen des INC wurden nach der Erlangung der Unabhängigkeit weiterentwickelt. Das Allindische Kongreßkomitee (AICC) erklärte im Jahre 1948 die Errichtung eines „Co-operative Commonwealth", das auf Chancengleichheit im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich beruhen und Weltfrieden zum Ziel der Partei haben sollte. Bereits im November 1947 hatte das AICC ein Programm über die Wirtschaftspolitik und die Ziele des INC verabschiedet, das auf der Jahrestagung des Kongresses 1948 in Jaipur angenommen wurde [96]). Die wesentlichen Beschlüsse gingen in den Text der Verfassung von 1950 ein und waren Grundlage für die staatlichen Fünfjahrespläne [97]).

91) J. L. Nehru, Letters to the PCC Presidents, New Delhi 1955, S. 11.
92) J. L. Nehru, Die Grundeinstellung, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 4/1958, S. 39 ff.
93) Siehe H. Rüstau, a.a.O., S. 1474 ff.; H. Mukerjee, The Gentle Colussus. A Study of Jawahar Lal Nehru, Calcutta 1964, S. 56 ff.
94) Vgl. Indian National Congress, Resolutions on Economic Policy and Allied Matters (1924—1969), New Delhi 1969, S. 3 ff.
95) Vgl. Studien zum Kampf um den sozialen Fortschritt in Indien, Berlin (DDR) 1975, S. 89 ff. und 287 ff.
96) „AICC Economic Review" (New Delhi), 5/1963, S. 6 ff.
97) C. Bettelheim, India Independent, London 1968, S. 145 ff.

Die Konstituierende Versammlung verabschiedete die neue Verfassung am 26. November 1949. Sie sollte am 26. Januar 1950 in Kraft treten, zur Erinnerung an den 26. Januar 1930, als der INC auf seiner Tagung in Lahore erstmals die völlige Unabhängigkeit Indiens verlangt hatte. Nach der neuen Verfassung wurde Indien eine souveräne demokratische Republik. Es legte den Dominionstatus ab, blieb aber noch Mitglied des „Commonwealth of Nations". Indien (in Hindi: Bharat) bildet nach Artikel 1 der Verfassung eine Union. Es ist eine Republik mit föderativem Aufbau, gegliedert in 22 Staaten und 9 zentral verwaltete Unionsterritorien [98]).

1947 bestand Indien aus den Provinzen des ehemaligen Britisch-Indien und aus 562 Fürstenstaaten. Anfang des Jahres 1949 wurden die Fürstentümer mit Ausnahme von Kaschmir [99]) in die indische Union eingegliedert. Zunächst lag die Staatsgewalt bei der Zentralregierung. Sie ging mit der Verfassung von 1950 auf die aus den ehemaligen Fürstentümern entstandenen Unionsstaaten über. Diese Eingliederung führte aber zu keinen Änderungen der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den neuen Unionsstaaten. Die Fürsten erhielten hohe Pensionen vom Staat, als Abfindung für den Verlust ihrer politischen Macht. Außerdem wurden weder ihre Ländereien und ihr Eigentum noch ihre traditionellen Privilegien, wie die Steuerfreiheit, angetastet. Viele der Fürsten bekleideten auch hohe Staatsämter [100]). Sardar V. B. Patel, stellvertretender Ministerpräsident des unabhängigen Indien, der dem rechten Flügel des INC angehörte, betonte nach der Eingliederung, daß die Fürsten als Miterbauer des freien Indiens gleichwertige Partner in der staatlichen Konsolidierungs- und Rekonstruktionsphase seien [101]). Die Eingliederung beendete damit keineswegs die überkommenen Landbesitzverhältnisse in den Fürstentümern und die wirtschaftlich starke Stellung der Fürsten. Erst mit dem Parlamentsbeschluß von 1971 über die Beseitigung der den ehemaligen Fürsten verbliebenen Staatspensionen und Privilegien wurden diese feudalen Relikte der indischen Gesellschaft beseitigt [102]).

Die Verfassung von 1950 geht von einer bürgerlich-parlamentarischen Republik nach dem parlamentarischen Muster von Westminster (England) aus. Das Staatsoberhaupt Indiens, der Präsident, wird durch indirekte Wahl gewählt. Die legislative Gewalt liegt beim Lok Sabha (Unterhaus) und beim Radschya Sabha (Oberhaus). Die Regierung ist dem Parlament verantwortlich. Der Lok Sabha wird für fünf Jahre durch allgemeine Wahlen gewählt. Wahlberechtigt ist jeder, der das 21. Lebensjahr vollendet hat. Die Mitglieder des Radschya Sabha werden hauptsächlich von den Staatsparlamenten gewählt; nur ein geringer Teil wird vom indischen Präsidenten ernannt. Die Abgeordneten der legislativen Organe der Unionsstaaten werden gleichfalls alle fünf Jahre in gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt. Dieses Wahlsystem geht an der indischen Wirklichkeit vorbei. Denn in Indien sind $^2/_3$ der Bevölkerung Analphabeten, die nicht in der Lage sind, die verschiedenen Parteiprogramme zu erfassen und zu durchschauen. So sind für die Parteien deren Symbole, wie für den INC die Kuh und das Kalb, wichtiger als ihre Programme. Wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation sind zudem viele Wähler anfällig für Stimmenkäufe.

---

98) Vgl. Idnien in der Welt von heute, Berlin (DDR) 1972, S. 71 ff. und 215 ff.
99) Siehe P. N. Bazaz, The History of Struggle for Freedom in Kashmir — Cultural and Political — from the Earliest Times to the Present Day, New Delhi 1954; M. Brecher, India and World Politics, a.a.O., S. 195 ff.
100) C. Bettelheim, a.a.O., S. 106 ff.; V. P. Menon, The Story of the Integration of the Indian States, Bombay 1961.
101) Siehe V. P. Menon, a.a.O., S. 647.
102) C. H. Scholz, 25 Jahre Wirtschaftsentwicklung im unabhängigen Indien, in: „Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig" (Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe), 1/1973, S. 36.

Die Verfassung garantiert die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz und verbietet jede Diskriminierung aus Gründen der Religion, Rasse, Nation oder des Geschlechts. Sie untersagt insbesondere jede Praktizierung von Unberührbarkeit, jener tragischen Erscheinung des aus vorkapitalistischen Verhältnissen stammenden Kastenwesens [103]). Danach wurden die Menschen in erbliche Gruppen eingeteilt, deren Angehörige durch Speise- und Heiratsgemeinschaft miteinander verbunden waren und sich durch gemeinsame Berufe von den anderen Gruppen unterschieden. Diese Kastengruppen bilden nach der Vierständelehre (1. Die Brahmanen [Priester], 2. Kshytrya [Krieger, Regierende], 3. Vaishya [Händler, Geschäftsleute, Landwirte und Handwerker], 4. Shudra [Diener]), die in der indischen Frühklassengesellschaft entstanden ist, eine hierarchische Ordnung. Die Stellung einer Kaste in dieser Hierarchie war abhängig von der rituellen Reinheit oder Unreinheit der von ihren Mitgliedern ausgeübten Tätigkeit. Dabei wurde die geistige Arbeit höher als die manuelle bewertet. Die Unberührbaren, die wiederum in zahllose Kastengruppen zerfallen, befanden sich nach der Meinung der Herrschenden unterhalb der vier Stände und damit praktisch außerhalb der Gesellschaft. Diese Gruppe setzte sich aus jenem Teil der indischen Bevölkerung zusammen, der zur Zeit des indischen Feudalismus vom Besitz am Hauptproduktionsmittel, nämlich dem Boden, ausgeschlossen war und nichtgeachteten Tätigkeiten nachgehen mußte. Die Angehörigen dieser Gruppe wurden als unrein betrachtet und deshalb sozial diskriminiert. Die Mehrheit der indischen Landarbeiter gehört zu den Unberührbaren [104]).

Nach der indischen Verfassung wurden den Indern alle bürgerlichen Rechte und Freiheiten, einschließlich der Religionsfreiheit gewährt [105]). In Indien wurde jedoch die vorherrschende Religion, der Hinduismus, anders als in der islamischen Republik Pakistan der Islam, nicht zur Staatsreligion erklärt. Die Verfassung übernahm vielmehr das demokratische Prinzip des säkularen Staates [106]). Die Ausbildungsanstalten, die aus staatlichen Mitteln finanziert werden, sollten keinen Religionsunterricht erteilen. Ferner ermöglichte die Verfassung auf der einen Seite eine staatskapitalistische Wirtschaftspolitik und Nationalisierungsmaßnahmen, verteidigte auf der anderen Seite aber das bürgerliche Privateigentum [107]).

Die Legislativ-Kompetenz ist zwischen der Union und den Staaten aufgeteilt, hierbei fallen insbesondere die Landreformgesetzgebung, das Gesundheits- und Polizeiwesen und die Volksbildung den Einzelstaaten zu [108]).

Die indische Verfassung enthält auch Richtlinien der Staatspolitik („Directive Principles of State Policy"), wonach der Staat die Wohlfahrt des Volkes durch eine Gesellschaftsordnung fördern soll, in der die soziale, wirtschaftliche und politische Gerechtigkeit gewährleistet ist [109]). Der Staat soll nach Art. 39 durch seine Politik vor allem darauf hinwirken, daß allen Bürgern ein angemessener Lebensunterhalt zukommt, das Eigentum und die materiellen Ressourcen der Gemeinschaft so verteilt sind, wie es dem gemeinsamen Wohl am besten dient, und die Wirtschaftstätigkeit nicht zum Schaden der Allgemeinheit zu einer Konzentration des Reichtums und der Produktionsmittel in den Händen weniger führt [110]).

103) C. Bettelheim, a.a.O., S. 95 ff.
104) Studien zum Kampf um den sozialen Fortschritt in Indien, a.a.O., S. 173 ff.
105) Indien in der Welt von heute, a.a.O., S. 72.
106) G. Myrdal, Asian Drama, Bd. I, New York 1968, S. 105 ff.
107) C. Bettelheim, a.a.O., S. 107 ff.
108) Vgl. Schrenck-Notzing, a.a.O., S. 141.
109) Indien in der Welt von heute, a.a.O., S. 72—73.
110) Ebd.

Die Verfassung ist, insgesamt gesehen, für Indien sicherlich ein Schritt vorwärts, indem sie eine staatsrechtliche Grundlage zur Konsolidierung seiner Unabhängigkeit und Selbständigkeit schuf. Andererseits wird sie nicht voll den indischen Realitäten gerecht und enthält gefährliche Teile, wie z. B. den von der Weimarer Verfassung (Art. 48) übernommenen Notstandsartikel, auf den noch zurückzukommen ist [111]).

Nach Errichtung der Herrschaft der Bourgeoisie in Indien wurde allmählich klar, daß der INC zwar progressive Programme aufstellte, die von ihm gebildete Regierung sie aber nicht in die Wirklichkeit umsetzte. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in der Periode von 1947 bis 1951 der rechte Flügel des INC erheblich die innenpolitischen Entscheidungen der Regierung beeinflußte. Die fundamentalen Forderungen der Anhänger des INC aus den werktätigen Schichten und verschiedenen Teilen der Kleinbourgeoisie nach Beseitigung der Unterentwicklung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, Abschaffung des Großgrundbesitzes und Verstaatlichung ausländischen Kapitals einschließlich des Bank- und Versicherungswesens, blieben weitgehend unberücksichtigt.

Die mittlere Bourgeoisie versuchte, einen selbständigen kapitalistischen Entwicklungsweg ohne die Hilfe von Auslandskapital einzuschlagen. Sie verlangte die Verstaatlichung ausländischer Besitzungen, Eindämmung der Profitmaximierung der Großbourgeoisie, eine Bodenreform und die Verhinderung der Konzentration wirtschaftlicher Macht. Dagegen wollte die indische Groß- und Monopolbourgeoisie mehrheitlich die kapitalistische Produktionsweise durch staatliche Unterstützung und ausländisches Kapital und dessen Investitionen weiterentwickeln. Sie trat nur insoweit für die Ausbildung der Bevölkerung und die Erhöhung ihres Lebensstandards ein, als es zur Erschließung des inneren Marktes und der Her ausbildung von Produktivkräften nötig erschien. Weitergehende soziale Forderungen lehnte sie ab [112]).

Während der INC noch in seinem Wahlmanifest von 1946 die Beendigung der Armut und die Erhöhung des Lebensstandards durch eine schnelle Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie versprochen hatte, standen in den späteren Parteiprogrammen nur vage Begriffe wie „Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft", „Förderung des Gemeinwohls", und „wahre Demokratie" im Vordergrund. Dies zeigt nur das Unvermögen des INC, der indischen Bevölkerung eine reale Perspektive der Entwicklung zu bieten. Der INC war außerdem nicht bereit, seine dem indischen Volk gegebenen Versprechen zu erfüllen [113]).

Im Januar 1955 beschloß der INC auf seiner Jahrestagung in Avadi, daß die bisher bestehende Sozialstruktur, die großteils auf einer Aneignungswirtschaft beruhte, in eine sozialistische Wirtschaft transformiert werden sollte („Socialist Pattern of Society"). Dieses politische Programm vom „indischen Sozialismus" — bei dem in der Wirtschaft privater und staatlicher Sektor nebeneinander stehen sollten — wurde durch weitere Resolutionen des INC ergänzt. Hier sind die Resolutionen zur Entwicklung eines „sozialistischen kooperativen Gemeinwesens" von Indore (1957) und „Demokratie und Sozialismus" von Bhubaneshwar (1964) zu nennen. Auf seiner Jahrestagung in Nagpur (1959) faßte der INC wichtige Beschlüsse zur Agrarfrage. Außer der Begrenzung landwirtschaftlichen Besitzes wurde die Einführung des genossenschaftlichen Prinzips in der Land-

111) C. Bettelheim, a.a.O., S. 113 ff.; G. Myrdal, a.a.O., Bd. I, S. 257 ff.
112) Studien zum Kampf um den sozialen Fortschritt in Indien, a.a.O., S. 76 ff., 89 ff. und 133 ff.
113) H. D. Malaviya, Socialist Ideology of Congress, New Delhi 1966, S. 32 ff.

wirtschaft beschlossen [114]). Dieses Agrarprogramm stieß jedoch auf großen Widerstand bei den Großgrundbesitzern und den Oberschichten der kapitalistisch wirtschaftenden Bauern, die eine einflußreiche Lobby in der Bundesregierung und in den einzelstaatlichen Organisationen des INC hatten. Es wurde deshalb nie realisiert [115]). Die Resolutionen des INC in den 50er Jahren lagen im Interesse der indischen Bourgeoisie. Mit der Unterstützung des Staates wurde das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums ohne grundlegende Änderungen der vorhandenen Eigentumsstruktur beschleunigt [116]).

Nehru schrieb am 15. August 1958 einen Artikel [117]), der nicht nur über die politischen und sozialen Ansichten Nehrus, sondern auch über die Ideologie der herrschenden Bourgeoisie Indiens Aufschluß gibt. Er enthält folgende Wesensmerkmale der Ideologie des bürgerlichen indischen Sozialismus, die auch noch im gegenwärtigen Indien das offizielle Programm des INC bestimmen: Betonung der Eigenart des indischen Sozialismus, d. h. Ablehnung von Gewaltanwendung als Mittel revolutionärer Umwandlung der Gesellschaft, Kritik am wissenschaftlichen Sozialismus, der die menschlichen Bedürfnisse außer acht lasse; Konzentration der Politik eines indischen Sozialismus auf die Entwicklung von Produktivkräften und eine bessere Distribution des gesellschaftlichen Reichtums; Verneinung der Allgemeingültigkeit der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie und einer Übertragung auf Indien wegen dessen nationaler Besonderheiten; Ablehnung des Klassenkampfes zugunsten einer Theorie der Klassenharmonie im gesamtnationalen Interesse; Duldung und Förderung privatkapitalistischer Entwicklung unter staatlicher Kontrolle; Überbetonung der moralischen Vervollkommnung des Menschen als der eigentlichen Revolution. Diese Ansichten Nehrus sind sozialreformistisch und verdeutlichen seine Abkehr von den Ideen des Marxismus-Leninismus, die er zum großen Teil noch in den 30er Jahren vertreten hatte. Dies zeigt deutlich, daß die fortschrittlichen Elemente seiner Weltanschauung nach der Eroberung der Regierungsmacht durch die indische Bourgeoisie in den Hintergrund gedrängt worden sind. Man darf aber auf der anderen Seite Nehrus Leistungen auf dem Gebiet der Außenpolitik nicht übersehen. Er hat von Anfang an eine antikoloniale und antiimperialistische Orientierung konzipiert und durchgesetzt. Allerdings kam diese Außenpolitik der herrschenden Klasse gelegen, weil sie ein wichtiger Faktor zur Schaffung günstiger internationaler Beziehungen im Interesse einer selbständigen kapitalistischen Entwicklung Indiens wurde [118]).

Als sich die wirtschaftliche Lage Indiens in den 60er Jahren verschlechterte und die konservativen Kräfte dominierten, mußte der INC bei den Parlamentswahlen von 1967 starke Verluste hinnehmen. Diese beruhten u. a. auch darauf, daß der INC bis dahin keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen durchgesetzt hatte. In dieser Periode kam es zu Richtungskämpfen innerhalb des INC. Nach 1967 wurde eine zentristische Gruppe im INC stärker, die sich, unterstützt vom linken Flügel der Partei, für die Durchführung der Parteiprogramme einsetzte. Ihre Ziele suchte sie durch eine Erweiterung und Intensivierung der Massenbasis der Partei zu erreichen. Die Vorstellungen dieses Flügels des INC wurden im 10-Punkte-Programm des AICC von 1967, das u. a. eine Bodenreform vorsah, und bei den Entschließungen der AICC-Tagung vom Juli 1969 in Bangalore u. a. über die Nationalisierung der 14 größten Privatbanken (durchgeführt

114) INC: Resolutions on Economic Policy and allied Matters (1924—1969), a.a.O., S. 81 ff.
115) Siehe G. Myrdal, a.a.O., Bd. II, S. 1305 ff.; C. H. Scholz, a.a.O., S. 47 ff.
116) Studien zum Kampf um den sozialen Fortschritt in Indien, a.a.O., S. 158 ff.
117) J. L. Nehru, Die Grundeinstellung, a.a.O., S. 39 ff.; vgl. Sampurnanand, Indian Socialism, London 1961, S. 1 ff.
118) Vgl. Die Staaten Afrikas und Asiens, Frankfurt/M. 1971, S. 68 ff.; H. Rüstau, a.a.O., S. 1472 ff.

1969) berücksichtigt [119]). Die Richtungskämpfe führten schließlich 1969 zur Spaltung des INC. Die Angehörigen des rechten Flügels unter der Führung von Desai und Najlingappa („Syndikat"), die sich in der Minderheit befanden, schieden aus der Regierungspartei aus. Sie gründeten eine eigene, in Opposition zur Regierung stehende Partei (INC[O]), die für eine Verringerung der staatlichen Kontrolle der indischen Wirtschaft, eine freie Marktwirtschaft und enge Bindungen an den Westen eintrat. Der von Frau Gandhi geführte INC bekannte sich dagegen auf dem 73. Parteitag in Bombay (1969) zu der von Nehru eingeleiteten progressiven Politik des INC [120]).

Der regierende INC gewann mit seinem Versprechen von fundamentalen sozioökonomischen Veränderungen („Kampf gegen die Armut") und seinen außenpolitischen Erfolgen im Zusammenhang mit dem Bangla Desh-Konflikt [121]) die Parlamentswahlen von 1971 und 1972 die Wahlen in 16 Unionsstaaten. Diese Wahlergebnisse spiegelten die Erwartungen der Bevölkerung wider, daß in naher Zukunft ihre Lebensbedingungen verbessert würden. In der Folgezeit wurden auch vereinzelt antimonopolistische Maßnahmen durchgeführt [122]). Im Grunde genommen blieb der regierende INC aber auch jetzt ein Interessenvertreter der indischen Bourgeoisie, in dem die reaktionären Kräfte seit 1972 sogar wichtige Stellungen zurückgewannen [123]).

Insgesamt gesehen haben seit der Spaltung des INC im Jahre 1969 in der neu herausgebildeten Regierungspartei keine qualitativen Veränderungen auf ideologischem Gebiet stattgefunden. Es wird vielmehr immer wieder auf die Richtung, die Nehru im INC vertreten hat, hingewiesen.

IV

Die Hauptaufgaben der meisten unabhängig gewordenen Staaten des asiatischen und des afrikanischen Kontinents sind die Beseitigung der wirtschaftlichen Unterentwicklung, der Aufbau einer selbständigen nationalen Wirtschaft, einschließlich einer nationalen Industrie, und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Das gilt auch für Indien. Die Beendigung des Erbes der Kolonialperiode in Indien bedeutete die Zurückdrängung des 1947 in vielen Branchen der Wirtschaft herrschenden ausländischen Monopolkapitals und den schnellen Aufbau der nationalen Wirtschaft [124]).

Indien verfügt über wichtige natürliche Ressourcen, die der Entwicklung der Wirtschaft zugutekommen können. Seine Wasserkraftreserven sind dreimal so groß wie die der USA und betragen 41 000 MW. Indien besitzt ferner reiche Vorkommen an Eisenerz, Manganerz, Bauxit, Glimmer. Seine Vorräte an für die Gewinnung von Atomenergie geeigneten Mineralien übersteigen den Energiegehalt der ebenfalls reichen indischen Kohlenvorräte um das Zehnfache. Indien verfügt auch über Diamanten- und Goldvorkommen. Es ist jedoch relativ arm an Erdöl, Buntmetallerzen und an verkokbarer Kohle (etwa 12 % des Kohlenvorkommens). Indien besitzt damit insgesamt ausreichend Ressourcen, um seine wirtschaftlichen Probleme auf nationaler Grundlage zu bewältigen. Der größte Reich-

119) H. Hillman, Zur Entwicklung des Indischen Nationalkongresses 1967—1972, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 1973, S. 37 ff.; G. Freitag und A. Krause, a.a.O., S. 386.
120) M. M. Rahman, The Congress Crisis, New Delhi 1970, S. 40 ff.; H. Hillmann, a.a.O., S. 42 ff.
121) R. Blackburn (Hrsg.), a.a.O., S. 293 ff.
122) Siehe H. Hillman, a.a.O., S. 39—51.
123) Studien zum Kampf um den sozialen Fortschritt in Indien, a.a.O., S. 76 ff.
124) Siehe S. I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt/M. 1972, S. 56 ff.; P. Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung, Frankfurt/M. 1972, S. 54 ff.; S. Amin, Die ungleiche Entwicklung, Hamburg 1975, S. 159 ff.; P. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied 1971, S. 227 ff.

tum Indiens ist jedoch sein Reichtum an menschlicher Produktivkraft, der erst die Ressourcen nutzbar machen kann. Aber gerade der Einsatz der menschlichen Produktivkraft ist für Indien ein großes Problem, das nicht ohne fundamentale Umgestaltungen der Produktionsverhältnisse zu lösen ist [125]).

Die wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer, auch die Indiens, können nicht ohne Einfluß des Staates auf die Wirtschaft gelöst werden. Diese Einflußnahme erfolgt durch den Staatskapitalismus, d. h. durch staatliche Wirtschaftstätigkeit in einem staatlichen Sektor und die staatliche Kontrolle der privaten Wirtschaft mit dem Ziel der Durchsetzung langfristiger Wirtschaftspläne. Aber dem Privatkapital gegenüber, das in der indischen Wirtschaft noch eine große Rolle spielt, haben die Pläne nur den Charakter von Empfehlungen [126]). Die staatlichen Investitionen für den Aufbau der indischen Wirtschaft sind ständig gestiegen. Der 4. Fünfjahresplan betrug im Verhältnis zum 1. Fünfjahresplan das Achtfache an Investitionen. Während im 1. Fünfjahresplan das Gewicht auf der Agrarentwicklung und dem Aufbau der Infrastruktur lag, wurde im 2. und 3. Fünfjahresplan die Industrialisierung betont. Seit dem 2. Fünfjahresplan entstand im staatlichen Sektor eine Vielzahl von für Indien völlig neuen Produktionen auf dem Gebiet der Schwerindustrie. Im April 1966 sollte der 4. Fünfjahresplan beginnen. Wegen Finanzierungsschwierigkeiten aufgrund höherer Verteidigungslasten, zweier Mißernten (1965/1966 und 1966/1967) und einer ihnen folgenden Wirtschaftsdepression, aber auch wegen der Ablehnung der Planwirtschaft durch die rechtsgerichtete indische Opposition wurde bis 1969 nur mit Jahresinterimsplänen gearbeitet. Erst im Jahre 1969 konnte der 4. Fünfjahresplan aufgestellt werden. Seine Durchführung stieß, auch wegen des Konflikts mit Pakistan im Jahre 1971, auf große Schwierigkeiten [127]).

In den wichtigsten Bereichen der Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft verlief die Entwicklung folgendermaßen: Industrie und Handwerk erbringen etwa 1/5 des Nationaleinkommens und beschäftigen etwa 20 Mio. Menschen, ca. 11 % der indischen Erwerbstätigen. Die Zahl der Betriebe beträgt rd. 3 Mio.[128]). Die Entwicklung der Großindustrie hat hauptsächlich zur Veränderung der Industriezweigstruktur beigetragen und zum industriellen Wachstum Indiens in den letzten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit geführt. Das Wachstum der Industrieproduktion betrug jährlich im Durchschnitt 6 % und war damit größer als das der Landwirtschaft. Die Wachstumsrate schwankte jedoch in den einzelnen Jahren. Sie sank in den letzten Jahren und blieb weit hinter den Zielen der Fünfjahrespläne zurück [129]).

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit stieg das Angebot an Industrieprodukten. Während 1962 nur 201 Warengruppen vorhanden waren, gab es 1968 449. Dabei entwickelte sich die Produktionsmittelindustrie stärker als die traditionelle Leichtindustrie. So stieg von 1951 bis 1969 die Maschinenproduktion im Jahresdurchschnitt um 12 %, die Petrochemie um 20 %, die Textilproduktion aber nur um etwa 2 % [130]). Auch wurden aufgrund der Fünfjahrespläne, hauptsächlich im staatlichen Sektor, neue schwerindustrielle Produktionsanlagen errichtet, z. B.

125) C. H. Scholz, a.a.O., S. 38; K. C. Ghosh, Economic Resources of India and Pakistan, Calcutta 1956.
126) S. I. Tjulpanow, a.a.O., S. 189 ff.; C. H. Scholz, a.a.O., S. 40 ff.
127) C. Bettelheim, a.a.O., S. 145 ff.; B. Böttger, 700 Millionen ohne Zukunft, Reinbek 1975, S. 15 ff.
128) Siehe G. H. Schirokov, Einige Besonderheiten und Auswirkungen der Industrialisierung Indiens, in: „Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig" (Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe), 2/1975, S. 129 ff.; C. H. Scholz, a.a.O., S. 53 ff.
129) E. Schaller, a.a.O., S. 73 ff.; G. Myrdal, Anstelle von Memoiren, Frankfurt/M. 1974, S. 259 ff. Frankfurt/M. 1970, S. 31 ff.
130) Vgl. K. Gough und H. P. Sharma (Hrsg.), Imperialism and Revolution in South Asia, London 1973, S. 103 ff.; C. Bettelheim, a.a.O., S. 46 ff.; India 1970. A Reference Annual, New Delhi 1971, S. 327.

Werke zur Versorgung der Eisenbahn und des Nachrichtenwesens, Düngemittelfabriken, Stahlwerke, Werkzeugmaschinenfabriken und Erdölraffinerien [131]).

Trotz aller Fortschritte in der Entwicklung der Schwerindustrie herrscht in der indischen Großindustrie noch die Leichtindustrie vor, in der noch $^2/_3$ aller indischen Beschäftigten tätig sind. Jedoch beruhen bereits 50 % der Gesamtproduktion in der indischen Großindustrie auf der Schwerindustrie [132]). Die Leichtindustrie liegt bisher überwiegend in der Hand privater Unternehmungen; ihre Entwicklung wird von kapitalistischen Marktmechanismen bestimmt. So hatten z. B. die geringeren Investitionen in den Jahren der Depression von 1966—1968 zur Folge, daß insbesondere die Maschinenbaubetriebe, die neue Kapazitäten errichtet hatten, ihre Erzeugnisse in dieser Zeit nicht absetzen konnten. Die spätere niedrige Maschinenproduktion führte wiederum zur Nichtauslastung der Kapazitäten in der Eisenmetallurgie. So erzeugte Indien 1969/1970 nur etwa 5 Mio. t Stahl [133]).

Während in manchen Branchen der indischen Industrie Überkapazitäten bestanden, konnten andere den vorhandenen Bedarf nicht decken. Dieses gemischte Wirtschaftssystem („Mixed Economy") hat sich in Indien nicht bewährt, da privater und staatlicher Sektor nicht koordinierbar sind, was zu ständigen Reibungsverlusten in der Volkswirtschaft führt. Insbesondere die Abhängigkeit der staatlichen Industrie von der Marktnachfrage machte die Industriepläne zunichte. Zudem kann dieses System die Kleinindustrie nicht wirksam erfassen. Es hat ferner dazu beigetragen, daß aufgrund des Konkurrenzkampfes in der Industrie eine zunehmende Konzentration des privaten Kapitals stattfand [134]). Obgleich in den Jahren 1956 bis 1968 die Zahl der Fabriken stieg, nahm die Zahl der privaten Industrieunternehmen um $^1/_3$ ab. Gleichzeitig wuchs die Macht der 75 großen Monopolgruppen. Der starke Widerstand des privaten Kapitals gegen jede Form der staatlichen Kontrolle zwang gegen Ende der 60er Jahre die INC-Regierung zur Lockerung des Lizenzverfahrens. Als sich diese Maßnahme zugunsten des Großkapitals und zu Lasten der staatlichen Planung auswirkte, betonte der 4. Fünfjahresplan die Notwendigkeit der Verhinderung von privaten Monopolen und wirtschaftlicher Konzentration, hielt jedoch an der „Mixed Economy" auf der Grundlage der Resolution zur Industriepolitik von 1956 („Industrial Policy Resolution of 1956") fest [135]).

Der Hauptbereich der indischen Volkswirtschaft ist immer noch die Landwirtschaft. Von 184 Mio. indischen Erwerbstätigen im Jahre 1971 arbeiteten 69 % in der Agrarproduktion, 43 % als Bauern und 26 % als Landarbeiter. Der Anteil der Landwirtschaft an der Erzeugung des Nationaleinkommens in Indien beträgt heute etwa 50 % [136]). Trotz seines industriellen Wachstums blieb Indien ein Agrar- und Entwicklungsland. Aufgrund ihrer rückständigen Produktionsweise ist die indische Landwirtschaft nicht in der Lage, die Bevölkerung mit ausreichenden Nahrungsmitteln zu versorgen. Von den etwa 55 Mio. Bauernhaushalten in Indien kann sich ungefähr die Hälfte nicht von der eigenen Nutzfläche ernähren. Ein weiterer großer Teil bringt keine Überschüsse zum Verkauf auf den Markt. Der niedrige Entwicklungsstand der Produktivkräfte macht außerdem die Ernten in starkem Maße von den Witterungsbedingungen abhängig. Hinzu kommt, daß

131) G. H. Schirokov, a.a.O., S. 129 ff.
132) Ebd., S. 130 ff.; R. N. Dubey, Economic Geography of India, Allahabad 1971, S. 403 ff.
133) Fourth Five Year Plan 1969—1974, New Delhi 1970, S. 331 ff.
134) K. Gough und H. P. Sharma (Hrsg.), a.a.O., S. 103 ff.; C. H. Scholz, a.a.O., S. 56—57.
135) G. Freitag und A. Krause, a.a.O., S. 378—379; Fourth Five Year Plan 1969—1974, a.a.O., S. 304 ff.
136) E. Schaller, Zu einigen Aspekten der Agrarfrage in Indien, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 1/1975, S. 73 ff.; G. Myrdal, a.a.O., Bd. II, S. 1030 ff. und 1241 ff.; C. H. Scholz, a.a.O., S. 46 ff.; C. Bettelheim, a.a.O., S. 19 ff. und 176 ff.

die indische Landwirtschaft aufgrund der traditionellen Eßgewohnheiten der Bevölkerung hauptsächlich von der Getreide- und Reisproduktion abhängig ist. Vieh- und Milchwirtschaft spielen eine ganz untergeordnete Rolle [137]).

Die landwirtschaftliche Rückständigkeit erwies sich immer wieder als Hemmschuh industrieller Entwicklung. Die Getreide- und Reismißernten der 60er Jahre führten zu Preiserhöhungen, die wiederum eine nachlassende Nachfrage an Industriegütern zur Folge hatten. Die industrielle und handwerkliche Produktion stagnierte. Die Ernterückschläge verursachten ferner Mangel an von Importen abhängigen Rohstoffen, da die Devisen für Getreideimporte gebraucht wurden. Dies führte wiederum zu schlechten Ergebnissen im Außenhandel [138]).

Der niedrige Entwicklungsstand der landwirtschaftlichen Produktivkräfte beruht auf den vorhandenen Produktionsverhältnissen, die ein Teil des Erbes des Kolonialismus sind. Allein eine fundamentale Umgestaltung der Produktionsverhältnisse im landwirtschaftlichen Bereich kann zur Entfaltung der Produktivkräfte führen. Unabdingbare Voraussetzung einer solchen Veränderung ist eine Bodenreform, die jedoch bis heute nicht vollkommen durchgeführt worden ist. Zwar wurde die Wichtigkeit der Bodenreform vom linken Flügel des INC hervorgehoben. Ihre Durchführung stieß jedoch auf Schwierigkeiten, als sich der rechte Flügel des INC durchsetzte, der eine Lösung der Bodenfrage zugunsten der Landlosen und Landarmen verhinderte [139]). Seit 1955 gibt es in allen Staaten Bodenreform-Gesetze, die seit 1957 in ganz Indien wirksam sind. Sie beseitigten die bisher bestehenden feudalen und halbfeudalen Bodenbesitzverhältnisse (u. a. „Zamindari", „Jagirdari", „Inamdari") und den Pachtwucher der Grundherren. Diese bürgerlichen Agrarreformen führten jedoch nicht zu grundlegenden Veränderungen, insbesondere wurde die Lage der Landarbeiter und der landarmen Schichten nicht verbessert. Die Feudalherren erwarben mit Hilfe der ihnen zugesprochenen Kompensationen einen Großteil des Bodens zurück, der Rest ging auf die wohlhabenden Mittelbauern und Pächter über. Das Verbot von Wucherzinsen wurde von den privaten Verpächtern umgangen [140]). Die Masse der armen Landbevölkerung zwang den INC schließlich, die Frage der Bodenreform erneut aufzugreifen. Die Bundesregierung beschloß eine Limitierung des Bodenbesitzes und die Distribution des Überschußlandes an die landarmen Bauern gegen eine Kompensation. In den Jahren 1955 bis 1964 wurden entsprechende Gesetze in den einzelnen Staaten erlassen, die in der Ausgestaltung jedoch unterschiedlich waren und von den Mittel- und Großbauern mißachtet und umgangen wurden. Da ein Teil der Staaten auf die „Person" und nicht auf die „Familie" als Träger der Bodeneinheit abstellte, übereigneten viele unter die Agrargesetze fallende Landbesitzer ihr Überschußland fiktiv an Familienmitglieder, Hausangestellte usw. Ferner waren u. a. Obstplantagen, Fischteiche und religiösen Organisationen gehörende Ländereien von der Limitierung des Bodenmaximums ausgenommen. Als Ergebnis der Landreform wurden vom 1. Januar 1955 bis zum 1. Januar 1970 lediglich ca. 2 Mio. Acre Boden, das sind 0,6 % der bebauten Ackerfläche, als über dem aufgestellten Limit liegend erklärt und durch den Staat erworben. Davon wurde bis jetzt die Hälfte verteilt [141]). Auch die spätere Entwicklung des Genossenschaftswesens kam den Kleinbauern nicht zugute. Produktionsgenossenschaften sind kaum verbreitet. Kredite durch die Kreditgenossenschaften können von den Kleinbauern nicht in Anspruch ge-

137) Siehe I. Stschedrow, Probleme der indischen Landwirtschaft, in: „Neue Zeit", September 1975, S. 21 ff.
138) Vgl. India 1970. A Reference Annual, a.a.O., S. 366 ff.
139) E. Schaller, a.a.O., S. 73 ff.; G. Myrdal, Anstelle von Memoiren, FrankfurtM. 1974, S. 259 ff.
140) Studien zum Kampf um den sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 158 ff.
141) E. Schaller, a.a.O., S. 75.

nommen werden, da sie nicht genügend Sicherheit leisten können. Die ausweglose Situation der Landarbeiter und armen Bauern führte Ende der 60er Jahre zu einer Landnahmebewegung [142]).

Nach den Mißernten in den 60er Jahren versuchte die Regierung durch eine neue Landwirtschaftsstrategie, die unter dem Begriff „Green Revolution" bekannt wurde, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Durch Elitesaatgut, Einsatz von Chemiedünger und Pflanzenschutzmitteln, Mechanisierung der Landwirtschaftsbetriebe und Erweiterung des Bewässerungssystems sollten die Erträge gesteigert werden. Diese Maßnahmen waren zunächst auf die fruchtbaren Gebiete Indiens, den Norden und Nordwesten, beschränkt. Sie wurden jedoch bald auf die anderen Landesteile übertragen und erfaßten auch den Reis anbauenden Süden [143]). Die „Green Revolution" führte zu einem Ansteigen der Produktion an Brotgetreide von 65 Mio. t 1966 auf 104 Mio. t 1973 [144]). Sie hatte aber gleichzeitig eine Verschärfung der sozialen Gegensätze auf dem Lande zur Folge. Denn lediglich die Groß- und Mittelbauern profitierten von dieser Entwicklung. Die Masse der Kleinbauern besaß dagegen nicht die finanziellen Mittel, die erforderlichen landwirtschaftlichen Maschinen oder den Kunstdünger zu kaufen. Eine Kreditierung schied mangels Sicherheiten aus. Hinzu kommt, daß die neuen Agrarmethoden eine gewisse Betriebsgröße voraussetzten. Damit waren 75 % aller Bauern Indiens von der „Green Revolution" ausgeschlossen. Da sich ihre Erträge nicht erhöhten, waren sie von vornherein im Konkurrenzkampf mit den kapitalistisch wirtschaftenden Bauern unterlegen [145]). Viele Kleinbauern mußten ihr Land aufgeben, wodurch die Zahl der Landlosen ohne Erwerbsmöglichkeit stieg. Die Mechanisierung der Landwirtschaftsbetriebe verschlechterte zusätzlich die Arbeitsmöglichkeiten auf dem Lande. Infolge der agrarischen Überbevölkerung konnten die Groß- und Mittelbauern außerdem die Löhne der Landarbeiter sehr niedrig halten [146]).

Die „Green Revolution" verschlechterte ferner die wirtschaftliche Lage der Pächter. Da die Bodenpreise um das Drei- bis Sechsfache stiegen und auch eine kapitalistische Bewirtschaftung des Landes lukrativ wurde, vertrieben viele Bodenbesitzer die Pächter oder erhöhten den Pachtzins [147]).

Die neuen landwirtschaftlichen Maßnahmen können deshalb nicht als „Revolution" bezeichnet werden. Sie bewirkten keine grundlegende Umgestaltung der sozio-ökonomischen Verhältnisse auf dem Lande.

Insgesamt gesehen, hat Indien nach Erlangung der Unabhängigkeit Fortschritte beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes vor allem im Bereich der Schwerindustrie zu verzeichnen. So nimmt Indien heute in der industriellen Produktion der Weltwirtschaft den zehnten Rang und in der Rohstahlerzeugung den zwölften Platz ein [148]). Darüber hinaus wurden zahlreiche Staudämme und Mehrzweckprojekte errichtet, die der Bewässerung und Stromerzeugung dienen. Etwas mehr als 1/5 aller indischen Dörfer sind in der Zwischenzeit mit elektrischem

142) Land Struggle Chart, in: „New Age" (Weekly) v. 18. 10. 1970, S. 11; Studium zum Kampf um den sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 214 ff.
143) K. Gough und H. P. Sharma, a.a.O., S. 77 ff.; B. Jäckel und C. H. Scholz, „Verlauf und Probleme der ‚Grünen Revolution' in Indien, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 3/1973, S. 135 ff.
144) B. D. Sen, The Green Revolution in India: A Perspective, New Delhi 1974, S. 2 ff.
145) P. C. Joshi, Rural Base. A Review Article, in: „Seminar", Mai 1970, S. 32 ff.; siehe V. M. Dandekar und N. K. Rath, Poverty in India, Bombay 1971, S. 65 ff.; F. R. Frankel, India's Green Revolution. Economic Gains and Political Costs, Bombay 1971, S. 197 ff.
146) Vgl. Government of India. Ministry of Labour: Report 1973—1974, Bd. I, New Delhi, S. 40 ff.; siehe auch R. A. Uljanowski, Der Sozialismus und die befreiten Länder, Berlin (DDR) 1973, S. 101 ff.
147) Siehe F. R. Frankel, a.a.O., S. 197 ff.; E. Schaller, a.a.O., S. 75 ff.; K. Gough und H. P. Sharma (Hrsg.), a.a.O., S. 77—102.
148) G. Freitag und A. Krause, a.a.O., S. 377 ff.

Strom versorgt [149]). Infolge der „Green Revolution" wurde auch die Getreideproduktion erhöht. Im Gesundheits- und Bildungswesen wurden schließlich ebenfalls Verbesserungen erzielt. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist von 32,5 Jahren im Jahre 1947 auf 50 Jahre gestiegen. Die Zahl der Studenten an Fach- und Hochschulen erhöhte sich um 2 Mio. und die Zahl der Schüler an Grund- und Oberschulen um mehr als 50 Mio. [150]).

Doch alle diese Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die soziale und wirtschaftliche Lage der Masse des indischen Volkes nicht verbessert hat. Ende der 60er Jahre lebten noch etwa 40 % der Bevölkerung unter dem Existenzminimum [151]). Steigende Preise und zunehmende Arbeitslosigkeit treffen vor allem die sozial schwachen Schichten. Solange es keine Sozialversicherung gibt und die Armen viele Kinder als einzige Möglichkeit der Altersversorgung betrachten müssen, wird auch das Problem des hohen Bevölkerungswachstums in Indien, das die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich belastet, nicht zu lösen sein. Die Kluft zwischen arm und reich hat sich weiter vertieft. Von der wirtschaftlichen Entwicklung haben ausschließlich die bereits Wohlhabenden profitiert, auf dem Lande die Groß- und Mittelbauern, in den Städten das Großkapital.

(Ein weiterer Aufsatz folgt *))

Drei Beiträge zum Thema „Gleichberechtigung – aber wie?"**)

Von Jutta Menschik, Florence Hervé und Anita v. Holt

I

Die *Gleichberechtigung* wurde nach über 100 Jahre langem Kampf *gewährt* und verspricht der Frau gleiches Recht in sozialer, politischer und juristischer Hinsicht. Damit wird eine bisher benachteiligte Gruppe (die Frauen) auf das Niveau der bisher bevorzugten Gruppe (die Männer) angehoben. Die Arbeiterin wird gleichberechtigt mit dem Arbeiter, die Studienrätin mit dem Studienrat. Daß dieses Prinzip tausendfach in der Praxis durchlöchert wird, weiß jeder von uns.

*) Zur neuesten Entwicklung Indiens seit Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. 6. 1975.
149) Vgl. Economic Survey 1972—1973, New Delhi 1973, S. 110 ff. und 161 ff.; „New Age" (New Delhi) v. 15. 7. 1973; Eastern Economist, Annual Number 1973, New Delhi 1973, S. 1300; India. A Reference Annual 1958, New Delhi 1958, S. 259 ff. und 303 ff.
150) Siehe Fourth Five Year Plan 1969—1974, a.a.O., S. 278 ff.
151) Vgl. „Neues Deutschland" v. 1. 8. 1972.
**) Bei den nachstehenden Beiträgen handelt es sich um für die „Blätter" überarbeitete Referate einer Veranstaltung zum Thema „Gleichberechtigung der Frauen — aber wie?", die am 24. März 1976 in Köln stattfand. D. Red.

Gleichberechtigung, die Parole, der sich auch das Bürgertum anschloß, beseitigt aber nicht Klassenunterschiede, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Daraus folgt, daß Gleichberechtigung zwar einen Schritt nach vorn bedeutet, aber nicht das Ziel ist.

Das Ziel ist eine Gesellschaft frei von Ausbeutung, Zwang und Unterdrückung, Zustände also, unter denen zu leben und zu arbeiten als Glück empfunden werden kann. An diesem Prozeß mitzuwirken, heißt sich emanzipieren. Damit ist Emanzipation nicht allein Frauensache.

„Emancipatio" war ursprünglich die Entlassung des ältesten Sohnes der römischen Familie aus der väterlichen Gewalt. Im Zusammenhang mit der Freiheitsbewegung amerikanischer Negersklaven im Amerika des letzten Jahrhunderts und der Französischen Revolution, in der zum erstenmal Frauen ihre Befreiung forderten, wurde *Emanzipation* zum politischen Kampfbegriff. Freiheit wird üblicherweise nicht gewährt (wie etwa gleiche Rechte), man muß sie sich nehmen. So erklärt sich auch der Bedeutungswandel des Begriffs „Emanzipation": nach Freilassung, Befreiung tritt jetzt das Moment der S e l b s t b e f r e i u n g in den Vordergrund. Trotz aller Vermarktung und alberner Verunglimpfung (wenn z. B. die spezielle Tagescreme für die emanzipierte Sekretärin kreiert wird), gibt es bislang keine treffendere Parole. Emanzipation ist der Einsatz für eine Gesellschaft, die demokratischer, freier und zwangloser werden soll. Wenn dies Aufgabe von Frauen und Männern ist, stellt sich die Frage, warum Frauen besonders herausgefordert sind.

Es liegt auf der Hand, daß die, die schlechter dran sind, auch mehr betroffen sind, d. h. von jedem Stückchen mehr Demokratie und Gerechtigkeit, das erreicht wird, auch mehr zu erwarten haben. Schlechter dran sind in unserer Gesellschaft die Frauen. Sie sind schlechter ausgebildet (von 100 Arbeiterinnen haben nur 6 eine Ausbildung, nur jeder dritte Studienplatz wird von einer Studentin belegt); sie sind schlechter bezahlt (10 Millionen arbeitende Frauen erwirtschaften zwar ein Drittel des Bruttosozialprodukts, müssen sich aber mit nur einem Viertel der Gesamtlohnsumme begnügen); sie sind schlechter angesehen (so versperrt man ihnen Aufstiegschancen, weil Männer die „Schmach" einer weiblichen Vorgesetzten nur schwer verwinden oder aus Furcht, die Frau könne irgendwann einmal ein Kind bekommen). Ob Frauen verkaufen, tippen oder montieren, immer sind die Männer schon eine Stufe weiter.

Gleichberechtigung garantiert also nicht die tatsächliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann, sie verbietet sie lediglich nicht mehr. Hinzugekommen ist allerdings die doppel- bis x-fache Belastung der Frau. So ist sie am „Feierabend" Erzieherin, Köchin, Lebensmittellieferant, Putzfrau, Müll„mann", Gesellschafterin des Ehemannes. Hausfrauen, die ihre Arbeitskraft ganz in den Dienst der Familie gestellt haben, sind zwar unumstrittene Alleinunternehmer in der Küche, Lohn bekommen sie jedoch nicht und Anerkennung nur bedingt.

Am schlechtesten dran aber ist die Arbeiterin. Fast immer *muß* sie arbeiten gehen, und zugleich ist ihr Arbeitsplatz der gefährdetste. 1974 waren von 100 Arbeitskräften 34 Frauen, von 100 Arbeitslosen waren es aber 48. Die Dunkelziffer der Frauen, die sich erst gar nicht arbeitslos melden, läßt sich nur erahnen. Ans Licht gekommen aber ist eine Abschreckungspraxis einiger Arbeitsämter während der jetzigen Krise, die geradezu grundgesetzwidrig ist. So verweigerten sie den Frauen Arbeitslosenunterstützung, wenn diese keine Kindergartenplätze

für ihre Kinder nachweisen konnten. Von der ordentlichen Unterbringung der Kinder wollte man auf die Arbeitswilligkeit der Frauen schließen, und die ist Voraussetzung für die Zahlung des Arbeitslosengeldes. Zwanzig Jahre lang hat man die Frauen arbeiten lassen, ohne an den Bau von staatlichen Kindergärten auch nur zu denken. Jetzt sollten die Frauen für diese „Nachlässigkeit" büßen.

Wie Frau v. Holt berichtet, preßt die Krise das Letzte an Kraft aus den Frauen heraus. Sie dürfen sich dann von der Arbeitsmedizin bescheinigen lassen: „Eine Frau, die fünf Jahre am Fließband gearbeitet hat, ist nicht mehr wert, geheiratet zu werden" („Spiegel"-Report „Arbeitnehmerinnen", 1972).

Die Frauen haben ein Recht darauf, gesellschaftliche Zustände, die sie unterdrücken und diskriminieren, zum Knistern zu bringen — und nicht nur das Papier, auf dem Gleichberechtigung steht. Sie tun es, indem sie nicht lamentieren, sondern handeln. Ausdruck davon ist nicht zuletzt, daß die beiden großen Frauenbewegungen des letzten Jahrhunderts (die bürgerliche unter der Parole „Berufsfreiheit für die Frau" und die proletarische mit der Devise „Schutz vor zuviel Arbeit") heute durch die „neue" Frauenbewegung ergänzt werden. In diesen autonomen Frauengruppen, die sich hauptsächlich während der Kampagne gegen den § 218 gebildet haben, tasten sich Frauen an ein neues Selbstverständnis heran.

Sie denken nach über sich, über die Erziehung ihrer Kinder und über ihre Beziehungen im privaten und beruflichen Bereich. Sie versuchen, ihre Interessen zu bestimmen, sie in Forderungen umzusetzen und durchzufechten. Sie setzen also am Bewußtsein der Frauen an. Man will es — nach dem Vorbild des amerikanischen „Consciousness-Raising" (Bewußtseinshebung) — erweitern. Frauen sollen die ihnen zugemuteten Klischees von Werbung, Medien, Erziehung und Erwartung sprengen. Sie sollen Selbstbewußtsein entwickeln und sich dort verweigern, wo sie mißbraucht werden, sei es im Bett oder im Büro. Nichts dagegen! Es ist aber festzustellen, daß diese Gruppen für andere Programme kaum Kompetenz haben.

Die Mittel für Bildung, Kindergärten, Krankenversorgung werden nicht von den Frauen in Frauengruppen bewilligt, sondern von den regierenden Parteien. Wenn heute in der Bundesrepublik die Frauen fast jeden zweiten Arbeitsplatz besetzen — und zwar (wie ausgeführt) schlechter ausgebildet, schlechter bezahlt und schlechter angesehen als Männer — dann muß *am Arbeitsplatz* dagegen gekämpft werden. Die beste Frauengruppe ersetzt nicht den Weg durch die Institutionen, die das Sagen haben, und *die* Institution, die am Arbeitsplatz Rechte erkämpfen kann, ist die Gewerkschaft. So sollte es für die arbeitende Frau eine Selbstverständlichkeit sein, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Diese Erkenntnis ist weder toll noch neu, aber immer noch richtig (und setzt sich allmählich durch).

Wenn es um die Verteilung von Haushaltsmitteln geht, um die Entscheidung: Lehrer statt Soldaten, Kindergärten statt Parkhäuser, Bildung statt Unternehmersubventionen, dann müssen die Frauen dort präsent sein, wo entschieden wird: in den Parteien, Gewerkschaften und Verbänden, auch wenn diese nicht so attraktiv und hautnah sind wie die eigene Frauengruppe. Und natürlich gibt es eine Fülle wichtiger und vorantreibender Frauenarbeit auch innerhalb der Kirche zu bewältigen. In diesem Zusammenhang möchte ich, als linke Frauenrechtlerin, den Lesern nicht den herrlichen Ausspruch des Politikers und Christen Gustav Heinemann vorenthalten: „Jesus Christus ist nicht gegen Karl Marx gestorben, sondern für uns alle."

Dennoch ist es zu begrüßen, weil so notwendig, daß Frauen sich zusammenschließen. Es kann überaus hilfreich sein, wenn sie dieses unter sich tun, frei von Konkurrenz zu Männern, aber auch untereinander. Es mag mancher Frau den entscheidenden Anstoß zum Nachdenken, zum Engagement für die Sache ihres Geschlechts geben, wenn sie erfährt, daß ihre Konflikte weder einzigartig, noch eigenem Versagen zuzuschreiben sind. Deshalb bin ich für diese Form der Organisierung von Frauen — *aber:* die Frauengruppen mögen etwas in Bewegung setzen, doch sind sie nicht die Bewegung selbst.

Wenn ich sie bejahe, als Möglichkeit des ersten Anstoßes, verneine ich sie in einigen programmatischen Punkten:

— Wenn sie die Frauen mit der Parole „Verweigerung der Arbeit" verwirren; denn welche Möglichkeit haben Frauen sonst, relative Unabhängigkeit zu erlangen?

— Wenn sie die Hausfrauentätigkeit, die zweifellos gesellschaftlich notwendig ist, so falsch aufwerten, daß sie die Illusion vom „Lohn für die Hausarbeit" verbreiten. Ich frage, wer denn den Lohn bezahlen soll — die Ehemänner? Unfreier kann die Frau wohl kaum noch werden, es sei denn als Arbeitnehmerin des Gatten.

— Wenn sie die „Intimverstörung" ausstreuen, das Muttersein allein sei wichtigste Tat der Frau.

Ich weigere mich auch, die Sexualität als Dreh- und Angelpunkt der Frauenfrage anzusehen. Eher sehe ich in den publizistisch so aufgewerteten Analysen über Vergewaltigungstragödien und Geschlechtsverkehr vor, in und neben der Ehe ein Ablenkungsmanöver von dem, was so bitter nötig ist: nämlich Besinnung über die ganze Lage — den Beruf, den Alltag, die Partnerschaft mit Ehemann, Freund oder Freundin —, eben das weniger Sensationelle. Sexualität als Kernpunkt der Frauenfrage zu setzen, konstruiert darüber hinaus eine unüberwindliche Feindschaft zwischen Mann und Frau, endet also in einem unlösbaren Konflikt. (Es sei denn, man antizipiert eine Zukunft, in der beide ihr Geschlecht aufgeben werden. Mich selbst hat die Existenz zweier Geschlechter nie gestört, wohl aber die Höherbewertung des einen und die Unterprivilegierung des anderen.) Dagegen läßt sich die marxistische Emanzipationsvorstellung Utopie als Lösung zu Ende denken: Wenn letztlich Emanzipationskampf gleich Klassenkampf ist, so heißt das, daß im Verlauf des Prozesses die Menschen ihre Klassenzugehörigkeit abstreifen. In dieser Emanzipationsvorstellung gibt es für alle eine menschliche Zukunft: Aus Herrschern und Unterdrücktern werden Freie und Gleiche.

Zurück zum Ausgangspunkt heißt dies für mich: Es ist richtig und notwendig, sich über neue Formen von Sexualität und Liebe auseinanderzusetzen. Aber diese Auseinandersetzung muß den Kampf für die Rechte der Frauen bereichern und kann ihn niemals ersetzen. Eine Gesellschaft, die sich auf diese Auseinandersetzung einläßt, aus der die Frauen als wirklich Gleichberechtigte hervorgehen, wird anders aussehen als die heutige — und nicht nur die Frauen werden davon profitieren.

Jutta Menschik

II

Es ist wohl zur Mode geworden: alle reden von Gleichberechtigung. Es hat sich herumgesprochen, daß in der Bundesrepublik die Gleichberechtigung mehr auf dem Papier steht, als in Wirklichkeit praktiziert wird. Und inzwischen sind alle Parteien und Ideologen dieses Systems — mindestens verbal — für die Gleichberechtigung der Frau; oder, besser gesagt, sie sind gezwungen, sich zur Gleich-

berechtigung der Frau zu bekennen. Dieses Bekenntnis reicht bis zur CSU, die in ihrem Entwurf für ein Grundsatzprogramm dafür eintritt, daß „die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in der arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Gleichstellung der Frau ihren Ausdruck findet". Die CDU, so heißt es in der Broschüre „Offensive für die Frau", hat „den politischen Willen, die Frau als wirklich gleichberechtigten Partner in die Gesellschaft einzubeziehen". Die SPD verpaßt keine Gelegenheit, die Notwendigkeit der Gleichberechtigung zu proklamieren; allerdings scheint sie häufig Gelegenheiten zu verpassen, ihre Worte in Taten umzusetzen. Die herrschenden Parteien haben wohl etwas anderes im Kopf als die Gleichberechtigung der Frau: sie sind nicht gewillt, bzw. sie sind gar nicht in der Lage, die gesetzlich fixierte Gleichberechtigung, die von ihnen ständig gefordert wird, durchzusetzen. Denn die Gleichberechtigung der Frau stößt an die Grenze dieses Systems.

Ein besonders krasses Beispiel dazu: seit Jahren fordern Gewerkschaften, Frauen und fortschrittliche Ärzte Maßnahmen gegen die wachsende Mütter- und Säuglingssterblichkeit und die Erhöhung der Mutterschutzfristen. Nun erklärte die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Frau Eilers letztes Jahr im Bundestag: „Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, daß es in der gegenwärtigen Arbeits- und allgemeinen Wirtschaftslage nicht darum gehen kann, die bestehenden Mutterschutzfristen zu erweitern." Entscheidende soziale Reformen scheitern also daran, daß man nicht bereit ist, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und die Prioritäten im Bundeshaushalt neu zu setzen.

Interessant ist, daß in keinem kapitalistischen Land, trotz internationaler Verträge, der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" sich tatsächlich im Geldbeutel der Frau niederschlägt. Weil er eben an die Grundlagen dieses Systems, an die Macht der Unternehmer stößt. Lenin sagte 1919: „In der bürgerlichen Republik (d. h. dort wo das Privateigentum an Grund und Boden, an Fabriken und Werken, an Aktien existiert), und sei es die demokratischste Republik, gibt es für die Frauen nirgends in der Welt, in keinem noch so fortgeschrittenen Land, volle Gleichberechtigung." Dies gilt heute noch.

Was wollen nun die Frauen, wenn sie die Gleichberechtigung fordern?

— Gleicher Lohn für die Arbeiterin? Aber mit wem? Mit dem Arbeiter, der 500 DM mehr verdient, aber selbst Opfer der kapitalistischen Ausbeutung ist? Oder Gleichberechtigung für einen unsicheren, sogenannten „freien" Arbeitspatz?

— Wollen die Frauen gleiche Ausbildungschancen? Aber unter unseren schulischen und berufsschulischen Bedingungen haben nicht einmal die Jungen, und insbesondere die Arbeiterkinder, die Möglichkeit, ihre Ausbildung frei zu wählen, bzw. eine Lehrstelle überhaupt zu erhalten!

— Gleiche Rente für den Rentner wie für die Rentnerin? Aber selbst die Rente des Rentners ist meist völlig unzureichend!

— Gleiche Berufsperspektiven und Zukunftschancen? Aber mit wem? Mit dem Arbeiter, mit dem Unternehmer?

Damit soll nichts gegen die Gleichberechtigung gesagt werden. Solche Rechte wie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit oder gleiche Lehrpläne für Jungen und Mädchen können die Kampfbedingungen der Frauen verbessern, und sie verbessern die tatsächliche Lage der Frauen. Sie reichen aber nicht aus. Wenn man die Gleichberechtigung konsequent durchdenkt, dann stößt man an die Frage nach der Emanzipation, nach der Befreiung der Menschen überhaupt. Clara Zetkin

sagte 1920 dazu: „Die Frauenfrage ist keine Frage an und für sich, die durch Reformen zugunsten des weiblichen Geschlechts auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft und innerhalb der bürgerlichen Ordnung gelöst werden könne ... Die Frauenfrage ist nur ein Teil der großen sozialen Frage, und sie kann nur mit ihr zusammengelöst werden." Solange die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht, kann es keine endgültige Befreiung der Frau geben.

Muß man demnach auf den Sozialismus warten, für die Befreiung der Frau? Was tun?

Zunächst muß man sich Klarheit darüber verschaffen, wie es um die Frauenfrage *heute* steht.

Zum erstenmal in der Geschichte erfaßt sie alle Bereiche des Lebens, und sie trifft immer breitere Schichten von Frauen.

Die Einbeziehung neuer Schichten von Frauen in den Produktions- und Ausbeutungsprozeß bewirkt u. a., daß mehr und mehr Frauen *unmittelbar* mit den Übeln dieses Systems konfrontiert werden. Aber auch die Hausfrauen erfahren heute die Verschärfung der sozialen Frage: durch die hohen Mieten und steigenden Lebenshaltungskosten, durch die Schulmisere und die unzureichenden Sozial- und Kindereinrichtungen: sie werden indirekt in der Familie und in der Öffentlichkeit mit den sozialen Mißständen und Benachteiligungen konfrontiert. Die Frauenfrage als soziale Frage stellt sich weiterhin für die Kleinbourgeoisie in Stadt und Land, in zunehmendem Maße für die weiblichen Angestellten und für die Intelligenz, die längst nicht mehr zu den Privilegierten dieses Systems gehören.

Ein Beispiel dazu: Frauen, die im wissenschaftlichen Bereich tätig sind, erfahren zunehmend die Widersprüche dieses Systems: einerseits werden sie besonders mit reaktionären Einstellungen und Stereotypen zur Begabung der Frau konfrontiert — es ist übrigens kein Zufall, wenn heute diese Begabungstheorien wieder aufblühen —, andererseits müssen sie feststellen, daß die technisch-wissenschaftliche Entwicklung zwar objektiv immer größere quantitative und qualitative Möglichkeiten für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und die Nutzung der Fähigkeiten der Frauen beinhaltet, sie selbst aber vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt kaum profitieren. Sie müssen feststellen, daß die Wissenschaften, da eng mit Großkapital und Industrie verbunden, nicht im Dienst der Frauen und der arbeitenden Menschen stehen. Arbeitsmedizin und Humanmedizin sind Wissenschaften, die völlig vernachlässigt sind: schaut man sich den Etat des Bundesministeriums für Forschung und Energie an, so wurden dort 1975 28 % aller Ausgaben der Zielstellung „Erhaltung und Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit" zugeordnet; 40 % für Energieforschung sollten den Großkonzernen das Risiko abnehmen — für den sogenannten Schwerpunktposten „Humanisierung der Arbeitswelt" blieben 0,9 % aller Ausgaben!

Wissenschaftliche Erkenntnisse, die den Frauen zugutekommen — ich denke an die Selbstbestimmung der Frau bei einem Schwangerschaftsabbruch — (mit den sichersten medizinischen Methoden), werden von den reaktionären Kräften dieses Landes in Frage gestellt, bzw. zunichtegemacht. Schließlich erfahren mehr und mehr im wissenschaftlichen Bereich Tätige, daß auch ihnen Arbeitslosigkeit nicht erspart bleibt.

Diese Frauen sind also auch interessiert an ihrer Gleichberechtigung und der Emanzipation der Gesellschaft.

So zeigt sich der globale Charakter der Frauenfrage — einerseits in der ständigen Einbeziehung neuer Schichten von Frauen, andererseits in dem Faktum, daß es sich unsere Gesellschaft langfristig nicht leisten kann, eine solche Vergeudung weiblicher Talente und Fähigkeiten zuzulassen.

Diese Breite aber auch Vielfältigkeit der Frauenfrage führt heute dazu, daß zwar wachsende Möglichkeiten für die Mobilisierung von Frauen gegeben sind, gleichzeitig aber dieser Prozeß der Bewußtwerdung ungeheuer kompliziert und widersprüchlich geworden ist. So beobachtet man eine Fülle von Teillösungen und Vorschlägen in dieser Frage sowie ein Wiederaufleben vulgärfeministischer Tendenzen. So ist der Aufstand gegen den Mann oft die erste Reaktion der Frau, die sich zunächst im privaten Bereich Problemen und Diskriminierungen gegenübergestellt sieht. Der Aufstand ist verständlich, nur muß man sich darüber im klaren sein, daß er an sich nichts verändert. Auch ein verändertes Bewußtsein der Frau schafft allein noch keine besseren und humanen Arbeits- und Lebensbedingungen. Das Herumdoktern an Erscheinungsformen führt in eine Sackgasse, wenn nicht die Ursachen der Benachteiligungen erkannt werden.

Möglichkeiten für die Frauen, sich für ihre Interessen einzusetzen, gibt es viele: überall dort, wo sie ihre Betroffenheit ausdrücken können —, sei es in Frauengruppen, in Parteien, in Gewerkschaften, in Mieter- und Elterninitiativen, in Abrüstungsinitiativen, in fortschrittlichen Studenten- oder Wissenschaftlerorganisationen. Indem sie um ihre Gleichberechtigung kämpfen, bringen sie die Lösung der großen sozialen Frage voran. Und je größer der soziale Fortschritt ist, desto mehr kann zur Gleichberechtigung der Frau getan werden.

Florence Hervé

III

Seit Jahren wird in der Öffentlichkeit immer wieder über die Situation der Frauen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft diskutiert. Ich weiß nicht, ob ich in der Lage sein werde, zu dem Gesagten noch viel Neues hinzuzufügen. Ich weiß nur, daß es ein Thema ist, das uns Frauen immer noch bewegt. Denn wir berufstätigen Frauen sind die Stiefkinder der Arbeitswelt.

Auch im vergangenen Jahr, im sogenannten Jahr der Frau, mußten die berufstätigen Frauen wiederum erfahren, wie die Unternehmer die Wirtschaftskrise nutzen, um die Lohndiskriminierung noch zu verschärfen.

Zwar erreichte die IG Metall bei den Tarifverhandlungen in NRW, daß ab Januar 1976 die Lohngruppe II um 2 %, d. h. von 80 auf 82 % des Ecklohnes angehoben wurde (Ecklohn = 100 % = Basislohn); z. B. Ecklohn = 6,13 DM, 80 % von 6,13 = 4,90 DM + 2 % = 4,99 DM. Dieser spärliche Erfolg wurde zum großen Teil durch die Aktivität und das Engagement der berufstätigen Frauen erreicht. Jedoch in 104 von 306 Tarifverträgen existieren noch immer Leichtlohngruppen, in denen fast nur Frauen eingestuft sind. In der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, aus der ich komme, ist im Tarifvertrag der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" schon seit 15 Jahren tariflich abgesichert. Aber bei uns wird der Tarifvertrag dadurch umgangen, daß man den Männern weit höhere übertarifliche Leistungszulagen gibt, trotz gleichwertiger Arbeit und Leistung.

Einige Zahlen zur Verdeutlichung: Der Stundenlohn im Bundesdurchschnitt beträgt in der Textilindustrie für Männer 9,87 und für Frauen 7,05 DM. In der

Bekleidungsindustrie liegt der durchschnittliche Stundenverdienst für Männer bei 8,07 DM und für Frauen bei 6,69 DM.

In unserem Betrieb verdienten die Männer im Zuschnitt einen Stundenlohn von ca. 10,60, die Frauen dagegen 7,20 DM. Als wir nun versuchten, gegen diese Benachteiligung vorzugehen und den gleichen Lohn forderten wie die Männer, zog man den Männern die Zulage wieder ab. Damit erreichte die Firma, daß der Zwiespalt zwischen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern noch verstärkt und ein solidarisches Vorgehen gegen die Lohndiskriminierung unmöglich gemacht wurde.

Durch das Statistische Bundesamt in Wiesbaden wurde im April vergangenen Jahres bestätigt, daß sich die Lohnschere zwischen den Frauen- und Männerlöhnen in den letzten Jahren kaum verringert hat.

Im April 1974 verdiente eine Industriearbeiterin rund 71 % des Bruttolohnes eines männlichen Kollegen. Die weibliche Angestellte erhält sogar nur 63 % des Männergehaltes. Das Statistische Bundesamt ergänzte diese Veröffentlichung mit der Feststellung, daß in den äußersten Fällen die Frauen nur auf Löhne und Gehälter kommen, die bei den Männern die *unterste* Verdienstgrenze bilden.

Diese diskriminierenden Zustände dauern nun schon mehr als 20 Jahre, und noch keiner Bundesregierung ist es eingefallen, dagegen gesetzlich etwas zu unternehmen, obwohl sie nach dem Verfassungsauftrag in Artikel 3 des GG dazu verpflichtet wäre.

Auf diese Frage, was der Staat unternimmt, um die skandalöse Lohndiskriminierung der Frauen zu beseitigen, um dem Verfassungsauftrag Gültigkeit zu verschaffen, gibt die juristische Praxis in der BRD ausreichende und entlarvende Antwort.

In einer heute noch gültigen Urteilsbegründung eines ordentlichen Gerichts von 1955 heißt es wörtlich: „Sollte eine solche Methode der Tarifaufgliederung (für leichte Arbeit) dazu führen, daß Frauen alsdann geringer entlohnt werden, weil gerade sie es sind, die die leichte Arbeit oder überwiegend leichte Arbeit leisten, so bestehen dagegen keine rechtlichen Bedenken" („Süddeutsche Zeitung" vom 2. Oktober 1974).

Das bedeutet nichts anderes, als daß in der BRD mit Hilfe sogenannter Leichtlohngruppen die doppelte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte fest untermauert wurde. Denn 89 % aller Arbeitnehmerinnen in der BRD haben ein Monatseinkommen von unter 800,— DM, und 45 % von unter 600,— DM. Für jeden Unternehmer bringt das pro Frau und pro Monat 120,— bis 170,— DM zusätzlichen Profit.

Das ist ungefähr das Haushaltsgeld, mit dem eine vierköpfige Familie häufig eine Woche lang auskommen muß.

Viele Frauen verdienen gerade so viel, wie sie für die Monatsmiete ihrer Wohnung bezahlen müssen.

Die Unterbezahlung der Frau wird auch im Rentenalter wiederum sichtbar.

Die Löhne vieler Frauen sind so gering, daß ihre Rente nach einem arbeitsreichen Leben gerade den Satz, der vom Sozialamt vorgeschrieben ist, erreicht. In meiner Praxis als Betriebsrätin erlebe ich es immer wieder, daß Kolleginnen sich von mir die Rente ausrechnen lassen und über das kümmerliche Ergebnis verzweifelt

sind. „Aber ich habe doch mein ganzes Leben gearbeitet", ist ihr hilfloser Kommentar. Früher bekamen die Frauen auf Grund ihres Geschlechts weniger Lohn. Und heute liefern die Leichtlohngruppen den Unternehmern die juristische und tarifliche Handhabe dafür, Frauen mit Niedriglöhnen abspeisen zu können.

Solange die Frau, nach dem in unserer Gesellschaft gültigen Leitbild nur als Dazuverdienerin gesehen wird, wird es gerade jetzt in der Wirtschaftskrise schwer sein, die Lohndiskriminierung zu beseitigen.

Darum darf die Berufstätigkeit der Frau nicht länger als Übergangsregelung für die Zeit bis zur Ehe oder als Möglichkeit, etwas hinzuzuverdienen, gesehen werden.

Die Benachteiligung der Frau am Arbeitsplatz wird besonders in Zeiten der Rezession sichtbar. Denn in Zeiten der Hochkonjunktur werden sie als gewinnerzielendes Objekt gesucht, dafür dann in Krisenzeiten, wie jetzt, als erste auf die Straße geworfen.

Das Gespenst der Existenzangst und die Sorge um den Arbeitsplatz preßt das letzte an Kraft aus den Frauen heraus.

Einerseits werden die Akkordleistungen „bis zum gehtnichtmehr" gesteigert, anderseits die Sozialleistungen (z. B. Fahrgeldzuschüsse, Leistungszulagen) gestrichen.

Soeben erschienen

Frauenaktion Dortmund

Schwangerschaft und der neue § 218

Abtreibung in der BRD. Praxis und Möglichkeiten.

Handbuch für Frauen.

Kleine Bibliothek, Bd. 74, 204 Seiten, DM 9,80

Aus dem Inhalt: Wie können wir Schwangerschaften verhüten? — Welche Methoden des Schwangerschaftsabbruchs gibt es? — Wo werden bisher medizinisch einwandfreie Abtreibungen gemacht? — Wie arbeiten holländische Kliniken? — Wie es zu dem neuen § 218 kam; wie sieht das neue Gesetz aus; wie kann man das Gesetz besser verstehen? — Wie kann man einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen? — Frauen berichten über ihre Erfahrungen mit legalen Schwangerschaftsabbrüchen: Medizinische Indikation, Kriminologische Indikation, Eugenische Indikation, Soziale Indikation. — Welche Ziele haben Frauengruppen; wer ist die FAD? — Adressen: Frauengruppen in der BRD und Westberlin, Pro Familia-Beratungsstellen, Modellberatungsstellen, Holländische Abtreibungskliniken, Genetische Beratungsstellen, Richtlinien zur Schwangerschaftsvorsorge.

Pahl-Rugenstein

Doch trotz der Rezession, der Angst um den Arbeitsplatz sind viele Frauen nicht mehr bereit, sich mit den Gegebenheiten abzufinden. Denn einerseits steigen die Lebenshaltungskosten täglich, anderseits wird der Lohn trotz höherer Leistung abgebaut.

Die Frauen erkennen in zunehmendem Maße, daß ihre Rechte, und damit verbunden auch die Gleichberechtigung, sowie jeder soziale Fortschritt nur durch aktiven Einsatz für die eigenen Interessen erkämpft werden kann.

Immer mehr Frauen organisieren sich in Gewerkschaften (Steigerung des Organisationsgrades von 15 % auf 20 % in den letzten 2 Jahren) und in gesellschaftlichen Organisationen, um gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Anita v. Holt

Bücher

Ein Durchbruch in der „Kommunismusforschung" – nicht weniger, aber auch nicht mehr

Von Rainer Rilling

Klaus v. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern, R. Piper & Co. Verlag, München/Zürich 1975, 411 S., 58,— DM.

I

Die innerwissenschaftliche Situation, in der die umfangreiche Studie des Heidelberger Politikwissenschaftlers v. Beyme erscheint, bestimmt auch die Wissenschaftsstrategie des Autors. Für Beyme sind die traditionellen Instrumente, Techniken, Leitkonzeptionen und Weltanschauungen der bürgerlichen Kommunismusforschung und das innerwissenschaftliche Niveau dieser Disziplin weitgehend inakzeptabel. Die Kommunismusforschung ist noch heute weithin beherrscht von verfeinerten, z. Z. wieder stark expandierenden Totalitarismusansätzen und, vor allem, von einer Industriegesellschaftskonzeption, in die unterschiedliche Varianten der Modernisierungstheorie eingebettet sind [1]). Gemessen an dem objektiven personellen und materiellen Wissenschaftspotential der bürgerlichen Kommunismusforschung in den USA und der BRD [2]), sind die Resultate dieser Wis-

1) Zur Modernisierungstheorie vgl. H.-U. Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975; P. H. B. Godwin, Communist Systems and Modernization: Sources of Political Crises, in: „Studies in Comparative Communism", 1—2/1973, S. 107 ff.

2) Entsprechende Angaben finden sich in Arbeiten zur Kommunismusforschung, die in den letzten drei Jahren in den Zeitschriften „IPW-Berichte" und „Deutsche Außenpolitik" erschienen.

Beymes Arbeit die empirischen Belege weitreichender Behauptungen öfters eklektizistisch und zudem veraltet sind. Das ist bei der Spannweite des Themas verständlich, führt aber zu offenbaren Verzerrungen, z. B. bei der Behandlung der betrieblichen Partizipation in der DDR. Ludz nennt Beispiele, um Eklektizismus und damit Irrelevanz belegen zu können. Dabei verfälscht er Beyme grob; gerade die von Ludz herangezogenen Beispiele sind nicht eklektizistisch, da sie entweder explizit als solche hervorgehoben wurden oder gekoppelt waren an verallgemeinernde Tabellen.

3. Paßt die sozialistische Realität Ludz nicht ins Konzept, wird sie geleugnet. Vorsichtshalber erklärt er dabei, es sei Beyme, dem es an „Sinn für die politische Realität" fehle. Geleugnet wird von Ludz, daß es eine eindeutige Tendenz zur Einkommensangleichung in den sozialistischen Ländern gibt. Geleugnet wird, daß die Durchsetzung sozialer Grundrechte wie die Abschaffung der Arbeitslosigkeit, die Angleichung der Löhne für gleiche Arbeit, die materielle Gleichberechtigung der Geschlechter, die soziale Absicherung im Alter, die Brechung des Bildungsmonopols — daß dies alles in der UdSSR seit Jahrzehnten, in der DDR seit den fünfziger Jahren geleistet ist. Doch wer hierzulande — wie Beyme — derlei schlichte Daten festhält, ersetzt Wissenschaft durch „puren Glauben" (Ludz).

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Zum Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute

Zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, legen die fünf größten Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)) ein gemeinschaftliches Gutachten vor, in dem sie die jeweilige wirtschaftliche Situation beurteilen und Prognosen erstellen.

Die Institute sind zwar formell unabhängige und private wissenschaftliche Einrichtungen, aber schon der hohe Anteil öffentlicher Mittel bei der Finanzierung — bis zu 80 Prozent — deutet an, daß sich die Arbeit der Institute keineswegs im „unpolitischen" Bereich bewegt.

Die Gemeinschaftsgutachten, mit erheblichem Aufwand an publizistischem Begleitfeuer veröffentlicht, sind neben dem Sachverständigengutachten und dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung die dritte Institution, die vom scheinbar über allen Interessen stehenden Standpunkt der reinen Wissenschaft in die wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen eingreift. Obwohl es im einzelnen durchaus gewisse Unterschiede gibt, stehen alle drei Gutachten fest auf dem Boden des konservativen Flügels der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft mit ihrem Glauben an die Allmacht des Marktes, der bloß von den Störungen durch eine nicht marktkonforme Tarifpolitik der Gewerk-

schaften und durch zu große Ansprüche (sozialer Art) an die öffentlichen Haushalte geschützt werden muß.

Das diesjährige Frühjahrsgutachten war sich großer Aufmerksamkeit gewiß, wurde es doch in einer Periode konjunktureller Veränderungen und zudem noch vor Bundestagswahlen veröffentlicht.

Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechung, Veränderug in % gegenüber dem Vorjahr in Preisen von 1962 (real)

	Prognose 1975	Ist 1975	Prognose 1976
Erwerbstätige	— 2,5	— 3,2	— 1,0
Arbeitsproduktivität	+ 4,0	+ 1,4	+ 5,0
Bruttosozialprodukt	0—1	— 3,4	+ 5,5
darunter:			
Staatsverbrauch	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,0
Privater Verbrauch	+ 3,0	+ 2,2	+ 3,5
Anlageinvestitionen	— 3,0	— 4,8	+ 4,0
Ausfuhr	0,0	— 8,9	+ 8,0
Bruttolohn- und -gehaltssumme [1]	+ 5,5	+ 3,5	+ 7,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [1]	+ 11,5	+ 3,1	+ 14,5
Nettolohn- und -gehaltssumme [1]	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [1]	+ 16,5	+ 5,3	+ 17,0
Abschreibungen [1]	+ 12,0	+ 8,9	+ 7,5
Lebenshaltungskosten	+ 5,5	+ 6,1	+ 4,5

[1] In jeweiligen Preisen.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 18—19/1975 und 16—17/1976.

Der Vergleich zwischen Prognose und Ergebnis 1975 zeigt, wie groß die Fehlerbreite dieser Prognosen auch dann noch ist, wenn sie sich auf sehr kurze Zeiträume erstrecken.

Die Treffsicherheit der Projektionen scheint daher in starkem Maße dem Zufall zu unterliegen, so daß sie als Grundlage für politische Entscheidungen ungeeignet sein dürften. Es ist daher schon erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit die prognostizierten Daten in der öffentlichen Auseinandersetzung als gesicherte Grundlagen für politische Empfehlungen — meist an die Gewerkschaften gerichtet — benutzt werden.

Diese Sicherheit wird im übrigen von den Gutachten selbst nicht gedeckt: dort wird durchaus auf einige Unsicherheitsfaktoren hingewiesen. Das kann gegenüber den Instituten allerdings nicht als Entschuldigung angeführt werden: sie sind sich bewußt, in welchem Sinne ihre Zahlen politisch benutzt werden.

Das Gutachten selbst ist als besonders „optimistisch" bewertet worden. Das betrifft allerdings nur einige Aspekte der konjunkturellen Entwicklung, vor allem das Wachstum des Sozialprodukts und die Unternehmergewinne.

Dagegen sind die Projektionen hinsichtlich der Beschäftigung und der Löhne und Gehälter durchaus pessimistisch — betrachtet vom Standpunkt der Betroffenen.

So soll die Zahl der Erwerbstätigen trotz eines kräftigen Aufschwungs weiter zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit wird also nur deshalb nicht zunehmen, weil die Beschäftigungsabnahme auf statistisch „unauffällige" Kategorien entfällt: ausländische Arbeiter, Frauen, Jugendliche. Pessimistisch ist die Prognose auch hinsichtlich der Entwicklung der Löhne und Gehälter, obwohl die angenommene Zunahme der Bruttoarbeitseinkommen in Höhe von 7 % eher überhöht erscheint. Denn bei Tarifabschlüssen um 5,4 % und einem im wesentlichen unveränderten Arbeitsvolumen — abnehmenden Beschäftigtenzahlen steht in der Projektion eine leichte Zunahme der Arbeitszeit gegenüber — dürfte das Wachtum insgesamt geringer sein.

Daher ist die Prognose über die Entwicklung des privaten Verbrauchs mehr als gewagt. Denn fast alle Größen, die dessen Entwicklung bestimmen, entwickeln sich langsamer als im Vorjahr.

Der wichtigste Posten, der immerhin etwa 60 % der privaten Nachfrage ausmacht, die Nettolohn- und -gehaltssumme, wird real zurückgehen, wenn man die Daten der Prognose zugrunde legt.

Auch die „laufenden Übertragungen" — d. h. Renten, Unterstützungen usw. — werden bedeutend langsamer zunehmen als im Vorjahr. Die emporschnellenden Unternehmergewinne aber werden nur zu einem geringen Teil in den Konsum fließen.

Die Hoffnung der Gutachter auf eine Senkung der Sparquote zugunsten des privaten Verbrauchs hat kaum eine reale Grundlage. Gegenwärtig scheint sich zwar ein gewisser zurückgestauter Nachholbedarf vor allem bei der Anschaffung von langlebigen Konsumgütern bemerkbar zu machen. Dieser Nachholbedarf aber ist seinem Umfang nach begrenzt. Das laufende Konsumverhalten jedoch wird wesentlich von den laufenden Einkommen, den Zukunftsaussichten und von der Beschäftigungslage bestimmt. Es ist daher kaum anzunehmen, daß sich das Sparverhalten 1976 grundlegend und dauerhaft verändert.

Die Prognose des privaten Verbrauchs steht und fällt auch mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Verbraucherpreise.

Hier aber ist die Prognose besonders unrealistisch. Die Gutachter scheinen Opfer ihrer eigenen, im Widerspruch zur Realität stehenden Ideologie geworden zu sein: „Die Lohnabschlüsse für 1976 lassen bei nun wieder kräftigem Produktivitätsanstieg eine Stabilisierung der Kosten im Unternehmensbereich zu. Die Expansion der Nachfrage trifft in den meisten Bereichen angesichts der Unterauslastung auf ein sehr elastisches Angebot. Der Wettbewerbsdruck bleibt also groß und dürfte die Möglichkeit der Unternehmen, die Preise zu erhöhen, eng begrenzen."

Doch die Vergangenheit hat gezeigt, daß weder niedrige Lohnabschlüsse noch fehlende Nachfrage Preiserhöhungen verhindert haben. Und schon jetzt läßt sich feststellen, daß die großen Unternehmen — sinkende Lohnkosten hin, Unterauslastung her — die Preise kräftig heraufsetzen. Dafür sprechen nicht nur die Preiserhöhungen im Automobilbereich. Die Stahlpreise wurden zu Jahresbeginn kräftig heraufgesetzt, Bleche waren allein im Februar mehr als 10 % teurer als im Januar. Die Chemiefaserpreise wurden erst im März um durchschnittlich 7 bis 10 % erhöht, die Ruhrkohle AG plant, nach einer sechsprozentigen Preiserhöhung im Januar, eine weitere Heraufsetzung.

Selbst wenn diese Erhöhungen nicht unmittelbar auf die Lebenshaltungskosten durchschlagen und die Lebensmittelpreise, die bisher die Hauptpreistreiber waren, saisonal etwas langsamer steigen sollten, dürfte eine dauerhafte Senkung der Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten nicht zu erwarten sein.

Rein rechnerisch ist diese Prognosezahl schon überholt: das Gutachten rechnet für das erste Halbjahr 1976 mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten um 5 Prozent. Doch im ersten Quartal lag sie schon bei 5,4 Prozent, mit eher aufwärtsgerichteter Tendenz.

Da die Preisentwicklung — wie gezeigt — für die Entwicklung der privaten Nachfrage wichtig ist und diese wiederum Teil der gesamten Nachfrage ist, gründet sich die gesamte Prognose auf unsicheren Boden.

Das gilt auch für eine andere konjunkturell bedeutsame Größe, die Investitionstätigkeit. Der gegenwärtigen wirtschaftlichen Belebung, gegründet auf den Nachholbedarf an langlebigen Konsumgütern, zunehmenden Export und den Aufbau von Vorproduktelagern, fehlt noch immer die Basis einer kräftigen Belebung der Investitionstätigkeit. Während der Aufschwung 1968/69 vorwiegend durch die Neuanlage fixen Kapitals getragen war, fehlt diese Grundlage gegenwärtig völlig. Selbst die projizierte Zunahme um 4 % würde eine weitere Senkung der volkswirtschaftlichen Investitionsquote bedeuten. Aber auch diese 4 Prozent scheinen eher übertrieben. Die Auftragsentwicklung der Maschinenbauindustrie ist nach wie vor gedrückt, die Erwartungen sind gedämpft.

Die immer noch langsame Akkumulation von fixem Kapital trotz steigender Profite demonstriert, daß wichtige Disproportionen in der Gesamtwirtschaft noch nicht beseitigt

sind. Die Auslastung der Kapazitäten ist noch immer niedrig, Erweiterungsinvestitionen werden kaum getätigt. Daher weist die konjunkturelle Entwicklung auch heute noch trotz positiver Daten große Risiken auf.

Die geringe Investitionstätigkeit demonstriert aber auch handgreiflich, daß der Zusammenhang Profite — Investitionen nicht in jeder konjunkturellen Phase funktioniert. Zwar sind die Nettoeinkommen der Unternehmer 1975 bedeutend langsamer gestiegen als projiziert, aber immer noch schneller als die Nettoarbeitseinkommen. Zudem hat sich die Entwicklung der Gewinne schon im zweiten Halbjahr 1975 erheblich beschleunigt, so daß die Gewinnprognose für 1976 im großen und ganzen realistisch sein dürfte. Demnach werden die Nettogewinne etwa fünfmal so schnell steigen wie die Nettolöhne und -gehälter. Die Investitionen müßten, wären sie in der allzuoft behaupteten Weise von den Gewinnerwartungen abhängig, geradezu sprungartig zunehmen. Das aber wird nur dann geschehen, wenn die Entwicklung der Absatzmöglichkeiten Erweiterungsinvestitionen sinnvoll erscheinen läßt.

Daß dieser Aspekt in der Analyse der Institute fast völlig fehlt, muß selbst im Rahmen der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre wissenschaftlich unvertretbar erscheinen. Angesichts rasch zunehmender Gewinne, real sinkender Löhne und unausgelasteter Kapazitäten ist es auch für einen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler, der über den Rahmen des gegebenen Wirtschaftssystem nicht hinauszudenken wagt, nicht mehr vertretbar, ein „Wiederaufflammen von Verteilungskämpfen" als eines der wichtigsten Risiken des Aufschwungs zu bezeichnen. Selbst wenn die Daten des Frühjahrsgutachtens zum Ausgangspunkt genommen werden, sind angesichts der gegenwärtigen Preisentwicklung erheblich bessere Lohnabschlüsse notwendig als die der letzten Monate.

Ist die herrschende Volkswirtschaftslehre schon deswegen interessengebunden, weil sie die Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftssystem als ungefragte Grundlage ihrer Aussagen nimmt, so sind die Gemeinschaftsgutachten — ähnlich wie die Gutachten des Sachverständigenrates — in einem noch direkteren Sinne parteiisch: sie dienen bewußt als Munition der Unternehmer in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen und ordnen ihre Ergebnisse und Analysen dieser unmittelbar interessenpolitischen Funktion unter.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wirtschaftsdeklaration und Elemente der Strategie zur Stärkung der Einheit und Solidarität der blockfreien Länder und zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, verabschiedet von der Ministertagung der Blockfreien vom 25. bis 30. August 1975 in Lima.

(Wortlaut)

Die nachstehend dokumentierte „Wirtschaftsdeklaration ..." ist (als Ziffer 125—198) Bestandteil des „Lima-Programms über die gegenseitige Hilfe und Solidarität", das von der Ministerkonferenz der blockfreien Länder vom 25. bis 30. August 1975 in Lima (Peru) verabschiedet wurde. (Die Ziffern 1—124 und 199—206 haben den Charakter eines Tagungskommuniqués.) Im Zusammenhang mit der soeben in Nairobi abgehaltenen UNCTAD-Tagung hat die Lima-Deklaration an aktuellem Interesse gewonnen. D. Red.

I. DIE INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSLAGE

125. Die Außenminister der blockfreien Länder haben die gegenwärtige internationale Wirtschaftslage eingehend geprüft, ihre Entwicklung seit der vierten Konferenz der Staats- und Regierungschefs eingeschätzt und dabei festgestellt, daß die zur Aktion drängenden Auffassungen und Beschlüsse der Konferenz sich als richtig erwiesen und eine breite Aufnahme gefunden haben als Grundlage für Verhandlungen und für die Entfaltung einer umfassenden Aktivität in Richtung auf die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Dies kam deutlich zum Ausdruck auf der sechsten Sondersession der UNO-Generalversammlung, auf den ordentlichen Tagungen der letzteren, auf den Sitzungen anderer wichtiger UNO-Organe sowie auf den Weltkonferenzen über Ernährung, Rohstoffe, industrielle Entwicklung, Seerecht, Bevölkerung, ferner auf der in Algier abgehaltenen Gipfelkonferenz der OPEC-Länder.

126. Die Außenminister stellten mit Befriedigung fest, daß gewisse Fortschritte in folgenden Bereichen erzielt worden sind: Anerkennung des souveränen Rechts von Staaten auf freie und selbständige Entscheidung über die Wahl ihres politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems; Anwendung des Prinzips eines dauerhaften Hoheitsrechts über die eigenen Naturschätze sowie des Prinzips der freien Ausübung anderer wirtschaftlicher Tätigkeiten, einschließlich der Nationalisierung und der Anpassung der Preise, um auf diese Weise ein gleichberechtigtes und rentables Preisniveau für die Ausfuhr von Rohstoffen und anderen Gütern zu erzielen und die internationale Gemeinschaft von der Notwendigkeit der Ausarbeitung und Konkretisierung einer neuen, allen Staaten entsprechende und gleichberechtigte Vorteile bietenden internationalen Wirtschaftsordnung zu überzeugen.

127. Die Außenminister haben indes darauf hingewiesen, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Befreiung und Durchsetzung der Souveränität blockfreier und anderer Entwicklungsländer — obgleich dieser Prozeß schon einen großen Beitrag zur Überprüfung der bestehenden Struktur der internationalen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse lieferte — systematisch gestört und aufgehalten wird von den imperialistischen Ländern, die entschlossen sind, ihre bevorzugte Wirtschaftsstellung aufrechtzuerhalten durch ökonomische Ausbeutung der Entwicklungsländer, durch das Festhalten an ungleichen Handelsbedingungen sowie durch unzulässige Aneignung der Mehrarbeit mit Hilfe der Repatriierung von Profiten, Zinsen, Zahlungen für Abtretung von Patenten sowie durch unangemessene Preissteigerung von seiten supranationaler Konzerne. Darüber hinaus haben einige Teile der Welt auch heute noch unter fremder Aggression und Besetzung, unter der Apartheid und der kolonialen Vorherrschaft zu leiden, was doch eines der größten Hindernisse für die wirtschaftliche Emanzipation und die Gesamtentfaltung der Entwicklungsländer sowie die schlimmste Bedrohung von Frieden und Sicherheit in aller Welt darstellt.

128. Und nicht nur das: weil diese Struktur der imperialistischen Vorherrschaft weiterhin besteht, sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise aus den kapitalistischen in die Entwicklungsländer hinübergezogen. Ein Grund, daß in den Entwicklungsländern Armut und soziale Probleme noch akuter geworden sind.

129. Daher haben die Außenminister ganz entschieden alle Beschuldigungen zurückgewiesen, denenzufolge die Wurzeln der Wirtschaftskrise in jenen Entwicklungsländern liegen, die dazu übergegangen sind, ihre Naturschätze in die eigene Hand zu nehmen und die Preise für die von ihnen produzierten Rohstoffe anzuheben, während in Wirklichkeit die Verantwortung für all das die reichen Länder tragen, deren gegenwärtige Lage durch monopolistische Konzentration und irrationale Nutzung von Technologie und Naturschätzen gekennzeichnet ist.

130. Die Außenminister stellten mit tiefer Besorgnis die schwere Lage in den Entwicklungsländern fest, die — wie es in den Resolutionen der Generalversammlung Nr. 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) heißt — am schwersten betroffen sind von der Wirtschaftskrise, deren Ursachen unter anderem in der Währungsinstabilität, in schweren Dürreperioden, in der Rezession sowie im jähen Preisanstieg für Waren, die von den Entwicklungsländern eingeführt werden, und, nicht zuletzt, in wenig Verständnis der Industriestaaten für die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lage in den schwer heimgesuchten Entwicklungsländern zu suchen sind.

131. Die Außenminister sind sich darüber einig, daß bei den Bemühungen um die Reform des internationalen Währungssystems bisher kaum ein Fortschritt erzielt worden ist (infolge der Intransingenz gewisser Industriestaaten, die im Internationalen Währungsfonds eine vorherrschende Position innehaben) und daß die auf währungspolitischem Gebiet zur Zeit herrschende Verwirrung sich außerordentlich schwer auf die Entfaltung der Entwicklungsländer auswirkt, was Ungewißheiten in bezug auf ihren Handel und auf einen ungestörten Zufluß von Mitteln, häufig aber auch inflationäre Einfuhraufwendungen mit sich bringt. Die Minister weisen infolgedessen auf die Notwendigkeit hin, den

Prozeß der Währungsreform möglichst zu beschleunigen, damit diese bis Ende nächsten Jahres restlos, also auch einschließlich der möglichst starken Beteiligung der Entwicklungsländer an den Entscheidungen des Währungsfonds, abgeschlossen werden kann im Einklang mit der Schaffung eines stabilen und flexiblen Währungssystems sowie mit der Notwendigkeit einer weiteren Förderung des internationalen Handels und der wirtschaftlichen Entwicklung.

132. Die Außenminister stellen mit Besorgnis fest, daß einige Industriestaaten auch weiterhin Handelsbarrieren errichten und ungeheure Mittel zur Subventionierung einer unwirtschaftlichen Produktion von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausgeben, die sie auf dem internationalen Markt unter Bedingungen abzusetzen pflegen, die den Entwicklungsländern, Erzeugern derselben Produkte, einen schweren Schaden zufügen. Außerdem konstatiert die Konferenz mit unverminderter Besorgnis, daß die Entwicklungsländer beim Handel mit Fertigwaren nach wie vor auf nahezu unüberbrückbare Zoll- und andere Schranken stoßen. Die Einfuhrbestimmungen in den Industriestaaten werden in dem Maße rigoroser, wie die Rohstoffverarbeitung zunimmt. Zur Zeit gibt es noch keine Anzeichen dafür, daß die Industriestaaten bewußt auf diejenigen Produktionsbereiche, in denen vergleichsweise Vorteile zugunsten der Entwicklungsländer bestehen, oder aber auf solche Bereiche von Fertig- und Halbwaren verzichten wollen, die zumindest der lokalen Produktion zugute kommen könnten. Obgleich die höchstentwickelten Länder bestimmte Schemen für ein allgemeines Präferenzsystem eingeführt haben, wurde auf dem Gebiet der multinationalen Handelsverhandlungen fast gar kein Fortschritt erzielt — ganze zwei Jahre nach den Deklarationen von Tokio.

133. Im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklungsfinanzierung stellten die Außenminister fest, daß die Situation bezüglich des Transfers finanzieller Mittel aus den Industriestaaten sich sowohl quantitativ als auch qualitativ verschlechtert hat, und zwar vornehmlich aus folgenden Gründen: Verteuerung dieser Mittel durch Verkürzung der Abzahlungsraten, Zinserhöhung und begrenzte Verwendung dieser Mittel — all das zu einem Zeitpunkt, da der Zugang der Entwicklungsländer zu den Geldmärkten infolge der internationalen Wirtschaftslage noch ungewisser geworden ist. Dies führte nun zur größeren Belastung der Entwicklungsländer hinsichtlich der Teilung ihrer Auslandsschulden, trotzdem wurden aber bisher keine Maßnahmen getroffen, um die finanzielle Lage insbesondere in jenen Entwicklungsländern zu erleichtern, die — wie dies in den Resolutionen der UNO-Generalversammlung Nr. 3201 (S-IV) und 3202 (S-VI) festgelegt ist — von der Krise am schwersten betroffen sind.

134. Die Außenminister stellen gleichfalls fest, daß die internationalen Finanzinstitutionen gewisse Maßnahmen beschlossen haben, um sich den wachsenden und dringenden Erfordernissen der Entwicklungsländer anpassen zu können, sie sollten aber, nach Ansicht der Konferenz, noch größere Anstrengungen unternehmen, um diesen Erfordernissen wirksam nachkommen und bei der Anregung des Entwicklungsprozesses der Entwicklungsländer eine entsprechende Rolle spielen zu können. Die in diese Richtung gehende Entwicklung wird jedoch insbesondere durch die in diesen Institutionen übliche Verteilung der Entscheidungsbefugnisse erschwert, was allgemein dazu führt, daß diese Einrichtungen die Nutzung ihrer Mittel von einer bestimmten politischen und wirtschaftlichen Verhaltensweise abhängig machen, wodurch dann die freie und unabhängige Entfaltung der Entwicklungsländer weitgehend behindert wird.

135. Die Außenminister weisen auf die Verschiebung des Kräfteverhältnisses im internationalen Wirtschaftsringen hin, welches ermöglicht und gleichzeitig intensiviert worden ist durch historische Maßnahmen der OPEC-Länder, und sie stellen in diesem Zusammenhang fest, daß es den Entwicklungsländern zum erstenmal in ihrer Geschichte gelungen sei, durch eine gerechte Anpassung der Preise für ihre Rohstoffe die Umlaufsrichtung der finanziellen Mittel, durch die bisherigen ungleichberechtigten Handelsbeziehungen geschaffen, von Grund auf zu ändern.

136. Die Konferenz billigt die von den erdölexportierenden Entwicklungsländern in dieser Richtung ergriffenen Maßnahmen. Sie nimmt mit Befriedigung die Politik zur Kenntnis, die diese Länder befolgen, indem sie ihre netto flüssigen Mittel der Entwicklung ihrer eigenen Völker zukommen lassen und einen immer größeren Teil dieser Mittel für die Entfaltung übriger Entwicklungsländer abzweigen. Die Minister sind der Ansicht, daß dieser Trend in Zukunft noch verstärkt werden und den Entwicklungsländern möglichst große Vorteile bringen soll.

137. Die Konferenz ruft die übrige Rohstoffe erzeugenden Entwicklungsländer auf, sich nach dem Produkt-für-Produkt-Prinzip zu organisieren, um dem aus folgenden Umständen sich ergebenden Problem wirksam begegnen zu können: importierte Inflation, ständig wachsende Preise für die eingeführten Waren, die aus großen Auslandsschulden hervor-

gehenden schweren Verpflichtungen sowie immer größere Schwierigkeiten für den Zugang zu den kommerziellen sowie zu den Kapitalmärkten der Industriestaaten. Durch den Transfer realer Mittel in die Entwicklungsländer wird aber der Abfluß der Mittel aus diesen Ländern keineswegs aufgewogen, und zwar infolge ungünstiger Handelsbedingungen, Repatriierung von Mitteln, Überführung der Profite und Kapitalien seitens der supranationalen Konzerne sowie infolge verschiedener Nichtwarenunternehmungen. All dies erhöht weiter die Notwendigkeit, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern weitestgehend zu fördern.

II. ELEMENTE DER WIRTSCHAFTSSTRATEGIE BLOCKFREIER LÄNDER

138. In dem Bewußtsein, daß der Kampf um die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung schwer, kompliziert und langfristig ist — ein Kampf um zweite Befreiung infolge des starken Widerstandes der Imperialisten und ihres zähen Festhaltens an der privilegierten Stellung, die sie nicht freiwillig aufgeben wollen; in der Erkenntnis, daß die internationale Hilfe, so wie sie gegenwärtig gehandhabt wird, in manchen Fällen zur Stärkung der internationalen Vorherrschaftsstruktur beiträgt, weisen die Außenminister erneut auf die Notwendigkeit hin, daß die blockfreien Länder koordinierte Anstrengungen unternehmen, um ihre Kräfte zwecks Festigung ihrer Kohäsion und Einheit, ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit und des wechselseitigen Beistands auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu mobilisieren, damit sie ihre gemeinsame Front gegen den Imperialismus verstärken und eine vollständige Unabhängigkeit für ihre Völker erzielen können.

139. Die Außenminister bestätigen auch bei dieser Gelegenheit die individuelle und gemeinsame Entschlossenheit der blockfreien Länder zur Eliminierung der unhaltbaren Erscheinungen wie Kolonialismus, Apartheid, Rassendiskriminierung, Neokolonialismus, fremde Besetzung, Zionismus sowie alle Formen fremder Aggression und Vorherrschaft, ebenso wie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen derselben — all das als Voraussetzung für eine gerechte Entwicklung auf der Welt. Staaten, die eine solche Politik verfolgen, sind gegenüber den betroffenen Ländern, Territorien und Völkern bedingungslos verpflichtet, für die Ausbeutung und Ausschöpfung natürlicher und aller anderen Hilfsquellen dieser Länder, Territorien und Völker volle Wiedergutmachung zu leisten. Außerdem ist es die Pflicht aller Staaten, diesen Ländern, Territorien und Völkern zu helfen.

140. Die Außenminister stellen fest, daß die von den blockfreien und anderen Entwicklungsländern angestrebte qualitative und quantitative Umgestaltung des Systems der internationalen Wirtschaftsbeziehungen die wirkliche Anwendung des Prinzips einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, insbesondere aber des Prinzips der Ausübung einer dauerhaften, ungeschmälerten Souveränität über die Naturschätze sowie die Annahme des Grundsatzes einer gemeinsamen Hilfeleistungsstrategie verlangt, die begründet ist: erstens auf gemeinsamen Vorstößen zur Stärkung und Koordinierung der von den Entwicklungsländern im Zusammenhang mit den Rohstoffen unternommenen Aktionen, um die Revalorisierung der letzteren durchzusetzen und das aus ungünstigen Handelsbedingungen sich ergebende Ungleichgewicht abzuschaffen; zweitens auf energischen Maßnahmen zur Festlegung eines gemeinsamen Herangehens der Entwicklungsländer an die Frage der Behandlung ausländischer Privatinvestitionen; drittens auf der Festigung und Intensivierung der wirtschaftlichen, finanziellen, währungs- und handelspolitischen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit unter den blockfreien und anderen Entwicklungsländern, wie dies auf der Konferenz in Georgetown und der vierten Gipfelkonferenz in Algier entschieden worden ist.

141. Die Außenminister haben das gemeinsame Vorgehen der im Vorbereitungsausschuß für die Pariser Energie-, Rohstoff- und Entwicklungskonferenz vertretenen Entwicklungsländer mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie verwiesen auf die Einflußnahme und Bedeutung ihrer einheitlichen Haltung, die die Interessen und Zielsetzungen aller Entwicklungsländer, ganz gleich, ob es sich dabei um erdölexportierende oder um erdölimportierende Staaten handelt, zum Ausdruck bringt. Die Außenminister bekräftigen wiederholt die Notwendigkeit, die erwähnte gemeinsame Aktion auf den künftigen Zusammenkünften dieser Konferenz, die erweitert werden bzw. auch die übrigen Länder erfassen soll, um eine adäquate Vertretung der Entwicklungsländer sicherzustellen, möglichst zu verstärken. Die Minister fordern die ihren ständigen Sitz in New York unterhaltende 77-Länder-Gruppe auf, unverzüglich zusammenzutreten und bei dieser Gelegenheit eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten sowie aus ihren Reihen die Länder zu bestimmen, von denen sie auf der Pariser Konferenz repräsentiert zu werden wünscht. Schließlich wiesen die Minister erneut auf die Unzulässigkeit hin, daß die Konferenz in globalem Kontext und mit unverminderter Aufmerksamkeit alle Energie-, Rohstoff- und Entwicklungsprobleme einer eingehenden Prüfung unterzieht.

142. Die Außenminister stellen die Richtigkeit und die Rechtzeitigkeit der finanziellen Hilfe fest, die die erdölexportierenden Länder den übrigen, vor allem aber solchen Entwicklungsländern zukommen lassen, und zwar — wie es in den Resolutionen der UNO-Generalversammlung Nr. 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) heißt — sowohl auf dem Wege bilateraler Beziehungen als auch durch Sonderbeiträge an multilaterale Institutionen. Sie heben ferner die Tatsache hervor, daß die in dieser Richtung unternommenen Maßnahmen sowohl die Richtung als auch die Möglichkeiten einer umfassenderen und engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern klar erkennen lassen.

143. Die Außenminister stimmen überein, daß das in der Struktur der internationalen imperialistischen Vorherrschaft formulierte System der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit umstrukturiert werden muß, und zwar in Übereinstimmung mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

144. Die Außenminister unterstreichen, daß die durch verschiedene Kanäle in die Tat umzusetzende neue Struktur der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit auf die Stärkung der Souveränität, der sozialen und kulturellen Identität sowie der nationalen Werte von Entwicklungsländern ausgerichtet sein soll. Erneut bekräftigt wird das souveräne Recht von Staaten auf alleinige Verfügung über ihre Naturschätze, einschließlich des Nationalisierungsrechts; unterstützt wird das Recht auf Änderung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen; gutgeheißen und gefördert werden gemeinsame Aktionen der Entwicklungsländer/Erzeuger zum Schutz der Preise für ihre Rohstoffe, zur Förderung der regionalen und subregionalen Integrationsprozesse, zur Änderung der Struktur des internationalen Handels, zur Leistung von Beiträgen für die Festlegung gemeinsamer Normen in bezug auf die Geschäftstätigkeit und Verhaltensweise supranationaler Unternehmen, zur Erleichterung des Zugangs zur neuen Technologie unter günstigsten Bedingungen, zur Förderung der einheimischen Technologie in Entwicklungsländern sowie zur zusätzlichen Unterstützung jener Entwicklungsländer, die zu den rückständigsten Küsten-, Binnen- und Inselstaaten gehören.

145. Die Außenminister fordern die internationale Gemeinschaft auf, den Binnenentwicklungsländern bei der Nutzung ihres Rechts auf einen Ausgang zum Meer zu helfen, was durch Abschluß entsprechender Abkommen auch in die Tat umgesetzt werden soll; sie verlangen ferner, daß die siebte Sondersession der UNO-Generalversammlung die Gründung eines Sonderfonds zugunsten der Binnenentwicklungsländer beschließt, aus welchem ihnen die durch höhere Transport- und Transitkosten entstehenden Mehrkosten zu ersetzen sind.

146. Die Konferenz ist sich darüber einig, daß die blockfreien und anderen Entwicklungsländer die vorhin erwähnte Änderung der Struktur des UNO-Systems für wirtschaftliche Zusammenarbeit anstreben sollten, um die Verwirklichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer zu beschleunigen und zur Errichtung fester und wirksamer Grundlagen für eine wirkliche, nach den Prinzipien der Interdependenz sich abwickelnde Zusammenarbeit mit Industriestaaten beizutragen.

147. Die Außenminister stellen erneut fest, daß die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten sowie unter den Entwicklungsländern selbst zwecks Regelung der offenen Weltwirtschaftsprobleme angeregt werden soll und daß neue Formen der Zusammenarbeit aufzufinden und zu stärken sind, so daß der echte Sinn der Interdependenz unzweideutig auch die gemeinsame Verpflichtung zum Aufbau einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung beinhaltet.

148. Bei der Befolgung dieser gemeinsamen Strategie des gegenseitigen Beistands auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene stoßen jedoch die blockfreien Länder auf Machenschaften imperialistischer Kräfte, die das Ziel verfolgen, die blockfreien Länder zu veruneinigen und ihre Forderung nach einer Änderung der Weltwirtschaftsstruktur zu vereiteln oder unter ihre Kontrolle zu bringen oder aber im falschen Licht erscheinen zu lassen. In Anbetracht einer solchen Lage betonen die Außenminister erneut die Notwendigkeit der Anwendung sowohl des in der Resolution Nr. 3 der Algier-Gipfelkonferenz über wirtschaftliche Sicherheit und Aktionseinheit vorgesehenen Solidaritäts- und Beistandsmechanismus als auch jener in der Strategie des Lima-Programms festgelegten Maßnahmen, durch welche die Ausübung der vollen Souveränität und eine ungestörte, selbständige Entwicklung gewährleistet werden sollen, was der Imperialismus jedoch durch Pressionen oder Zwangsmaßnahmen zu verhindern sucht.

149. Die Wirtschaften der meisten Entwicklungsländer sind größtenteils auf einen „vertikalen" Umtausch der Primärerzeugnisse gegen Industrie- und Kapitalgüter aus Industriestaaten ausgerichtet. Diese Länder sind hinsichtlich der für ihre Entwicklung benötigten Mittel weitgehend von den Industriestaaten abhängig, und zwar bezieht sich diese Abhängigkeit nicht allein auf Maschinen und Ausrüstungen, sondern auch auf

Fachkenntnisse und Technologie. Ihre Wirtschaften werden von den in den Industriestaaten eintretenden Veränderungen unmittelbar betroffen, was die Regierungen der Entwicklungsländer sehr stark daran hindert, energische Schritte für ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt auch in die Tat umzusetzen. Das Bemühen um die Überwindung dieser Abhängigkeit erfordert folglich neue, auf den Prinzipien des gemeinsamen Stützens auf die eigenen Kräfte beruhende politische Richtlinien, eine Änderung der Struktur ihrer Wirtschaften sowie die Ausarbeitung neuer Entwicklungsstrategie und -konzeptionen.

150. Die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern sollte aber auf die Schaffung folgender Voraussetzungen ausgerichtet sein: Festigung ihrer gegenseitigen wirtschaftlichen, handelspolitischen, finanziellen und anderen Beziehungen; Errichtung eines gleichberechtigteren internationalen Handels- und Währungssystems; Beschleunigung ihrer eigenen Industrialisierung; Erlangung der Unabhängigkeit von Nahrungsvorräten der Industriestaaten und von deren technologischen Kenntnissen; Steigerung ihrer Fähigkeit, bei gemeinsamen Aktionen zur Verbesserung der Handelsbedingungen sich den Industriestaaten erfolgreich zu widersetzen.

III. AKTIONSPLAN ZUR FESTIGUNG VON ZUSAMMENARBEIT, SOLIDARITÄT UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER BLOCKFREIEN STAATEN UND ANDEREN ENTWICKLUNGSLÄNDER SOWIE ZUR ERRICHTUNG EINER NEUEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

151. Im Einklang mit der gemeinsamen Strategie, wie sie in dem Wirtschaftsfragen gewidmeten Teil des Programms von Lima dargelegt ist, halten es die Außenminister für wichtig, daß die in diesem Plan enthaltenen Aktionen, die ausnahmslos im Interesse aller Entwicklungsländer sind, durchgeführt werden, um sowohl die Zusammenarbeit, Solidarität und Aktionsfähigkeit der blockfreien Staaten und der anderen Entwicklungsländer zu festigen, als auch eine neue Weltwirtschaftsordnung herzustellen.

A. Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern

152. Die Außenminister sind zu der Einsicht gelangt, daß eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern sowohl kollektiv als auch zwischen regionalen und subregionalen Gruppen bedeutend zur Überwindung der Schwierigkeiten beitragen kann, die aus der begrenzten Erfahrung und Technologie sowie aus den beschränkten Investitionsmitteln, den unterentwickelten Binnenmärkten und wegen der unzureichenden Verkehrs-, Handels- und Finanzverbindungen entstehen. Deshalb müssen in Handel und Verkehrswesen ebenso wie im Währungs- und Finanzwesen, der Landwirtschaft, Technik und Wissenschaft neue Verbindungen angeknüpft werden, wobei es gleichzeitig gilt, die Programme für die Industrialisierung, die horizontale und vertikale Diversifizierung der Produktion und die gesamte Politik der Wirtschaftsentwicklung besser aufeinander abzustimmen. Deshalb fordern die Außenminister Aktionen vor allem in folgenden Bereichen:

a) Rohstoffe

153. Die Außenminister der blockfreien Staaten prüften den Bericht der Interregierungsgruppe der Blockfreien für Rohstoffe sowie die Berichte der Sonderregierungsgruppe, der die Ausarbeitung des Statutenentwurfs für den Fonds zur Finanzierung von Ausgleichsvorräten der Rohstoffe und Grundprodukte, die die Entwicklungsländer ausführen, übertragen worden war.

154. Die Konferenz nahm die Resolution an, durch die der Fonds gegründet wird, und forderte die Interregierungsgruppe auf, sich zu einem Vorbereitungskomitee zu konstituieren, das die endgültige Fassung des Abkommens über die Einrichtung dieses Fonds formulieren soll; weiterhin werden alle Entwicklungsländer zur Teilnahme an der Bevollmächtigungskonferenz aufgerufen, die spätestens bis zum 30. Juni 1976 in Genf stattfinden soll und auf der das Abkommen über die Einrichtung des Fonds geprüft und abgeschlossen würde.

155. Gemäß der einheitlichen Aktionsrichtung und eingedenk der Notwendigkeit, die Aktionen der bestehenden Vereinigungen der Rohstoffe erzeugenden und ausführenden Entwicklungsländer zu unterstützen und einen Mechanismus der Zusammenarbeit herzustellen, der diese Unterstützung auf lange Sicht stärken würde, nahmen die Außenminister der Blockfreien aufgrund der auf Expertenebene geführten Konsultationen und in Übereinstimmung mit der Resolution Nr. 6 der Konferenz von Dakar die Resolution über die Gründung eines Rates der Vereinigungen der Rohstoffe erzeugenden und exportierenden Entwicklungsländer an und riefen die Expertengruppe auf, vor dem 30. November 1975 in Genf zusammenzutreten, um den definitiven Statutenentwurf zur Gründung des Rates vorzubereiten.

156. Gleichzeitig rufen die Außenminister die Entwicklungsländer auf, den möglichen Beitritt zu den bestehenden Vereinigungen von Produzenten oder die Gründung neuer besonders zu prüfen, wodurch ihr Einfluß vergrößert und die Wirksamkeit ihrer gemeinsamen Aktionen auf den internationalen Märkten verstärkt werden könnte.

157. Die Außenminister befürworten die Idee, nach globalen Lösungen für die Rohstoffprobleme zu suchen, die neben der Schaffung von Ausgleichsvorräten und der Möglichkeit von Interventionen auf dem Markt über einen gemeinsamen Fonds auch Regelungen für Kompensationen, langfristige multilaterale Vereinbarungen und die verstärkte Verarbeitung von Rohstoffen in den Entwicklungsländern enthalten und die bei Bedarf durch entsprechende Vereinbarungen über Rohstoffe ergänzt werden könnten.

158. Die Minister befürworten erneut die Empfehlungen der Rohstoffkonferenz von Dakar, umgehend ein Programm auszuarbeiten und seine einzelnen Teile zu verwirklichen, damit man für eine Reihe von Rohstoffen, die für die Entwicklungsländer von Interesse sind, zu Regelungen gelangt.

159. Die Außenminister stimmten darin überein, daß die Bemühungen um Preiskorrekturen für die Rohstoffe, die die Entwicklungsländer exportieren, von Maßnahmen begleitet werden müssen, durch die gemäß den Zielen des Spezialprogramms (Abschnitt X der Resolution 3202 [S-VI] der Vollversammlung) die Interessen der rückständigsten Entwicklungsländer und der übrigen am meisten bedrohten Staaten geschützt werden.

160. Die Regierungsgruppe der Blockfreien für Rohstoffe wird bei der Vorbereitung von Richtlinien für die Strategie im Bereich der Rohstoffe zusammenarbeiten, wobei sie die Beschlüsse der bevorstehenden Treffen der Gruppe 77 und der IV. Welthandelskonferenz (UNCTAD) berücksichtigen wird.

161. Die blockfreien Staaten sind überzeugt, daß der Aufschwung der Entwicklungsländer unbedingt auf der Grundlage stärkerer Autonomie erfolgen muß. Eine derartige Entwicklung ist politisch wünschenswert und ökonomisch möglich. Sie bringen außerdem ihre tiefe Überzeugung zum Ausdruck, daß die Einheit und die Fähigkeit dieser Länder zum kollektiven Vorgehen gefestigt werden muß, wodurch ihre völlige Souveränität gewährleistet würde.

162. Ihrer Überzeugung nach müßte zu diesem Zweck die Einheit besonders in folgenden drei Bereichen gefestigt werden: Stärkung der Vereinigungen der rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer; Errichtung eines geeigneteren Informationssystems über die Entwicklungsländer interessierenden Märkte und Rohstoffe und Gründung eines Fonds zur Finanzierung von Ausgleichsvorräten der Rohstoffe und Grundprodukte, die die Entwicklungsländer ausführen. Gemeinsam mit anderen würden diese drei Mechanismen ein System des wirtschaftlichen Aufschwungs für die Entwicklungsländer bilden, das ihre Einheit und Aktionskraft festigt. Die nichtpaktgebundenen Staaten halten die baldige Errichtung dieses Gesamtsystems für unbedingt erforderlich.

b) Solidaritätsfonds für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Blockfreien

163. Die Außenminister haben mit Befriedigung die vom Wirtschaftsexperten- und Rechtsexpertenkomitee geleistete Arbeit zur Kenntnis genommen, die den Entwurf der Konvention über die Gründung des Fonds vorbereitet haben. Die Konferenz nahm eine Resolution an, die den Wortlaut der Konvention billigt, gleiche Mitgliedsbeiträge zum Anfangskapital des Fonds festlegt und die Konvention bis zum 31. Dezember 1975 im Außenministerium von Kuweit zur Unterzeichnung durch die nichtpaktgebundenen Länder freigibt. Die Minister forderten die Mitgliedsstaaten auf, der Konvention möglichst bald beizutreten, damit die Funktion des Fonds vor dem Gipfeltreffen in Sri Lanka einsetzen kann.

a) Behandlung von ausländischen Privatinvestitionen, transnationalen Korporationen und Transfer von Technologie

164. Nach Prüfung des vom Expertenkomitee für die Behandlung von ausländischen Investitionen, transnationalen Korporationen und Transfer von Technologie erstellten Berichts beschlossen die Außenminister der Blockfreien, diesen ihren Regierungen zur Erörterung vorzulegen, damit er innerhalb der nationalen Politik als Quelle neuer Ideen für dieses Gebiet dienen kann.

d) Informationszentrum der Blockfreien über supranationale Korporationen

165. Die Konferenz hat zur Kenntnis genommen, daß Kuba einen Bericht und den Entwurf des Statuts für das Informationszentrum der Blockfreien über supranationale Korporationen ausgearbeitet hat, und beschloß, daß sobald wie möglich eine Gruppe von Fachleuten für dieses Gebiet zusammentreten soll, um den Statutentwurf eingehend zu analysieren, wobei die Meinung sämtlicher Mitgliedsländer zu berücksichtigen ist. Weiterhin beschloß die Konferenz, das großzügige Angebot der Revolutionsregierung Kubas anzunehmen, die dieses Zentrum in ihrem Lande einrichten will.

e) Wissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung

166. Das Expertenkomitee, das grundsätzlich von den Mitgliedsländern des Büros gebildet wird, aber sämtlichen interessierten Mitgliedsstaaten und anderen Entwicklungsländern offensteht, wird bis März 1976 in Lima, Peru, zusammentreten, um das Programm für die Zusammenarbeit zwischen den Nichtpaktgebundenen in Wissenschaft und Technologie zu prüfen und zu empfehlen. Das Komitee wird die genannten Verpflichtungen übernehmen und dabei berücksichtigen, daß ein Zentrum zur Förderung dieser Zusammenarbeit gegründet werden und eine gemeinsame Strategie der Entwicklungsländer für Wissenschaft und Technologie festgelegt werden muß.

167. Das Zentrum soll konkrete Projekte für die wissenschaftliche und technologische Forschung und Entwicklung in den interessierten Mitgliedsstaaten festlegen können; es gilt, diese Projekte zu planen, Programme für sie auszuarbeiten und sie, nachdem man sie für die Ausführung vorbereitet hat, ad-hoc-Komitees zu übertragen, die von Vertretern der beteiligten Länder gebildet würden und die für ihre Realisierung sorgen. Das Zentrum wird deshalb ein flexibler und kein bürokratischer Mechanismus sein, und aus diesem Grunde werden seine Haushaltsmittel und seine Angestelten auf das notwendige Minimum beschränkt.

168. Das Expertenkomitee soll auch die Grundlage für die gemeinsame wissenschaftliche und technologische Strategie der Blockfreien vorschlagen und als Forum die Arbeit der Mitgliedsländer mit dem Komitee für den Transfer von Technologie der Welthandelskonferenz und anderen internationalen Vorhaben zu dieser Frage koordinieren.

169. Ein Bericht über die Vorarbeiten des Komitees ist dem Koordinationsbüro der Gipfelkonferenz in Sri Lanka vorzulegen.

f) Forschungs- und Informationssystem

170. Die Konferenz bevollmächtigt das Koordinationsbüro, die Möglichkeiten für die Gründung eines Forschungs- und Informationssystems der Blockfreien und der anderen Entwicklungsländer zu prüfen. Dieses System würde sich mit der Analyse der Situation und der Entwicklung der Weltwirtschaft, den Weltwirtschaftsbeziehungen, Problemen von Industrie und Handel, Landwirtschaft und Ernährung, der Zusammenarbeit in Währungs- und Finanzwesen und anderen die Entwicklungsländer betreffenden Problemen befassen. Dieses System sollte der Untersuchung von Problemen der Zusammenarbeit zwischen den blockfreien Staaten und den anderen Entwicklungsländern besondere Aufmerksamkeit schenken. Zu diesem Zweck soll das Koordinationsbüro den Nichtpaktgebundenen den Vorschlag zwei Monate vor Beginn der fünften Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Staaten zur Prüfung vorlegen.

g) Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken

171. Gemäß den Bestimmungen des Aktionsprogramms von Georgetown für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bericht der Koordinatorenstaaten ist es von Bedeutung, beim ersten Zusammentreten des Koordinationsbüros im Jahre 1976 eine Interregierungsgruppe zu bilden, die aus den Vertretern der Zentralbanken der Blockfreien besteht und die Wege und Arten der Zusammenarbeit zwischen diesen Banken untersucht. Bei dieser Zusammenkunft wird das Koordinationsbüro auch Ort und Datum für das Treffen der genannten Regierungsgruppe festlegen. Die Gruppe wird aber unbedingt lange genug vor der Gipfelkonferenz in Sri Lanka zusammentreten, um ihren Bericht erstatten zu können.

h) Währungsreform

172. Die Außenminister empfahlen ein Treffen der Interregierungsgruppe von 24 Staaten, um den erzielten Fortschritt bei der internationalen Währungsreform und die Lage bei der internationalen Finanzierung der Entwicklung im Zusammenhang mit der neuen Weltwirtschaftsordnung einzuschätzen; die Gruppe wird aufgefordert, einen Bericht mit Empfehlungen für die Strategie und die gemeinsame Aktion der Entwicklungsländer in diesem Bericht auszuarbeiten, der der Gipfelkonferenz in Sri Lanka unterbreitet werden soll.

(Schluß folgt)

Redaktionelle Bemerkung: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Argument"-Verlags bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Autoren dieses Heftes

ELSNER, Wolfram, geb. 1950 in Fritzlar, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu EWG-Fragen. *** *WEYEL, Volker*, geb. 1944 in Nebra (Unstrut), Studium der Ethnologie, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/M., nach Aufenthalten 1967 und 1969 in Uganda dort von 1970 bis 1973 als „Research Associate" des „Makerere Institute of Social Research"; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MASKE, Achim*, geb. 1945 in Labes (Polen), Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *KLOPP, Jens*, geb. 1954 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *KÖRNER, Peter*, geb. 1952 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft, Romanistik und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg. *** *SALOCH, Reinhard*, geb. 1943 in Neustadt/Holstein, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *WALDEN, Hans*, geb. 1952 in Hamburg, Studium der Mittleren und Neueren Geschichte und der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *WALLRAFF, Günter*, geb. 1942 in Burscheid, absolvierte eine Buchhändlerlehre, arbeitete drei Jahre als Industriearbeiter, lebt als freier Schriftsteller in Köln; hervorgetreten durch zahlreiche aufsehenerregende Reportagen und Berichte. *** *PFAFFENBERGER, Dr. Wolfgang*, geb. 1940 in Berlin, Studium der Volkswirtschaftslehre in München und Berlin, Prof. für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, v. a. zur Theorie der Wirtschaftspolitik. *** *SARIN, Manohar L.*, geb. in Indien, Dr. phil., z. Z. Lehrbeauftragter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen. *** *MENSCHIK, Jutta*, geb. 1944. Dipl.-Politologin, Wissenschaftliche Assistentin am Psychologischen Institut der FU Westberlin; Buchveröffentlichungen u. a.: Gleichberechtigung und Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1971; Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR (zusammen mit Evelyn Leopold), Frankfurt/M. 1974; Grundlagentexte zur Frauenemanzipation (Hrsg.), Köln 1976. *** *HERVÉ, Florence*, geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik in Nanterre und Vencennes, lebt als freie Journalistin in Bonn. *** *HOLT, Anita, v.*, geb. 1930 in Lodz (Polen), Betriebsratsvorsitzende in einem Bekleidungswerk in Eschweiler.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

A. Diedenhofen L5
Geldern 1
Neuhausweg 22

Es schrieben bisher u. a.:

Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann
Barbara Dietrich
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher

Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pini

Nikolai Poljanow
Uli Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
John B. Ullman
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

ELSNER, Wolfram, geb. 1950 in Fritzlar, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu EWG-Fragen. *** *WEYEL, Volker*, geb. 1944 in Nebra (Unstrut), Studium der Ethnologie, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/M., nach Aufenthalten 1967 und 1969 in Uganda dort von 1970 bis 1973 als „Research Associate" des „Makerere Institute of Social Research"; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MASKE, Achim*, geb. 1945 in Labes (Polen), Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *KLOPP, Jens*, geb. 1954 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *KÖRNER, Peter*, geb. 1952 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft, Romanistik und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg. *** *SALOCH, Reinhard*, geb. 1943 in Neustadt/Holstein, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *WALDEN, Hans*, geb. 1952 in Hamburg, Studium der Mittleren und Neueren Geschichte und der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *WALLRAFF, Günter*, geb. 1942 in Burscheid, absolvierte eine Buchhändlerlehre, arbeitete drei Jahre als Industriearbeiter, lebt als freier Schriftsteller in Köln; hervorgetreten durch zahlreiche aufsehenerregende Reportagen und Berichte. *** *PFAFFENBERGER, Dr. Wolfgang*, geb. 1940 in Berlin, Studium der Volkswirtschaftslehre in München und Berlin, Prof. für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, v. a. zur Theorie der Wirtschaftspolitik. *** *SARIN, Manohar L.*, geb. in Indien, Dr. phil., z. Z. Lehrbeauftragter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen. *** *MENSCHIK, Jutta*, geb. 1944. Dipl.-Politologin, Wissenschaftliche Assistentin am Psychologischen Institut der FU Westberlin; Buchveröffentlichungen u. a.: Gleichberechtigung und Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1971; Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR (zusammen mit Evelyn Leopold), Frankfurt/M. 1974; Grundlagentexte zur Frauenemanzipation (Hrsg.), Köln 1976. *** *HERVÉ, Florence*, geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik in Nanterre und Vencennes, lebt als freie Journalistin in Bonn. *** *HOLT, Anita, v.*, geb. 1930 in Lodz (Polen), Betriebsratsvorsitzende in einem Bekleidungswerk in Eschweiler.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.